

Mustafa Yıldız | Mustafa Özalp (Hg.)

Die Türkei im Dschungel der internationalen Beziehungen

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Politikwissenschaft

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Politikwissenschaft

Band 84

Mustafa Yıldız | Mustafa Özalp (Hg.)

Die Türkei im Dschungel der internationalen Beziehungen

Tectum Verlag

Mustafa Yıldız | Mustafa Özalp (Hg.)
Die Türkei im Dschungel der internationalen Beziehungen
Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag
Reihe: Politikwissenschaft; Bd. 84

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019
eBook 978-3-8288-7256-1
(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4317-2 im Tectum Verlag erschienen.)
ISSN 1861-7840

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	VIII
Vorwort.....	1
Einleitung	2
Die geostrategische Bedeutung der Türkei für die Zukunft der Nachbarstaaten	4
Einleitung	4
Die geostrategische Bedeutung der Türkei	5
Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien.....	7
Turgut Özals Vision für das 21. Jahrhundert	10
Türkische Außenpolitik	11
Operation „Olivenzweig“	22
Die neue Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht.....	24
Zusammenfassung	29
Literaturverzeichnis	31
Türkisch-Israelische Beziehungen	34
Einleitung	34
Die Entstehung des Staates Israel und die türkische Haltung	36
Außenpolitische Rahmenbedingungen von Israel	39
Türkisch-israelischen Beziehungen in den 90er Jahren	43
Der Zusammenbruch der Beziehungen	46
Zusammenfassung	48
Literaturverzeichnis	51
Türkisch-Katarische Beziehungen im geostrategischen Kontext	54
Einleitung: Ein historischer Rückblick	54
Katars Außenpolitik	65
Katar im „Arabischen Frühling“	66

Al Jazeera	67
Die Wirtschaft von Katar.....	68
Die Beziehung zwischen Katar und der Türkei	70
Wirtschaftliche Beziehungen	71
Die Syrien-Krise und die türkisch-katarischen Beziehungen	72
Die Katar-Saudi-Arabien-Krise und die Haltung der Türkei	74
Was steckt hinter der Krise?	75
Der Faktor Iran	76
Die Blockade von Katar und die Haltung der Türkei.....	77
Schlussfolgerung	79
Literaturverzeichnis	82
Die türkische Zypern-Politik und das politische Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer ..	84
Einleitung	84
Der Zypern-Konflikt im internationalen Recht und die Geschichte	85
Ein Versuch für die Lösung des Unlösbareren: AKP-Politik und Zypern	93
Die Schlüssel zum östlichen Mittelmeer: Zypern und Türkei.....	98
Schlussfolgerung	105
Literaturverzeichnis	108
Der Krieg in Syrien und sein Einfluss auf die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland.....	111
Einleitung	111
Der Beginn des Syrien-Konflikts	112
Der Bürgerkrieg von 2012 bis 2014.....	114
Die Entwicklung 2015	117
Die Entwicklung 2016	119

Das Jahr 2017	123
2018 und noch immer kein Ende	126
Die schwierige Lage der Türkei	127
Die Rolle der Türkei in diesem Konflikt.....	128
Gespräche in Astana.....	128
Treffen in Sotschi	129
Ankara-Gipfel	130
Die Bedeutung der Wirtschaft.....	131
Literaturverzeichnis	135
 Die Pipeline-Politik der Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht	137
Einleitung	137
Zahlen und Fakten zum Energiemarkt in der Welt	139
Zahlen und Fakten zum Energiemarkt in der Türkei	144
Geplante und bestehende Pipeline-Projekte, die über die Türkei führen	151
Schlusswort	155
Literaturverzeichnis	156
 Kann der kranke Mann wieder aufstehen?	158
Einleitung	158
Der Anfang	159
Die Republik	161
Das neue Millennium	165
Regionalmacht oder Brücke.....	167
Fazit 169	
Literaturverzeichnis	171
 Die Autoren	174

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei)
AKW	Atomkraftwerk
ANAP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
BBC	Britisch Broadcasting
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BOTAS	Boru Hatları ile Petrol Taşıma Anonim Şirketi (Petroleum Transportation Corporation mit Pipelines)
BP	Britisches Petroleum
BTC	Baku-Tiflis-Ceyhan-Ölipeline
BTE	Baku-Tiflis-Erzurum-Gaspipeline
CENTO	Central Treaty Organization (Bagdad-Pakt; Zentrale Vertragsorganisation)
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
CNN	Cable News Network
CSP	Concentreted Solar Power (Solarthermische Kraftwerke)
EG	Europäische Gemeinschft
EOKA	Ethniki Organosis Kyprion Agoniston (Nationale Organisation Zypriotischer Kämpfer)
ETKB	Enerji ve Tabii Kaynaklar Bakanlığı (Ministerium für Energie und natürliche Ressourcen)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Fazilet Partisi	Tugendpartei
FSA	Freie Syrische Armee
GCC	Gulf Cooperation Council
Hohe Pforte	Bezeichnung für die Osmanische Regierung
IEA	Internationale Energie Agentur
IS	Islamischer Staat
ISIS/ISIL	Islamischer Staat im Irak und Syrien/ der Levante
ISSG	International Syria Support Group (Internationale Unterstützungsgruppe für Syrien)
İKV	İktisadi Kalkınma Vakfı (Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung)
LNG	Liquefield Natural Gas, (Verflüssigtes Erdgas)
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Nationalistische Bewegungspartei)
MSP	Milli Selamet Partisi (Nationale Heilspartei)
MW	Megawatt

MWe	Megawattelektrisch
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Nichtregierungsorganisationen
PASOK	Panhellenische sozialistische Bewegung
PETKIM	Petrokimya Holding (Petrochemical Holding)
PKK	Partiya Karkeren Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
Refah Partisi	Wohlfahrtspartei
SDF	Demokratische Kräfte Syriens
SOCAR	Aserbaidschans Energiekonzern
SP	Saadet Partisi
TANAP	Trans-Anatolien-Gaspipeline
TAP	Trans Adriatic Pipeline
TBMM	Türkiye Büyük Millet Meclisi (Große Türkische Nationalversammlung)
TP	Türkiye Petrolleri (Türkisches Petroleum)
TPAO	Türkiye Petrolleri Anonim Ortaklığı (Türkisches Petroleum Corporation)
TRT	Türkiye Radyo ve Televizyon Kurumu (Die Staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt)
UN	Vereinte Nationen
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
YPG	Yekîneyên Parastina Gel (Volksverteidigungseinheiten)

Vorwort

Anatolien liegt zwischen Griechenland und Iran und ist der Rest eines Reiches, welches 600 Jahre lang auf ein Gebiet von 15 Millionen Quadratkilometern ausgedehnt war und binnen weniger als einem Jahrhundert auf das Territorium (783.562 Quadratkilometer) von heute geschrumpft ist.

Die geopolitische Lage der Türkei macht sie zu einem der wichtigsten Länder in der Region. Ihre Geschichte, die durch verschiedenste Kulturen geprägt wurde, gewährt ihr eine unvergleichbare Stellung.

Die Aussage von Napoleon: „Konstantinopel! Das ist die Herrschaft über die Welt“ beschreibt nicht nur die Metropole am Bosporus, sondern erfasst ganz Kleinasiens. Die Türkei liegt genau dort, wo sich vier Großräume berühren bzw. überschneiden: Europa, Vorderasien, die eurasische Steppe und der Mittelmeerraum. Dieser Knotenpunkt war in seiner langen Geschichte entweder ein politisches Spannungsfeld oder eine vermittelnde Landbrücke zwischen den Kulturen. Das Unveränderliche an dieser Region ist der kulturelle und politische Konflikt zwischen Orient und Okzident, der nie zum Stillstand kam und kommt. Noch heute zählt das Land sowohl als Balkanland und gehört damit zu Europa wie auch als ein Land des Nahen Ostens. Die geografische Lage der Türkei ist es, die dem Land diese Wichtigkeit beschert hat (Moser, Weithmann, 2002:27).

Wenn über die Wichtigkeit der Geografie neuerdings Bücher, sowie „Die Macht der Geographie“ (Marshall, 2017) verfasst werden, die in den Bestsellerreihen zu finden sind, wird es uns eine Freude sein, gerade für den Frieden auf der regionalen Ebene mit diesem Buch einen Beitrag leisten zu dürfen.

Mustafa Yıldız
Yozgat, April 2019

Einleitung

Das vorliegende Buch beleuchtet die Türkei aus zwei verschiedenen Blickwinkeln: Zum einen soll es um regionale Machtstrukturen im Land gehen, zum anderen um die Beziehung der Türkei zu ihren angrenzenden Nachbarn, die in der gegenwärtigen Situation mitunter sehr komplex und verworren sind.

Mustafa Özalp und Hasan Şahingöz werfen in ihrem Beitrag einen Blick auf die geostrategischen Entwicklungsmöglichkeiten der Türkei und versuchen, die Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten im Sinne einer gelingenden Zukunftsperspektive zu erörtern. Die Bedeutung der Türkei als NATO-Partner, ihre Rolle für das Vorderasien unter Turgut Özal, die Beziehung zu Grenznachbarn wie Iran, Griechenland und Bulgarien mit ihren Streitigkeiten, zu Russland und den Nahoststaaten sind einige Anknüpfungspunkte, die in diesem Beitrag thematisiert werden.

In seinem Beitrag wirft Ali Ayata sowohl einen historischen als auch einen aktuellen Blick auf die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel. Wie die immer wieder auftretenden Spannungen zwischen beiden Staaten beseitigt werden können und welche Rolle die USA hierbei spielen sollen, wird dem Leser anschaulich dargelegt.

Mehmet Soytürk schreibt über die Beziehung zwischen der Türkei und Katar. Die wirtschaftliche Bedeutung Katars und die aktuellen Konflikte in diesem Land sowie die Rolle der Nachbarländer um die Katarkrise werden in seinem Beitrag zu finden sein.

In dem Beitrag Türkische Zypern-Politik und das politische Gleichgewicht beschäftigen sich Murat Ercan und Birol Yılmaz mit der wechselvollen Beziehung zwischen der Türkei und Griechenland, die unter anderem in der türkischen Zypern-Politik ihren Ausdruck findet. Dass diese beiden Länder nicht nur hinsichtlich des Zypern-Konfliktes in Konfrontation zueinanderstehen, ist allen bekannt. Die Rolle Großbritaniens, der USA, Russlands und Israels müssen aber ebenso berücksichtigt werden, um das angespannte Verhältnis zwischen der Türkei und Griechenland angemessen bewerten zu können. Warum dieser Konflikt schwelt, ist Thema dieses Beitrags.

Einen geschichtlichen Überblick über den Konflikt in Syrien bietet der Beitrag von Birol Yılmaz. Die schwierige Lage,

in der sich die Türkei befindet und ihre Rolle in diesem Konflikt, die Bemühungen, die sie unternimmt, um den Krieg zu beenden, und der Einfluss des Konfliktes auf die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Russland werden in diesem Beitrag ausführlich behandelt.

Im Anschluss daran gibt Mustafa Özalp einen ausführlichen Überblick über die Pipeline-Politik der Türkei, die sich zu einem wichtigen und mächtigen regionalen Partner macht. Die Türkei wird somit in der Region zum unverzichtbaren Bündnispartner, was die Energieversorgung anbelangt, und wird somit nicht selten als Regionalmacht interpretiert.

Im abschließenden Beitrag unternimmt Mustafa Yıldız mit seinem Beitrag den Versuch, die Bedeutung der Türkei aus geopolitischer Sicht zu durchleuchten. Yıldız fragt danach, ob die Faktoren gegeben sind, unter denen man die Türkei als Regionalmacht interpretieren darf. Sein Plädoyer versieht uns mit Einblicken, um uns über die Aussichten Gedanken machen zu können.

Mustafa Yıldız
Yozgat, April 2019

Die geostrategische Bedeutung der Türkei für die Zukunft der Nachbarstaaten¹

Einleitung

Im letzten Jahrhundert wurden im türkischen Staat viele ausschlaggebende Ausbesserungen durchgeführt.

Wer die Außenpolitik der Türkei verstehen will, muss sich über deren Geschichte und Selbstverständnis erkundigen. Leicht erliegt man sonst der Versuchung, von der vertrauten Geschichte des eigenen Landes und durch die Brille der eigenen Kultur Schlüsse auf den Charakter von Beziehungen zu ziehen, die anderen Bedürfnissen und Ideologien unterworfen sind (Hibbeler, 2006).

Das Land ist vielgestaltigen Prozessen des Wandels unterworfen. Es ist zutiefst zerrissen. Die Fronten verlaufen nicht nur an politischen Feldern entlang, sondern auch in wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen. Viele Identitäten existieren zeitgleich: modern und archaisch, säkular und muslimisch, europäisch und anatolisch. Sie fließen ineinander (Schweizerisch Türkische Gespräche, 2011: 2).

Solche Entwicklungen führen zu nachhaltigen Verbesserungen sämtlicher Anordnungen. Einzelne innenpolitische Verbesserungen haben zu mehr Demokratie, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit geführt. Außenpolitisch avanciert die Türkei immer mehr zur Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten mit überregionalen Ambitionen. Feststehende Angstreflexe gegen liberale Umgangsformen werden immer wieder sichtbar (Schweizerisch Türkische Gespräche, 2011: 2).

Die vorliegende Ausarbeitung behandelt die Entwicklung der regionalen Machtstellung der Türkei, wobei der Fokus auf die aktuelle politische Situation in der Region gelegt wird. Ziel dieser Arbeit ist es, die geostrategische Bedeutung der Türkei für die Zukunft der Nachbarstaaten zu untersuchen, wobei davon ausgegangen wird, dass sie als demokratischer, islamisch geprägter Staat bezüglich Demokratisierung eine Vorreiterfunktion gegenüber anderen islamischen Staaten bzw. im arabischen Raum einnimmt. Dabei gilt das Jahr 2002 als die Wende zur Demokratisierung, als die AKP an die Regierung

¹ Dr. Mustafa Özalp & Mag. Hasan Şahingöz

gekommen ist (Calligaris, 2011:15). Es soll die Entwicklung der Türkei bis dahin – mit dem Fokus auf die Demokratisierung – eingehend analysiert werden. Ein Ausgangspunkt dabei ist, dass die NATO-Mitgliedschaft der Türkei seit 1952 (Brasche, 2008:315) einen wesentlichen Faktor ausmacht. Aus diesem Grund wird eine regionsübergreifende Analyse vorgenommen, wobei die Türkei zunächst als Schlüsselland zwischen dem Westen und dem Nahen und Mittleren Osten gesehen wird. Daher werden auch die Beziehungen der Türkei zum „Westen“ – vor allem zu den USA –, Russland, EU und den arabischen Staaten, berücksichtigt.

Die geostrategische Bedeutung der Türkei

Aus geopolitischer Sicht nimmt die Türkei zwischen dem Balkan und dem Nahen Osten eine sehr wichtige strategische Lage ein. Einerseits befindet sich diese Region im Visier der westlichen Großmächte und der ehemaligen Sowjetunion, andererseits gibt es hier immer wieder auch Interessenkonflikte, die des Öfteren zu Gewaltanwendung führen.

Darüber hinaus fällt die geografische Nähe der Türkei zur rohstoffreichen Region um das Kaspische Meer, die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts im Zentrum der energiepolitischen Ambitionen verschiedener Akteure steht, auf. Eine weitere Besonderheit mit geopolitischer Bedeutung sind die überschüssigen Wasserressourcen der Türkei, die ihr eine regionale Sonderstellung verleihen und ein besonderes Konfliktpotenzial im Hinblick auf die Versorgung Syriens und des Irak besitzen.

„Die Türkei ist geographisch, ethnisch und politisch mit den Problemen des Irak, Irans, Armeniens, Aserbaidschans, Zyperns, Griechenlands, Bulgariens, Russlands, Tadschikistans, Syriens verbunden.“ (Steinbach, 1996:80)

Hier stellt sich natürlich die Frage, in welchem Ausmaß solche externen Faktoren die türkische Nahostpolitik beeinflusst haben.

Unter den türkischen Machteliten wurden diese Lagebeschreibungen zur Leitlinie ihres Handelns und stellten seit dem Ende des Ost-West-Konflikts von Özal bis Erdogan für die türkische Politik eine ständige Herausforderung dar.

An dieser Stelle möchten wir erwähnen, dass auch die Machtergreifung der AKP in der Türkei die Nahost-Beziehungen beeinflusste. Die AKP stand aufgrund ihrer konservativen Haltung den arabischen Staaten näher als dem Westen.

Die Niederlage der Türkei im Ersten Weltkrieg war die letzte Erscheinung eines Auflösungsprozesses. Das Osmanische Reich, das 400 Jahre lang im Balkan die bestimmende Macht gewesen war, verlor nur in zehn Jahren einen großen Teil seines Gebietes. Gründe dafür waren unter anderem Veränderungen in der Staatsverwaltung und Volkswirtschaft sowie außerdem auch kulturell-intellektuelle Veränderungen.

Die neue Konstellation in Europa hatte natürlich auch entscheidende Auswirkungen auf die Türkei. Die Türkei war für die Großmächte USA und UdSSR strategisch gesehen besonders wichtig. Die Sowjetunion und die USA versuchten immer wieder, ihre machtpolitischen Positionen im Nahen Osten zu erweitern, und dies beeinflusste natürlich auch die Türkei. Die Türkei näherte sich den USA und der NATO an, um sich vor der Sowjetunion zu schützen.

Je weiter sie sich den USA und Europa annäherte, umso mehr entfernte sie sich von ihren arabischen und russischen Nachbarn.

Das Verhältnis der Türkei zu diesen Staaten ist von verschiedenen Konfliktpotenzialen belastet. Ein verstärktes türkisches Engagement im Nahen und Mittleren Osten würde sich daher voraussichtlich konfliktverschärfend auswirken.

Das beträchtliche Konfliktpotenzial des NATO-Partners Türkei mit den Nachbarstaaten im Nahen und Mittleren Osten muss aus amerikanischer Sicht mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werden. Die USA könnten aufgrund der gegenüber der Türkei bestehenden Bündnisverpflichtungen leicht und weitgehend unvorbereitet in einen militärischen Konflikt im Nahen und Mittleren Osten hineingezogen werden.

Es wird versucht, am Beispiel der Türkei die komplexen Sicherheits- und Außenpolitischen Implikationen der „neuen Weltordnung“ aufzuzeigen. Außerdem soll in dem Kontext eine Annäherung an die Frage des Außenpolitischen Agierens der USA anhand des konkreten Beispiels „Irak-Konflikt“ erfolgen.

Der Konflikt ereignete sich, als die USA und die Türkei eine Neubestimmung ihrer Rollen vornahmen und versuchten, die künftige türkische Sicherheitsarchitektur zu gestalten. So stellt er ein gutes Beispiel dafür dar, wie weit die praktischen Sicherheitsprobleme die internationalen Akteure verpflichteten, ihr eigenes Sicherheitskonzept aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln.

Um dies zu bewerkstelligen, muss ein Blick auf die historische Entwicklung der Türkei geworfen werden. Das heißt, dass die Veränderung der politischen Denkweise und die Reformierung des Staates ab dem Ersten Weltkrieg bis zur Regierung der AKP von 2018 auch in Betracht gezogen werden.

Es wird hier bezweckt, dieser Entwicklung auf den Grund zu gehen, um zu verstehen, wie es in einem Land innerhalb kurzer Zeit einen so gravierenden Umschwung geben konnte. Erst seit wenigen Jahren verspürt man einen positiven Umschwung. Die Zivilgesellschaft in der Türkei, die aus Bürgerinitiativen, Menschenrechtler, Wirtschaftsverbänden, Frauengruppen, Gewerkschaften und anderen regierungsunabhängigen Organisationen besteht, wird immer stärker.

Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien

Die Türkei liegt inmitten des Konfliktdreiecks Südosteuropa–Naher Osten–Kaukasus. Darüber hinaus spielt die Türkei eine entscheidende Rolle bei der Absicherung westlicher Energieinteressen in ihrer kaspischen Nachbarschaft.

Die geostrategische Bedeutung der Türkei ist zu einem wichtigen Thema politischer Debatten in der Welt geworden.

Für Zbigniew Brzezinski sind geostrategische Akteure jene Staaten, die die Kapazität und den nationalen Willen besitzen, über ihre Grenzen hinaus Macht oder Einfluss auszuüben, um den geopolitischen Status in Amerikas Interessen berührendem Ausmaß zu verändern. Geopolitische Dreh- und Angelpunkte sind wiederum Staaten, deren Belange sich nicht aus ihrer Stärke und Motivation, sondern vielmehr aus ihrer geografischen Lage und aus deren Folgen ergeben (Brzezinski, 1999:66).

Die Relevanz der geopolitischen Reflexion und des entsprechenden Handelns nimmt bei der Beurteilung internationaler Beziehungen stets zu. Ein Paradebeispiel dafür, wie Geopolitik

planmäßig analysiert und für die patriotischen Interessen genutzt wird, sind die USA. Aber auch in Russland und China hat bei den Machteliten die Geopolitik ihren festen Stellenwert. Während die Geopolitik der Welt- und Großmächte (USA, Russland, China u. a.) ständig im Fokus von Wissenschaft und Politik steht, gehören geopolitische Analysen über die Regionalmächte der Gegenwart zu den vernachlässigten Forschungsgebieten. Dies gilt als eine große Ausnahme nicht für die Türkei (Brill, 2013).

Im Falle der Türkei kann wahrhaftig die Feststellung getroffen werden, dass beinahe bei jeder internationalen Debatte die besondere geopolitische Bedeutung des Staates akzentuiert wird. Aus diesem Grund soll hier die neue geopolitische Lage und Rolle der Türkei in ihren unterschiedlichen räumlichen Ausdehnungen national, kontinental und global behandeln. Denn aufgrund der Lage der Türkei an der Schnittstelle geopolitischer Großräume und der gewandelten Raum-Mächte-Konstellation in Eurasien, im Nahen Osten und in Nordafrika ist die Geopolitik nicht nur ein zentraler Begriff, sondern ein wichtiges Merkmal bei der neuen Lagebeurteilung türkischer Interessen geworden (Brill, 2013).

Die *Security first*-Politik wurde durch eine friedens- und kompromissorientierte, unabhängige Außenpolitik nach dem Prinzip „Frieden durch Handel“ abgelöst. Diese Politik basiert auf dem Verständnis der Türkei als Brücke zwischen der westlichen und der arabisch-islamischen Welt, wobei der Türkei demnach eine Modell- und Vorbildfunktion zukommt (Öztürk, 2006).

Gerade auch im Wirtschaftsbereich wird die veränderte Rolle der Türkei deutlich. Die Wirtschaftsentwicklung der Türkei und ihre Handelsbeziehungen zu den Staaten im Nahen Osten können einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage in der Region leisten (Bundeskademie für Sicherheitspolitik, 2011).

Ein Blick auf die Weltkarte genügt, um zu sehen, dass die Türkei die einzige Brücke zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer ist. Die alternative Route wäre der Weg über Russland. Schaut man sich die Seekarte an, wird außerdem deutlich, dass die Türkei an den beiden Meerengen des Mar-
mameers – Bosporus und Dardanellen – den Zugang der

russischen Seestreitkräfte zum Mittelmeer und damit auch zum Atlantik und Pazifik geopolitisch beherrscht (Frankfurter Allgemeine Zeitung <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/rolle-der-tuerkei-in-der-europaeischen-aussenpolitik-14220554.html>).

Seit Ataturk sieht sich die Türkei nicht nur als Brücke, sondern als fest verankerten Bestandteil Europas.

Die Türkei war in vielerlei Hinsicht durch den Untergang der Monarchie und die Weltkriege geschwächt. Erst mit der AKP-Regierung gelang ihr ein wirtschaftlicher und militärischer Aufschwung.

Während des Kalten Krieges war es selbstverständlich, die Türkei als „untrennbares Teil des Westens“ anzusehen. Die NATO bot der Türkei teilweise den lang gesuchten Schutz gegen den Feind, nämlich gegen die Sowjetunion, die nach dem Zweiten Weltkrieg Gebietsansprüche im Osten der Türkei und an den Meerengen erhoben hatte. In den Jahren des Kalten Krieges wurde die Türkei vom Westen militärisch und wirtschaftlich teilweise unterstützt. Die Türkei konnte eigentlich ihre geostrategische und geopolitische Bedeutung zum beiderseitigen Nutzen nicht gut verkaufen. Denn seit dem Zweiten Weltkrieg wurden Ankaras Außen- und Sicherheitspolitik von der Einbettung in den NATO-Rahmen bestimmt. Durch diese Politik hat sich USA (NATO) immer in die türkischen politischen und sozioökonomischen Angelegenheiten eingemischt. Deswegen glaubt das türkische Volk, dass hinter den militärischen Putschen, die bisher in der Türkei stattgefunden haben, die USA und/oder NATO stecken. Die Türkei leidet seit 40 Jahren unter terroristischen Bedrohungen und Angriffen (PKK), die NATO hat hingegen die Türkei in dieser Thematik überhaupt nicht unterstützt (Yilmaz, 1997:51).

Anfang der neunziger Jahre war die dominierende Meinung, dass die Türkei als angehende Regionalmacht in Zusammenarbeit mit dem Okzident drei Kernaufgaben übernehmen sollte:

Die Türkei sollte als neue und künftige Regionalmacht die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Westens in der Region vertreten. Zu diesem Zweck kooperierte die Türkei sowohl während des Golf-Krieges als auch danach mit den westlichen Alliierten. Sie stellte damit nicht nur ihre Loyalität zum

Bündnis unter Beweis, sondern machte auch unverkennbar deutlich, wie wichtig ihre strategische Position bei den sich ausbreitenden Konflikten war.

Unter Führung der Türkei sollte mit den USA und Westeuropa die politische Leere in Osteuropa, Kaukasus und Mittelasien, die nach dem Niedergang der Sowjetunion erkennbar wurde, aufgefüllt werden. Ebenso sollten die Verhältnisse in Transkaukasien und Zentralasien mit Hilfe Ankaras ausgebastert werden.

Turgut Özals Vision für das 21. Jahrhundert

Von 1983 bis 1989 war Turgut Özal Ministerpräsident und von 1989 bis 1993 Präsident der Türkei. Özal war ein ökonomischer Pragmatiker, mit dem die wirtschaftliche Öffnung der Türkei begann. Die Prognose des 21. Jahrhunderts als das eines „Jahrhunderts der Türkei“ und deren Einflusssphäre von der Adria bis Zentralasien stammt von ihm.

„Wenn wir die historische Gelegenheit nutzen und Fehler vermeiden, das 21. Jahrhundert müsste das Jahrhundert der Türkei und der Türken werden.“ (Gürbey, 2005:95)

Die Schwerpunkte von Özals Politik waren beispielsweise folgende: Politische Leitlinie, wovon auch der Begriff „Islamisch-neo-osmanisch“ stammt. Kooperation aller Turkvölker unter Führung der Türkei – hier spielt der Begriff „Pantürkismus“ eine sehr wichtige Rolle. Wirtschaftliche Neuordnung und Modernisierung, zusätzlich kommt auch das Südostanatolien-Projekt hinzu. Frieden durch Handel, Bemühungen um eine Freihandelszone mit den USA, Orientierung an den asiatischen „Tigerstaaten“; Brücke zwischen Orient und Okzident (Mittlerfunktion); Lösung der Zypern- und der Kurdenfrage als auch Großmachtambitionen (Brill, 2013).

Özal konzentrierte sich auf regionale Beziehungen und suchte eine starke Zusammenarbeit im regionalen Bereich, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen und die sicherheitspolitischen Risiken für die Türkei einzudämmen.

Özals politische Strategie sollte die internationale Politik der Türkei stärken und deckte sich mit den Erwartungen und Interessen vieler westlicher Staaten, die von der Türkei nach

dem Zerfall der Sowjetunion die Rolle einer regionalen Führungsmacht im Nahen Osten und in Zentralasien erwarteten (Yilmaz, 1995:37-42). Aufgrund seiner Großmachtambitionen (Lerch, 1993:3-10) konnte Turgut Özal nicht nur als „Reformer“, sondern auch als „revolutionärer Staatsmann“ bezeichnet werden, zumal es sich um eine Abkehr von den Grundprinzipien türkischer Außenpolitik handelte (Brill, 2013).

Türkische Außenpolitik

Die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran

Die Beziehungen zwischen dem Iran und der Türkei haben eine lange Geschichte. Zurzeit hat die Türkei im Nahen Osten eine Sonderstellung. Sie ist Mitglied der NATO und sie ist eine Regionalmacht, aber nicht nur die Türkei, sondern auch der Iran gehört zu den wichtigsten Regionalmächten und daher sind diese zwei Länder durch eine Konkurrenz um die dominierende Stellung in der Region gekennzeichnet. Zwischen den Nachfolgestaaten des Osmanischen wie des Persischen Reichs gab es trotz Rivalitäten um Einfluss und Interessensphären in der Region auch beständige Versuche einer Annäherung.

Die Türkei ist eine laizistische Demokratie, der Iran hingegen eine islamische Republik. Die Türkei ist in letzten Jahren eigenständiger und aktiver geworden und hat sich außenpolitisch neu positioniert. Sie agiert zusammen mit unterschiedlichsten Kooperationspartnern. Die zwei Haupttriebfedern für die Türkei sind dabei die Profilierung als Akteur auf Augenhöhe und ihre wirtschaftlichen Interessen. Dies spiegelt sich auch in der türkischen Politik gegenüber dem Iran und der EU wider (Bundeskademie für Sicherheitspolitik, <https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/suea2011.pdf>). In der Türkei wächst aber die Sorge vor einer militärischen Eskalation des Atomstreits mit dem Iran, und die türkische Regierung will die bisher vernachlässigte Luftabwehr stärken; dennoch bemüht sich die Türkei um eine diplomatische Lösung des Atomstreits.

Für die Türkei stehen folgende sicherheitspolitische und regionalpolitische Interessen im Vordergrund:

- Verhinderung einer iranischen Atomwaffen-Entwicklung;
- ein politisch stabiler Iran;

- eine politisch stabile Gesamtregion.

Der Sprecher des Außenministeriums, Namik Tan, sagte in einem Interview: „Die zivile Nutzung der Atomenergie ist zwar ein natürliches Recht, die Entwicklung nuklearer Massenvernichtungswaffen aber nicht akzeptabel.“ (Handelsblatt, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/luftabwehr-tuerkei-sucht-schutz-vor-iranischen-raketen/2619306.html?ticket=ST-951517-oB5W9sztKB4OgadWQIFb-ap3>).

Die Politik der Türkei gegenüber dem Iran war oft wechselhaft. In einem Interview sagte der türkische Analyst Şafak Baş:

„dass die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran auf gegenseitigem Respekt beruhen. Beide Länder haben eine Staatentradition in einer Region, die insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg geformt wurde. Dennoch kann man grundsätzlich behaupten, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran ein Wechselspiel zwischen Kooperation und Rivalität widerspiegeln. Rivalität äußert sich insbesondere in macht- bzw. geopolitisch relevanten Gebieten. Kooperation findet in Wirtschaft und Kultur statt. Auch das Interesse, kurdische Separatismus-Bewegungen im eigenen Land, aber auch in der Region per se zu bekämpfen, eint Ankara und Teheran. Interessanterweise sind beide Seiten stets in der Lage, Differenzen beiseitezulegen und Kooperation auf anderem Gebiet zu intensivieren bzw. über konfliktgeladene Themen zu sprechen, um Lösungen zu finden. Dies ist enorm wichtig und von prägendem Charakter hinsichtlich türkisch-iranischer Beziehungen.“ (<http://eurasianews.de/blog/das-verhaeltnis-zwischen-der-tuerkei-und-dem-iran-wird-pragmatisch-bleiben/>)

Sowohl die Türkei als auch die EU-Staaten haben gemeinsame zentrale außenpolitische Interessen und wollen einen atomwaffenfreien Iran haben. Ihr eigentliches Ziel ist, Stabilität und Wohlstand im Mittleren Osten, Frieden zwischen Israel und den Palästinensern sowie Stabilität in Afghanistan zu schaffen. Die Türkei und die EU-Länder möchten ein am Westen orientiertes Syrien und einen stabilen, also nicht auseinanderbrechenden Irak haben. Für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus suchen die Türkei und die EU Lösungen.

Die Beziehungen zu Griechenland und Bulgarien

In den Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland kam es in 70er Jahre zu Spannungen. Der Grund dafür waren der Machtwechsel in Griechenland sowie die Machtübernahme der sozialistischen PASOK unter Andreas Papandreu und seine offenkundige anti-türkische Politik.

Die türkische Regierung unter Özal verfolgte in den Beziehungen zu den Nachbarländern eine Politik, die auf bilateraler Ebene gestaltet werden sollte – so auch die Beziehung zu Griechenland, weil die Konflikte zwischen beiden Staaten nicht sofort gelöst werden könnten. Özal hatte aber eine strategische Denkweise und meinte, je mehr man auf die Lösung der Konflikte dränge, umso mehr würde man Konflikte statt Lösungen erzeugen.

Özal bevorzugte, Prioritäten im Handels- und Wirtschaftsbereich rechtzeitig zu verlegen, um Chancen zu kreieren. Im diesem Kontext wurde der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei wie folgt zusammengefasst:

„Ein anderer Faktor, der uns ernsthaft stört – bei den bilateralen Beziehungen einer der Konfliktparteien zu sein –, ist das Dilemma, mit dem wir uns bei Beziehungen zu Drittstaaten konfrontiert sehen. Unsere Staaten beklagen sich über unsere Konflikte und suchen nach Beistand bei Partnerstaaten. Beide Staaten befinden sich in der Bedrängnis, die Drittstaaten jeweils von der Richtigkeit und Gerechtigkeit ihrer These zu überzeugen. Während die sich für unsere Probleme mit Güte und Gnade interessierenden und von uns auf die Schiedsrichterposition gehobenen Staaten bei unserer Anwesenheit einerseits die Sprache der diplomatischen Höflichkeit benutzen, verändern sie andererseits ihre Meinungen und Positionen je nach ihren eigenen Interessen. Dies beweist uns, wie bedeutungslos es ist, unsere Argumente und Positionen in Verbindung mit den anderen Staaten in Betracht zu ziehen. Aber wenn diese Drittstaaten unter sich sind, erklären sie alle gemeinsam, dass wir von jeglicher Reife entfernt, nicht konsensfähig und streitsüchtig sind. Diesem entwürdigenden Zustand müssen wir gemeinsam ein Ende bereiten...“ (Başbakan Özal’ın Dış Seyehatleri Konuşmaları, 1988:30-31)

Die Zypern-Frage und der Konflikt im Ägäischen Meer prägten immer schon die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland. Die Staaten standen oft am Rande einer bewaffneten Auseinandersetzung. Zwischen den beiden Staaten verschärften sich die Konflikte, als der griechische Ministerpräsident Papandreu 1985 eine neue Verteidigungsdoktrin ankündigte, indem er die Türkei als eigentliche Bedrohung für die Sicherheit Griechenlands bewertete.

In Davos trafen sich Januar 1988 die beiden Ministerpräsidenten Turgut Özal und Andreas Papandreu. Im Juni 1988 fand ein offizieller Besuch des türkischen Staatspräsidenten in Athen statt und man versuchte, Vertrauen zwischen den beiden Staaten herzustellen.

Die beiden Länder haben unterschiedliche Lösungswege für die strategischen Konzepte gewählt. Die Türkei verhandelte die Konflikte zwischen beiden Staaten auf bilateraler Ebene und strebte danach, angemessene Lösungsmöglichkeit zu finden, aber Griechenland blieb dabei, die Konflikte auf internationaler Ebene auszutragen.

Trotz der ideologischen Gegensätze verbesserten sich hingegen die türkisch-bulgarischen Beziehungen während des Kalten Krieges und verzeichneten effektive Fortschritte. Özal wollte die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten ausbauen und unterzeichnete ein bilaterales Abkommen über ein Transitivum, Tourismus, Kultur und Sport. Die Türkei importierte elektrischen Strom aus Bulgarien, deswegen war Bulgarien auch eine wichtige Landverbindung.

Im August 1989 flüchteten 300.000 bulgarische Türken in die Türkei. Diese massenhafte Flüchtlingswelle löste sowohl in Bulgarien als auch in der Türkei politische Kritik aus, wobei die Türkei mit der Flüchtlingswelle überfordert war.

Diese politische Kritik führte zwischen Bulgarien und der Türkei dennoch zu einer positiven Entwicklung der Beziehungen in der internationalen Politik und es entstanden auf beiden Seiten keine sicherheitspolitischen Bedenken.

Die Türkei, Bulgarien und Griechenland schlossen ein Bündnis gegen irreguläre Migration. Im Rahmen des Projektes „Regionale Zusammenarbeit zwischen der Türkei, Bulgarien und Griechenland bei der Grenzüberwachung“ war eine inter-

nationale Organisation der Migration geplant, so sollten Vertreter der drei Länder regelmäßig zusammenkommen (<http://www.trt.net.tr/deutsch/turkei/2015/11/06/turkei-bulgrien-und-griechenland-schliessen-bundnis-363868>).

Die Türkei teilt mit Bulgarien eine 260 Kilometer lange Grenze, Bulgariens Regierungschef Boiko Borissow hat in letzter Zeit mit der Türkei ein gutes Verhältnis. Er sagte in einem Interview Folgendes über den Flüchtlingsstrom:

„Dass die Türkei sich an das Flüchtlingsabkommen hält, ist extrem wichtig für Europa“ ([tagesschau.de, https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-935.html](https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-935.html)),

und setzte in der Flüchtlingskrise auf eine Zusammenarbeit mit der Türkei.

Streitfragen in den türkisch-griechischen Beziehungen

Griechenland war vom 15. bis zum 19. Jahrhundert Teil des Osmanischen Reiches. Der Jahrhunderte alter Streit zwischen Griechenland und der Türkei ist von zahlreichen Konfliktfeldern gekennzeichnet. Nach dem Ersten Weltkrieg fand der sogenannte „Bevölkerungsaustausch“ statt, dessen Auswirkungen auch heute noch die Beziehungen belasten. Der historische Faktor im türkisch-griechischen Verhältnis ist nicht nur unter den politischen Eliten, sondern auch bei der Wahrnehmung beider Völker unvergessen. Einer der Gründe, warum beide Staaten im Jahr 1952 (zeitgleich!) unter amerikanischer Hegemonie Mitglieder der NATO wurden, liegt sicherlich auch in der Minderung dieses Spannungsverhältnisses (Brill, 2013).

Jedoch entstehen immer wieder Streitfragen zwischen der Türkei und Griechenland, darunter beispielsweise die Abgrenzung des Festlandsockels aufgrund der Rohstoffe oder die Ausdehnung der Territorialgewässer oder die Aufteilung der Wirtschaftszonen in der Ägäis wie auch die Hoheitsrechte im Luftverkehr und andere. Das Zypern-Problem brachte aber auch gute Ausgangspunkte mit sich, es könnte eine Wiedervereinigung beider Inselstaaten geben oder eine Zwei-Staaten-Lösung, auch der Beitritt bzw. Annexion der „Türkischen Republik Nordzypern“ an die Türkei könnte das Zypern-Problem lösen.

Die Beziehungen zum Nachbarn Sowjetunion

Die Sowjetunion ist geografisch der nördliche Nachbar der Türkei. Durch die NATO-Mitgliedschaft der Türkei besteht ein Ost-West-Gegensatz, der auch die Beziehungen der Türkei mit der Sowjetunion prägt. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten haben eine regionale und eine nationale Dimension. Die Beziehung zur Sowjetunion zieht die regionale Perspektive viel mehr in Betracht.

Am 16. März 1921 wurde ein russisch-türkischer Freundschafts- und Brüderschaftsvertrag zwischen Sowjetrussland und der türkischen Regierung unterschrieben. Im Vertrag steht, dass die armenischen Städte Kars und Ardahan der Türkei übergeben werden und der Berg Ararat auf dem türkischen Territorium bleibt.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan treibt als NATO-Partner die Annäherung an Russland trotz wachsender Sorge im Westen voran:

„Die türkisch-russischen Beziehungen sind in einem besseren Zustand als noch vor zwei Jahren. Beide Seiten arbeiten zusammen“, sagt Mitat Celikpala, Professor für Internationale Beziehungen an der Kadir-Has-Universität in Istanbul. „Sie schafften es, die Dinge voneinander zu trennen“, erklärt er mit Verweis auf Differenzen etwa in der Zypern-Frage oder der Annexion der Krim 2014. „Wenn man alle diese Themen links liegen lässt, sind sie gute Partner für die Umsetzung aktueller Interessen.“ (Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/russland-und-tuerkei-spannungen-mit-dem-westen-schweissen-Putin-und-Erdo%cc%87an-zusammen/21134956.html>)

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und der russische Präsident Wladimir Putin haben ein milliardenschweres Atom Kraftwerk-Bauprojekt auf türkischem Boden gestartet. Erdoğan sprach von einem „historischen“ Moment in den bilateralen Beziehungen. Putin sagte:

„Heute wohnen wir nicht nur dem Bau des ersten türkischen Atomkraftwerkes bei, sondern wir schaffen auch die Grundlage für die Atomindustrie in der Türkei.“

Das Atomkraftwerk Akkuyu soll 2023 in Betrieb gehen, zwei Jahre später sollen alle vier Reaktoren am Netz sein. Dann soll

das AKW mehr als zehn Prozent des Energiebedarfs der Türkei abdecken. Die Baukosten werden auf 20 Milliarden Dollar (16,23 Milliarden Euro) geschätzt (Salzburger Nachrichten, <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/Erdogan-fuehrt-nato-partner-tuerkei-naeher-an-russland-heran-26190961>).

Gegen den Westen streben Erdoğan und Putin wie auch der iranische Präsident Rouhani einen Waffenstillstand für Syrien an. Erdoğan sagte:

„Wir sind uns darin einig, unsere Bemühungen dafür fortzusetzen, eine politische Lösung für die Probleme in Syrien zu finden.“ (Blick, <https://www.blick.ch/news/ausland/syrien-Erdogan-Putin-und-Rouhani-beraten-in-dreiergipfel-ueber-syrien-id8203584.html>)

Türkische Außenpolitik gegenüber dem Nahen und dem Mittleren Osten

Im Nahen Osten werden die Türken als Nachfolger des Osmanischen Reiches gesehen. Die türkische Nahost-Politik war nach dem Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen von der amerikanischen Containment-Politik (NATO, CENTO etc.) bestimmt, die arabischen Nachbarn spielten keine besondere Rolle in der türkischen Außenpolitik (Brill, 2013).

Erst Anfang der 1970er Jahre wurden von der türkischen Regierung sogenannte „Politische Richtlinien“ entwickelt, nach denen die außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den arabischen Staaten gestaltet und verfolgt werden sollten. Die Durchsetzung dieser Richtlinien und ihrer Prinzipien legt Mehmet Ata Bakış in einer Studie (Ata, 1993:164-167) anhand folgender Fallbeispiele dar: keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Neutralität gegenüber innerarabischen Konflikten, Entwicklung der bilateralen Beziehungen, Schutz der gegenwärtigen Grenzen in der Region, politische Unterstützung für die Araber in ihrem Konflikt mit Israel, diplomatische Beziehungen zu Israel, Berücksichtigung der Verbindungen mit dem Westen bei den türkisch-arabischen Beziehungen, Förderung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den arabischen Ländern (Brill, 2013).

Heute gehört die Türkei auf dem arabisch-islamischen Schachbrett zu den zentralen Akteuren. In der arabischen

Staatenwelt wird sie von vielen als Reformmodell angesehen, weil sie Islam und Modernität verbindet (Abdel, 2010:9).

Die amtierende türkische AKP-Regierung bemüht sich um eine Balance zwischen der westlichen und der arabischen Welt. Die konservativ-demokratische AKP-Regierung vollzog einen außenpolitischen Strategiewechsel, der vor allem die benachbarten Staaten tangierte und dem Land neue Handlungsoptionen in den internationalen Beziehungen öffnete. Durch ein vielfältiges regionales Beziehungsgeflecht werden wirtschaftliche Kooperation und diplomatische Konfliktlösung angestrebt. Diese Politik basiert auf dem Verständnis der Türkei als Brücke zwischen der westlichen und der arabisch-islamischen Welt, der demnach eine Modell- und Vorbildfunktion zu kommt. Ökonomisch und strategisch wird die Türkei darüber hinaus als Energiebrücke zwischen Ost und West wahrgenommen (Öztürk, 2006).

Für die handelsorientierte Außenpolitik der AKP-Regierung bot sich eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Syrien an, besonders, weil sich im Süden der Türkei – in unmittelbarer Nähe zur syrischen Grenze – die wirtschaftlichen Strukturen sehr schnell entwickelten (Öztürk, 2006).

Das aktive Streben der türkischen Außenpolitik, Modellstaat für die arabisch-islamischen Staaten zu werden, kommt den USA und der im Rahmen ihrer erneuten Demokratisierungspolitik 2003 ins Leben gerufenen *Greater Middle East*-Initiative entgegen. Sie wurde in Kooperation mit den europäischen Partnern zur *Broader Middle East- und North Africa*-Initiative umformuliert und während des NATO-Gipfels 2004 in Istanbul als Brückenschlag zur islamischen Welt deklariert. In den Konzeptionen zur Demokratisierung des erweiterten Nahen Ostens kommt der Türkei neben ihrer geografischen Lage auch gesellschaftspolitisch eine Schlüsselrolle zu – so steht sie als Beispiel dafür, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Modernisierung keine genuin westlichen Eigenschaften sind.

Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Beziehungen gelingt der Türkei lediglich ein sehr bescheidenes wirtschaftliches und kommerzielles Verhältnis zum Nahen Osten (http://www.fifoost.org/tuerkei/fragen_beitritt/node7.php). Die Tür-

kei liegt am Knotenpunkt Europas und Asiens. Im globalen Gefüge dieser geopolitischen Schlüsselzone und als „*Regional Player*“ spielt die Türkei eine wesentliche Rolle, die in ihrer Region und darüber hinaus Strategien beeinflussen kann und in der Lage ist, selbst eigene Strategien zu entwickeln. Sie ist das Tor Europas, das sich nach Asien öffnet.

Bereits während der Zeit des ehemaligen türkischen Präsidenten Turgut Özal wurde 1989 ein außenpolitisches Konzept für die Entwicklung zum *Regional Player* im Nahen und Mittleren Osten geschaffen, welches von Ismail Cem, dem damaligen Außenminister, weiterentwickelt wurde. Dank der zu der Zeit aktiv betriebenen Außenpolitik kam es zu einer Beschleunigung der Weiterentwicklung dieses Konzepts. Insbesondere in der Zeit zwischen 1989 und 2002, der Koalitionsregierungen, die aber keine langfristig aktiven außenpolitischen Strategien mit sich brachte, wurde die Strategie von Außenminister Davutoğlu entwickelt, die einen wesentlichen Beitrag zur Funktion der Türkei als *Regional Player* war. Davutoğlu definierte bei einem Besuch im Libanon im Juli 2009 die aktuell betriebene und angestrebte türkische Nahost-Politik und die Theorie der „strategischen Tiefe“ wie folgt: Die Türkei sei in den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten keine Partei, ihre Priorität sei die friedliche Beseitigung von Elementen der Instabilität und sie wolle damit zur Achtung der Grundfreiheiten, zum Schutz der Menschenrechte, der Rechte der Frau und der Minderheitenrechte beitragen. Ähnlich sprach auch der damalige Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan davon, dass die Türkei ab sofort als Mieter in das Gebäude eines neuen Nahen und Mittleren Ostens eingezogen sei mit der Absicht, Frieden und Handel auf der Basis einer gemeinsamen Geografie zu fördern. Die neue Türkei nehme diese Stellung nicht nur aufgrund ihrer islamischen Identität wahr, sondern ziele auch darauf ab, einen Beitrag zur politischen Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu leisten. Das bedeutet, dass gemäß der Theorie der strategischen Tiefe die Türkei bei Konflikten ihrer Nachbarstaaten stets aktiv eingreifen können sollte.

Innerhalb der türkischen Außenpolitik gibt es derzeit zwei Argumente, die im Zusammenhang mit dem Thema „*Regional Player*“ im Nahen und Mittleren Osten häufig benutzt werden.

Konzipiert wurde diese Doktrin in erster Linie vom außenpolitischen Berater des türkischen Premierministers Erdogan und des Außenministers Gül (Davutoglu, 2001). Zum einen: Auch, wenn der Staat davon ausgeht, dass er die Konflikte anderer Staaten nicht lösen kann, muss er sich trotzdem darum bemühen, sich durch ein aktives Eingreifen Wissen anzueignen, Freunde zu machen und sich so weiterzuentwickeln. Kurz gesagt: Der Staat darf nicht vor Problemen fliehen und soll auch eine Lösung nicht als unmöglich sehen. Das zweite Argument besagt, dass zuerst das Problem durchleuchtet werden muss und der Nutzen, der aus einem problemlösenden Handeln gezogen werden kann, in Betracht gezogen werden muss. D. h. es soll überprüft werden, ob die Konflikte im Nahen Osten als Gelegenheit für etwas aufgefasst werden können. Das ist eine pragmatische Annäherung, wobei sich die Türkei nicht vom Krisengebiet zurückzieht, sondern versucht, die Situation zu ihren Gunsten auszunutzen. Die Befürworter dieses Arguments vertreten die Ansicht, dass die Türkei durch ihre im Rahmen der Theorie der strategischen Tiefe eingenommene außenpolitische Positionierung sich mit dem Nahen Osten identifiziert hat und so ein Risiko eingegangen ist, ohne den möglichen Nutzen und die entstehenden Kosten abzuwägen (Davutoglu, 2001).

Letztlich muss in der Abwägung der beiden Argumente gefragt werden, ob die kulturelle Ähnlichkeit zwischen dem Nahen und Mittleren Osten und der Türkei entscheidend sein kann. Für den südöstlichen Teil der Türkei kann diese Frage vorerst mit Ja beantwortet werden. Zu beachten ist aber, dass für sehr viele Türken nach wie vor Balkan bedeutender ist.

Zusammenfassend ist ein *Regional Player* ein Staat mit der Fähigkeit, die Region politisch zu beeinflussen und zu bestimmen. Natürlich sollte ein Land, das sich als *Regional Player* qualifiziert, auch die Kapazität haben, eine Großmacht zu werden. Um ein wirtschaftlich starker *Regional Player* zu werden, muss zunächst eine stabile Wirtschaft angestrebt werden. Dazu sind zwischenstaatliche Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Nachbarn nötig.

Die geostrategische Bedeutung der Türkei für die Zukunft der Nachbarstaaten

Es gibt immer politische, kulturelle, historische und wirtschaftliche Faktoren, die die Beziehungen eines Landes mit anderen Ländern beeinflussen. Das allgemeine Hauptinteresse der Nachbarstaaten wird in der politischen, sozialen und ökonomischen Stabilisierung und Modernisierung der Türkei gesehen. Damit sollen das Entstehen einer islamischen Türkei gefördert werden und die darauf ziellenden Reformpolitiken abgesichert werden.

Die Entwicklung der Türkei unter der Regierung des jetzigen türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan wird skeptisch betrachtet.

Die Kurden-Problematik stellt eines der wichtigsten Probleme der Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht dar. Die Annäherung der Türkei an Syrien, den Iran und den Irak waren für Ankara zweckmäßig, weil seit ungefähr 30 Jahren vom Territorium dieser Staaten die PKK Attacken gegen die Türkei richtete. Die regionale Dimension dieses Problems war somit ein wesentlicher Faktor für diese positive Entwicklung.

„Bei dem Besuch des türkischen Präsidenten Abdullah Gül, der nach 33 Jahren am 23. März 2009 Irak erstmals besucht, sind zwei Themen in den Vordergrund getreten. Das erste Thema war das Kurden-Problem in der Türkei, dass das Blutvergießen der Brüder aufzuhören hat und die Ausweisung der terroristischen Organisation PKK aus dem Nordirak und das zweite Thema war der Transport des Öls und Gas über die Türkei nach Europa.“ (Çatalkaya, 2009:16)

Die heutige neue Türkei sollte gleichwohl nicht als strategischer Partner, sondern als Regionalmacht für den Nahen und Mittleren Osten wahrgenommen werden. Amerika hat ein Interesse an der Demokratisierung und Stabilisierung der Länder des „Arab Spring“, des sogenannten Arabischen Frühlings. Diese Normdiffusion sollte im amerikanischen Interesse nicht allein der türkischen Außen- und Entwicklungspolitik überlassen werden, sondern z. B. von den USA in ihrer Funktion als Supermacht als Chance genutzt werden, dies zusammen mit Ankara durchzuführen und auch Einfluss auf die Pazifierung von Konflikten zu nehmen.

Hierbei werden ausschließlich diejenigen historischen Aspekte skizziert, die für die aktuelle und zukünftige geostrategische und sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei relevant erscheinen. In dieser Hinsicht bietet die Erörterung der aktuellen und möglichen zukünftigen geostrategischen Bedeutung der Türkei einen Rahmen für die Behandlung der sicherheitspolitischen Interessen der Nachbarstaaten.

Nach Ansicht des türkischen Außenministers sind die Beziehungen zwischen Ankara und Washington an einem „sehr kritischen Punkt“ angelangt:

„Entweder wir verbessern die Beziehungen oder diese Beziehungen werden vollständig zerstört. Da gibt es keine Alternative“,

sagte Mevlüt Çavuşoğlu Anfang 2018 (Frankfurter Allgemeine, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-droht-usa-mit-abbruch-der-beziehungen-15444780.html>).

„Wir wollen keine Versprechungen und Zusagen aus den USA, wir wollen konkrete Schritte [in Bezug auf die YPG]. Damit wir mit den USA über mehrere Themen diskutieren können, muss das verlorene Vertrauen wiederhergestellt werden. Die Ursache des verlorenen Vertrauens sind die US[-Aktionen]“,

kritisierte Çavuşoğlu scharf den NATO-Partner in Washington (RT Deutsch, <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/65067-turkei-zu-usa-entweder-stellen-beziehungen-her-oder-zerbrechen-ypg/>).

Operation „Olivenzweig“

Was tun gegen den Terror? Eine terroristenfreie Welt wäre ein Traum, aber zunächst versucht die Türkei, eine „terroristenfreie Grenze“ zu haben. Um die Beziehungen zu den Nachbarländern politisch, wirtschaftlich, kulturell wie auch gesellschaftlich zu stärken, begann am 20. Januar 2018 die türkische Militäroffensive auf Afrin (in Syrien) unter dem Namen „Operation Olivenzweig“ auf Befehl des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, damit die Nachbarn und auch die Türkei frei ohne Terror leben können. Der Olivenzweig bezeichnet ein Friedenssymbol. Das Hauptziel ist, die terroristischen Milizen (PKK) im Norden Syriens zu zerschlagen und insbesondere die Volksverteidigungseinheiten (YPG-Terroristen) aus dem

Grenzgebiet zu vertreiben, weil ihre Vorstellung eines endlosen Blutvergießens bekämpft und besiegt werden müsse.

Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu sagt, dass die Operation Olivenzweig, die einen militärischen Einmarsch in Syrien beinhaltet, vor allem ein Akt der Selbstverteidigung der Türkei gegen eine Ansammlung von Terroristen ist, die sich bereits als aggressiv gegen unsere Bevölkerungszentren erwiesen haben. Als ein Land, das 3,5 Millionen Syrer aufgenommen hat, verfolgt die Türkei mit der Operation Olivenzweig auch das Ziel, die Hindernisse für den Frieden, die von Gegnern einer vereinigten Zukunft des Landes aufgebaut werden, zu beseitigen. Die großen Lager der PKK/YPG-Terroristen jenseits unserer Grenzen haben zwei Zielen gedient. Ein Ziel war, neben jener Front im Nordirak eine zusätzliche Front für die Terroroperationen der PKK zu bilden und diese zu vereinen, um eine durchgehende Terrorzone aufzubauen. Die Waffen und die militärische Infrastruktur, die wir in Afrin (Syrien) sichergestellt haben, belegen diese Einschätzung maßgeblich. Das zweite Ziel der Terroristenlager war es, territoriale Brückenkopfe für ihren eigenen Kleinstaat zu bilden, der auf den Trümmern Syriens und des Irak in den vom IS befreiten Gebieten errichtet werden sollte. Die Operation Olivenzweig der Türkei verhindert eine weitere Eskalation des Krieges und den Anstieg des Terrorismus, der Europa und die Vereinigten Staaten überziehen würde. Stattdessen öffnet sie einen Weg zum Frieden (EP, <http://foreignpolicy.com/2018/04/05/the-meaning-of-operation-olive-branch/>).

Für die Operation Olivenzweig hat die Türkei größte Sorgfalt darauf verwendet, zivile Opfer zu vermeiden, und sie ist zu einer der erfolgreichsten Operationen geworden, die auch die ganze Welt in dieser Hinsicht je gesehen hat. Verteidigungsminister Nurettin Canikli sagte, die Terrorbedrohung sei groß und die Bedrohung werde jeden Tag noch größer:

„Diese Operation wird durchgeführt, wie unser Staatspräsident schon gesagt hat. Aber die Zeit und der Zeitpunkt sind ein Teil der Planung, um die Operation noch effektiver und erfolgreicher durchzuführen. Deshalb werden in diesem Rahmen Vorbereitungen getroffen. Alle Terrorlinien und die Terrorpräsenz im Norden Syrien werden gesäubert. Eine andere Lösung gibt es nicht.“

(<http://www.trt.net.tr/deutsch/turkei/2018/01/19/canikli-operation-wird-durchgefuehrt-892197>).

Die Türkei widersetzt sich auch jeder Formulierung, die Operation Olivenzweig als Kampf der Kurden gegen die Türken darzustellen. Es ist offensichtlich, dass die PKK- und YPG-Terroristen nicht die Kurden repräsentieren. Rund 400.000 Kurden wurden von der YPG aus den Gebieten, die sie besetzt haben, vertrieben. Die Türkei möchte, dass alle Kurden in allen Ländern, in denen sie ansässig sind, in Frieden und Wohlstand leben. Der Mikronationalismus und der Terrorismus der PKK führen allen, einschließlich den Kurden, Schaden zu (T.C. Dışişleri Bakanlığı, <http://www.mfa.gov.tr/disisleri-bakani-sayin-mevlut-cavusoglu-nun-foreign-policy-dergisinde-yayinlanan-makalesi-5-nisan.tr.mfa>).

„Der Nahe Osten muss vor der Bedrohung durch Sektierertum, Einflusssphären, den wiedererstarkenden Imperialismus, Familienfeinden in Königshäusern, Extremismus jeglicher Art, ob religiös oder anderweitig, geschützt werden. Die Staaten und Völker der Region – und die davon Betroffenen – haben genug gelitten. Ein Fahrplan für eine solche erfolgreiche Zukunft könnte bereits mit der entschlossenen Führung der Türkei entstehen.“ (EP, <http://foreignpolicy.com/2018/04/05/the-meaning-of-operation-olive-branch/>).

Die neue Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht

Heute ist die Türkei wirtschaftlich sehr stark und außenpolitisch selbstbewusst und entwickelt sich zur Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten. Der einflussreiche und regierungsnahe Kolumnist der Tageszeitung Radikal, Cengiz Çandar, geht noch einen Schritt weiter:

„Die Türkei ist ein lebendiges und dynamisches Land, das in den nächsten zehn Jahren das Ziel erreichen will, unter den ersten 10 großen Ökonomien der Welt zu sein. Die türkische Wirtschaft ist inzwischen so stark, dass sie innerhalb der eigenen Landesgrenzen nicht mehr zu halten ist. Diese wirtschaftliche Stärke, welche die Türkei zu einer Regionalmacht gemacht hat, wird nun dazu genutzt, eine ›politische Macht‹ zu werden. Deshalb entfaltet die

Türkei mithilfe ihrer ›Soft Power‹-Politik im Nahen Osten politische Aktivitäten und übernimmt die Rolle als Problemlöserin – in manchen Fällen auch ohne grünes Licht aus den USA.“

Çandar ist der Auffassung, dass die Gestaltungsmacht der USA in der Region schwinde und daher die Türkei, die ein hohes Maß an Ansehen gewonnen habe, über eine Rolle als »Ordnungsmacht« nachdenken müsse (Radikal, <http://www.rosalux.de/publication/36642/die-imperialen-gelueste-der-neo-osmanen.html>).

Weltweit liegt die Türkei unter den größten Wirtschaftsnationen auf Platz 17. Wäre sie ein EU-Mitglied, würde sie auf Platz 7 landen. In den letzten Jahren stützt die neue Türkei sich nicht nur auf ihre militärische und wirtschaftliche Stärke, sondern auch politisch-ideologisch schlägt das Land neue Wege zur Regionalmacht ein (Frankfurter Rundschau, <http://www.fr-online.de/politik/tuerkei-auf-dem-weg-zur-regionalmacht,1472596,4763790.html>).

Die Türkei als einziger nahöstlicher Staat, der Mitglied der NATO und assoziiertes Mitglied der EU ist, befand sich nach dem Ende des Kalten Krieges in einer zentralen Position zwischen verschiedenen Regionen, welche sich an der Türkei orientieren bzw. von dieser außenpolitisch beeinflusst werden. Dazu zählen neben der Europäischen Union der Schwarzmeerraum, die türksprachigen Nachfolgerepubliken der UdSSR in Zentralasien, auch die arabischen Staaten und das Kaukasusgebiet sowie schließlich der Nahe und Mittlere Osten (Hoch, 1994:109).

Durch die geografische Lage der Türkei, wie etwa die Nachbarschaft zum Iran oder Irak, stellt diese für die EU eine strategische Schlüsselposition dar aufgrund der Tatsache, dass sie auf zwei Kontinenten mit unterschiedlichen kulturellen Einflüssen liegt. Mit dem Ende der Sowjetunion schien die Türkei vorerst in eine Art geopolitisches Vakuum zu geraten. Inzwischen hat sie ihre neuwertige Rolle gefunden und ihr strategisches Gewicht ist nun größer als zur Zeit des Kalten Krieges, wenn man etwa an die künftige Rolle Anatoliens als Korridor für die Erdgasversorgung Europas denkt (Frankfurter Rundschau, <http://www.fr-online.de/politik/tuerkei-auf-dem-weg-zur-regionalmacht,1472596,4763790.html>).

In den vergangenen Jahren hat die Türkei auch im Hinblick auf die Erschließung der mittelasiatischen Öl- und Gasvorkommen für den Weltmarkt von sich reden gemacht. Im Hintergrund sind verschiedene Pipeline-Projekte, die zum Teil jüngst fertiggestellt wurden (*Baku–Tibilis–Ceyhan* sowie die Schwarzmeer-Gaspipeline *Blauer Strom*) oder sich im Planungsstadium befinden (Weiterführung der *Blauen Strömung* bis ans Mittelmeer) (Fokus Türkei, <http://library.fes.de/pdf-fies/bueros/tuerkei/04352>).



Quelle: http://www.studiengesellschaft-friedensforschung.de/da_54.html

Eine planmäßige regional und weltweit geregelte Außenpolitik wurde jedoch erst durch die AKP-Regierung eingeleitet. Die Türkei ist zurzeit dabei, ihre Stellung im internationalen Bereich und ihre Rolle in der Region zwischen Europa, Zentralasien, Nahost, Schwarzmeer und Mittelmeer neu zu definieren. Wir sehen die Türkei als Regionalmacht, die „die Verbindungen in der Region bildet“. Deshalb müsste die Türkei eine ausgewogene Verbindung zu allen globalen und regionalen Akteuren anstreben und sich für Frieden, Stabilität, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung in der Nachbarschaft einsetzen (Frankfurter Rundschau, <http://www.fr-online.de/politik/tuerkei-auf-dem-weg-zur-regionalmacht,1472596,4763790.html>).

Dazu benötige es einer „proaktiven“ und „multidimensionalen“ Außenpolitik. Dies besagt, dass sich die Türkei nicht einseitig auf eine Allianz mit dem Westen (USA, EU) beschränken, sondern auch gute Beziehungen mit allen Staaten in der Region anstreben sollte (Frankfurter Rundschau, <http://www.fr-online.de/politik/tuerkei-auf-dem-weg-zur-regionalmacht,1472596,4763790.html>).

Die Analyse der Außenpolitik muss zunächst den Unterschied zwischen Außenpolitik und internationaler Politik beachten. Mit Außenpolitik wird das Handeln oder Nicht-Handeln aus der Sicht eines Akteurs analysiert. Die internationale Politik analysiert das internationale System bzw. seine Teilbereiche, das auch durch die Summe der Außenpolitik aller Staaten bestimmt wird. Umgekehrt erfordert eine außenpolitische Analyse auch die Berücksichtigung der Verhaltensmuster, der Struktur und der aktuellen Ausprägung des internationalen Systems, in das der jeweilige Akteur, hier: die Türkei, eingebunden ist.

Die erneuerte außenpolitische Orientierung soll dennoch nicht die Abkehr vom Westen bedeuten. Die angestrebte Mitgliedschaft an der Europäischen Union sei ein langfristiges strategisches Ziel und auch die Kooperation mit den USA sei ebenso von hervorragender Bedeutung. In den bilateralen Beziehungen zu ihren Nachbarländern setzt die Türkei jedoch eigene Prioritäten, die mitunter auch von jenen des Westens abweichen können (Frankfurter Rundschau, <http://www.fr-online.de/politik/tuerkei-auf-dem-weg-zur-regionalmacht,1472596,4763790.html>).

Die Außenpolitiker der Türkei haben erkannt, dass sich die regionale Bedeutung des Landes nur dann entfaltet, wenn die Brücke aus beiden Richtungen stark befahren ist. Für die USA und die EU ist die Türkei von umso größerem Nutzen, je größer deren Einfluss in der Krisenregion des Nahen Ostens ist. Andererseits blicken die Staaten und Gesellschaften dort umso mehr zur Türkei auf, je erfolgreicher sie ist und je mehr sie im Konzert der Großen in Europa bzw. in der Welt Gehör findet.

Die Türkei verändert sich, der Nahe und Mittlere Osten auch. Die Türkei ist für die meisten Araber nicht mehr nur der Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches, das die Araber für den Niedergang ihrer Kultur verantwortlich machen.

Denn die Türkei schafft, was den arabischen Staaten erst bevorsteht: aus eigener Kraft eine autoritäre Ideologie abzustreifen und an ihre Stelle eine funktionierende Demokratie zu setzen. Eine Ermutigung ist das türkische Vorbild aber für jene Regime, die sich öffnen wollen, und für jene Bürger, die für mehr Rechte kämpfen.

Die arabische Welt sieht den türkischen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan als den modernen muslimischen Demokraten, der das muslimische Glaubensbekenntnis mit der Demokratie zusammenführt, und sie sucht seinen Rat. Auf der anderen Seite bitten ihn die Führer der westlichen Welt – ob der amerikanische Präsident oder die deutsche Bundeskanzlerin –, dass er mit jenen kommuniziert, mit denen die Politiker des Westens nicht sprechen könnten. Sie setzen auf ihn, weil seine Stimme zählt und weil sie wissen, dass die Türkei eine Außenpolitik praktiziert, die sich im Einklang mit jener der EU befindet. Auch die Türkei setzt auf Verhandlungen und Dialog, das militärische Vorgehen ist das letzte Mittel. Die Türkei ist eine *Soft power* geworden und eine Regionalmacht mit wohlmeinenden Absichten.

Erfolg hatte die Türkei auch, als sie die Nachbarschaftskonferenzen zum Irak einfädelte und energisch betrieb. Bei einer dieser Konferenzen, im Mai 2007 in Scharm al-Scheich, saßen erstmals offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten und Irans an einem Tisch. Konsultationen sind für die Türkei ein Mechanismus, um den Bürgerkrieg im Irak einzudämmen.

Im Libanon leisten auch türkische Blauhelme im Auftrag der Vereinten Nationen einen Beitrag zur Befriedung des Landes. Zum ersten Mal seit dem Ende des Ersten Weltkriegs waren damit wieder türkische Soldaten im Nahen Osten, was ein weiteres Zeichen für die Normalisierung zwischen Türken und Arabern ist.

In den neunziger Jahren hatte die Türkei es nicht geschafft, gegenüber den neuen, unabhängigen Turkstaaten Zentralasiens Führungsaufgaben zu übernehmen. Das hätte die Kreise Russlands gestört, zudem zogen die Autokraten jener Länder den Fortbestand ihrer autoritären Regime dem Wagnis einer Öffnung vor. Die Türkei wurde erst in den Jahren danach attraktiv, als sie mit Blick auf die Kopenhagener Kriterien der EU zu ihrem Entwicklungsprozess ansetzte.

Um Regionalmacht zu werden, müsste die Türkei die eigne Ordnung für die Region des Nahen und Mittleren Ostens wiederherstellen, was die Aufhebung des beträchtlichen regionalen Konfliktpotenzials bedeutet. Dem stehen nicht zuletzt die zum Teil kontradiktionsreichen Interessenlagen der regionalen und außerregionalen Akteure entgegen. Man kann nicht annehmen, dass die oben erwähnten Entwicklungsstränge eine auch nur in Ansätzen zuverlässige Projektion der zukünftigen Ordnung im Nahen und Mittleren Osten erlauben würden. Bestenfalls kann man die Parameter angeben, innerhalb derer sich die zukünftigen Strukturen der Region wahrscheinlich bewegen werden.

Zusammenfassung

Die neue Türkei wird eine starke Türkei sein. Daran glaubt die Regierungspartei AKP nach dem Referendum über die weitreichende Verfassungsänderung. Tatsächlich schwächt der knappe Sieg des Präsidenten Erdogan gleich doppelt (Wirtschafts Woche, <https://www.wiwo.de/politik/ausland/kommentar-zur-zukunft-der-tuerkei-erdogans-zweifelhafter-sieg/19688030.html>).

Die AKP-Regierung ist bestrebt, die Türkei zu einem demokratischen Vorbild für die islamische Welt zu entwickeln und die Kompatibilität von Islam und Demokratie zu beweisen. Im neuen internationalen System strebt sie politisch und wirtschaftlich letztlich die Widerlegung der These vom „*clash of civilisations*“ an. Insgesamt betrachtet die AKP-Regierung die vollständige Verankerung in der EU als Garant der Sicherheit der Türkei nach innen und nach außen (Aslan, 2005:5).

Die vom Volk abgesegneten Änderungsanträge für die Verfassung sind weitreichend. Sie sehen unter anderem vor, dem Präsidenten erheblich mehr Macht einzuräumen. Dagegen haben viele verschiedene Gruppen gestimmt, nämlich Stadtbewohner und junge Menschen genauso wie eine große Zahl von Kurden, zahlreiche linke und andere oppositionelle Gruppen. Es fehlt ein gesellschaftlicher Konsens, hinzu kommt eine wirtschaftliche Schieflage.

Die Türkei hat zwar keine nennenswerten Erdöl- und Erdgasvorkommen, jedoch werden Pipelines durch das gesamte

Land geführt, somit spielt das Land energiepolitisch eine wichtige Rolle für die EU (Hekimler, 2007: 50-53). Ihre Nähe zu Erdöl produzierenden Ländern gilt als unersetzliches Kapital für Westeuropa. Da die Türkei ihre Rolle als Energiebrücke erkannt hat, gewinnt ihre strategische Rolle zwischen Ost und West mehr an Bedeutung und sie versucht, ihren Handel mit den zentralasiatischen Ländern zu verstärken (Hekimler, 2007: 50-53).

Die türkische Regierung arbeitet seit Jahren mit Hochdruck auf das Ziel hin, das Land zu einer Drehscheibe des Energiehandels zwischen den europäischen Absatzmärkten und den energiereichen Ländern des Nahen Ostens und des Kaspischen Beckens zu machen (NZZ, <https://www.nzz.ch/die-tuerkei-als-energiebruecke-1.17191660>). Diese Möglichkeit eröffnet den Weg, den zentralasiatischen Raum zu ordnen und zu stabilisieren.

Die Türkei, die USA und Israel bleiben aneinandergebunden. Denn zur Stabilisierung Vorderasiens benötigt Washington dringend die Hilfe der Regionalstaaten. Daher bietet sich hier die Chance, an den politischen Kooperationsansätzen der Irak-Kontaktgruppe anzuknüpfen und sie zusammen mit anderen einflussreichen Akteuren in der Region zu einem vertrauensbildenden und beratenden Gremium auszubauen; damit wäre nicht nur ein sicherheitspolitischer Koordinationsmechanismus, sondern auch eine Kontrollinstanz geschaffen. In diesem Rahmen könnte auch die Türkei ihre vielbeschworene geostrategische Rolle als Energiebrücke und politischer Mittler zwischen Ost und West effektiv weiterspielen (Öztürk, 2006).

Die Beziehungen der Türkei zur EU sind nachhaltig und stark, da sie auf einer Win-Win-Grundlage beruhen. Die Türkei und die EU haben einen gemeinsamen Nutzen in vielen Bereichen von Außenpolitik zu Wirtschaft und Handel, von der Energieversorgungssicherheit bis zur Grenzverwaltung, von der Arbeits- bis zur Migrationspolitik (Ministerium für EU-Angelegenheiten, https://www.ab.gov.tr/files/pub/die_eu_strategie_der_turkei.pdf). Um die türkischen Gesetze mit der EU zu harmonisieren, setzte die Regierung seit dem Frühjahr 2002 zwei umfangreiche Verfassungsänderungen und acht

Harmonisierungspakete durch, die einen grundlegenden innerpolitischen und gesellschaftlichen Wandel implizieren. Die Reformen betreffen Schlüsselbereiche wie Menschen- und Bürgerrechte, Minderheitenschutz, die Justiz und die Rolle des Militärs (Ministerium für EU-Angelegenheiten, https://www.ab.gov.tr/files/pub/die.eu.strategie_der_turkei.pdf).

Die Türkei nimmt vor allem mit ihren engen Beziehungen und ihrem Einfluss auf die kaukasischen Republiken wie Turkmenistan, Kasachstan und Aserbeidschan eine wichtige Stellung in der internationalen Politik ein.

Literaturverzeichnis

Abdel Mottaleb El Hussein (2010): Aufbruch des starken Mannes am Bosporus. In: Handelsblatt, Nr. 15. 22.1.2010, S.8/9.

Aslan, Hatice (2005): Hoffnungen und Befürchtungen angesichts des EU-Beitritts: Ein Überblick über die innertürkische Debatte.

Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, November.

Brzezinski, Zbigniew (1999): Die einzige Weltmacht, 2. Auflage, Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag.

Brasche, Ulrich (2008): Europäische Integration: Wirtschaft, Euro-Krise, Erweiterung und Perspektiven, De Gruyter Oldenbourg, 2. Auflage.

Brill, Heinz (2013): Die neue geopolitische Rolle der Türkei. „Strategische Tiefe“ als außenpolitisches Konzept? Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), April.

Bundeskademie für Sicherheit (2011): Europa und der Vordere Orient. Zur strategischen Bedeutung der Türkei aus deutscher Sicht. Seminar für Sicherheitspolitik, Berlin, 2011/ Juni.

<https://www.baks.bund.de/sites/bakso10/files/suea2011.pdf>

Bakış Mehmet Ata (1993): Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Beitrag zur türkischen Außenpolitik (1945–1991), Frankfurt am Main 1993.

Canikli: Operation wird durchgeführt, TRT Deutsch,
<http://www.trt.net.tr/deutsch/turkei/2018/01/19/canikli-operation-wird-durchgefuhrt-892197>

Çatalkaya, Kenan (2009): Die Beziehungen der Türkei zum Irak unter der Berücksichtigung der Phase nach der Gründung der AK Partei von 2002 bis 2009, Diplomarbeit, Wien.

CIA, The World Factbook, <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/tu.html> 12.1.2018

- Demiray, Muhittin (2011): Die regionale Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in der Ära Özal (1983–1993) vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen, Dissertation, Hamburg.
- Demircan, Ozan (2017): Erdogans zweifelhafter Sieg, WirtschaftsWoche, <https://www.wiwo.de/politik/ausland/kommentar-zur-zukunft-der-tuerkei-erdogans-zweifelhafter-sieg/19688030.html>
- <http://www.mfa.gov.tr/disisleri-bakani-sayin-mevlut-cavusoglu-nun-foreign-policy-dergisinde-yayinlanan-makalesi-5-nisan.tr.mfa>
- Die imperialen Gelüste der »Neo-Osmanen«, Radikal (türkische Tageszeitung), 7. Juni 2010
<http://www.rosalux.de/publication/36642/die-imperialen-gelueste-der-neo-osmanen.html>
- Entspannungssignale nach der Eiszeit, tagesschau.de
<https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-935.html>
- Fuster, Thomas (2012): Die Türkei als Energiebrücke, NZZ, Neue Zürcher Zeitung, <https://www.nzz.ch/die-tuerkei-als-energiebruecke-1.17191660>
- Hibbeler, Stefan (2006): Regionalmacht Türkei? Bestandsaufnahme der außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den Staaten des Mittleren/Nahen Osten und des Maghrebs zu Beginn des Jahres 2006, Istanbul, Februar, Referat Westliche Industrieländer, www.fes.de/international, Friedrich-Ebert-Stiftung Fokus Türkei.
- Hoch, Martin (1994): Die strategische Situation im Nahen und Mittleren Osten, in: Wilfrid von Bredow und Thomas Jäger (Hrsg.): Regionale Großmächte, Internationale Beziehungen zwischen Globalisierung und Zersplitterung, Opladen.
- Höhler, Gerd: Türkei sucht Schutz vor iranischen Raketen, Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/luftabwehr-tuerkei-sucht-schutz-vor-iranischen-raketen/2619306.html>
- Höhler, Gerd: Auf dem Weg zur Regionalmacht, Wirtschaftlich stark, außenpolitisch selbstbewusst – die Türkei entwickelt sich zum Scharnier zwischen Ost und West, <http://www.fr.de/politik/tuerkei-auf-dem-weg-zur-regionalmacht-a-980735>
- Lerch, Wolfgang Günter (1993): Die Türkei als regionale „Großmacht“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B38-39.
- Calligaris Marius, (2011): Das türkische Engagement im Nahen Osten, Landesverteidigungsakademie (LVAk- Wien) / Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK), August 2011.
- Öztürk, Asiye (2006): Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien, Bundeszentrale für politische Bildung,

<http://www.bpb.de/apuz/29958/die-geostrategische-rolle-der-tuerkei-in-vorderasien?p=all>

Ministerium für EU-Angelegenheiten: Republik Türkei, Die Europäische Union-Strategie der Türkei, Entschlossenheit im politischen Reformprozess, Kontinuität des sozioökonomischen Wandels, Effektivität in der Kommunikation, www.ab.gov.tr

Spannungen mit dem Westen schweißen Putin und Erdoğan zusammen, Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/russland-und-tuerkei-spannungen-mit-dem-westen-schweissen-putin-und-Erdo%cc%87an-zusammen/21134956.html>

Steinbach, Udo (1996): Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Gustav Lübbe.

Schweizerisch Türkischen Gespräche, (2011), Den neuen Türken! Der Weg zu Einem Modernen Demokratischen Staat http://www.sfst.ch/typo3/fileadmin/user_upload/dateien/uzh-2011-06-21.pdf

Türkei, Bulgarien und Griechenland schließen Bündnis, TRT Deutsch, <http://www.trt.net.tr/deutsch/tuerkei/2015/11/06/tuerkei-bulgarien-und-griechenland-schliessen-bundnis-363868>

Yilmaz, Bahri (1997): Wirtschaftliche Stabilität und Machtpolitik, in: Internationale Politik (Europa Archiv), April 1997, Nr. 4, 52. Jahrgang, S. 47-53 (SSCI)

Yilmaz, Bahri (1995): Regionale Macht Türkei, in: Internationale Politik (Europa Archiv), Mai 1995. Nr. 5, pp. 37-42. (SSCI)

Zastrow, Volker (2016): Hat Europa wirklich etwas zu geben? Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-droht-usa-mit-abbruch-der-beziehungen-14220554.html>

Türkei droht Amerika mit Abbruch der Beziehungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-droht-usa-mit-abbruch-der-beziehungen-15444780.html>

Türkei droht USA: „Entweder stellen wir die Beziehungen jetzt wieder her oder sie zerbrechen völlig“, ET Deutsch, <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/65067-tuerkei-zu-usa-entweder-stellen-beziehungen-her-oder-zerbrechen-ypg/>

The Meaning of Operation Olive Branch, Turkey's intervention in Syria is correcting for America's flaws and laying the groundwork for a sustainable peace. <http://foreignpolicy.com/2018/04/05/the-meaning-of-operation-olive-branch/>

Türkisch-Israelische Beziehungen²

Einleitung

Die Verbindung zwischen Israel und der Türkei hatte immer wichtige Wurzeln in der regionalen Geschichte. Obwohl die Türkei den jüdischen Staat als erstes islamisches Land bereits 1949 anerkannt hatte, betrachtete sie den Nahen Osten vordergründig unter energiepolitischen Gesichtspunkten. Daher waren die Beziehungen zu Israel zwangsläufig vom arabisch-israelischen Verhältnis abhängig. Schon beim Ausbruch des sechstage-Krieges 1967 solidarisierte sich die Türkei sofort mit den arabischen Ländern. In den 70er Jahren führten dann außenpolitische Überlegungen und vor allem wirtschaftliche Schwierigkeiten zu einer noch deutlicheren Orientierung der Türkei in Richtung der arabischen Welt. Zudem brauchte die Türkei dringend die Unterstützung der islamischen Länder in der Zypern-Frage. Als sich die Beziehungen zwischen der Türkei und den arabischen Ländern verstärkten, stieg auf der anderen Seite der Druck, die Beziehungen zu Israel vollständig abzubrechen. In den 70' er Jahren bemühte sich die Türkei, die versuchte Einflussnahme der Araber auf ihre Außenpolitik zurückzudrängen – auch wenn der Druck von den arabischen Ölproduzenten kam, von denen die Türkei während der damaligen Energiekrise abhängig war. 1974 und 1975 wurde heftiger Druck von den großen Ölstaaten wie Irak, Saudi-Arabien und Libyen ausgeübt. Die Antwort lautete, dass die Türkei ihre Israel-Politik in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und den UNO-Resolutionen ausüben wolle und nicht unter Rücksichtnahme auf wirtschaftliche und politische Umstände. Aber das war eine der letzten mutigen und unabhängigen Wortmeldungen der türkischen Politik, die einen Unterschied zwischen bilateralen türkisch-israelischen und regionalen Anliegen gemacht hatte. Der arabische Druck ließ nicht nach und Ankara achtete nun darauf, dass die kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte zu Israel allmählich völlig bedeutungslos wurden. Die diplomatischen Beziehungen zu Israel blieben aufrecht. In den 90er Jahren suchte die Türkei nach

² Prof. Dr. Ali Ayata

einem starken Partner, um die Herausforderungen, die an eine Regionalmacht gestellt werden, glaubwürdig zu meistern. Für Israel hatten die Beziehungen zur islamisch geprägten Türkei Modellcharakter für die angestrebte regionale Integration, da diese wegen ihrer geopolitischen Lage und pro-westlichen Orientierung einen wichtigen Partner im Nahen Osten ist. Diese einzigartigen „Liebesbeziehungen“ (Liel, 2000: 31) erregten ab 1993 sowohl regional als auch überregional Aufmerksamkeit, da sie als ein neuer machtpolitischer Faktor interpretiert wurden. Die Koordinierung erfolgte auf der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ebene und basierte beidseitig auf herausragenden nationalen Interessen.

Das Nahost-Engagement der Türkei im Zusammenhang mit der Gaza-Krise ist aufschlussreich für das Verständnis der neuen türkischen Außenpolitik, die seit dem Regierungsantritt der AKP 2002 graduell ihre Umsetzung findet. Die Türkei hat bis dahin zu den besten Freunden Israels gezählt. Der Krieg im Gazastreifen hat diese Beziehung zwischen der Türkei und Israel nun aber erschüttert. Präsident Erdoğans Kritik an israelischen Außenpolitik wurde immer härter und stellte die Rolle der Türkei als Vermittler im Nahen Osten in Frage. Eine dauerhafte Beschädigung der Beziehung zwischen Israel und der Türkei ist aber nicht zu erwarten. Seit die AKP im Februar 2002 einen erdrutschartigen Sieg errungen hat, nimmt die demonstrative Distanz zum militärischen Allianzpartner Israel und die vertraute Nähe zu den Vereinigten Staaten ab. Als Erdoğan vor laufenden Kameras demonstrativ den Saal einer Diskussionsveranstaltung des Weltwirtschaftsforums in Davos in 2009 aus Verärgerung über die Äußerungen des israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres zum Gaza-Krieg und die vermeintlich beleidigende Art des Moderators verließ, warfen die meisten Kommentare in den Medien die Frage auf, ob sich die Türkei politisch vom Westen entfernte. Der Auftritt Erdoğans in Davos war der dramaturgische Höhepunkt eines politischen Zerwürfnisses zwischen der Türkei und Israel, das mit dem israelischen Militäreinsatz im Gaza-Streifen seinen Anfang nahm und mittlerweile die bilateralen Beziehungen schwer belastet hat. Die Reaktionen Ankaras im Zusammenhang mit der Gaza-Krise müssen im Gesamtkontext der türkischen Außen-

politik betrachtet werden, die in den letzten Jahren eine Entwicklung hin zu einer regional engagierten und auf Interessen- ausgleich mit den Nachbarländern ausgerichteten Politik genommen hat (Ercan, 2015: 8-9). Bislang gibt es keine klaren Indizien dafür, dass die nahöstliche Akzentuierung der neuen türkischen Außenpolitik auf Kosten der Westorientierung gehen sollte. Vielmehr ist man in Ankara darum bemüht, die Rolle der Türkei als Brücke zwischen Orient und Okzident zu stärken und sich damit als regionaler Machtfaktor zu etablieren. An dieser strategischen Ausrichtung dürften auch die verbalen Attacken und der Protestauftritt des türkischen Präsidenten in Davos nichts geändert haben. Die Palästina-Frage ist traditionell ein Schwerpunktthema der türkischen Nahost-Politik, das eine hohe emotionale Bedeutung für die Bevölkerung hat. In dieser Hinsicht gab es auch schon früher Verwerfungen mit Israel, die teilweise erheblich waren. Der frühere türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit bezeichnete die israelische Militäraktion in der palästinensischen Stadt Jenin 2002 als „Genozid“ und im Jahr 2004 sprach Erdoğan im Zusammenhang mit der Tötung des Hamas-Führers Scheich Ahmad Yassin und den zivilen Opfern im Rafah-Flüchtlingslager von israelischem „Staatsterrorismus“. Trotz der Gegensätze in der Palästinafrage und wiederholter diplomatischer Verstimmungen war die Türkei jedoch immer um ein konstruktives Verhältnis zum jüdischen Staat bemüht.

Die Entstehung des Staates Israel und die türkische Haltung

1947 brachte Großbritannien das Palästina-Problem vor die UNO, um dort mit Hilfe der internationalen Völkergemeinschaft eine Lösung zu finden. Für die Lösung des Palästina-Problems wurde bei der UNO ein Ausschuss gebildet, der beauftragt wurde, Lösungsvorschläge vorzubereiten. Dessen Plan empfahl die Teilung Palästinas und die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates unter Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheit. Dieser Plan wurde am 26. November 1947 der UN Vollversammlung vorgelegt und am 29. November 1947 als 181. UN-Resolution angenommen (Hurewitz, 1953: 281-295). Mit der Resolution erreichte der arabisch-is-

raelische Konflikt eine neue Dimension. Nachdem Großbritannien am 14. Mai 1948 die Mandatsherrschaft über Palästina aufgegeben hatte, wurde um 16 Uhr der neue Staat Israel offiziell ins Leben gerufen (Mearsheimer & Walt, 2007: 62). Kurz danach wurde Israel von den USA anerkannt und am 17. Mai 1948 auch von der Sowjetunion. Die türkische Regierung behielt ihre negative Haltung gegenüber Israel eine Weile bei, da sie sich einerseits nicht sicher war, wo Israel seinen Platz in der politischen Weltordnung einnehmen würde und andererseits nicht davon überzeugt war, dass der Teilungsplan der UNO tatsächlich Frieden in die Region bringen würde.

Am 28. März 1949 erkannte die Türkei dann als erstes islamisches Land Israel an und entwickelte enge Beziehungen. Ministerpräsident Inönü brachte in seiner Eröffnungsrede im Parlament am 1. November 1949 seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Israel im Nahen Osten ein Element der Stabilität und des Friedens werde. Die Anerkennung Israels durch die Türkei führte zu heftigen Protesten und Reaktionen der Araber und legte damit den Grundstein für eine Verschlechterung der türkisch-arabischen Beziehungen (Özden & Dirgin, 2016: 8). Nachdem die Türkei Israel diplomatisch anerkannt hatte, zeichnete sich eine Annäherung beider Staaten ab. Am 4. Juli 1950 wurde zwischen Israel und der Türkei ein Handelsabkommen und am 5. Februar 1951 ein Abkommen über den Transport auf dem Luft- und Seeweg abgeschlossen. Die Fluggesellschaften beider Länder begannen regelmäßige Fluglinien zu unterhalten. Danach entwickelten sich in allen Bereichen türkisch-israelische Beziehungen. Alptekin Dursunoğlu schreibt in seinem Buch, dass das Mossad-Mitglied Victor Ostrovsky darauf aufmerksam gemacht habe, dass der israelische Staatspräsident Ben Gurion, die Außenministerin Golda Meir und noch weitere israelische Politiker am 29. August 1958 heimlich für 24 Stunden nach Ankara gekommen seien, um mit den Vertretern der türkischen Regierung Menderes zu sprechen und ein mündliches Abkommen zu vereinbaren (Dursunoğlu, 2000: 38). Sie wollten gemeinsam gegen die sowjetische Expansion und arabische Radikalität kämpfen. Danach verpflichteten sich beide Länder, in diplomatischen, militärischen, nachrichtendienstlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen zusammenzuarbeiten. Diesem

Abkommen, das als „Peripheral Pact“ bekannt wurde, gehörten außerdem noch der Iran und Äthiopien an. Die gemeinsame Verhinderung und Bekämpfung der sowjetischen Expansion und des Einflusses des ägyptischen Präsidenten Nasser waren die Ziele des Abkommens. Die USA unterstützten dieses Abkommen. Die gute Zusammenarbeit mit Israel wurde damit begründet, dass beide Länder Israel und die Türkei nicht arabisch waren und ihre politische Vorstellung nach der politischen Ordnung des Westens ausgerichtet war. Der Wunsch der Türkei nach Zusammenarbeit mit dem Westen in allen Bereichen ließ Israel als einzigen geeigneten Bündnispartner im Nahen Osten erscheinen, der vom Westen in jeder Hinsicht unterstützt wurde (Aydin, 2010: 23-25).

1949 nahmen die beiden Länder diplomatische Beziehungen auf; diese Beziehungen sind niemals unterbrochen worden. Diese Feststellung mag ermutigend klingen, doch gab es in türkisch-israelischen Beziehungen dramatische Umbrüche und sogar eine ernsthafte Krise, die fast ein volles Jahrzehnt andauerte (Liel, 2000: 31). Für mehr als 20 Jahre, von 1967 bis 1991, war die türkisch-israelische Beziehung vollkommen an den arabisch-israelischen Konflikt „angebunden“. Arabische Enttäuschungen im Hinblick auf die Beziehung der Türkei zu Israel wurden in Ankara regelmäßig vorgetragen und trafen gewöhnlich auf wohlwollendes Verständnis, das jedoch niemals so weit ging, die türkisch-israelischen Beziehungen auf diplomatischer Ebene zu gefährden. Erst in den frühen neunziger Jahren wurde diese Bindung aufgegeben. Die Türkei suchte nach einem starken Partner, um die Herausforderungen, die an eine Regionalmacht gestellt werden, glaubwürdig zu meistern. Für Israel hatten die Beziehungen zur islamisch geprägten Türkei Modellcharakter für die von ihm angestrebte regionale Integration, diese wegen ihrer geopolitischen Lage und pro-westlichen Orientierung ein Pivotal State im Nahen Osten ist. Diese einzigartigen „Liebesbeziehungen“ erregten ab 1993 sowohl regionale als auch überregionale Aufmerksamkeit, da sie als ein neuer machtpolitischer Faktor interpretiert wurden. Die Koordinierung erfolgte auf der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ebene und basierte beidseitig auf herausragenden nationalen Interessen. Mit dem 1996 unterzeichneten militärischen Kooperationsabkommen wurden

die Beziehungen zur strategischen Allianz aufgewertet. Dabei ist es schwierig zu beurteilen, welche Bedeutung aus der Sicht der Türkei die Identitätssuche und welche die Realpolitik hatte (Öztürk, 2004: 33-34). Das militärische Kooperationsabkommen, das im Jahr 1996 unterzeichnet wurde, blieb der genaue Inhalt geheim, allerdings sprach die türkische Regierung von gemeinsamen Luft- und Seemanövern, dem Austausch von militärischen Informationen, Erfahrungen und Personal sowie der Nutzung des jeweils anderen Territoriums (Sever, 2001: 90). Das wichtigste Element dieses Vertrages war, dass in jährlichen Treffen auf höchster institutioneller Ebene die Strategien beider Länder bewertet und Informationen ausgetauscht werden sollten, was eine Koordinierung ihrer Sicherheitspolitik bedeutete. Die militärische Bindung wurde dadurch enger. So traf beispielsweise die türkische Luftwaffe eine Übereinkunft mit der israelischen Luftfahrtindustrie, die eine Modernisierung ihrer Kampfflugzeuge vom Typ F-4 „Phantom“ vorsah. Weitere Vereinbarungen dieser Art öffneten israelischen Militärflugzeugen und Kriegsschiffen den Zugang zu türkischen Luftwaffen- und Marinestützpunkten. Vor diesem Hintergrund fand dann im Januar 1998 das viel beachtete Seemaneöver „Mermaid“ statt, an dem die türkische und die israelische Marine ebenso wie die amerikanische Sechste Flotte teilnahmen. Obwohl dieses Manöver nur als „Such- und Rettungsübung“ bezeichnet wurde, rief es dennoch zahlreiche Proteste von moslemischen Staaten hervor (Liel, 2000: 32).

Außenpolitische Rahmenbedingungen von Israel

Die Außenpolitik ist integraler Bestandteil des politischen Systems einer Nation. Sie übt Einfluss auf das System aus und wird wiederum von diesem beeinflusst. Diese Interdependenz ist speziell in Israel, das bereits vor der Staatsgründung in einer feindlichen Umgebung agierte, von herausragender Bedeutung, da die Außenpolitik hier eine größere Rolle im politischen System spielt als in anderen Staaten vergleichbarer Größe. Laut Aussage des israelischen Außenministeriums gibt es kein offizielles Dokument, das die Grundzüge oder Ziele der Außenpolitik festhält. Auch im Fall der Existenz eines solchen Papiers wäre es nachvollziehbar, wenn Staaten dieses zurückhalten würden, um ihre Ziele nicht öffentlich preiszugeben und

sie dadurch möglicherweise leichter verfolgen und erreichen zu können. Dennoch lassen sich einerseits in einzelnen Gesetzen und Aussagen israelischer Politiker und andererseits in ihren Handlungen bestimmte Muster und Richtlinien erkennen (Mearsheimer & Walt, 2007: 62).

Um Außenpolitische Entscheidungen durchzusetzen, existieren verschiedene Wege. Das Ministerium mit den zugehörigen Botschaften, Konsulaten und Attachés verfolgt die klassische Methode von diplomatischen Praktiken (Özalp, 2014: 92-94). Wirtschaftliche Beziehungen, industrielle Kooperationen und Finanzgeschäfte stellen eine weitere Möglichkeit dar. Entwicklungshilfe und auch militärische Kooperationen in Form von Ausbildung, materieller Unterstützung und Zusammenarbeit in Krisen bieten eine weitere, aussichtsreiche Option. Bereits Moshe Sharett, zweiter Ministerpräsident Israels, war davon überzeugt, dass die Außenpolitischen Handlungsfelder Israels nicht nur aus Diplomatie und internationalen Verhandlungen bestehen. Auch die jüdische Diaspora im Ausland ist ein wichtiges Element, um israelische Interessen durchzusetzen. Ebenso hat Israel in der Vergangenheit bereits auf Interventionen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zurückgegriffen, um sein Einflussgebiet zu erweitern (Güzelipek, 2016: 84).

Zum Zeitpunkt der Staatsgründung war es ein vitales Element der israelischen Außenpolitik, sich nicht mit einem der beiden großen politischen Blöcke zu identifizieren. Die neutrale Einstellung ließ sich jedoch nur weniger als zwei Jahre durchhalten: Um amerikanische Hilfe für die schwächelnde israelische Wirtschaft zu erhalten, bekannte sich Israel politisch zu den Vereinigten Staaten und sagte sich von der Sowjetunion los. Diese politische Orientierung änderte sich seither nicht (Krell, 2004: 22). Auch die Rahmenbedingungen für die israelische Außenpolitik haben sich seit der Staatsgründung kaum verändert. Bis heute weigern sich einzelne Staaten, Israels Existenzrecht anzuerkennen, sodass Israel von Feindseligkeit und Argwohn umgeben ist, was ein ständiges Angstgefühl erzeugt. Die Isolation beschränkte sich zunächst auf den Mittleren Osten, nahm nach dem Sechstagekrieg 1967 aber international zu. Bis ins neue Jahrtausend haben sich diese Annahmen nicht signifikant verändert.

Aus den nahezu identisch gebliebenen Annahmen folgt, dass sich auch die Themenbereiche der Außenpolitik nicht entscheidend geändert haben dürften. Einer der beiden größten Themenkomplexe sind die militärischen und sicherheitsorientierten Angelegenheiten. Daraus lässt sich eine vergleichsweise hohe Bedeutung des Militärs auch für die Außenpolitik ableiten. Die Streitkräfte gelten als unentbehrliches Mittel der Außenpolitik und stehen in diesem Sinn ebenso für die Verteidigung als für das Schaffen einer politischen Ordnung. Die Verteidigungsvorsorge als Sicherheitspolitik besitzt eine sehr lange Tradition, da die Sicherheit das oberste Ziel eines jeden Staates ist und Vorsorge für den schlimmsten Fall getroffen werden muss (Eminoğlu, 2016: 12). In der besonderen Situation Israels gilt diese These umso stärker.

Der andere große Themenkomplex beinhaltet politische bzw. diplomatische Angelegenheiten, einschließlich der Beziehungen zu anderen internationalen Akteuren. Eines der Hauptziele in dieser Hinsicht war und ist die Akzeptanz der internationalen Gemeinschaft. Infolge der ungelösten Palästinenserfrage und der damit zusammenhängenden Siedlungs- politik ist dieses Ziel jedoch auch weiterhin kaum umzusetzen. Im Staatenumfeld sind die Vereinigten Staaten von Amerika der wichtigste Partner und sowohl zivil als auch militärisch Israels größter Finanzier. Sie sind der Garant für einen sicheren Energiezufluss, wichtigster Handelspartner und stärkster Unterstützer im internationalen Politikbereich. Beide Länder verfolgen ähnliche Interessen und haben ein vergleichbares Selbstverständnis. Für die USA ist Israel ein ebenso bedeuter- der Partner, weil Israel in einer instabilen, aber ressourcenreichen Region der einzige stabile Akteur ist (Krell, 2004: 22). Die Hauptbedrohungen für vitale amerikanische Interessen liegen im Mittleren Osten: Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Zugang zu Öl. Israel ist als stabile Demokratie unverzichtbarer Verbündeter in dieser strategisch wichtigen Region. Des Weiteren verfügt Israel über langjährige Erfahrungen in der Terrorismusbekämpfung, in der Entwicklung von Methoden der Counter Insurgency und im Umgang mit dem radikalen Islam, von denen die USA profitieren könnten. Eine Insurrektion, auch Insurrektionskrieg, ist ein bewaff-

neter Aufstand oder ein Aufruhr gegen die bestehende zivile oder politische Autorität. Die Aufrührer und Anführer einer solchen Insurrektion nennt man Insurgenten. Sie führen einen offenen oder asymmetrischen Kampf gegen die als illegitim betrachtete Autorität oder eine vermeintliche oder tatsächliche fremde Besatzungsmacht. Als weitere Themenkomplexe der israelischen Außenpolitik sind Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfe sowie kulturelle Angelegenheiten zu nennen (Rucker, 2016: 6).

Aus der Bedrohungswahrnehmung und den Themenbereichen der Außenpolitik ergeben sich Schlüsselemente, die über Jahrzehnte konstant geblieben sind. Die Isolation im Mittleren Osten und die permanente Herausforderung der Sicherheit erfordern eine ständige militärische und wirtschaftliche Unterstützung Israels durch seine Verbündeten. Quantitativ ist Israel den Gegnern weit unterlegen und daher personell auf Immigranten und militärisch auf die Qualität der Ausrüstung angewiesen. Das historische Erbe und die arabischen Feindseligkeiten haben die Notwendigkeit zum Aktivismus und zum Militarismus im israelischen Verhalten erst geschaffen, so eine weit verbreitete Überzeugung (Bauer & Hartmann, 2016: 383). Die Stärke und die Effektivität der israelischen Streitkräfte und der Geheimdienste im Verhältnis zu den schwachen diplomatischen Institutionen begünstigen den Einfluss des Sicherheitsapparates auf die Außenpolitik. Es fehlt zusätzlich eine einflussreiche, zivile Einrichtung, die den politischen Entscheidungsträgern wissenschaftliche Beratung anbietet (Magen, 2015: 223-224). Das frühe Pensionsalter israelischer Generäle erlaubt es ihnen, nach dem Ausstieg aus dem Militär politisch aktiv zu werden und ihre Erfahrungen und Kontakte in Politik und Wirtschaft einzubringen. In politischen Schlüsselpositionen betonen sie sicherheitsrelevante Fragen und stärken den Einfluss des Militärs, der bisher nicht von der Legislative zurückgedrängt werden konnte. Auch die Judikative nimmt häufig Rücksicht auf die Belange des Militärs. Bis heute herrscht bisweilen Kompetenzgerangel nicht nur innerhalb der Staatsgrenzen, sondern auch im Ausland zwischen dem Außenministerium und den Streitkräften um sich überschneidende Verantwortungsbereiche (Rucker, 2016:

6). Repräsentanten des israelischen Verteidigungsministeriums operieren mit voller Autonomie in anderen Ländern und versäumen es häufig, sich mit den diplomatischen Vertretern vor Ort abzustimmen oder diese zumindest über ihre Aktivitäten in Kenntnis zu setzen. Negative Folgen des großen Einflusses des militärischen Establishments gepaart mit der offensiven militärischen Doktrin sind das risikoreiche Konfliktmanagement und analog das risikoaverse Verhalten im Friedensprozess. Starke Geheimdienste schaffen es außerdem, Fehler vor der Öffentlichkeit zu verbergen und eine kritische Aufarbeitung ihrer Aktionen zu verhindern. Auch die Nuklearpolitik, die primär von Technokraten und nicht von politischen Strategen geführt wird, ist womöglich eine Folge der politischen Konstellation (Bauer & Hartmann, 2016: 383).

Türkisch-israelischen Beziehungen in den 90er Jahren

In den 90er Jahren suchte die Türkei nach einem starken Partner, um die Herausforderungen, die an eine Regionalmacht gestellt werden, glaubwürdig zu meistern. Für Israel hatten die Beziehungen zur islamisch geprägten Türkei Modelcharakter für die angestrebte regionale Integration. Die Beziehungen erregten ab 1993 sowohl regionale als auch überregionale Aufmerksamkeit, da sie als ein neuer machtpolitischer Faktor interpretiert wurden. Die Koordinierung erfolgte auf der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ebene und basierte beidseitig auf herausragenden nationalen Interessen (Ağdemir, 2015: 56). Der bemerkenswerte Fortschritt des Friedensprozesses im Mittleren Osten (mit den Palästinensern 1993 und mit Jordanien 1994) führte zu einem umfassenden Aufschwung der türkischen Beziehungen zu Israel, in die das türkische Militär maßgeblich eingebunden wurde. Die türkischen Streitkräfte waren aus strategischen und ideologischen Gründen an einer verstärkten Verbindung interessiert. Auch die Verantwortlichen der türkischen Wirtschaft suchten nach einer möglichen Modernisierung. Israel wurde einer der engsten Partner der Türkei, wenn nicht der engste überhaupt. Zwischen Juni 1992 und November 1994 fand eine Reihe von Besuchen auf höchster Ebene statt: Die Türkei unterstrich ihr „Recht“, enge Beziehungen zu Israel zu unterhalten, und wies

alle arabischen und moslemischen Proteste zurück (Ercan, 2012: 4).

Im März 1996 kam der türkische Staatspräsident Süleyman Demirel zu einem offiziellen Besuch nach Israel, in dessen Verlauf Israel und die Türkei eine Reihe wirtschaftlicher Abkommen unterzeichneten, deren Ziel der Abbau aller Zollschränken im Handel zwischen den beiden Ländern bis zum Jahr 2000 war. Der Besuch Demirels brachte auch die Bedeutung der Sicherheitsfragen nach Jahren wieder auf die Tagesordnung zurück. Schon bald unterzeichnete die türkische Luftwaffe einen Vertrag mit der israelischen Luftfahrtindustrie für die Erneuerung der F-4-Kampfjets. Durch weitere Abkommen bekamen die Flugzeuge und Schiffe der israelischen Luftwaffe und Marine Zugang zu türkischen Luftwaffen- und Marinebasen (Magen, 2015: 223-224). Die militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel war ziemlich intensiv. Eine gemeinsame strategische Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, geheimdienstliche Informationen wurden ausgetauscht und die Verbindungen zwischen Luftwaffe und Marine beider Länder wurden verstärkt; das türkische Militär erhält in verschiedenen Bereichen Unterstützung und Ausbildung durch israelisches Personal, eine Anzahl hoher Offiziere kam und kommt im Rahmen eines gegenseitigen Besuchsprogramms, unter anderem beobachten sie auch verschiedene Truppenübungen (Özden, 2015: 12).

So fand im Januar 1998 die stark beachtete Übung „Mermaid“ statt, an der neben der türkischen und israelischen Marine auch die Sechste Flotte der Amerikaner teilnahm. Jordanien entsandte Beobachter. Die Übung wurde nur als „Rettungsübung“ bezeichnet, dennoch kam es zu vielen Protesten der moslemischen Länder. Auf die F-4-Verstärkung folgte sehr rasch ein Geschäft mit F-5-Jets. Andere Berichte sprechen von der Lieferung israelischer Python-4-Luft-Raketen und Popeye-Luft-Boden-Raketen; auch ein Gemeinschaftsprojekt betreffend einen Marschflugkörper gegen Antiflugzeug- und Boden-Raketen im maritimen Bereich unter dem Namen „Delilah“ war im Gespräch; Israel soll angeblich Nachtsichtgeräte für Hubschrauber und israelische Arrow-Anti-Raketen liefern (Özden, 2015: 12). Ein anderer Bereich der bilateralen Kooperation war die Politik gegenüber den neuen Turkstaaten. Israel

versuchte mit den laizistischen Staaten dieser Region gute Beziehungen aufzubauen. Daneben unterstützte es auch den Ost-West-Energiekorridor durch die Türkei und betrachtete diese als Brücke zu den neuen muslimischen Staaten (Özalp, 2015: 408-409). Auf der anderen Seite machten die Turkstaaten ihre Beziehungen zu Israel nicht vom nahöstlichen Konfliktgeschehen abhängig. Vielmehr erhofften sie sich durch Israel neueste Technologien, wirtschaftliche Investitionen sowie engere Beziehungen zu Washington (Aras, 1998: 69).

Alle diese Maßnahmen führten natürlich zu einer starken Belastung der Beziehung zwischen der Türkei und der arabischen Welt, die der Türkei nun sehr kritisch gegenübersteht. Was die offizielle Darstellung der militärischen Kooperation betrifft, so wird sie seitens der Türkei und Israels als rein bilateral und nicht als gegen ein spezielles Land oder eine Gruppe von Staaten gerichtet beschrieben. Die Türkei bemühte sich zwar, Ägypten und andere Staaten zu überzeugen, dass ihr Bündnis mit Israel gegen niemanden gerichtet sei, aber sie machte keinerlei Anstrengungen, Existenz oder Ausmaß des Bündnisses zu verheimlichen oder herunterzuspielen. Vor den empörten Arabern bestätigte das türkische Militär, dass israelische Piloten schon mit ihren Trainingsflügen im türkischen Luftraum begonnen hätten und dass israelische Schiffe bereits türkische Häfen anliefen, wie es im Abkommen zwischen den beiden Staaten vereinbart worden war. Ägypten war besorgt, angesichts der starken Achse zwischen Ankara und Tel Aviv im Nahen Osten marginalisiert zu werden. Allerdings hatte das türkisch-israelische Zusammenspiel die größten Auswirkungen auf Syrien, das sich durch die enge Verbindung zwischen nördlichem und südlichem Nachbarn „in die Zange genommen“ fühlte (Liel, 2000: 34). Daher spielte es bei den Versuchen, Gegenbündnisse aufzubauen, eine Hauptrolle. Damaskus versuchte, mit dem Irak und dem Iran eine Koordination seiner regionalen Politik. Als Gegengewicht zur türkisch-israelisch-amerikanischen Achse sollte eine arabisch-iranische errichtet werden (Hacke, 2002: 580). Allerdings blieben diese Versuche erfolglos: Die noch vorherrschende Rivalität zwischen den Ba'ath-Regimen setzte dem koordinierten Vorgehen enge Grenzen. Hinzu kam, dass das Augenmerk des Irak der

Aufhebung der internationalen Sanktionen galt – Ankara unterstützte Bagdad dabei. Trotz der Wasserquerelen untereinander hatten sie dieselben Interessen hinsichtlich des kurdischen Separatismus. Was Teheran anging, wollte es die ohnehin gespannten Beziehungen zur Türkei nicht weiter strapazieren. Der US-Verbündete Ägypten geriet in das besondere Dilemma, entweder Syrien, dem arabischen Bruderstaat, beizustehen oder den Verbündeten des Verbündeten USA. Um das gute Verhältnis zu den USA nicht aufs Spiel zu setzen, scheute sich Ägypten, in eine Bündnisformation einzutreten und behielt sich die Vermittlerrolle vor (Ağdemir, 2015: 56).

Der Zusammenbruch der Beziehungen

Die Türkei und Israel hatten einst gute Beziehungen unterhalten, im Mai 2010 kam es jedoch zum Bruch. Israeliische Truppen hatten damals eine türkische Flotte mit Hilfsgütern für den Gazastreifen angegriffen. Dabei wurden acht türkische Aktivisten getötet, einer von ihnen hatte auch einen US-Pass. Als Reaktion zog die Regierung Ankaras ihren Botschafter aus Israel ab und fuhr die militärische und wirtschaftliche Kooperation stark zurück. Die türkische Regierung hat es zwar geschafft, dass Israel für die blutige Enterung der Gaza-Hilfsflotte international geächtet wurde, doch zu mehr reichte es nicht. Die israelische Nahostpolitik hat sich nicht geändert. Mit Sympathien wurde die Türkei zwar überhäuft, doch mit der Forderung nach härteren Maßnahmen gegen Israel blieb sie ziemlich alleine. Gegen die gewaltige Macht der pro-israelischen Lobby in den USA war nichts auszurichten. Die USA begnügten sich damit ihr Mitleid auszusprechen, jedoch schmetterten sie eine Verurteilung Israels im Sicherheitsrat durch ein Veto ab. Die Türkei machte von Anfang an klar, dass sie diesmal eine Verurteilung Israels verlange. Dem wurde damit Nachdruck verliehen, dass es sich beim Überfall um den „11. September der Türkei“ handle. Angesichts dessen war die Haltung der USA gegenüber der Türkei eine herbe diplomatische Niederlage. Dies würde zusätzlich bedeuten, dass Israel viel höher bewertet würde als die Türkei: Denn die USA riskierten lieber ihre guten Beziehungen zur Türkei, als Israel für seine Schuld zu rügen. Für die türkischen Ambitionen im Nahen Osten hatte das eine Signalwirkung dafür, dass für die USA

Israel mehr oder weniger unantastbar ist, unabhängig von der Schuldfrage. Auch, dass die Anzahl der terroristischen Angriffe der PKK gegen die Türkei parallel zur israelisch-türkischen Krise auffällig stark zunahm, dürfte nicht bloßer Zufall gewesen sein. Besonders bedenklich ist hier die Aussage des israelischen Außenministers Avigdor Lieberman, der ganz unverhohlen ankündigte, in Zukunft die PKK zu unterstützen (Sinkaya, 2011: 6). Von offizieller Seite hieß es zu den Aussagen Liebermans, „no comments“, doch sie tragen angesichts der dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage in der Türkei eine über Verschwörungstheorien hinausgehenden Wahrheitsgehalt in sich. Israel unterstützt mit seiner nun härteren Gangart möglicherweise nicht aktiv, jedoch passiv die PKK und damit den Terrorismus in der Türkei. Die Krise um die unbemannten Aufklärungsflugzeuge vom Typ Heron machte dies deutlich: Die Türkei hatte diese Flugzeuge von Israel gezielt für den Einsatz gegen die PKK gekauft. Israel verweigerte jedoch nach der Verschlechterung der Beziehungen die Rückgabe mehrerer dieser Flugzeuge, die zuvor zwecks Wartung an Israel geschickt worden waren (Magen, 2015: 223-224). Die PKK wurde bisher von vielen Staaten stets als eine Waffe gegen die Türkei verwendet. Daher stellt sich die Frage, warum gerade Israel sich nicht daran bedient haben bzw. dies in Zukunft nicht tun sollte? Schließlich ist man bisher bei den meisten Staaten, die ihre Probleme mit der Türkei hatten oder weiterhin haben, auf die PKK gestoßen. Es ist erwiesen, dass Griechenland, Syrien, Zypern und viele weitere Staaten die PKK nicht nur duldeten, sondern aktiv unterstützten. Langfristig gesehen könnte sich die Krise mit Israel zu einem weit größeren Problem für die Türkei entwickeln, da Israel die PKK mit moderner Technik ausstatten könnte (Ari, 2007: 58).

Es scheint sich abzuzeichnen, dass sich Israel neben dem Iran zum größten Rivalen der Türkei in der Region entwickeln wird. Während der Iran aufgrund seines Bedarfs an befreundeten Staaten gegenüber der Türkei keine bedrohliche Position einnimmt, ist Israel direkt auf Konfrontationskurs. Israels Bestrebungen, eine Allianz mit jenen Staaten zu bilden, welche der Türkei gegenüber ebenfalls eine feindliche Haltung haben, könnte das Problem zusätzlich erschweren. Man mag genüsslich darüber streiten, ob die Gestaltungsmacht der USA in der

Region schwindet oder nicht. Fest steht aber eines: die Türkei richtet ihre Staats-, Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik im Sinne der gewünschten neuen Rolle im Nahen Osten aus (Efegil, 2016: 8). Teile der türkischen Medien, besonders die kemalistischen, kritisieren diesen Kurs als Abwendung von der vom Staatsgründer Ataturk vorgegebenen pro-westlichen Linie. Manche sprechen gar von einer deutlichen Achsenverschiebung. Anscheinend gibt es auch in der EU Kräfte, die ähnliche Bewertungen vornehmen, so z. B. der ehemalige italienische Außenminister Franco Frattini. In einem Zeitungsinterview (FAZ, 10. Juni 2010) beschwert er sich über die Fehler, die Europa der Türkei gegenüber gemacht habe und warnt, dass die Türkei, nach Osten gedrängt werde, weil die Europäer den Eindruck vermittelt hätten, die Türkei nicht in der EU sehen zu wollen. Genau wie Frattini weisen einige Kommentatoren europäischer Zeitungen darauf hin, dass die Annäherung der Türkei an eine andere Perspektive nicht im Interesse Europas sei (Aktaş, 2017: 4).

Zusammenfassung

Die Außenpolitik der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg wurde durch den Eintritt der Türkei in die NATO, sowie durch die politische, militärische und ökonomische Ausrichtung auf Europa und die USA bestimmt. Die atlantische Orientierung führte zu einem eindimensionalen außenpolitischen Verhalten unter Vernachlässigung der regionalen Komponente in der außenpolitischen Interessenwahrnehmung des Landes. Bis in die Mitte der 60er Jahre wurden die Beziehungen der Türkei zu dieser Region in erster Linie durch die US-Nahostpolitik und deren Interessen, welche sich die Türkei zu eigen gemacht hatte, bestimmt (Yigittepe, 2017: 87). Eine starke Isolation der Türkei in der Region war die Folge dieser Politik. Erst in der ersten Hälfte der 60er Jahre setzte unter veränderten internationalen und regionalen Bedingungen (Entspannung im Ost-West-Verhältnis, Zypern-Krise) und nach einem innenpolitischen Wandlungsprozess (Entstehung eines ideologisch-politischen Pluralismus, Auswirkungen der liberalen Verfassung von 1961) eine Entwicklung zur Multidimensionalität in der Außenpolitik ein (Güzelipek, 2017: 58). Dies bedeutete eine

stärkere regionale Interessenwahrnehmung unter strikter Beibehaltung der Westbindung und Bündnisverpflichtungen. Die wichtigsten Schritte auf dem Gebiet einer multidimensionalen Außenpolitik waren unter Beibehaltung der Westbindung die Aufnahme gutnachbarschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und die Entwicklung einer aktiven türkischen Nahost- und Mittelostpolitik, was eine Erweiterung der außenwirtschaftlichen Möglichkeiten bedeutete. Die türkische Nahost- und Mittelostpolitik stand nicht grundsätzlich im Widerspruch zur atlantischen Ausrichtung, aber das türkisch-amerikanische Sonderverhältnis geriet damit in einigen Punkten unter Spannung. Die Türkei versuchte, ihre Verpflichtungen innerhalb der westlichen Allianz mit ihren Interessen gegenüber bei arabisch-islamischer Welt in Einklang zu bringen. Das Prinzip der grundlegenden politischen Neutralität bei zwischenstaatlichen Konflikten dieser Region fand Anwendung. So verfolgte die Türkei im irakisch-iranischen Krieg eine Neutralitätspolitik (Sauer, 2014: 8).

Im zweiten Golfkrieg gab die Türkei aufgrund externer und interner Faktoren die traditionelle nahostpolitische Linie der Neutralität und Nichteinmischung zugunsten einer aktiven Politik des engen Zusammengehens mit den USA auf. US-Kampfflugzeuge bombardierten von der Basis İncirlik aus Ziele im Nordirak. Somit wurde zum ersten Mal in der türkischen Geschichte ein arabischer Nachbarstaat von türkischem Boden aus angegriffen. Initiator dieses Politikwechsels war der damalige türkische Staatspräsident Turgut Özal. Die Formulierung und Implementierung der Golffpolitik stand damals unter dessen dominanter Einfluss. Er erhoffte sich dadurch eine deutliche Verbesserung der strategisch-politischen Position der Türkei im westlichen System, die insbesondere angesichts des Wegfalls des Ost-West-Konfliktes abzunehmen drohte. Zentrale außenpolitische Zielsetzung war es die Türkei als regionale Führungs- und Ordnungsmacht zu etablieren, sowie einen raschen EU-Beitritt des Landes zu erreichen. Das Abtreten der Sowjetunion als Supermacht von der Weltbühne und der Zusammenbruch ihres politischen und wirtschaftlichen Systems in ganz Osteuropa machten die Politiker in Ankara zunächst besorgt. Sie rechneten mit einer Verringerung der strategisch-politischen Bedeutung ihres Landes für die westlichen

Partner. Aber die Lage entwickelte sich ganz anders. Die Türkei rückte in das Zentrum der internationalen Politik. Fast über Nacht erhielt sie eine wichtige Rolle. Die Türkei wurde zum Mittelpunkt des politischen Geschehens im „teuflischen Dreieck“ von Balkan, Kaukasus und Nahem Osten. Sie musste, unerwartet und unvorbereitet innerhalb eines kurzen Zeitraumes in eine neue Rolle hineinwachsen. Die Türkei erschien nunmehr als Stabilitätsinsel und als Dreh- und Angelpunkt in der Region.

Die Beziehungen der Türkei zu Israel wurden durch den politischen Konflikt um den Gaza-Konflikt zwar schwer belastet, sind aber nicht irreparabel geschädigt. Das strategische Interesse an einer engen Kooperation ist nach wie vor auf beiden Seiten vorhanden und wird auch nicht von der AKP grundsätzlich in Frage gestellt. Die Türkei war eines der ersten Länder, die den jüdischen Staat nach seiner Gründung 1948 anerkannten (1949), die Beziehungen haben sich insbesondere in den 90er Jahren intensiviert und sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts in eine strategische Partnerschaft übergegangen. Insbesondere im militärischen und wirtschaftlichen Bereich sind die Verbindungen und Interessenverflechtungen so eng verknüpft, dass sie auch diplomatisch-politischen Krisen standhalten können. Allerdings darf ein Faktor nicht unterschätzt werden: Die Stimmung in der Bevölkerung. Die starke Zunahme antiisraelischer und gelegentlich auch antisemitischer Einstellungen in der türkischen Öffentlichkeit ist ein Faktor, der zwar von der Politik teilweise gezielt für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert worden ist, der aber auch eine gefährliche Eigendynamik entwickeln kann. Hier steht die AKP vor einer großen politischen Verantwortung. Meiner Ansicht nach den eigentlichen Hintergrund des Konflikts ist; Entweder wird die Erdoğan-Regierung gehen oder die Regierung von Netanyahu. Wir sind an einen Punkt angelangt, an dem beide Regierungen nebeneinander nicht existieren können. Für die Begehrlichkeiten der Türkei und für die an der Stabilität im Nahen Osten interessierte US-Regierung ist die derzeitige israelische Regierung zu einem Störfaktor geworden. Die USA sind aufgrund eigener Schwächen und der innenpolitischen Entwicklung nicht in der Lage, den Druck auf die Netanyahu-

Regierung zu erhöhen. So nimmt die Türkei als aufstrebende Regionalmacht gerne diese Rolle an.

Literaturverzeichnis

- Ağdemir, A. M. (2015): "Liderler ve İsrail'in Arap Devletlerine Yönelik Dış Politikası", *BilgeStrateji*, 6(11), S. 51-73.
- Aktaş, H. E. (2017): "İsrail'de Dini Kurum, Oluşum ve Referansların Siyasi, Kamusal ve Hukuki Alanlara Etkileri", *Atatürk Üniversitesi İktisadi ve İdari Bilimler Dergisi*, 31(1).
- Aras, B. (1984): "Post-Cold War Realities: Israel's Strategy in Azerbaijan and Central Asia", *Middle East Policy*, 5/4.
- Ari, Tayyar, (2007), *Geçmişten Günümüze Orta Doğu Siyaset, Savaş, Diplomasi*, 3. Baskı, İstanbul: Alfa Yayıncıları.
- Aydin, S. (2010): *The Super Power Versus a Regional Power a Game Theoretical Approach to the Current Nuclear Tension Between the US and Iran*, Lambert Academic Publishing, Saarbrücken.
- Bauer, M. L., & Hartmann, S. (2016): *Nahostpolitik, Jahrbuch der Europäischen Integration*, Nomos Verlag, S. 381-384.
- Dursunoğlu, A. (2000): *Stratejik İttifak, Türkiye-İsrail İlişkilerinin Öyküsü*, Anka Yayıncıları İstanbul.
- Efegil, E. (2016): "AK Parti Hükümetinin Orta Dogu Politikası ve ABD Yönetimi ile Batılı Uzmanların Eleştirileri", *Gazi Akademik Bakış Dergisi*, 9(18), S. 45-53.
- Eminoğlu, A. (2016): "Tarihsel Süreçte Türkiye İsrail İlişkilerinin Değişen Yapısı" *Gümüşhane Üniversitesi Sosyal Bilimler Enstitüsü Elektronik Dergisi*, 7(15), S. 89-106.
- Ercan, M. (2012): "Continuity and Period of Change in Turkish Foreign Policy" *International Refereed Academic Social Science Journal*, Cilt: 3, Sayı: 4.
- Ercan, M. (2015): "Der demokratische Öffnungsprozess „Eine vergleichende Analyse der türkischen Entscheidungsträger in der Kurdenfrage“, *Akademik Bakış Uluslararası Hakemli Sosyal Bilimler Dergisi*, Cilt: 5, Sayı: 49, S. 79-97.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juni 2010.
- Güzelipek, Y. A. (2016): "Terörizmin Bir Dış Politika Aracı Olarak Kullanılması: ASALA Örneği", *TURAN-SAM*, Cilt: 8, Sayı: 31, S. 81-87.
- Güzelipek, Y. A. (2017): „Devletlerin Güvenlik Paradigmalarının Empiryalizm Odağında Yeniden Tahayyülü“ *Devlet Doğasının Değişimi: Güvenliğin Sınırları*, Ed. Tolga Sakman, TASAM, İstanbul, S. 53-63.

- Hacke, C. (2002): Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush, Verlag Ullstein München.
- Hurewitz, J.C. (1953): Middle East dilemmas; the background of United States policy, New York, Published for the Council on Foreign Relations by Harper.
- Krell, G. (2004): Die USA, Israel und der Nahost-Konflikt: Studie über demokratische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Vol. 14, S. VI-53.
- Liel, A. (2000): „Israel und die Türkei – Eine besondere Beziehung“. Internationale Politik, 11, S. 31-35.
- Magen, A. (2015): Israels Außenpolitik in Reaktion auf die Ereignisse des „Arabischen Frühlings“, in The Southern Mediterranean, Nomos Verlag, S. 221-256.
- Mearsheimer, J. J., & Walt, S. M. (2007). Die Israel-Lobby: wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird, Campus-Verlag.
- Özalp, M. (2014): Die Brückefunktion der Türkei - Das Nabucco Projekt im Rahmen des Beitrittsprozesses der Türkei zur Europäischen Union, AV AkademikerVerlag, Saarbrücken.
- Özalp, M. (2015): „Die Sanktionskrise der Weltgroßmächte – Die Hintergründe der gegenseitigen Sanktionen zwischen der EU, den USA und Russland und deren Auswirkungen auf zukünftige Beziehungen“, The Journal of Academic Social Science, Yil: 3, Sayı: 13, Haziran, S. 404-415.
- Özden, Cankara P. (2015): „Türk Sağ Muhalafakâr İslamcılık Akımının Öteki Algısı Yahudi Topluluğu Üzerinden Siyonizm, Komünizm ve Kapitalizm Okuması“, Akademik Bakış Dergisi, Sayı 48, S. 307-326.
- Özden, Cankara P. ve Dirgin M. (2016): „Turkey's Perception for Arab Spring Experience of Syria“, Akademik Sosyal Araştırmalar Dergisi, Sayı: 26, S. 158-169.
- Öztürk, A. (2004): „Das Entstehen eines Macht-Dreiecks, Ankara auf dem Weg nach Washington und Tel Aviv“, in Politik und Zeitgeschichte, S. 33-34.
- Rucker, C. (2016): Künftige militär-und sicherheitspolitische Herausforderungen für Israel: Der Libanonkrieg von 2006 als Indikator für Veränderte Bedrohungen, GRIN Verlag.
- Sauer, S. (2014): Entwicklung und Tendenzen der israelischen Außen-und Sicherheitspolitik, GRIN Verlag.
- Sever, A. (2001): „Turkey and the Syrian-Israeli Peace Talks in the 1990s“, Middle East Review of International Affairs, 5/3.

- Sinkaya, B. (2011): „Geçmişten Günümüze Türkiye'nin Ortadoğu Politikası ve Batı Etkisi“, Adam Akademi Sosyal Bilimler Dergisi, 1(1), S. 79-100.
- Yiğittepe L. (2017): NATO: Güvenlik Politikaları ve Terörle Mücadele Stratejileri, Cinius Yayınları, İstanbul.

Türkisch-Katarische Beziehungen im geostrategischen Kontext³

Einleitung: Ein historischer Rückblick

Die Arabische Halbinsel

Die eurozentrisch geprägte Bezeichnung Mittlerer oder Naher Osten (Middle East, Near East) umfasst die Region der Länder vom Bosporus bis nach Indien (Davison, 1960:665). Im Laufe der Jahrhunderte hatten verschiedene Reiche und Länder die Kontrolle über die Region inne. Ab dem 16. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg kontrollierten die Osmanen den Nahen Osten. Das Osmanische Reich regierte die Region südlich der heutigen Türkei mit den heutigen Ländern Syrien, Irak, Kuwait, Libanon, Israel, Jordanien, Palästina, Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), Jemen und dem Oman durchgehend fast 400 Jahre lang bis zum Ersten Weltkrieg. Auch wenn offiziell der Anfang des Ersten Weltkriegs als das Ende des Osmanischen Reiches bezeichnet wird, können wir davon ausgehen, dass der Einbruch des Reiches viel früher eingesetzt hatte.

Die Arabische Halbinsel wurde von Yavuz Sultan Selim (Selim I.) im 16. Jahrhundert für das Osmanische Reich unter Kontrolle gebracht. Die totale Kontrolle über die Halbinsel sollte aber erst zu Zeiten seines Sohnes Kanûni Sultan Süleyman (Suleyman der Prächtige) errungen werden. Die mächtigen Stämme der heutigen Region Bahrain und Kuwait verkündeten dem in Istanbul sitzenden Sultan bzw. Kalifen ihre Treue durch Abgesandte (Kurşun, 2004:21).

Ungefähr zur gleichen Zeit weckte aber das Gebiet die Interessen von europäischen Mächten. Portugiesen waren die Ersten, die versuchten, sich in dieser Region niederzulassen. Sie waren Anfang des 16. Jahrhunderts in der Region angekommen und unternahmen den Versuch, sich bis hin zur Stadt Basra am Auslauf von Euphrat und Tigris niederzulassen. Das Eindringen der Portugiesen in der Region führte dazu, dass die Osmanen erneut aktiv wurden und danach strebten, ebenfalls ihre Vorherrschaft in Basra und Umgebung auszuweiten.

³ Assist. Prof. Dr. Mehmet Soytürk

Die Portugiesen und ihr Ein- und Vordringen am Persischen Golf war für die islamische Welt – und somit natürlich auch für das Osmanische Reich – eine Bedrohung, denn die Handelswege gingen aus Anatolien kommend über Basra am Persischen Golf weiter nach Persien. Eine andere Route (die sog. Gewürzstraße), die über Basra kam und danach über Bagdad nach Aleppo führte, war ebenfalls eine wichtige Route, die unter Kontrolle gebracht werden musste. Aus diesem Grund war es nicht nur speziell für die Portugiesen, sondern auch für die Staaten der Region ein besonderes Anliegen, die Kontrolle über die eigenen Handelsrouten nicht aus den Händen zu geben.

Nach der Schlacht von Reydaniye (Inalcik, 2016:142-143) mit den Mameluken vor den Toren Kairos im Jahr 1517 gewannen die Osmanen die Vorherrschaft in der islamischen Welt. Bis dahin hatten die Mameluken den Kalifen gestellt, nach ihrer Niederlage wurde das Kalifat nach Istanbul getragen und der osmanische Sultan war somit gleichzeitig auch der Kalif aller Muslime. Damit war es dem Sultan in Istanbul durch den Titel des Kalifen leichter geworden, das Osmanische Reich in der islamischen Welt als führender Staat zu etablieren:

„Mit dem Übergang des Kalifats an die osmanischen Sultane hat sich das Hoheitsgebiet des Reiches bis an die Küsten Basra's und den Golf von Aden ausgedehnt. Die unter der portugiesischen Unterdrückung leidenden Scheichs, Emire und Sultane ordneten sich wohlwollend den neuen muslimischen Herrschern unter.“ (Kurşun, 2004:22).

Aus den Belegen des Türkischen Staatsarchivs kann erkannt werden, dass die Herrschaft über die gesamte Region im 16. Jahrhundert an das Osmanische Reich übergegangen war. Einer der wesentlichen Gründe für die leichte und widerstandslose Akzeptanz des neuen Herrschers seitens der Bevölkerung sowie der lokalen Herrscher der Region war natürlich der Titel des Kalifen, den sie nun quasi „mitbesaßen“. Zu dieser Zeit fungionierte die Religion wie ein Wunderbindemittel unter den Völkern der islamischen Welt.

Die osmanische Oberherrschaft über die Region sollte weiter bis ins 19. Jahrhundert reichen. Ab der zweiten Hälfte des

19. Jahrhunderts wurde die aufstrebende Weltmacht Großbritannien am Persischen Golf sehr aktiv und gewann in der Region im Laufe der Jahre zunehmend an Einfluss. Schlussendlich sollte Grossbritannien mit dem Ende des Ersten Weltkrieges den ganzen Nahen Osten je nach Belieben und Interesse formen.

Katar wird zum ersten Mal in einem osmanischen Beleg aus dem Jahr 1555 erwähnt. Die ersten Verwaltungseinheiten der Region um das heutige Katar, die Gegenden Ahsa und Katif, wurden ebenfalls um das Jahr 1555 aufgebaut (Kurşun, 2004:22). Aus diesen Belegen abgeleitet ist zu verstehen, dass Katar eine eigene Verwaltungseinheit war und nicht in die davor existierenden Verwaltungseinheiten wie Bahrain eingebunden war.

Nachdem die Region um Katar in der Mitte des 16. Jahrhunderts unter die Verwaltung und Oberherrschaft des Osmanischen Reichs kam, sind bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts keine großen Veränderungen zu beobachten. Der aufkommende Kapitalismus durch die Industrialisierung in Europa trieb vor allem die damaligen Industriestaaten wie Frankreich und England dazu, sich neue Quellen für die notwendigen Rohstoffe sowie neue Absatzmärkte für ihre Fertigprodukte zu schaffen.

Der Öl-Boom wurde im Jahr 1859 durch die erfolgreiche Bohrung von Colonel Drake in Titusville, Pennsylvania, ausgelöst. Durch die Gründung einer Raffinerie von John D. Rockefeller und seiner Raffinierungsmethode gewann das Erdöl für die Industrie an Bedeutung (Schmitz, 1919:3). Ab diesem Zeitpunkt konnte der Vormarsch des Erdöls für die Industriestaaten nicht mehr gestoppt werden und dessen Bedeutung wurde immer weitreichender.

Als die Russen 1806 die Stadt Baku eroberten, wurden sie auf das Erdöl aufmerksam. Die Wissenschaftler des Zaren konnten jedoch noch keine Verwendung für die schwarze Masse finden. Die einzige Verwendung dafür war für sie das Schmieren der quietschenden Räder der Kutschen der einheimischen Bevölkerung (Hohensee, 1996:9).

Um nun auf unser eigentliches Thema zurück zu kommen: Durch die Entdeckung der Erdölfelder auf der Arabischen Halbinsel steigerte sich die Bedeutung der Region. Zuvor war

die Arabische Halbinsel aus zweierlei Sicht für die Menschheit sehr bedeutend. Zum einen entstanden hier die drei abrahamitischen Weltregionen und deren heilige Stätten, zum anderen war die Halbinsel Handelsdrehpunkt zwischen Ost und West.

Mit dem Siegeszug der Industrialisierung wurde das englische Königshaus aufmerksam auf die Region. Das Erscheinen der Engländer in der Region ist sicher nicht zufällig, sondern entspricht einer pragmatischen Außenpolitik. Forciert durch die Industrialisierung wurde England in der Region immer präsenter und drängte die Osmanen immer weiter zurück.

Für das Osmanische Reich und seinen Sultan wurde es immer schwieriger, sich gegen die Engländer zur Wehr zu setzen. Gekonnt setzten die Engländer die Scheiche der Region wie am Schachbrett gegen die Osmanen ein. Die Taktik der Engländer war sehr simpel: Die Stämme der Halbinsel wurden mit der Begründung, dass sie seitens der Osmanen seit Jahrhunderten kolonisiert würden, provoziert und zugleich wurde ihnen ein eigener Staat versprochen. Die Taktik der Engländer ging auf, die Mehrheit der Stämme glaubte ihnen. Vor allem aber Hussein bin Ali, der Emir von Mekka, glaubte ihnen aufs Wort. Dem einflussreichen Emir von Mekka wurde sogar der Thron von Arabien versprochen. Nun konnten die Engländer den letzten Schritt ihrer „Teile und Herrsche“-Politik einsetzen. Letztendlich bestand zwischen dem Gesagten und den wahren Plänen jedoch ein Unterschied: Den Thron von Arabien besetzte die Familie Al-Saud und der Emir von Mekka musste ins Exil, wo er auch verstarb.

Katar

Aus den osmanischen Archiven ist offenkundig, dass die jetzige Herrscherfamilie Al Thani das Sagen in dem kleinen Emirat im 19. Jahrhundert übernommen hat.

Zuvor waren die Bevölkerungswanderungen auf der Halbinsel dafür entscheidend, dass sich der Stamm Tamin in der Region niederließ. Aus dem Stamm der Tamin ging später die Familie Al Thani hervor. Dies alles passierte im 18. Jahrhundert (Steinbach & Robert, 1987:216).

Die Engländer waren im 19. Jahrhundert bestrebt, ihren Einfluss in der Region zu erweitern. Mittlerweile hatten sie die

Autorität über Bahrain errungen und versuchten weitere Regionen einzugliedern. Die Osmanen waren über das Vordringen der Engländer nicht besonders erfreut. Mithat Pascha, der Osmanische Gouverneur in Basra, suchte das Vordringen der Briten einzudämmen, indem er die losen Beduinen-Stämme der Region unter der eigenen Autorität zu vereinigen versuchte. Ein weiterer Schritt um die verloren gegegangene Autorität in der Gegend wieder herzustellen war Kuwait verwaltungstechnisch in den Verwaltungskreis von Basra einzugliedern. Über die Wichtigkeit Kuwaits berichtete Mithat Pascha wie folgt in einem Brief an den Sultan in Istanbul:

„Die Engländer haben die Autorität über Bahrain errungen und wollen weiter in den Norden vordringen, und dies könnte sogar in einer Belagerung Kuwaits münden. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, die Oberhoheit über Kuwait zu festigen. Aus diesem könnte vielleicht später sogar die Rückeroberung Bahrains gestartet werden.“ (Kurşun, 2004:43).

Mithat Pascha war für einen erfolgreichen Abschluss seiner Pläne für die Gegend auf die Familie Al Sabah angewiesen. Aus diesem Grund bat er Scheich Al Sabah Posten des Landrates. Der Scheich von Kuwait war mit dem Angebot einverstanden und bekam nun den Titel Landrat (Präfekt), damit war ein wichtiger Schritt getan. Der nächste Schritt von der Hohen Pforte war, trotz des englischen Gegenwindes die osmanische Flagge an die Verwaltungsgebäude zu hängen.

Es ist ersichtlich, dass die Osmanen bis zu diesem Zeitpunkt keinen großen Wert auf die Gebiete um Basra, Kuwait und Katar gelegt hatten. Der Grund für die plötzliche Änderung der Haltung des Sultans mag vielleicht gerade an der Eröffnung des Suez Kanals gelegen haben.

Zu dieser Zeit entstanden an anderen Stellen der Arabischen Halbinsel Probleme mit den ansässigen Stämmen. Die Hohe Pforte in Istanbul hatte Abdullah bin Faysal von der Familie Saud als Präfekt in Nejid eingesetzt, dessen Bruder davon jedoch nicht besonders erfreut war. 1871 begann er, einen Aufstand gegen seinen Bruder zu organisieren. Abdullah bat die Hohe Pforte um militärische Hilfe. Sadrazam Ali Pascha billigte dies mit der Absicht, das Problem zwischen den Brü-

dern zu lösen. Die militärische Operation wurde auf die Gebiete um Katar, Katif und Ahsa begrenzt. Anscheinend wollte die Hohe Pforte die direkte militärische Konfrontation mit Großbritannien, das die Autorität in Bahrain an sich gerissen hatte, vermeiden (Özhazar & Elbinsoy, 2017:147).

Die militärische Operation der Osmanen war erfolgreich und die Autorität konnte wiederhergestellt werden. Familie Al Thani von Katar, die seit 1868 Steuern an die Engländer zahlte, nutzte die Gelegenheit und bat die Osmanen, bevor die Engländer in Katar militärisch präsent werden, Truppen in Katar zu stationieren. Katar war nun ein Teil der Verwaltungseinheit Necid und somit unter der Kontrolle des Osmanischen Reiches.

In den darauffolgenden Jahren kam es zwischen der Familie Thani in Katar und dem Präfekten in Basra zu einigen Problemen. Casim bin Thani war eher für eine eigenständige Verwaltungseinheit Katar als dem Präfekten von Basra zu unterstehen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts (1893) kam es sogar zu einer militärischen Konfrontation zwischen Casim bin Thani und dem Präfekten Hafiz Mehmed Pascha in Basra. Das kleine Heer von Casim bin Thani wurde besiegt. Anstatt bestraft zu werden, wurde Casim bin Thani von Sultan Abdülhamit jedoch begnadigt unter der Bedingung, nie wieder die Autorität in Frage zu stellen (Özhazar & Elbinsoy, 2017:147).

Das osmanische Reich versuchte weiterhin in der Region ihre Autorität fortzusetzen aber die Engländer standen ihnen immer mächtiger gegenüber. Das osmanische Reich musste sich ab 1910 damit abfinden, über den Status von Katar verhandeln zu müssen. Schlussendlich mussten sie sich am 29. Juli 1913 (Kurşun, 2004:149) in London damit einverstanden erklären, auf jegliche Interessen an der Halbinsel zu verzichten. Im gleichen Abkommen einigten sich beide Länder auch darüber, dass Katar weiterhin von der Familie Al Thani regiert wird. Dieses Abkommen zwischen den beiden Imperien war der Anfang vom Ende für das Osmanische Reich auf der Arabischen Halbinsel. Den endgültigen Verlust der Region musste das Osmanische Reich mit dem Ersten Weltkrieg hinnehmen.

Der Emir von Katar, Scheich Muhammad bin Thani und stellvertretend für die britische Regierung Oberstleutnant Sir

Percy Cox unterzeichneten am 3. November 1916 ein Schutzabkommen (Fromherz, 2017:66). Mit diesem Abkommen hatten die Briten in der Region einen großen Sieg errungen. Sie hatten es geschafft, die jeweiligen Stammesführer für ihre Seite zu gewinnen, um sie danach gegen die Osmanen anzustacheln. Das Lockmittel für die arabischen Stammesfürsten der Region war, dass sie ihnen helfen würden, sich von den Osmanen zu befreien, und sie so ihren eigenen unabhängigen Staat bekommen würden.

Mit diesem klugen Schachzug haben die Briten nicht nur die Osmanen aus der Region verdrängt, sondern auch Deutschland bei dessen Vordringen und darin gestoppt, in der Region Fuß zu fassen. Deutschland und das Osmanische Reich waren während des Ersten Weltkrieges im gleichen Bündnis und kämpften an der gleichen Front. Die Beziehung zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich begann sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu intensivieren.

Die osmanischen Herrscher in Istanbul wollten am zunächst verschlafenen Industrialisierungsprozess in Europa anknüpfen und gleichzeitig wollte das Deutsche Reich seine Absatzmärkte und seine Rohstoffbezugsquellen erweitern. Deshalb fiel es Kaiser Wilhelm II. und Sultan Abdülhamit II. nicht besonders schwer, enge Kontakte zueinander aufzubauen. Deutschland wollte im Nahen Osten Fuß fassen und die Osmanen wollten Technologie und Kapital. Das letzte Wort in der Region hatten jedoch die Engländer zu sprechen.

Das Abkommen (Exclusive agreement) von 1916 zwischen Großbritannien und dem Emir von Katar machte de facto das Emirat zu einem Protektorat (Steinbach & Robert, 1987:216):

- Doha wurde zur Hauptstadt erklärt.
- Der Scheich des Landes verpflichtete sich, ohne britische Zusage keine selbstständige Außenpolitik zu betreiben bzw. keine Kontakte zu Dritten aufzunehmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Abkommens war, dass der Scheich bzw. die Kataris keine Rohstoff-Konzessionen an Dritte geben durften. Da an anderen Gebieten am Persischen Golf Erdöl entdeckt wurde, gingen Geologen davon aus, dass auch im Katar Erdöl vorkommen könnte. Mit der Konzessionsregelung bzw. Begrenzung hatten die Engländer für die eigenen Interessen vorgesorgt.

- Ein political agent der britischen Krone wurde im Land geduldet.
- Die Anwesenheit britischer Bürger wurde gestattet und ihnen wurde Schutz gewährt.

Der Vertrag mit den Briten war für den Scheich zugleich auch eine Art Lebensversicherung, denn die Briten wurden somit auch zur Schutzmacht des Emirats erklärt. Als Vorlage für den Vertrag dienten ähnliche Verträge, die vorher schon mit anderen Emiraten in der Region abgeschlossen worden waren.

Das nächste große Ereignis in der Geschichte des Emirats geschah im Jahr 1935. In diesem Jahr unterzeichnete Scheich Abdullah Al Thani mit Großbritannien einen weiteren Vertrag. Demnach waren das Emirat und seine Scheiche, die Al Thanis, gegen jegliche Gefahren aus dem In- und Ausland durch die Briten geschützt. Die Briten erklärten sich bereit, im Sinne des Emirats einzugreifen (Fromherz, 2017:76).

Das Ende des Zweiten Weltkrieges war auch das Ende des Kolonialismus. Die internationale Stimmung richtete sich gegen die französischen und britischen Kolonialherren. Deshalb waren, wenn auch ungewollt, die britischen und französischen Kolonialherren bereit, ihren Kolonien die Unabhängigkeit zu gewähren. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg war es für die Briten ein großer Rückschlag, als Indien unter der Führung von Mahatma Gandhi sich für unabhängig erklärte. Dies war für die Bevölkerung in den anderen Kolonien eine große Motivation. Das Stimmungbarometer schlug nun immer heftiger gegen die britischen und französischen Kolonialherren aus.

Gegen Ende der 1930er Jahre stieß man auch in Katar auf Erdöl. Die englischen Geologen hatten damit also recht behalten. Die Bedeutung der Arabischen Halbinsel sollte mit diesem neuerlichen Erdölfund nochmals bestätigt werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm der Handel mit Erdöl in der Wirtschaft des Landes die Vorreiterrolle über die klassischen Bereiche wie Perlen- und Fischhandel ein. Politisch vermehrten sich der Widerstand gegen die britische Kolonialherrschaft ab den 1950er Jahren immer mehr.

Trotz des Unmuts der einheimischen Bevölkerung zogen sich die Briten erst ab 1971 aus der Region zurück. Das Emirat Katar erklärte am 3. September 1971 seine Unabhängigkeit. Davor hatte Scheich Ahmed bin Ali Al Thani jedoch noch den

Plan zurückgewiesen, Teil der Vereinigten Arabischen Emirate zu werden. Dies war ein wichtiger Schritt in die selbstständige Unabhängigkeit des Landes.

Turbulente Zeiten für die Regenten im Katar

Wie schon oben erwähnt, ist die Familie Al Thani seit 1825 an der Regierungsspitze in Katar. An dieser Tradition hat sich auch nach der Erklärung der Unabhängigkeit nichts geändert: Die Al Thanis stellen weiterhin den Regenten des Landes. Als einer der wichtigsten Regenten des Emirats kann, ohne lange zu überlegen, Scheich Hamad bin Khalife Al Thani (Scheich Hamad) bezeichnet werden. Dieser hat 1995 die Führung des Landes übernommen. Er war es, der das Fundament für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes gelegt hat. Scheich Hamad hatte zuvor seinem Vater Scheich Kalif bin Hamad Al Thani geholfen, den herrschenden Scheich Emir Ahmad bin Ali 1972 zu stürzen und die Macht an sich zu reißen (Coates Ulrichsen, 2014:28).

Scheich Hamad, geboren 1952, hatte nach den Pflichtschuljahren in Katar die berühmte Militärakademie Sandhurst in England besucht und im Jahr der Unabhängigkeitserklärung abgeschlossen. Ein Jahr später wurde er Generalstabschef des Landes. Nachdem sein Vater an die Macht gekommen war, nahm er in den darauffolgenden Jahren auch andere Positionen wahr.

Sein Vater war es, der auch durch seine Unterstützung mit einem Staatsstreich an die Macht gekommen war und nun selber die Macht durch ein ähnliches Vorgehen verlieren sollte. Als Vater Scheich Kalif bin Hamad Al Thani 1995 zum Urlaub in der Schweiz verweilte, putschte Scheich Hamad und ergriff die Macht für sich. Das Jahr 1995 ist deshalb in der Geschichte des Landes ein weiterer markanter Wendepunkt (Hall, 25.6.2013). Für die Regierungseliten der anderen Emirate am Persischen Golf und auch für Saudi-Arabien war dieser Putsch kein gutes Vorbild. Die Angst, dass das Gleiche eines Tages auch über sie kommen könnte, war groß. Dieses gleiche Verhaltensmuster der undemokratischen Monarchien am Persischen Golf war auch während des Arabischen Frühlings zu beobachten.

Nach diesem Putsch startete Scheich Kalif bin Hamad Al Thani erfolglos einen Propaganda-Feldzug gegen seinen Sohn Scheich Hamad. Obwohl er von den Emiren von Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten und auch dem saudischen Königshaus unterstützt wurde, blieb er erfolglos bei seinem Vorhaben. Scheich Hamad beschwerte sich über die Unterstützung der Nachbarländer für seinen Vater. Diese Unterstützung führte dann dazu, dass Scheich Hamad die Linie der Außenpolitik des Landes vehement veränderte.

Die Außenpolitik des Landes war bis zu diesem Zeitpunkt identisch zur Außenpolitik des Nachbarstaates Saudi-Arabien. Nun war Scheich Hamad dabei, die Außenpolitik des Landes auf eine pragmatische Linie zu bringen: Im Zentrum standen gute Kontakte mit den Nachbarn und mit den Großmächten. Deshalb ging er auch strategische Allianzen ein, von denen er sich Nutzen für das Land erhoffte.

Für seine Absichten nutzte Scheich Hamad Soft power-Instrumente der Außenpolitik (Akkaya, 2015:9) wie Medien, Diplomatie, Sport, Kultur und Tourismus. In einem schnellen und kurzen Überblick über die grobe Linie dieser Außenpolitik kann das Vorgehen des katarischen Emirs als erfolgreich betrachtet werden.

Scheich Hamad saß 18 Jahre lang auf dem Thron des Emirats und mit einem unerwarteten Schachzug beendete er seine Regentschaft. Völlig überraschend übergab er den Thron am 25. Juni 2013 an seinen damals 33-jährigen Sohn Scheich Tamim bin Hamad Al Thani (Gieler, 2015:165).

Diese Übergabe der Macht an seinen Sohn führte nicht zu einem Wechsel der außenpolitischen Linie des Landes. Die Beobachter der politischen Szene gingen davon aus, dass der junge, unerfahrene Scheich Tamim außenpolitisch eher erfolglos agieren würde. Dies war jedoch nicht der Fall. Entgegen den Erwartungen agierte der als unerfahren geltende Scheich abgeklärt und brachte das Land nicht von dem erfolgreichen Kurs seines Vaters Scheich Hamad ab. Einer der Gründe für den Erfolg des jungen Scheichs Tamim ist darin zu sehen, dass er schon in frühen Jahren in die politischen Prozesse des Landes eingeweiht worden war. Um einige Beispiele zu nennen, war er erfolgreich in die Prozesse der Nationalen Entwicklungspläne, mit dem der wirtschaftliche Aufschwung des Land

errungen wurde oder in verschiedene Sportereignisse im Land wie die Formel 1 und die Endrunde der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 involviert. Weiter ist Scheich Tamim genauso wie sein Vater von der Wirkungskraft von Soft power in der internationalen Politik überzeugt.

Die Bedeutung von Katar in der internationalen Politik

Bisher haben wir uns in die Geschichte des Landes vertieft. Es war unser großes Anliegen, die Bedeutung der Halbinsel im Südwesten des Persischen Golfs darzulegen. Doch wieso kommt Katar nun immer mehr in den internationalen Medien vor und weshalb spielt dieses kleine Land eine so wichtige Rolle auch in der internationalen Politik?

Geostrategische Lage und politische Situation

In Katar leben ca. 2,6 Millionen Menschen auf 11.628 km² Landesfläche (Weltalmanach), von denen aber nur ein Bruchteil auch katarische Staatsbürger sind.

Die wirtschaftlichen Zahlen des Landes werden sicherlich von vielen Ländern der Welt neidvoll betrachtet.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag 2017 bei 167,6 Mrd. US-Dollar. Im gleichen Jahr lag das reale Wirtschaftswachstum bei 1,6 % und das BIP pro Kopf betrug 61.070 US-Dollar. Mit diesem BIP-Einkommen pro Kopf liegt Katar weltweit an erster Stelle. Der Grund für die gute wirtschaftliche Lage ist natürlich in erster Linie im Erdgas und im Erdöl zu finden. Das Land liegt bei der Erdgasförderung mit 175,7 Milliarden Kubikmetern weltweit an fünfter Stelle. Die Erdgasreserven Katars betragen 13,1 % der weltweiten Reserven. Weltweit liegt Katar mit 24,4 Millionen Tonnen Erdölexport an 16. Stelle, die Rohstoffreserven des Landes sind weltweit an oberster Stelle. Kombiniert mit der sehr geringen Bevölkerungszahl entstehen sehr gute wirtschaftliche Zahlen.

Die Liste der Exportgüter aus dem Land führt natürlich Erdgas an, danach kommen Erdöl und Erdölprodukte. An weiterer Stelle kommen Kunststoffe sowie Nichteisen(NE)-Metalle und Düngemittel. Zu den Importgütern gehören an erster Stelle Straßenfahrzeuge, Beförderungsmittel, Maschinen sowie elektrische Geräte. Exportiert wird hauptsächlich nach Ja-

pan, Südkorea, Indien, China und Singapur, die Importe kommen hauptsächlich aus den USA, China, Deutschland, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) und Japan.

Das Emirat Katar ist ein sunnitisches arabisches Land, umgeben von einem ebenfalls sunnitischen Saudi-Arabien. Mit Saudi-Arabien hat das Land die einzige Festlandgrenze, die anderen Nachbarn sind der nördlich liegende Inselstaat Bahrain, im Süden befinden sich die Vereinigten Arabischen Emirate und im Osten auf der anderen Seite des Persischen Golfes der Iran.

Die Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten sind traditionell sehr eng. Die aus seinen wirtschaftlichen Zahlen resultierende Stärke nützt Katar, um sein Soft power-Potenzial immer effizienter einzusetzen. Um später noch genauer auf das Thema einzugehen, kann zusammenfassend behauptet werden, dass der Regent des Landes eine Balance zwischen den Blöcken in der Region zu halten versucht. Als eher kleineres Land der Region ist es zunächst nicht leicht für Katar, eigenständig auf den Beinen zu stehen. Bei näherem Betrachten zeigt sich jedoch, dass die Balancepolitik in den letzten Jahren anscheinend doch ein wenig zu kurz gekommen ist. Die Rolle Katars im Arabischen Frühling und in der Syrien-Krise ist sicher näher zu betrachten.

Katars Außenpolitik

Wir haben oben schon erwähnt, dass Katar bis zur Machtübernahme von Scheich Hamad 1995 seine Außenpolitik eher an die allgemeine Linie der reichen Ölstaaten wie Bahrain, Vereinigte Arabische Emirate und Königreich Saudi-Arabien anpasste. Der Putsch im Königshaus von Katar änderte gleichzeitig aber auch die Linie des Landes in der Außenpolitik. Ab diesem Zeitpunkt versuchte das Land eher einen Balanceakt zwischen den Blöcken, was aber sicher nicht zum Vorteil der westlichen Staaten war.

Um die außenpolitische Linie von Katar verstehen zu können, werden wir nun die Rolle des Landes während des Arabischen Frühling und der Syrien-Krise näher unter die Lupe nehmen.

Katar im „Arabischen Frühling“

Der Arabische Frühling hat die Beziehungen unter den arabischen Ländern und die Beziehungen der anderen Länder zu den arabischen Ländern sehr beeinträchtigt. Speziell über Katar kann behauptet werden, dass das Land während der Aufstände in den verschiedenen arabischen Ländern seine Politik des Ausgleichs verlassen und Stellung bezogen hat. Das Gulf Cooperation Council (GCC) (Andersen & Woyke, 1995:271) – aus Ländern, zu denen auch Katar gehört – war mit der Rolle Katars nicht einverstanden und kritisierte dessen Haltung.

Die Aufstände in Tunesien, Ägypten und auch in Libyen wurden in den reichen Golfstaaten von Anfang an als eine Bedrohung wahrgenommen. Eine Kernforderung der Aufständischen in den verschiedenen arabischen Ländern war der Übergang von willkürlichen despotischen Diktaturen in eine wahre Demokratie. Falls diese Forderung auch die Öffentlichkeit in den „Scheich“-Staaten des Persischen Golfes erreichen sollte, wäre es eine wahre Herausforderung für die Herrschaftsfamilien gewesen. Damit keine ungewollten Entwicklungen zustandegekommen, war es besonders den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem saudischen Königshaus ein wichtiges Anliegen, gegen die Forderungen der Protestierenden in Ägypten, Tunesien und auch Libyen Stellung zu beziehen und antidemokratische Kräfte gegen die Entwicklungen zu unterstützen. Teilweise wurden auch finanzielle Mittel für die Putschisten zur Verfügung gestellt.

Erst nachdem der erste frei gewählte Präsident Ägyptens vom Militär durch einen Putsch gestürzt war, waren die Scheichs am Golf erleichtert. Die Gefahr des Regime-Exports in die Monarchien war nun vorbei.

Das Führungshaus in Katar hatte sich im Gegensatz zur Führung der VAE und des saudischen Königshauses für die Forderungen der Muslimbrüder in Ägypten und des unzufriedenen Volkes in Tunesien und im Libyen ausgesprochen. Katar hat in dieser Zeit offen Partei für die Muslimbrüder ergriffen und sogar ein Büro in Doha eröffnet. Es ist natürlich nicht außer Acht zu lassen, dass die Unterstützung Katars für die Muslimbrüder nicht neu ist, sondern seit den 1950er Jahren schon der Fall war.

Der Grund für die Unterstützung der Muslimbrüder kann mit Gleichgewichtspolitik und auch als ein Mittel, um den eigenen Einfluss in der Region zu steigern, erklärt werden. Natürlich sind auch die politischen Gegebenheiten bzw. die Dynamik relevant. Als die VAE und Saudi-Arabien zusammen mit Bahrain die Muslimbrüder in die Liste der terroristischen Organisationen aufnahmen, stimmte sich Katar innerhalb der GCC dagegen. Die Konsequenzen waren für Katar durch diese Haltung natürlich dementsprechend negativ.

Saudi-Arabien war von der Haltung seines östlichen kleinen Nachbarn nicht besonders angetan. Katar war durch das wirtschaftliche Potenzial, angetrieben vom reichen Erdgasvorkommen, nun zu einer beachtlichen Konkurrenz, deren außenpolitische Pläne die eigenen durchquerten, geworden. Als ein eindeutiges Beispiel für die Rivalität beider Länder kann gleich der Beginn der Aufstände gegen den langjährigen Präsidenten Hosni Mubarak in Ägypten herangezogen werden. Denn als die ägyptische Bevölkerung mit der Absicht, Präsident Mubarak zu stürzen, zu protestieren und zu revoltieren begann, stellte sich Saudi-Arabien hinter den ägyptischen Präsidenten Mubarak und Katar unterstützte die protestierenden Massen auf den Straßen. Unterschiedlicher konnten die Haltungen beider Länder nicht sein.

Al Jazeera

Ein Paragraf hier gebührt natürlich auch dem katarischen Nachrichtensender Al Jazeera (Al Dschasira). Aufgebaut nach dem Vorbild des amerikanischen CNN wurde der katarische Nachrichtensender 1996 mit der Unterstützung des Herrscherhauses von Katar gegründet. Drei Jahre nach dem Start des Sendebetriebs fing Al Jazeera 1999 an, 24 Stunden lang Nachrichten zu senden. Die Linie des Senders war den arabischen Staaten der Region und deren Herrscherhäusern gegenüber ungewohnt kritisch. Ein wichtiger Gründungsgrund war, das Kartell des amerikanischen CNN und der britischen BBC in der Region zu brechen. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Absicht auch geglückt. Den eher einseitigen Berichten aus der Region der westlichen Nachrichtensender konnte nun durch Al Jazeera etwas entgegengestellt werden.

Weiter kann über die Linie des Senders behauptet werden, dass dieser parallel zur staatlichen außenpolitischen Linie des Landes agierte. Die Berichterstattung aus der Region war im Sinne der katarischen Außenpolitik geprägt. Der Sender wurde als Soft power der Regierung eingesetzt. Katar zeigte mit dem Sender ebenfalls, wie so ein kleiner Staat es schaffen kann, sich international in die Schlagzeilen und in das Rampenlicht zu bringen.

Al Jazeera ist im Vergleich zu den anderen Sendern der Region mit seiner kritischen Linie zu den Herrschaftshäusern der reichen Golfstaaten und mit seiner allgemein kritischen Betrachtungsweise der Probleme der Region eine außergewöhnliche Erscheinung in diesem Bereich. Die Nachrichtenkonsumenten der Region waren es gewohnt, dass die Sender wie die offiziellen Berichterstattungen der Regierungen agierten. Al Jazeera brachte mit seiner kritischen und objektiveren Haltung frischen Wind in die Berichterstattung.

Außerdem war der Sender nicht wie die westlichen Sender CNN und BBC pro-westlich und einseitig eingestellt. Die Berichterstattung von Al Jazeera über den Krieg in Afghanistan und über den Golfkrieg brachte dem Sender eine große Beliebtheit unter der Bevölkerung der Region und bei den Menschen auf den arabischen Straßen. Denn Al Jazeera dachte wie einer von ihnen und gestaltete das Sendeprogramm nach ihren Erwartungen.

Die Wirtschaft von Katar

In den vorangegangenen Abschnitten sind wir ein wenig auf die wirtschaftliche Bedeutung des Landes eingegangen. Um sich aber noch genauer über die Wirtschaft und somit auch über die geostrategische Bedeutung des Landes eine fundierte Meinung bilden zu können, sollten wir die Wirtschaft noch genauer unter die Lupe nehmen.

Der Internationale Währungsfonds hat im Februar 2017 Katar als das reichste Land der Welt gekürt. Auf dieser Liste wurden die Länder nach ihrem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und der Kaufkraftparität gelistet. Demnach belegt Katar weltweit mit 129.152 Dollar/Einwohner den ersten Platz. Diesen Reichtum verdankt das Land seinen Erdöl- und Erdgasvorkommen.

Um den Schwankungen bei Erdöl- und Erdgaspreisen nicht ganz ergeben zu sein, versucht das Land mittlerweile, viel nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu forcieren. Außerdem liegt der Regierung von Katar viel daran, kontrolliertes und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu etablieren.

Die wichtigsten Export- und Einkommensquellen der katarischen Wirtschaft sind Erdöl und Erdgas, Dünger und petrochemische Industriegüter. Ein eigenes Kapitel gebührt natürlich Produktion und Export von LNG (liquefied natural gas, verflüssigtes Erdgas). Dabei ist zu erwähnen, dass die Produktion bzw. das Handelsvolumen von LNG stetig steigt. Während 1970 weltweit nur knappe 3 Milliarden Kubikmeter gehandelt wurden, lag das Handelsvolumen 2017 bereits bei 393 Milliarden Kubikmetern.

Nach den Daten des aktuell letzten erfassten Jahres 2017 ist Katar mit 103,4 Milliarden Kubikmetern das größte LNG-exportierendes Land der Welt. Ungefähr ein Drittel des Handelsvolumens von LNG weltweit wird allein von Katar umgeschlagen. Die größten Abnehmer des katarischen LNG sind die Europäer, gefolgt von den Ländern des südostasiatischen Raumes. An weiterer Stelle der LNG-Exporteureliste treten Australien mit 75,9 Milliarden Kubikmeter und dann mit 21,7 Milliarden Kubikmeter Indonesien an dritter Stelle auf. Der größte Abnehmer von LNG weltweit ist der Inselstaat Japan mit 113,9 Milliarden Kubikmeter, an weiterer Stelle erscheinen China, Südkorea und Indien. Auf dem europäischen Kontinent sind die größten Abnehmer von LNG Spanien mit 16,6 Milliarden Kubikmetern gefolgt von der Türkei mit 10,9 Milliarden Kubikmetern. Nach den Schätzungen der Internationalen Energie Agentur (IEA) soll der Bedarf an LNG bis 2022 auf 460 Milliarden Kubikmeter steigen.

An der Reihenfolge der größten Exporteure soll sich nach den Schätzungen der IEA bis dahin aber nicht viel ändern. Nach diesen Daten kann auch davon ausgegangen werden, dass sich an der Bedeutung der katarischen Erdgas-Produktion in den kommenden Jahren nichts zum Negativen wenden, sondern ganz im Gegenteil die strategische Bedeutung des Landes sich durch die reichen Erdgasreserven am Persischen Golf weiterhin steigern wird.

Die Beziehung zwischen Katar und der Türkei

Wie auch oben schon berichtet, fing die engere Beziehung zwischen der Türkei und dem Emirat Katar speziell ab dem 19. Jahrhundert an. Im Speziellen werden wir die Beziehungen in den letzten Jahren genauer unter die Lupe nehmen und zu analysieren versuchen. Um diesen Schritt zu gehen, müssen noch einige relevante wichtige Punkte bzw. Meilensteine der türkischen Außenpolitik angesprochen werden.

Die türkische Außenpolitik hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutig auf die Achse NATO–USA gerichtet. Obwohl das Land historisch-kulturell und zivilisatorisch eine spezielle Nähe zu den Ländern des Nahen Ostens hat, musste es bei seinen Beziehungen zu diesen Ländern die Interessen der NATO-Partner und im Speziellen der Vereinigten Staaten wahren. Für die Regierungen der Türkei war dies keine leichte Arbeit: Einerseits mussten sie den Erwartungen der eigenen Öffentlichkeit nachkommen, andererseits die Interessen der Amerikaner wahren. Dieser Seiltanz der türkischen Regierungen ging bis vor einigen Jahren zugunsten der NATO-Partner sowie der US-Amerikaner aus. Den Eigeninteressen des Landes konnten die Regierungen in den letzten 50 bis 60 Jahren nicht richtig nachkommen. Die Aufgabe der Türkei als NATO-Partner war, die südöstliche Flanke Europas gegenüber der Sowjetunion zu verteidigen. Die NATO-Interessen standen ständig über den Eigeninteressen der Türkei. Nach Johan Galtung's Struktureller Theorie des Imperialismus (Galtung, 1980) kann behauptet werden, dass die Türkei ihrer Rolle gegenüber den USA nach dem Zweiten Weltkrieg nachgekommen ist. Auch wenn sich manche türkischen Regierungen in diesem Zeitraum dagegen zu stemmen versuchten und die Außenpolitik des Landes im eigenen Interesse zu gestalten, war ihnen dies bis 2002 aus verschiedenen Gründen nicht gelungen. Der Regierungswechsel nach den Wahlen vom November 2002 sollte zur Folge haben, dass sich auch die Außenpolitik des Landes im Laufe der Regierungszeit der AKP unter der Führung von Recep Tayyip Erdogan dramatisch verändern sollte.

Mit der allgemeinen Veränderung in der türkischen Außenpolitik veränderten sich ebenfalls die Beziehungen zu den Ländern des Nahen Ostens. Im Gegensatz zu den Regierungen da-

vor war die Regierung von Erdoğan von Anfang bereit, die Beziehungen auszubauen – auch wenn die US-Amerikaner von diesem Alleingang der Türkei von Anfang an nicht begeistert waren. Diese Veränderung in der türkischen Außenpolitik hatte auch zur Folge, dass die Stellung in der Palästina -Frage eine deutlich pro-palästinensische wurde. Diese pro-palästinensische Einstellung der Türkei ist seitens der USA und Israels natürlich nicht auf große Begeisterung gestoßen. Die türkische und die katarische Außenpolitik trafen sich zum zweiten Mal auf der gleichen Linie, nachdem dies davor bereits während des Militärputsches in Ägypten gegen den gewählten Präsidenten Mohammed Mursi geschehen war.

Wirtschaftliche Beziehungen

Die wirtschaftlichen Beziehungen wurden ebenfalls in der Erdoğan-Ära intensiviert. Es ist aber nicht so, dass nur die wirtschaftlichen Beziehungen mit Katar einen Aufschwung genossen, sondern auch mit den anderen erdölreichen arabischen Staaten der Region Kuwait und Saudi-Arabien wurden die wirtschaftlichen Beziehungen enger. Auch wenn die Türkei und Saudi-Arabien bezogen auf den Militärputsch in Ägypten andere Standpunkte hatten, hat sich dies nicht negativ auf die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder ausgewirkt. Andererseits haben sich aber die Beziehungen zwischen Katar und der Türkei in den letzten Jahren noch weiter intensiviert. Insbesondere die gleiche Ansicht während des sog. Arabischen Frühlings und der Syrien-Krise und im Speziellen die Pro-Katar-Haltung der Türkei in der Krise zwischen Katar und Saudi-Arabien und den VAE vom Sommer 2017 (Süddeutsche Zeitung, 2.8.2018), hat dieser Beziehung eine neue Tiefe verschafft. Was für beide Länder gilt, ist, dass die Import-/Export-Zahlen zwischen Katar und der Türkei eigentlich nicht von besonderer Bedeutung für die jeweiligen Wirtschaftszahlen sind. Laut türkischem Handelsministerium war Katar 2017 an 47. Stelle der Exportliste der türkischen Wirtschaft eingereiht. Aus diesem Grund können wir leicht behaupten, dass das wirtschaftliche Potenzial zwischen Katar und der Türkei sicher noch nicht ausgeschöpft, sondern nach oben hin noch sehr weit offen ist.

Die Direktinvestitionen Katars in der Türkei begannen 2008 und erreichten im gleichen Jahr eine Höhe von 515 Millionen Dollar. Bis zum Jahr 2014 stiegen die Direktinvestitionen auf eine Höhe von 2,323 Milliarden Dollar an. Laut Mohammad bin Ahmed bin Tawar, dem stellvertretenden Vorsitzenden der katarischen Handelskammer, liegt aber die Höhe der Investitionen Katars in der Türkei bei 18 Milliarden Dollar. Somit wäre Katar der zweitgrößte Investor in der Türkei (Hürriyet, 15.8.2018). Als im Juli 2018 wegen der „Spion/Priester Brunson-Krise“ zwischen der Türkei und den USA die Amerikaner mit wirtschaftlichen Sanktionen die Türkei in die Knie zwingen wollten und aufgrund der Devisenkeule der Absturz der türkischen Lira gegenüber dem Dollar einsetzte, verlor die türkische Lira immer mehr an Wert. In dieser Krisenzeit eilte Katars Scheich Al Thani mit einem 15 Milliarden Dollar schweren Direktinvestitions paket gleich zur Hilfe (Anadolu Ajansi, 23.8.2018). Die Bereitschaft Katars, in dieser schwierigen Zeit seinem strategischen Partner Türkei im Streit mit den USA zu helfen, zeigt wie eng geknüpft diese Partnerschaft ist. Diese enge Freundschaft beider Länder ließ sich das deutsche Boulevardblatt Bild nicht entgehen und bezeichnete abwertend Scheich Tamim bin Hamad Al Thani als „Kumpel“ Erdoğans.

Die Syrien-Krise und die türkisch-katarischen Beziehungen

Die Haltung des Emirats Katar während des Arabischen Frühlings blieb auch gleich, als die Krise in Syrien ausbrach. An dieser Haltung hat sich nichts verändert, als der jetzige Scheich Tamim bin Hamad Al Thani 2013 von seinem Vater an die Spitze des Landes gesetzt wurde. Bevor die Krise in Syrien begann, waren die Beziehungen von Katar sowie die von Erdogan zu dem syrischen Präsidenten Assad relativ gut und freundlich. Als aber die ersten Bomben des syrischen Diktators auf die Zivilbevölkerung abgefeuert wurden, haben sich die Beziehungen schlagartig verändert. Katar unterstützte so wie die Türkei, Kuwait und Saudi-Arabien die Opposition in Syrien. Im gleichen Jahr schloss Katar die Botschaft in Damaskus. Mit der Unterstützung der Opposition wurde seitens Katars schon

an die Nach-Assad-Ära gedacht. Zusammen mit der Opposition sollte eine neue Staatsstruktur in Syrien aufgebaut werden.

Um ein relevantes Beispiel für die guten Beziehungen vor der Syrien-Krise zwischen Türkei, Saudi-Arabien und dem Katar zu bringen, kann der Ausbau einer Erdgaspipeline im Wert von ca. 10 Milliarden Dollar von Katar über Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien in die Türkei, um dann dort an die Nabucco-Pipeline angeschlossen zu werden (Amirova-Mahmadova, 2018:133). Die Hälfte des Erdgases war für den Eigenverbrauch der Türkei gedacht, die restliche Menge sollte weiter nach Europa befördert werden, um die Abhängigkeit der Türkei und Europas vom russischen Erdgas zu reduzieren. Die Alternative für die Route über Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien war die Route durch den Irak direkt in die Türkei. Obwohl sie fast 800 km kürzer war, hatte man sich wegen des unsicheren Zustandes im Irak für die längere Route über Saudi-Arabien entschieden (Radikal, 28.8.2018). Es muss aber dazu gesagt werden, dass die Route über Saudi-Arabien wegen der Topografie der Länder auch die billigere war.

Eine der Gründe für das Ende des Pipeline-Projektes war, dass Assad auf Druck der Russen nicht mitgemacht hat. Es ist natürlich so, dass die Russen ebenfalls ihr Erdgas auf den Markt bringen wollten und deshalb jegliche Konkurrenz nicht duldeten.

Die Interessen von Saudi-Arabien und Katar in Syrien hatten bis 2013 parallele Strukturen: Beide Länder sowie die Türkei unterstützten die gleichen Oppositionsgruppen. Ab 2013 waren aber die unterstützten Oppositionsgruppen jeweils andere. Die Türkei agierte zusammen mit Katar an der gleichen Front und Saudi-Arabien bildete zusammen mit den USA eine eigene Front. Anders formuliert, folgte Saudi-Arabien der US-amerikanischen Politik und unterstützte sie dabei. Die Unterstützung der Saudis für die USA war nicht nur symbolisch, sie stellten auch finanzielle Mittel zur Unterstützung bereit. Die Differenz in der Syrien-Politik von Katar mit den anderen Golfstaaten war nun sehr offensichtlich. Die Interessen von Katar, Türkei, Iran sowie auch Russland kreuzten sich teilweise in Syrien. Andererseits kann sicher nicht von einer sehr einheitlichen Syrien-Politik der Länder geredet werden, denn

fast jedes Land versuchte nun in Syrien seine eigenen Positionen zu verfolgen.

Nicht zu übersehen ist, dass Katar trotz seines wirtschaftlichen Reichtums auf den Schlachtfeldern Syriens doch nicht so viel zu sagen hat. Obwohl das Land wirtschaftlich und finanziell auf einem festen Fundament steht, kann es militärisch mit Ländern wie Saudi-Arabien, Syrien oder der Türkei nicht mithalten. Aus diesem Grund ist die Rolle Katars in der Syrien-Krise auf die des Geldgebers beschränkt.

Die Katar-Saudi-Arabien-Krise und die Haltung der Türkei

Katar ist im Vergleich zu vielen Ländern gemessen an der Größe und an der Zahl der Bevölkerung eines der kleineren Länder in der Region. Auch ist natürlich das Militär von eher beschränkten Möglichkeiten, so dass der Einfluss Katars in der Syrien-Krise und davor während des Arabischen Frühlings eher auf die als Finanzierer beschränkt – aber dennoch nicht außer Acht zu lassen – war.

Die Haltung des Scheichs von Katar, besonders bei der Unterstützung der Muslimbrüder in Ägypten, war in den Augen der Saudis bzw. des Scheichs der Arabischen Emirate, General Sissis in Ägypten und des Scheichs von Bahrain ein Dorn im Auge. Mit dem Vorwurf der Terrorismusunterstützung brachen Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, und das Emirat Bahrain im Juni 2017 die Beziehungen zu Katar ab und schlossen sämtliche Grenzübergänge in das Land. Des Weiteren verhängten sie eine wirtschaftliche Blockade über Katar und die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen und die jeweiligen Botschafter zurückbeordert. Katarischen Bürgern, die sich in den anderen drei Golfstaaten aufhielten, wurden zwei Wochen Zeit gegeben, um auszureisen.

Katar wurde beschuldigt, extremistische Organisationen wie IS, Al-Kaida oder Muslimbrüder zu unterstützen. Weitere Vorwürfe waren, dass der Nachrichtensender Al Jazeera bei dieser Unterstützung aktiv als Sprachrohr mitgewirkt habe. Außerdem kam seitens Saudi-Arabiens der Vorwurf an Katar, schiitische Milizen in Syrien die auch Kontakte zum Iran pflegen, unterstützt zu haben. (Reuters, 4.9.2018). Da der Inselstaat Bahrain und auch Saudi-Arabien eine nicht zu unterschätzende schiitische Minderheit im eigenen Land haben, ist

natürlich die Angst vor so einer Unterstützung sehr vehement und kann sicher auch zu paranoiden Verhaltensmustern führen.

Um die Beziehungen wiederaufzunehmen und die Blockade aufzuheben, sollte Katar eine Liste von 13 Forderungen erfüllen. Die seitens der Blockierer aufgestellte Liste wurde nicht publik, aber einige wichtige Punkte davon, wie

- die Schließung des Senders Al Jazeera,
- die Einschränkung der Beziehungen zum Iran,
- die Auflösung der türkischen Militärbasis auf Katar und
- die Auslieferung von mutmaßlichen Terroristen, wurden öffentlich ausgesprochen.

Die genannten vier der 13 Forderungen der blockierenden Länder Saudi-Arabien, Ägypten, VAE und Bahrain wurden gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters von einem Vertreter dieser Länder erwähnt. Nun habe der Katar zehn Tage Zeit, diesen Forderungen nachzukommen, hieß es.

Katar wies die Vorwürfe zurück und fügte hinzu, dass es keine legitimierte Rechtfertigung für diese Vorwürfe gebe. Deshalb werde das Land den Forderungen nicht nachkommen, so die Reaktion aus Doha (Tagesspiegel, 4.9.2018).

Was steckt hinter der Krise?

Die offizielle Anschuldigung seitens der boykottierenden Länder gegenüber Katar war die angebliche Unterstützung von extremistischen Organisationen. Was aber steckte wirklich hinter den Anschuldigungen, dass diese Länder schlagartig ihre Beziehungen zum Katar beendeten?

Bevor wir dieser Frage nachgehen, muss auf jeden Fall die einflussreiche Entwicklung im Königreich Saudi-Arabien erwähnt werden, denn die Ernennung Mohammed bin Salmans als der neue Kronprinz hatte einen sehr wesentlichen politischen Einfluss auf die Entwicklungen in den Ländern der Region. Der bisherige Kronprinz Mohammad bin Naif wurde im Juni 2016 abgesetzt und an seiner Stelle wurde der junge Mohammed bin Salman, Sohn des Königs, zum neuen Kronprinzen ernannt. Dieser gilt als Freund der US-Amerikaner und als Hardliner in der Außenpolitik. Noch bevor er zum Kronprinz

ernannt wurde, soll er als Vizekronprinz bei den Anschuldigungen gegenüber dem Katar eine wesentliche Rolle gespielt haben (Welt, 4.9.2018).

Im Vorfeld dieser Entwicklungen ist natürlich auch die Wahl Donald Trumps als amerikanischer Präsident zu erwähnen. Die ersten Reisen Trumps führten ihn zunächst nach Europa und danach in den Nahen Osten. Das gemeinsame Foto von König Salman von Saudi-Arabien, Ägyptens Diktator Sissi und Trump, jeweils beide Händen über den leuchtenden Globus haltend, sollte nichts Gutes für die Entwicklungen in der Region verheißen.

Die USA haben sich unter der Führung von Trump in der Krise entgegen den Erwartungen nicht allzu sehr direkt eingebrechst. Es wurde erwartet, dass sie sich für die Blockierer stark machen und auch einiges dafür tun, um die Forderungen der Blockierer-Seite durchzusetzen. Möglicherweise lag die Passivität Trumps daran, dass er genau zu dieser Zeit ein Abkommen über den Verkauf von Militärjets im Wert von 12 Milliarden Dollar mit Katar vereinbart hatte. Die Trump-Administration hielt sich bewusst aus diesem Streit am Golf heraus. Vielleicht war diese bewusste Zurückhaltung gerade die Unterstützung für die Blockierer-Seite, denn Trumps Besuch zu dieser Zeit in Saudi-Arabien konnte als eine Rückendeckung für die saudische Haltung gewertet werden.

Der Faktor Iran

Als ein wichtiger Faktor für die Blockade Katars durch die erwähnten Länder kann sicherlich der Iran genannt werden. Der Iran und Saudi-Arabien konkurrieren seit einigen Jahrzehnten um die Vorherrschaft in der Region. Katar hatte in den letzten Jahren enge Kontakte mit dem Iran aufgebaut. Mit der Blockade wurde augenscheinlich versucht, die engen Kontakte mit dem Iran zu unterbinden. Es besteht natürlich auch die Möglichkeit, dass die USA durch die indirekte Unterstützung von Saudi-Arabien bewusst die sunnitisch-schiitische Rivalität in der Region noch mehr forcieren wollten, damit kein Staat in der Region als selbstständige regionale Macht entstehen konnte. Mit der „Teile und Herrsche“-Taktik wurde die Region seit Jahrhunderten von westlichen Mächten destabilisiert, um die eigenen Interessen durchsetzen zu können.

Die schiitischen Minderheiten in den reichen Golfstaaten galten für die Monarchen dieser Länder schon immer als eine Zeitbombe. Es besteht jederzeit die Gefahr, dass sie eine Destabilisierung des Landes herbeiführen könnten. Der Iran als der große Bruder und Zentrum der Schiiten würde die schiitische Minderheit in diesen Ländern zu seinem eigenen Interesse missbrauchen. Ein weiterer Grund war natürlich die Eindämmung des politischen Einflusses des Iran in der Region. Aus diesem Grund wollte die Blockierer-Seite die Zusammenarbeit Katars mit dem Iran unterbinden, damit der Iran als potentielle politische und militärische Gefahr für die Region beseitigt werden konnte.

Die Blockade von Katar und die Haltung der Türkei

Als am 5. Juni 2017 einige arabische Staaten unter der Führung von Saudi-Arabien die Beziehungen abbrachen, kam es zu einer der größten diplomatischen Krisen in den letzten Jahrzehnten in der Region.

Die erste Reaktion aus der Türkei kam vom Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu. Çavuşoğlu meinte, dass die Türkei es bedauere, dass die Situation so eskaliert sei. Außerdem fügte er hinzu, dass sie die Stabilität der Länder der Region als ihre eigene betrachten. Sowie der Kampf gegen die radikalen Organisationen als die Stabilität der Region soll im Rahmen von Solidarität unter den betroffenen Ländern gewahrt werden. Weiter fügte Çavuşoğlu hinzu, dass die Länder untereinander Probleme haben könnten, aber sie sollten nicht von der Linie des Dialogs abweichen. Aus diesem Grund bedauerte er die Eskalation und wünschte sich, dass der Normalzustand wiederhergestellt werde. Die Türkei ihrerseits werde ihr Bestes dafür tun (BBC, 4.9.2018). Aus diesen ersten Worten seitens des türkischen Außenministers kann herausgelesen werden, dass die Türkei genauso wie der Katar selbst von dieser Aktion der genannten Länder überrascht wurde und mit solchen Aussagen eher darauf bedacht war, den Normalzustand wiederherzustellen.

Im Verlauf der Krise hat die Türkei an ihrer neutralen Haltung festgehalten, bedachte aber Katar unterstützend. Es war nicht im Interesse der Türkei, die Situation weiter eskalieren zu lassen. Eine der ersten Reaktionen der Blockierer war, dass

diese Länder ihren Luftraum für Katar Airways schlossen. Die Ausweitung der Blockade auf das Benutzen des Luftraums führte dazu, dass die Bevölkerung von Katar anfing, in Panik Nahrungsmittel einzukaufen. Bevor es aber zu einer Knappheit an Nahrungsmitteln kommen konnte, wurden aus der Türkei Lebensmittel importiert.

Im Verlauf der Krise kam seitens Präsident Recep Tayyip Erdoğans die Aussage, dass die Liste der 13 Forderungen an Katar gegen das internationale Recht verstöße. Denn diese Forderungen seien ein Angriff auf die Souveränität eines Landes, und dies sei mit dem Völkerrecht nicht vereinbar. Im Vorfeld zur Aussage von Präsident Erdogan hatte der Verteidigungsminister der Türkei, Fikri Işık, erklärt, dass die Türkei die militärische Zusammenarbeit mit Katar nicht revidieren werde. Knapp einem Monat nach Beginn der Krise startete Präsident Erdogan eine diplomatische Mission nach Kuwait und Saudi-Arabien, um diese zu beenden. Gleich nach der Ankunft in Ankara meinte Erdogan, dass es natürlich leicht sei zu zerstören, aber das Zerstörte neu aufzubauen, sei immer schwieriger. Auch in zwischenstaatlichen Beziehungen fordere es mehr Aufwand und Zeit, Zerstörtes wiederaufzubauen (Internethaber, 15.9.2018).

Die internationale diplomatische Mission von Präsident Erdogan war nicht nur auf den Besuch in Saudi-Arabien und Kuwait beschränkt. Im Laufe der Krise wurden mit der Absicht, die Lage nicht eskalieren zu lassen, sondern zu beenden sowie Katar nicht alleine zu lassen, den mächtigen Staaten wie Iran und Russland Besuche abgestattet. Die Türkei gab in ihrer Katar unterstützenden Haltung im Laufe der Krise nicht nach.

Was hätte passieren können, wenn sich Präsident Erdogan nicht für Katar eingesetzt hätte? Was könnten die möglichen Folgen gewesen sein? Eine der Möglichkeit wäre, dass Katars Emir Tamim bin Hamad Al Thani sich den Forderungen des Nachbarn Saudi-Arabien gebeugt hätte, womit aber der Scheich auch die Anschuldigung „Unterstützer des internationalen Terrorismus“ akzeptiert hätte und mit der Schließung des türkischen Militärstützpunktes die eigene Souveränität in Frage gestellt haben würde. Dies alles hätte dazu beigetragen, dass das Land national und international an Glaubwürdigkeit verloren.

Es könnte eine Reihe von möglichen Konsequenzen aufgezählt werden. Eine davon wäre sicherlich die Möglichkeit einer militärischen Operation seitens Saudi-Arabiens, womit die Saudis das jahrhundertealte Ziel – möglicherweise die Eroberung der Halbinsel – vollbracht hätten. Die aktive Einmischung und Diplomatie Präsident Erdogans hat dies möglicherweise auch verhindert.

Die Situation am Persischen Golf und um Katar herum ist seit Beginn der Krise ruhiger geworden. Die heftigen Drohungen Saudi-Arabiens und seiner Partner haben sich seitdem relativiert. Trotz der Drohungen konnte sich Katar als ein souveräner Staat in der Region behaupten und etablieren. Das Land konnte seine Beziehungen zu den anderen Nachbarn in der Region ausbauen. Außerdem kann das Land durch diese Krise mit deren erfolgreicher Meisterung für sich einen Erfolg verbuchen.

Schlussfolgerung

Die türkische Außenpolitik in den letzten Jahrzehnten kann in die zwei Perioden als vor AKP und seit AKP unterteilt werden. Der Umschwung in der türkischen Außenpolitik wurde im Laufe der Ära von Recep Tayyip Erdogan immer deutlicher. Die Beziehungen zu den arabischen Staaten und allgemein zu den islamischen Staaten wurden seitens der Erdogan-Regierungen neu aufgebaut. Diese Veränderung ist in den Beziehungen zum Katar ebenfalls zu beobachten.

Um noch einmal die Geschichte der Beziehungen beider Länder zusammenzufassen: Seit der Etablierung als Emirat waren die Katarer immer bemüht, sich als neutral und als Gleichgewicht in der Region zu präsentieren. Als sich die Osmanen aus der Region zurückziehen mussten, hatte Saudi-Arabien vor, die Halbinsel in die eigene Herrschaft einzugliedern. Das Übereinkommen Katars mit der damaligen britischen Regierung hat dazu geführt, dass das Land die eigene Souveränität behalten konnte. Natürlich haben die Briten mit diesem Schritt auch verhindert, dass Saudi-Arabien zu groß und damit unkontrollierbar werden konnte. Die Absicht war, dass es kleine kontrollierbare Staaten in der Region entstehen sollten. Dies kam den Katarern entgegen und sie konnten ihren Staat bilden. Vielleicht war das Eingreifen der Türkei in Form

aktiver Diplomatie ebenfalls ein Hindernis gegen die Besetzung von Katar seitens Saudi-Arabiens wie im letzten Jahrhundert.

Das Fundament für die guten Beziehungen Katars mit der Türkei wurde schon vor und während des Ersten Weltkrieges gelegt. Als die Briten die arabischen Stämme auf der Arabischen Halbinsel gegen die osmanische Herrschaft aufhetzten, waren die Stämme der Al Thani nicht unter den Aufständischen.

Die letzte Krise hat dazu beigetragen, dass die Türkei und der Katar sich noch nähergekommen sind. Ein markantes Beispiel dafür ist die Unterstützung der türkischen Wirtschaft mit 15 Milliarden Dollar im August 2018. Zuvor hatte der wirtschaftliche Angriff auf die türkische Währung dazu geführt, dass der Wert der türkischen Lira innerhalb von einigen Wochen dramatisch gesunken ist. Um dem Finanzmarkt der Türkei ein wenig unter die Arme zu greifen, kam die Unterstützung von Scheich Tamim bin Hamad Al Thani. Nur einige Wochen später schenkte der Scheich von Katar Al Thani Präsident Erdogan eine Boeing 747/8 mit Sonderausstattung, die in den türkischen Staatsdienst aufgenommen wurde.

Insbesondere in der Erdogan-Ära ist zu beobachten, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und Katar nicht nur auf rein wirtschaftlicher Ebene florieren. Dafür sind die Entwicklungen in den Jahren Beweis genug. Nicht zu vergessen sind natürlich die unterstützenden Aussagen Al Thanis nach dem versuchten Militärputsch vom Juli 2016. Noch während die demokratischen westlichen Länder sich in Schweigen hüllten und den Verlauf des Putsches abwarteten, griff Al Thani unterstützend mit seinen Aussagen für den gewählten Präsidenten Recep Tayyip Erdogan ein.

Durch ihre Haltung geben beide Länder den Eindruck, dass sie die Probleme der Region durch die Involvierung der Länder der Region gelöst haben wollen und ein Eingriff westlicher Staaten eher unerwünscht sei. Sie sind für eine Lösung aus der Region seitens der betroffenen Länder.

Für den Verlauf der Beziehungen zwischen der Türkei und Katar sieht es danach aus, dass sich die Beziehungen beider Staaten weiterhin vertiefen werden. Der Erfolg dieser Beziehung wird sicher vom Willen beider Länder abhängig sein. Für

den internationalen Erfolg der Achse Türkei–Katar wird natürlich daneben auch der Widerstand aus der Region und seitens der US-Amerikaner ausschlaggebend sein.

In der Erdoğan-Ära hat sich an die Stelle der passiven zurückhaltenden Außenpolitik eine selbstbewusste, lösungsorientierte und mitgestaltungswillige Außenpolitik etabliert. Den USA, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – insbesondere Jahrzehnte später nach der Implosion der Sowjetunion – gewohnt waren, die internationale Politik je nach Belieben zu gestalten, ist das Verhalten der Türkei natürlich ein Dorn im Auge. Solange es nicht gegen die Interessen der USA ist, werden die Vereinigten Staaten von Amerikaner gegen das eigenständige handeln beider Länder nichts unternehmen; sobald aber diese Achse gegen die US-Interessen agiert, werden sie sicher dagegen aktiv werden. Hier ist auch die Frage zu stellen, ob die USA wie früher Einfluss geltend machen und etwas dagegen unternehmen können.

Für die Türkei ist diese gute freundschaftliche Beziehung von elementarer Wichtigkeit. Mit Katar haben sie einen gleichgesinnten finanziestarken Partner in der Region. Wenn es um die Palästinenser-Frage und den Status von Jerusalem geht, sind beide Länder der gleichen Meinung und agieren auch gemeinsam. Die anderen arabischen Staaten der Region, wie Saudi-Arabien, VAE, Bahrain und Ägypten, agieren neuerdings gleichgesinnt mit den USA, auch wenn die restlichen muslimischen Staaten damit nicht einverstanden sind.

Die gemeinsamen guten Beziehungen der Türkei und Katar mit dem Iran und Russland lassen den Eindruck aufkommen, dass sie im Nahen Osten gegen die USA, Saudi-Arabien, VAE, Ägypten und Bahrain eine gemeinsame Achse bilden. Die Entschlossenheit sowie militärische und wirtschaftliche Stärken dieser Achse werden die Zukunft der Region entscheidend prägen.

Als letzter Punkt ist der Militärstützpunkt der Türkei auf dem Gebiet von Katar zu erwähnen. Mit der Stationierung von Soldaten in Katar hat die Türkei einen weiteren Fuß in den Nahen Osten gesetzt. Der Militärstützpunkt bei Doha ist einer von 12 Stützpunkten, die militärischen Zwecken dienen sollen.

Literaturverzeichnis

- Amirova-Mammadova, Sevinj (2018): Pipeline and Natural Gas Supply from Azarbaijan to Europe, Springer Verlag, Wiesbaden
- Akkaya, Gülsah Neslihan; El Rantisi, Mahmud (2015): Katar Dış Politikası ve Körefez Siyaseti, SETA, Ankara
- Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (1995): Handwörterbuch internationale Organisationen, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Coates Ulrichsen, Kristian (2014): Qatar and the Arab Spring, Oxford University Press, New York
- Davison, Roderic H. 1963. "Where is The Middle East?" In The Modern Middle East, edited by Richard H. Nolte, S. 13-30, Atherton, New York
- Fromherz, Allen J. (2017): Qatar: Rise to Power and Inflfluence, I.B. Tauris, London
- Galtung, Johan (1980): Peace and World Structure, Essays in Peace Research, Vol. iv, Copenhagen
- Gieler, Wolfgang (2015): Handbuch Außenpolitik Nahost, LIT Verlag, Berlin
- Hall, John (2013): Emir of Qatar profile: Who is Sheikh Hamad bin Khalifa Al Thani, how did he turn Qatar into the world's richest nation and why has he decided to abdicate?, Independent, 25 July 2013
- Hohensee, Jens (1996): Die erste Ölpreisschock 1973–74, Franz Steiner Verlag, Stuttgart
- Inalcık, Halil (2016): Devlet-i Aliye, Türk İş Bankası Yayınları, İstanbul
- Kurşun, Zekeriya (2004): Katar'da Osmanlılar 1871-1916, Türk Tarih Kurumu, Ankara
- Özhazar, İbrahim; Elbinsoy, İsa (2017): Modern Dönem İslam Ülkeleri, Tire Kitap, İstanbul
- Schmitz, Leonhard (1919): Die flüssigen Brennstoffe: Ihre Gewinnung, Eigenschaften und Untersuchung, Springer Verlag, Berlin
- Steinbach, Udo; Robert, Rüdiger (1987): Der Nahe und Mittlere Osten, Springer Verlag, Wiesbaden
- <https://www.weltalmanach.de/staaten/details/katar/>
- <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/234243/umfrage/erdgasproduktion-der-top-10-laender/>
- <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52767/erdgas-reserven>
- <https://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-katar.pdf>

https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/so-wurde-katar-aus-einem-armen-wuestenstaat-zum-reichsten-land-der-welt_H2058401927_426246/

<https://www.gfmag.com/global-data/economic-data/richest-countries-in-the-world?page=11>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28976/umfrage/lng-transport-weltweit-seit-1970/>

<http://www.hurriyet.com.tr/ekonomi/lng-ihracatinda-lider-yine-katar-40877623>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/diplomatische-krise-tuerkei-und-iran-stellen-sich-hinter-katar-1.3560788>

<https://www.ticaret.gov.tr/yurtdisi-teskilati/orta-dogu-ve-korfez/katar/genel-bilgiler>

<http://www.hurriyet.com.tr/ekonomi/iste-katarin-turkiye-yatirimlari-40485286>

<https://www.aa.com.tr/tr/gunun-basliklari/katardan-turkiyeye-15-milyar-dolar-yatirim/1232364>

<mhttps://www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft/tamim-bin-hamad-al-thani-wer-ist-erdogans-scheich-kumpel-56698970.bild.html>

<http://www.radikal.com.tr/ekonomi/10-milyar-dolarlik-katar-turkiye-boru-hatti-yolda-955117/>

<https://tr.sputniknews.com/ortadogu/201808171034811300-riyad-samdan-tepki-amac-suriye-hukumetinin-ilerlemesini-engellemek/>

<http://www.aljazeera.com.tr/gorus/suriye-icin-turkiye-suudi-arabistan-katar-isbirligi-ve-etkileri>

<https://de.reuters.com/article/qatar-saudi-arabien-idDEKBN18W1D6>

<https://de.reuters.com/article/qatar-saudi-arabien-idDEKBN 18W1D6>

<https://de.reuters.com/article/katar-forderungen-idDEKBN19EoFR>

<https://www.tagesspiegel.de/politik/vorwurf-der-terror-unterstuetzung-katar-weist-forderungen-arabischer-staaten-zurueck/20007740.html>

<https://www.welt.de/politik/ausland/article165796752/Bei-der-Jugend-wird-MBS-als-Erneuerer-wahrgenommen.html>

<https://www.welt.de/wirtschaft/article165555922/USA-liefern-Katar-36-F-15-Kampfflugzeuge.html>

<https://www.bbc.com/turkce/haberler-dunya-40159120>

<http://www.internethaber.com/katar-krizi-bitti-mi-erdogandan-onemli-akiklamalar-1795477h.htm>

Die türkische Zypern-Politik und das politische Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer⁴

Einleitung

Eines der ältesten Probleme der Welt ist der Zypern-Konflikt, der auch heute noch aktuell ist. In letzter Zeit wurde dieser Konflikt in der Beziehung zwischen der EU und der Türkei zu einem Hindernis bzw. Stolperstein. Bei den Verhandlungen um eine EU-Mitgliedschaft am 3. Oktober 2005 war der Zypern-Konflikt der größte Brocken bei den Verhandlungen. Es wurde vonseiten der Europäischen Union klargestellt, dass die Türkei diesen Konflikt beseitigen sollte, wenn sie Fortschritte bei den Verhandlungen erzielen wolle. Diese Klarstellung war seitens der EU ein Beispiel für Doppelmoral. Obwohl die türkische Seite im Jahr 2004 den „Annan-Plan“ akzeptiert hatte, wurden die Versprechungen vonseiten der EU nicht eingehalten. Im Gegenteil: Die griechischen Zyprioten konnten der EU beitreten, sodass nun ein Teil der Insel Teil der EU ist. Die Griechen und die griechischen Zyprioten wurden auf diese Art und Weise belohnt. Dies war ein Wendepunkt in der Geschichte der Insel. Von nun an waren neue Akteure im Spiel. Da die griechischen Zyprioten nunmehr Mitglied der EU sind, stehen sie den Türken als Teil des Verhandlungsteams gegenüber.

Es ist sinnvoll, zunächst einen kurzen Überblick über die Geschichte des Zypern-Konflikts zu geben, um den Konflikt besser zu verstehen und auch um zu ergründen, warum der Konflikt bis jetzt nicht beseitigt wurde. Geostrategisch gesehen liegt Zypern genau zwischen den Ölquellen im Mittleren Osten und der afrikanischen Küste und ist deshalb für die jeweiligen Länder ein idealer Stützpunkt zur Kontrolle der Verkehrswägen zwischen diesen Punkten. Zypern liegt nahe an Anatolien und auch nahe am Suez-Kanal, der das Nadelöhr zum Indischen Ozean (und damit in weiterer Folge zum Pazifik) darstellt. Zypern bietet daher die ideale Lage, um eine Kontrollstelle oder auch ein strategisches Waffenlager für einen Krieg in der Region einzurichten. Alle diese Argumente zeigen uns, welche

⁴ Assoc. Prof. Dr. Murat Ercan & Dr. Birol Yilmaz

strategische Bedeutung die Insel Zypern hat. Es ist daher gut zu verstehen, warum dieser Konflikt bis heute, bis ins 21. Jahrhundert, nicht gelöst wurde.

Ab dem Jahr 2000 setzte ein geopolitischer Wandel der Insel ein. Jeder Beobachter dieser Veränderungen ist stark daran interessiert, diese Insel zu besitzen bzw. unter seine Kontrolle zu stellen. Bis 2000 waren auf der Insel beispielsweise nur türkische und griechische Zyprioten zu sehen. Nicht einmal die US-Amerikaner wollten sich in diesen Konflikt einmischen. Ab diesem Zeitpunkt interessierten sich jedoch sowohl die USA als auch Russland, China und Israel für die Insel. Sogar die Iraner zeigten auf der Insel Präsenz. Die Israelis suchten auf der Südseite der Insel Erdöl und Erdgas. Die Ausweglosigkeit des türkischen Inselteils trat jetzt, da sich mehrere Mächte für die Insel interessierten, deutlicher hervor. Die heutigen Konflikte wurden unter Berücksichtigung internationalen Rechts analysiert. Außerdem wurde untersucht, welche Vorteile sich die Länder, die in diesen Konflikt involviert sind, erwarten. Die türkische AKP-Regierung verteidigt sich gegen die Argumente der anderen Länder, denn die Insel ist quasi ein schwimmender Stützpunkt für die türkische Außenpolitik. Leider hat dieses Schiff aber einige Löcher, d. h. es wird bald untergehen und die türkische Außenpolitik verliert mit dieser Insel einen wichtigen Stützpunkt. Diese Problematik und noch einige andere Probleme werden in diesem Beitrag behandelt.

Der Zypern-Konflikt im internationalen Recht und die Geschichte

Der Zypern-Konflikt war immer schon ein Stolperstein der türkischen Außenpolitik. Er stellt seit Jahrhunderten ein ungelöstes Problem der türkischen und griechischen Zyprioten dar. Dass die Verhandlungen bis heute nicht zu einem für alle Beteiligten akzeptablen Abschluss gebracht werden konnten, hängt mit der historischen und strategischen Bedeutung dieses Konflikts zusammen, der die Weltöffentlichkeit immer wieder beschäftigt. Hier wird nun der Konflikt von der Vergangenheit bis in die Gegenwart analysiert. Anschließend wird der Zypern-Konflikt unter Berücksichtigung der internationalen Gesetze unter die Lupe genommen.

Der Konflikt ist nicht ganz neu, obwohl in jüngster Zeit das Interesse der Supermächte an der Insel wieder gestiegen ist. Der Konflikt wurde von etlichen Experten analysiert, wobei die Geschichte von Zypern ebenso berücksichtigt wurde. Aus diesem Grund wird dieses Problem ab dem Jahr 1950 aufgearbeitet bzw. genauer analysiert. Während des Zweiten Weltkrieges haben die Türkei und Griechenland in Lausanne einige Punkte klargestellt und haben sich in diesen Punkten geeinigt. Nach Kriegsende war Griechenland zunächst mit inneren Auseinandersetzungen beschäftigt. Nach Lösung dieser internen Probleme war Griechenland wieder in der Lage, Interesse für die Insel zu zeigen, und damit war der Konflikt ab dem Jahr 1950 wieder auf der Tagesordnung. Die Griechen beanspruchten einige Gebiete der Insel bzw. die ganze Insel. In der Folge wurde der Konflikt auch von der türkischen Seite auf die Tagesordnung gebracht. Bis 1950 hatte die Türkei keine Forderungen betreffend Zypern gestellt, sondern die von den Engländern durchgeführten Resolutionen akzeptiert. Anders ausgedrückt: Bis 1950 war Zypern in der türkischen Außenpolitik nicht vorhanden. Als es hinsichtlich Zypern zu Konflikten zwischen Griechenland und England kam und es seitens der türkischen Regierung keine Reaktion gab, stellten die Griechen Ansprüche auf der Insel. Dies führte jedoch dazu, dass die türkische Außenpolitik aktiv wurde und letztendlich auch einige politische Vorstöße unternahm. Ab diesem Zeitpunkt bildete die Zypern-Thematik aufgrund der damit ins Bewusstsein der Bevölkerung gedrungenen türkisch-zypriotischen Nation nicht nur einen Teil der türkischen Außenpolitik, sondern auch der Innenpolitik. Die türkische Gemeinde in der Türkei, aber auch die Presse spielten den Konflikt hoch. Presse und Bevölkerung machten der jeweiligen Regierung in der Türkei Druck (Ercan, 2009:27-28). Einige Gruppierungen vertraten sogar die Ansicht, dass das englische Mandat für die Insel akzeptabel sei. Die Griechen behaupteten, die Mehrheit der Bewohner von Zypern seien griechische Zyprioten, weswegen diese mehr Ansprüche auf der Insel hätten. Das führte wiederum führte zu Konflikten zwischen den türkischen Zyprioten und Türken. Dabei wollte die türkische Regierung, dass die Engländer sich auf ihre Seite stellen, um damit Rückendeckung zu bekommen.

Die Türken wollten des Weiteren verhindern, dass sich Griechenland und die griechischen Zyprioten einigen. So eine Einigung war für die türkische Außenpolitik inakzeptabel. Nach mehreren Auseinandersetzungen versuchten die Griechen, das Thema am 24. September 1954 auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen zu stellen (Albayrak, 2015). Dort sollte der Konflikt auf höchster Ebene behandelt werden. In der türkischen Innenpolitik behauptete die Opposition, dass die Regierung von Menderes gegen die griechische Invasion bzw. das griechische Vorgehen wenig oder gar nichts unternommen hätte. Die Menderes-Regierung konterte hingegen, dass ein Eingriff den „Balkan-Pakt“ verletzen würde. Die Menderes-Regierung war in diesem Bereich um einiges zurückhaltender als andere Regierungen.

Ab dem 24. September waren die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland nicht mehr so stabil, wie sie sein sollten, weil die Griechen die Vereinten Nationen eingeschaltet hatten. Dieser Schritt löste eine gespannte Stimmung unter den Engländern und Türken aus. Die Vereinten Nationen lehnten die griechischen Aussagen ab. Damit begann eine neue Ära auf der Insel: Die Terrororganisation EOKA etablierte sich mithilfe griechischer Unterstützung auf Zypern (Gülbeyaz, 2004:86). Als Gegengewicht zu den „Enosis“-Rufen auf der Insel verstärkte die türkische Seite ihre Präsenz. Dies bedeutete, dass die türkischen Zyprioten ebenso für eine Teilung der Insel waren.

Die Engländer wollten die Griechen beschwichtigen und schlugen folgende Pläne vor: Lord Winter, Jackson, Mac Millan Harding, Radcliff und Spaak (Sakin, 2014:462). Alle diese Pläne wurden von der griechischen Seite abgelehnt, weil sie mit ihren Enosis-Ansprüchen kollidierten. Die Engländer waren ihrerseits bestrebt, Zeit zu gewinnen, um ihre Souveränität durchsetzen zu können. Doch ihre Bemühungen konnten weder die Griechen noch die griechischen Zyprioten überzeugen. An dieser Situation waren die Engländer jedoch nicht ganz unschuldig: Sie hatten die türkischen Zyprioten jahrelang unterdrückt und dazu getrieben, die Insel zu verlassen und in die Türkei zurückzukehren (Bulut, 1998:15). Die wenigen, die blieben, waren selbstverständlich in der Minderheit. Dadurch war der Weg für die Enosis vorbereitet worden. Die Kluft zwischen

Engländern, Türken und Griechen wurden immer größer und konnten nicht mehr überbrückt werden. Die Engländer waren nicht bereit, auf ihre Vorteile zu verzichten, ebenso wenig wollten die griechischen Zyprioten auf eine Vereinigung mit Griechenland verzichten. Auch die türkische Seite hatte sich nicht bewegt und bekräftigte ihre Ablehnung der Vereinigung der Insel mit dem Mutterland. Die Wünsche aller Parteien auf der Insel sind vielschichtig und keine Partei erklärte sich bereit, auch nur andeutungsweise nachzugeben. Das wiederum vermehrte die Kämpfer und stärkte die Terrororganisationen auf der Insel. Die Terroraktionen auf der Insel brachten die Parteien im Jahr 1955 in London wieder zusammen. Die griechischen Zyprioten hielten jedoch an ihrem Enosis-Gedanken fest und die Konferenz wurde ohne Ergebnis beendet. Zwischen 1954 und 1958 verübten die griechischen Zyprioten auf der Insel eine ethnische Säuberung gegenüber den türkischen Zyprioten, um diese von der Insel zu vertreiben.

Die Festland-Türken konnten diesem Vorgehen nicht mehr zuschauen. 1955 übten sie Druck auf die Menderes-Regierung aus. Die Menderes-Regierung war für eine Beibehaltung des Status quo auf der Insel. Sie war der Meinung, wenn etwas auf der Insel strukturell geändert werden sollte, müssten Türken aus dem Mutterland einbezogen werden. Das war ihr Hauptgedanke. Die Griechen wollten immer noch, dass Türken und Engländer die Insel verlassen, und verstärkten ihren Kampf gegen die türkischen Zyprioten (Değerli, 2012:88-90). Das führte zu einer Änderung in der Außenpolitik der Türkei: Sie wollten nun, dass die Engländer für die türkische Seite auf ihre Rechte an der Insel verzichteten. In der internationalen Arena versuchte die türkische Seite, davon zu überzeugen, dass die Insel ihnen gehöre und sie mehr Rechte daran hätten. Weder die Griechen noch ein anderes Land hätte so ein starkes Anrecht wie die türkische Seite. Anders formuliert: Die Menderes-Regierung betonte, dass sie die türkische Minderheit auf der Insel nicht allein lassen würde. Sie würde die Rechte dieser Minderheit verteidigen, da die Insel von den Türken quasi übernommen worden wäre und zum türkischen Mutterland gehöre. Mit der Vertretung dieser Ansichten zeige die türkische Außenpolitik Rückgrat (Kapçı, 2014:355). Diese Ansichten teilte die Regierung in Ankara den Engländern mit. Alle diese

Aussagen in der internationalen Arena lösten auf der Insel einen vermehrten Kampf gegen die türkische Minderheit aus. Die unendlichen Auseinandersetzungen zwischen den zwei Völkern auf der Insel bewegten die internationalen Organisationen und die Engländer dazu, einige Konferenzen mit den Streitparteien anzusetzen: am 11.1.1959 in Zürich und am 19.2.1959 in London. Folglich wurden zwei Abkommen unterzeichnet, das Zürcher Abkommen und das Londoner Abkommen. Mit diesen zwei Abkommen wurde die Republik Zypern gegründet (Vatansever, 2012:1499). Engländer, Griechen und Türken waren Garant für eine unabhängige Republik Zypern. Am 16. August 1960 wurde die Republik ausgerufen und die Verfassung anerkannt. Mit der Verfassung wurden zugleich auch die zwei Abkommen anerkannt.

Die von zwei unabhängigen Völkern anerkannte Republik geriet in den nächsten Jahren immer wieder in Konflikte. Einige Verstöße gegen die Verfassung brachten den Konflikt wieder auf internationale Plattformen. Die griechische Seite brachte einige Widersprüche gegen die Verfassung ein. Sie behauptete:

- (a) Der griechische Vertreter Makarios hätte unter Druck und gegen seinen Willen das Abkommen unterschrieben. Das anzunehmen, war gegen die internationale Verfassung, weil in den Jahren 1959 bis 1960 die Republik Zypern noch nicht gegründet worden war. Makarios selbst sagte, er wäre glücklich gewesen, als alles reibungslos über die Bühne gegangen war (Toluner, 1997:127-130). Das von den griechischen Zyprioten gezeigte Einvernehmen wies darauf hin, dass alles ordnungsgemäß verlaufen war. Die von ihnen gezeigte Zufriedenheit am Anfang und während der Entstehung des Abkommens lässt diesen Einwand noch unverständlich erscheinen.
- (b) Die Verletzung des Abkommens vonseiten der griechischen Zyprioten zeigt uns, was für ein Verhältnis sie gegenüber ihren türkischen Nachbarn hatten. Am 21. Dezember 1963 fing der Angriff auf die Türken an. Die türkischen Streitkräfte auf der Insel ergriffen Vorsichtsmaßnahmen, um ihre Mitbürger gegen diese Angriffe zu schützen (Vatansever, 2012:1510). Diese Vorsichtsmaßnahmen vonseiten der türkischen Armee störten die griechisch-zypriotische Seite. Sie mutmaßte, dass die Türken die ganze Insel

besetzen und einnehmen werden. In Wirklichkeit sehen die griechischen Zyprioten die Türken als Minderheit und gestehen ihnen keinerlei Rechte zu. Auseinandersetzungen wurden bisher zu meist von ihrer Seite ausgelöst und nicht, wie sie behaupten, von der türkischen Regierung bzw. von der türkischen Minderheit auf der Insel. Als Garantie-Staat für die Republik Zypern steht der Türkei auch laut internationaler Auffassung das Recht zu, bei Streitigkeiten einzugreifen, um die Ordnung wiederherzustellen.

- (c) Laut griechischen Zyprioten Ansprüchen sind die die UN-Resolutionen auf Republik Zypern ungültig. Wenn die Vereinten Nationen dieses Recht hervorheben, hat das eine Bedeutung. Ohne diese Rechte verlieren die zwei Abkommen aus den Jahren 1959 und 1960 ihre Gültigkeit. Diese Abkommen sind nicht, wie die griechischen Flotten behaupten, gegen die Verfassung der Vereinten Nationen. Eines darf man nicht aus den Augen verlieren: Im Zuge der Zürcher und Londoner Abkommen haben die Garantie-Länder (Die Türkei, Griechenland und Großbritannien) einige Rechte gegenüber der Inselrepublik erhalten. Dieser Fakt steht jedoch nicht im Widerspruch zur internationalen Verfassung bzw. der Verfassung der Vereinten Nationen. All diese Geschehnisse fanden unter Beobachtung der Vereinten Nationen statt. Während der Gründungsphase der Republik Zypern waren alle Mitglieder der Vereinten Nationen damit einverstanden. Auch dieser Einspruch verliert seine Gültigkeit.

Die griechischen Zyprioten wussten auch, dass diese Argumente nicht ausreichend waren. Sie waren jedoch von Anfang an für eine Enosis. Für sie war es inakzeptabel, dass die türkischen Zyprioten mit diesen Abkommen einige Rechte erreichten. Sie verletzten diese Rechte, die der türkischen Seite zu standen (Armaoğlu, 2005:785). Die Türkei als Garantie-Staat versuchte ebenfalls, Engländer und Griechen auf diese Verletzung des Abkommens aufmerksam zu machen. Bei diesem Treffen wurde eine grüne Linie zwischen den beiden Fronten gezogen. Der Versuch der Garantie-Länder, die zwei Nationen auf der Insel zu einem Staat zu machen, war erfolglos, weil sie einander nicht mehr vertrauten. Beide Seiten verlangten mehr Rechte für sich. Die Wünsche waren sehr unterschiedlich. Deswegen konnten sich die zwei Nationen nicht mehr auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen.

Inzwischen waren die griechischen Zyprioten noch aggressiver gegenüber den türkischen Inselbewohnern. Darüber hinaus verlangte die türkische Seite mehr Rechte gegenüber jenen in der Verfassung von 1960 festgelegten. Die diplomatischen Bemühungen um eine Lösung wurden intensiver. Die Türkei änderte ihre Ansicht über die am besten geeignete Staatsform und verlangte nun den Einheitsstaat statt eines Bundesstaates (Armaoğlu, 2005:801). Im Jahr 1967 übernahm folglich in Griechenland eine Militärdiktatur die Regierung. 1974 versuchte die Türkei, auf dem eigenen Festlandsockel Erdöl zu sondieren. Dadurch verschlechterten sich die Beziehungen noch weiter.

Die Militärdiktatur wollte die Insel unbedingt in den griechischen Staat eingliedern und stürzte die Makarios-Regierung. Am 15. Juli 1974 übernahm Nikos Sampson die Macht auf Zypern. In diesem Fall konnte die Türkei nicht mehr zuschauen. Am 20. Juli 1974 landete sie Truppen auf der Insel (Vatansever, 2012:1515). Diese Operation der türkischen Armee war durch die im Londoner und Züricher Abkommen enthaltenen Garantie-Rechte gedeckt. Das einzige Interesse der türkischen Armee war es, Frieden und Stabilität auf der Insel wiederherzustellen, was auch durchgesetzt wurde. In einer Konferenz wurde eine türkische Delegation anerkannt und alle drei Garantie-Staaten haben bestätigt, dass die Abkommen von 1959 und 1960 weiterhin in Kraft blieben. Als Ergebnis der Konferenz wurde eine Pufferzone zwischen den zwei Nationen (griechischen und türkischen Zyprioten) eingerichtet (Savvidov, 1997:105). Ferner wurde festgehalten, dass auf der Insel zwei Nationen mit unterschiedlicher Meinung vertreten waren. Damit wurde die Präsenz der türkischen Minderheit auf der Insel anerkannt. Nach weiteren militärischen Operationen wurde von der temporären Verwaltung am 15. Februar 1975 die Unabhängigkeit ausgerufen. Die neue türkische Republik hieß „Bundesstaat Zypern“. Nach Bekanntgabe des Status des türkischen Inselteils teilten die griechischen Zyprioten ihre Besorgnis darüber mit und behaupteten, dass damit die Einheit von Zypern verletzt werde (Witt, 1998:7).

Nach der türkischen Militär-Operation im Jahr 1974 betonten die griechischen Zyprioten, die türkische Armee sei Invasor auf der Insel und solle so rasch wie möglich die Insel verlassen

und den ausgerufenen „Bundesstaat Zypern“ auflösen. Trotz aller Bemühungen fanden noch immer Kämpfe statt. Am 17. Juni 1983 wurde „Nordzypern“ ausgerufen. In der Tat existierten ab diesem Datum auf der Insel zwei Staaten mit Selbstbestimmung. Die Türkische Republik Nordzypern wurde nur von der Türkei als Staat anerkannt. Die Vereinten Nationen versammelten sich am 18. November 1983 und beschlossen mit der Resolution 541, dass ihre Mitgliedsländer Nordzypern nicht anerkennen sollten. Anschließend wurde ein Embargo gegen Nordzypern beschlossen, wodurch Nordzypern von der Außenwelt isoliert wurde (Ercan, 2009:41). Beide Streitparteien (zwischen der türkischen und griechischen Zyprioten) wollten, dass der Inselstaat zur Verfassung von 1960 zurückkehrte, doch mehrmalige Treffen blieben erfolglos. Besonders ab 1990, als die griechischen Zyprioten einen Antrag zur EU-Mitgliedschaft stellten, erreichte der Konflikt ein neues Stadium. Es ist schwer nachvollziehbar, warum die EU unter den gegebenen Umständen die Beitrittsverhandlungen mit den griechischen Zyprioten begonnen hat. Laut internationaler Verfassung hatten die Zyprioten kein Recht zum EU-Beitritt. Die Insel kann nicht Mitglied internationaler Organisationen sein, solange nicht beide Staaten der auf der Insel vertretenen Nationen, d. h. Griechen und Türken, Mitglied der EU sind. Klar ist, warum die EU sich darauf eingelassen hat, einen Teil dieser Insel als Mitglied zu akzeptieren: Die EU-Länder sind abhängig von Energiequellen anderer Länder, auch von solchen im Mittelmeerraum, und die Insel liegt im Zentrum von Transitrouten. Angesichts dieser Vorteile hat die EU nicht gezögert, den griechischen Teil der Insel unter Verletzung internationaler Verfassungen als Mitglied aufzunehmen (Karluk, 2011:518–521).

Ein anderer wichtiger Grund ist, dass außer den Griechen und Türken auch die US-Amerikaner, die Russen und die Chinesen Interessen auf der Insel haben. Deshalb musste die EU zur Sicherung ihrer Interessen die Insel so rasch wie möglich als Mitglied aufnehmen. Die Türkei erhielt 1999 den Status eines EU-Beitritskandidaten, die Beitrittsverhandlungen selbst starteten dann 2005. Die Türkei hätte mit den Verhandlungen ausgerechnet mit den griechischen Zyprioten beginnen müs-

sen, da diese seit 2004 Mitglied der EU sind. Die Republik Türkei hätte die griechischen Zyprioten anerkennen und die Präsenz ihrer Armee auf der Insel beenden müssen. Sie dürfte sich auch nicht mehr in die Geschehnisse der Insel einmischen. Das würde bedeuten, dass die südliche Küste der Türkei nicht mehr gesichert werden könnte. Hier wäre eine sofortige Lösung notwendig. Der Konflikt hat sich durch diese Ereignisse mehrfach vergrößert und erscheint mittlerweile unlösbar. Die Großmächte – US-Amerikaner, Russen und Chinesen – sind auch ein Teil des Konflikts geworden.

Ein Versuch für die Lösung des Unlösabaren: AKP-Politik und Zypern

Wie am Anfang erwähnt, war Zypern bis in die 1950er Jahre kein Teil der türkischen Außenpolitik. Zypern war aber immer auf der Tagesordnung von hellenistisch-nationalistischen Politikern und der Kirche. Als eines der drei Garantie-Länder wollte England den Konflikt gemeinsam mit Griechenland und der Türkei lösen. Damit wurde der Konflikt auch Bestandteil der türkischen Außenpolitik, was ihn zwangsläufig auch zu einem Thema der Innenpolitik machte. Der Standpunkt dabei war klar: Die Türkei war gegen die Enosis.

Seit den 1950er Jahren ist der Konflikt ein immer wiederkehrendes Thema der nationalen Politik. Die Insel wurde in diesem Zeitraum tatsächlich zweigeteilt. Diese Spaltung führte zu einem Dauerkonflikt der beteiligten Länder – England, Griechenland, Türkei und Zypern. In diesen ganzen Geschehnissen darf die Türkei nicht als Sündenbock betrachtet werden. Kulturell und strategisch gesehen hatte die türkische Seite legitime Interessen auf der Insel. Und die griechische Seite rückte zu keinem Zeitpunkt von ihrer Enosis-Politik ab, was dazu führte, dass vonseiten der Türkei keine herkömmlichen politischen Mittel eingesetzt werden konnten. Bis 2002 hatten sich die Türken auf die Verfassung von 1959/1960 berufen, was von den Weststaaten – insbesondere von der EU – als Unversöhnlichkeit ausgelegt worden war und ein Stolperstein für den türkischen EU-Beitritt darstellte.

Ab 2002 kam es zu einem Machtwechsel in der Republik Türkei. Nach den Parlamentswahlen am 3. Oktober 2002 übernahm die AKP die Macht. Dies wiederum brachte eine

Wende in der Innen- und Außenpolitik der Türkei. Die AKP-Regierung begann eine proaktive Außenpolitik (Yenigün, 2010:73). Die zurückhaltende und auf den gegenwärtigen Status zielende Politik wurde von einer dem Osmanischen Reich oder der Turgut-Özal-Politik ähnlichen Politik abgelöst. Fast alle Regierungen außer der AKP folgten einer historischen und kulturellen Erbverzichtspolitik. Die AKP war der Ansicht, dass sie auf internationaler Ebene mit einer neuen Identität eine neue Zivilisation aufbauen könnte. Die neue Devise lautete „Null Probleme mit den Nachbarn“. Um diese mit Leben zu füllen, wurde ein neues Konzept entwickelt, bei dem den diplomatischen Beziehungen besonderer Stellenwert gegeben wurde: Mit Soft power-Politik sollte bei einem Minimum an Konflikten ein Maximum an Vorteilen erreicht werden. Die Wirtschaftskrise sollte durch richtigen Einsatz der gegenseitigen Abhängigkeiten in einen Aufschwung verwandelt werden. Um die Gestaltungsmöglichkeiten in der Außenpolitik zu erweitern, sollten einige Änderungen im Nationalen Sicherheitsrat den Einfluss der Armee auf die Innenpolitik reduzieren. Konkret bedeutete das eine klare Trennung zwischen Armee und Politik. Die Anzahl ziviler Mandatare im Nationalen Sicherheitsrat sollte erhöht werden, das Sekretariat sollte von zivilen Bürokraten geleitet werden. Der reduzierte Einfluss der Armee auf die Politik ermöglichte eine aktiveren Außen- und Innenpolitik, was schon 2003 Wirkung zeigte: Obwohl die Armee 2003 betreffs Irak eine andere Meinung vertrat als die Regierung, konnte sie ihre Position nicht durchsetzen. Auch die Intervention die Zypern-Politik betreffend blieb 2004 wirkungslos. Sowohl der Ministerpräsident als auch der Außenminister konnten eine wesentlich aktiveren Politik betreiben.

Bis zum Jahr 2002 war die türkische Armee unter Einfluss nationaler Gruppen sehr aktiv in der Zypern-Politik. Diese Aktivitäten verursachten mehr Probleme als dass sie Lösungen brachten. Mehrere Sitzungen zur Zypern-Problematik mussten ohne Ergebnis beendet werden. Prinzipiell wurde der Konflikt nicht als unlösbar angesehen, aber beide Seiten torpedierten die Lösungsfindung durch nationales Gedankengut (Steinbach, 2004:5). Mit der AKP-Politik ab 2002 änderte sich der Standpunkt der türkischen Außenpolitik etwas, aber die Griechen und die griechischen Zyprioten waren nicht bereit, den

Türken entgegenzukommen. Der Machtwechsel in Ankara und der europäische Integrationsprozess führten dann dazu, dass Ankara seine Politik änderte.

Sowohl in der Außenpolitik als auch in der Zypern-Frage wurde einiges unternommen. Recep Tayyip Erdoğan, Abdullah Gül und einige Mitglieder der Parteien waren ausnahmslos machtgeprägt und die überwiegende Mehrheit im Parlament gehörte zu ihren Reihen. Aus diesem Grund nahmen sich die Parteien vor, aktiv zu werden, um ihre Intentionen durchsetzen, genauso wie es der verstorbene Ministerpräsident Turgut Özal getan hatte. Die Vorgänger-Regierungen haben gegenüber den USA und der EU in den Zeiten des Kalten Kriegs ähnliche Vorsichtsmaßnahmen unternommen, aber die AKP beschloss, gegenüber diesen Mächten auf Kompromiss und Zusammenarbeit zu setzen. Diese zwei Komponenten bildeten die Zukunft ihrer Politik. Außerdem betrachteten Sie ihre eigenen Nachbarn nicht als Feinde oder Konkurrenten, sondern als wirtschaftliche und politische Partner. So wie der deutsche und französische Staat in der EU zusammenarbeiten, wollte die AKP-Regierung mit ihren griechischen Nachbarn Kompromisse aushandeln, um gemeinsame Probleme zu lösen, zu denen auch der Zypern-Konflikt gehört. Dieser wurde als ein vorrangig zu behandelnder Konflikt gesehen, weil er im Verhältnis zur EU, aber auch auf internationalen Plattformen immer einen Stolperstein für die Türkische Republik darstellte. Nordzypern wurde außer von der Türkei von keinem anderen Staat anerkannt und so sogar stand Nordzypern vor dem Wirtschaftsembargo der westlichen Staaten. Die wirtschaftliche Unterstützung der türkischen Zyprioten stellte eine Belastung der türkischen Wirtschaft dar und damit einen weiteren guten Grund, um den Konflikt so rasch wie möglich zu lösen. Positive Nachrichten über die Insel würden wirtschaftliche Unterstützung für beide Seiten bedeuten, wodurch mehr Gelder eingenommen werden könnten. Dazu wäre es aber notwendig, die griechischen Zyprioten zu überzeugen. Die AKP-Regierung unternahm etliche Schritte, um einer Lösung näherzukommen. So wurde zum Beispiel der langjährige Präsident der türkischen Zyprioten, Rauf Denktaş, mehrmals ermahnt, sich nicht gegen die AKP-Projekte zur Wiedervereinigung der geteilten Insel zu stellen. Am 24. April 2004 wurde ein Referendum zur

Wiedervereinigung durchgeführt, bei dem die türkischen Zyprioten überwiegend Ja ankreuzten und die griechischen Zyprioten überwiegend Nein, was das Gegenteil des erwarteten Ergebnisses war. Das stärkte jedoch den Insel-Türken den Rücken und sorgte für eine positive Resonanz in der internationalen Öffentlichkeit.

1990 hatten die griechischen Zyprioten einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt. Der EU-Rat nahm den Antrag an und begann mit den Verhandlungen. Bis 1999 sollten die griechischen Zyprioten eine Lösung für alle Konflikte finden. Mit anderen Worten: Die EU wollte nur Mitglieder, die keine Konflikte in die Gemeinschaft hineinragen. Damit wurde das Zypern-Problem zu den Vereinten Nationen hin verschoben. Diese versuchten mehrmals, eine Vermittlerrolle einzunehmen, blieben aber erfolglos. Bei den Verhandlungen kam es sogar zu Beschuldigungen der türkischen Seite und der türkischen Zyprioten. Dadurch fühlte sich die EU verpflichtet, aktiv an der Lösung des Konflikts mitzuarbeiten (Aksu, 2015). Von griechischer Seite wurde Druck ausgeübt, um die Lösung des Konflikts zur Voraussetzung für den türkischen EU-Beitritt zu machen. Auch nach dem Helsinki-Gipfel im Jahr 1999 wurde die Türkei gezwungen, aktiv an der Lösung des Konflikts zu arbeiten, indem diese Lösung als Voraussetzung für einen EU-Beitritt dargestellt wurde (Kızılıürek, 2005:287-288). Im Dezember 2002 wurden mit griechischen Zyprioten offiziell Beitragsvertrag unterschrieben, während den türkischen Zyprioten und der Türkischen Republik vorgeworfen wurde, nicht für eine Lösung der Zypern-Frage bereit zu sein. Nun hat die türkische Seite zwei EU-Mitglieder gegen sich. Wenn sie bezüglich ihres EU-Beitritts verhandelt, muss sie mit beiden Akteuren über den Zypern-Konflikt debattieren.

Nachdem die AKP-Regierung von der Koalitionsregierung die Macht übernommen hatte, war sie besonders bemüht, in der Zypern-Frage eine Lösung zu finden, weil die EU in ihrem Jahresbericht die türkische Regierung beschuldigte, nichts zur Lösung des Konflikts zu unternehmen. Dieser Punkt erschien sogar wichtiger als die Verzögerung bei der Neuorganisation der Türkischen Republik. Das bedeutet, dass die Mitgliedschaft der Türkei direkt mit dem Zypern-Konflikt verbunden wurde. Der Druck, den die EU auf die AKP-Regierung ausübte,

zeigte Wirkung: Als Erstes verlangte die türkische Regierung von den türkisch-zypriotischen Nationalisten, dem Integrationspaket zuzustimmen, dessen Maßnahmen die wichtigsten Probleme lösen sollten. Wie es in Fortschrittsberichten der EU für die Türkei angekündigt wurde, müsste die türkische Regierung diesen Konflikt lösen und damit versuchen, die Einstellung der EU-Länder zu einem türkischen EU-Beitritt zum Positiven zu ändern. Der Druck hat auch in Zypern selbst Wirkung gezeigt, denn am 24. April 2004 haben beim Referendum 65 % der türkischen Seite dem Plan zugestimmt, die griechischen Zyprioten aber zu 75 % mit Nein gestimmt.

Damit wurde eine Wiedervereinigung der zwei Nationen und damit auch ein Beitritt der türkischen Seite noch unwahrscheinlicher. Denn die griechischen Zyprioten hatten ja schon 2003 das Beitrittsabkommen unterschrieben und gleich danach veröffentlicht, dass sie von nun an in der EU sind. Die nationalistische Front in der Türkei übte Kritik an der AKP-Regierung und meinte, die türkische Seite hätte den Annan-Plan angenommen und die griechischen Zyprioten hätten ihn abgelehnt, wodurch die türkische Seite sozusagen bestraft wurde. Sie fragten, was in der Türkei los sei: Man verzichte wegen des EU-Beitritts auf die Insel, aber trotzdem sei nichts geschehen. Damit erhielt die AKP-Regierung einen ordentlichen Dämpfer (Bernhard, 2015). Diese Kritik wurde von der AKP-Regierung ernst genommen. Sie unterschrieb mit den neuen EU-Mitgliedern ein Zusatzprotokoll, nicht jedoch mit den griechischen Zyprioten, was die EU wieder als Verstoß gegen die Regeln ansah und die Türkei dafür abstrafte: Bevor sie sich nicht mit den griechischen Zyprioten geeignet hätte, könnte leider kein weiteres Verhandlungskapitel geöffnet werden, hieß es von der EU-Seite. Anschließend legten die griechischen Zyprioten und die Franzosen bei den nächsten zehn Kapiteln ihr Veto ein (Karluk, 2015). Damit sind die Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei ins Stocken geraten und es wurden bis jetzt keine weiteren Fortschritte erzielt. Die türkische Seite hat ihre Meinung seit dem Jahr 2000 nicht geändert.

Bis heute wurde keine Lösung gefunden, obwohl die türkische Seite von ihrer harten Linie abgewichen ist. Das liegt im

Verantwortungsbereich der EU, weil sie die griechischen Zyprioten in die EU aufgenommen hat. Auf diese Weise konnten die griechischen Zyprioten und die Griechen ihre Position innerhalb der EU festigen. Ihr Hintergedanke dabei war, das östliche Mittelmeer unter ihre Kontrolle zu bringen und damit die eigene Sicherheit zu erhöhen. Die mehrfachen Zugeständnisse der türkischen Seite waren kaum noch tragbar. Die Art und Weise, in der die EU in diesem Konflikt agiert, verstärkt den Konflikt nur. Die türkische Seite allein für die Lösung des Konflikts verantwortlich zu machen, verzögert nur die Erreichung der EU-Ziele. So wurde der Appetit von den USA, von Israel und Russland auf die Insel nur größer. Vor kurzem haben die griechischen Zyprioten und die Griechen ein Abkommen mit den Israelis über den östlichen Mittelmeerraum abgeschlossen. Das stärkt die Position der Israelis und auch der USA, schwächt aber die Position der EU in diesem Raum. Würde die Europäische Union die Türkei und die türkischen Zyprioten ohne Vorbedingungen aufnehmen, wären die Konflikte schnell beseitigt. Doch anstatt ihre eigenen Bedingungen zu stellen, agiert die EU den Wünschen der Griechen entsprechend, wodurch sich die Lage noch verschärft hat. Die einseitige Reaktion der EU hat sowohl sie selbst als auch die Türkei in unlösbare Schwierigkeiten gebracht. Die EU sollte ihre Fehler einsehen und sobald wie möglich beide türkische Staaten in die Union aufnehmen. Um eine internationale Macht zu werden, braucht die EU die Türkei und ihre Ressourcen. In den Zeiten des Kalten Krieges hat sich die Bedeutung der Türkei gezeigt und sie ist auch heute noch aufgrund ihrer Lage unverzichtbar.

Die Schlüssel zum östlichen Mittelmeer: Zypern und Türkei

Seit Jahrhunderten wurde das Mittelmeer von Supermächten mit Energie- und Wasserquellen gebunden. Die reichen Ressourcen führten zu zahlreichen Kriegen und Konflikten in diesem Gebiet. Das hat sich bis heute nicht geändert. Nach dem Kalten Krieg haben bei Konflikten die Szenarien und die Anzahl der Mitspieler noch zugenommen. Im Mittelpunkt dieser Szenarien steht natürlich Zypern. Die Ziele der Mitspieler sind gleichgeblieben, geändert haben sich die Zusammensetzung der Gruppen und das Ausmaß des Wettkampfs. In diesem

Wettkampf sind die Akteure bestrebt, die Türkei aus dem Spiel zu drängen, die Insel gemeinsam unter Kontrolle zu bringen und eventuell sogar gemeinsam auf der Insel zu regieren. Der Türkei ist diese Situation bewusst und sie versucht, diesen Ausgang mit legitimen Mitteln zu verhindern. Man wird sich mit diesem Szenario auseinandersetzen. Die türkischen Argumente sollten unter Berücksichtigung internationaler Gesetze analysiert werden.

Zypern liegt geografisch genau in der Mitte von Angebot und Nachfrage nach Energie und deswegen auch immer im Mittelpunkt der Konflikte. Erdöl- und Erdgas-Ressourcen werden quer über den Mittelmeerraum verteilt, ebenso wie andere Energiequellen, aber auch Wasserressourcen (Katman, 2015). Hier, in Zypern, liegt das Herz der Energieverteilung. Wer dieses Gebiet beherrscht, kann auch die Welt beherrschen. Die internationalen Mächte wissen genau, dass sie, um die Welt zu beherrschen, zunächst Zypern unter ihre Kontrolle bringen müssen (Aksu, 2011). Wenn der Bedarf an Erdöl und Erdgas steigt, steigt damit auch die Bedeutung von Zypern für die Großmächte. Anfang der 2000er Jahre entstand ein Konflikt zwischen der Türkei und griechischen Zyprioten, der die Kontrolle über die Insel betraf. Zunächst distanzierten sich die USA, die EU, Israel und Russland von diesem Konflikt. Doch Russland wollte dann beim Thema Energiressourcen mitreden – der Kalte Krieg lag lange zurück. Damit hatte sich die geopolitische Lage von Zypern wieder einmal verändert. Der Universitätsprofessor Mehmet Seyfettin Erol befasste sich mit diesen Veränderungen der geopolitischen Lage von Zypern. Sie wurden ausgelöst erstens durch die Entdeckung reicher Kohlenwasserstoffquellen (bei der sofort Streitigkeiten um das Nutzungsrecht ausbrachen), zweitens durch die Notwendigkeit, die Transportwege für Erdöl und Erdgas zu sichern, und drittens durch die infolge der Syrien-Krise entstandenen Sicherheitsprobleme. Vonseiten der EU wurden einseitige, sehr umfangreiche Wünsche an Zypern herangetragen. Und die USA inszenierten das „große Mittlerer-Osten-Projekt“. Die Länder, die diese Veränderungen wahrgenommen hatten, beilten sich, unter dem Stichwort „Nachbarschafts-Politik“ ei-

nen Anteil an Zypern zu ergattern. Die Großmächte versuchten, unter dem Decknamen „Energie- oder Sicherheitsabkommen“ (Erol, 2015) in Zypern Fuß zu fassen.

Der Beginn der Veränderungen des geopolitischen Status ist auf das Jahr 1979 zu datieren. Zu diesem Zeitpunkt kam es zu einer Partnerschaft von griechischen Zyprioten und Ägypten, um im Mittelmeer nach Erdöl zu suchen. Der damalige Präsident der türkischen Zyprioten, Rauf Denktaş, und die Türkei sprach sich für diese Sondierungen im Mittelmeerraum aus. Nach Rücksprache mit der UNO wurde diese Aktion aber beendet. Im Laufe der Jahre hat sich herausgestellt, dass rund um Zypern zahlreiche Erdölfelder liegen – ein Grund für die USA und die EU, hier nach diesen Quellen zu suchen, wobei die Konkurrenz bei dieser Erdölsuche immer heftiger wurde. 2007 schlossen sich auch der Libanon, Syrien und Israel der Suche nach Erdöl an. 2007 erteilten die griechischen Zyprioten einigen Ländern Explorationsgenehmigungen. Sie gingen dabei sogar einen Schritt weiter und parzellierten den Raum des östlichen Mittelmeeres (Katman, 2015). Die USA waren bestrebt, im Rahmen ihres „großen Mittlerer-Osten-Projekts“ ihre Macht in diesem Raum auszudehnen bzw. zu festigen. Es gelang ihnen, mithilfe der Israelis auf der Insel Fuß zu fassen, das war von türkischer Seite nicht zu verhindern. Israelis und griechische Zyprioten unterzeichneten am 17. Dezember 2010 einen Vertrag über ein exklusives Wirtschaftsgebiet, das „Afroid“ genannt wurde. Die griechischen Zyprioten informierten in einer Ausschreibung über diese Gebiete. Die US-Firma „Noble Energy“ und das israelische Unternehmen „Delek“ schlossen ein Abkommen und begannen am 18. September 2011 in 12 Parzellen gemeinsam nach Kohlenwasserstoffquellen zu suchen. Das israelische Unternehmen beabsichtigte, die aus dem Meer gewonnene Energie über Zypern nach Europa zu transportieren. Es ist klar, dass die EU dieses Abkommen mit Wohlwollen betrachtete. Außerdem waren die griechischen Zyprioten bestrebt, türkische Interessen auf der Insel zu behindern. Investitionen ausländischer Unternehmen auf türkischem Gebiet wurden verhindert, besonders solche israelischen Unternehmen. Auf diese Weise hat man erreicht, dass nur Griechen und griechische Zyprioten von den neuen Freunden der Insel profitierten. Die Israelis durften in der Folge den

zyprischen Luftraum und auch die Bodenstationen ohne irgendeine Einschränkung mitbenutzen. Im Gegenzug schlossen die türkischen Zyprioten ein ähnliches Abkommen mit der Türkei ab, in dem die gemeinsame Suche nach Energiequellen in der Umgebung von Zypern im Mittelpunkt stand. Das war notwendig, um weiterhin ein friedliches Zusammenleben auf der Insel zu ermöglichen. Am 20. September 2011 wurde das Festlandsockel-Abkommen zwischen den türkischen Zyprioten und der Türkei abgeschlossen (IKV, 2015). Darin erhielt die türkische Erdölgesellschaft (TPAO) die Genehmigung, gemeinsam mit den türkischen Zyprioten im Mittelmeerraum nach Kohlenwasserstoffquellen zu suchen und bei erfolgreicher Suche Erdöl und Erdgas zu fördern (Koç, 2015).

Es ist nicht klar, warum die israelische Regierung eine so enge Beziehung mit den griechischen Zyprioten eingegangen ist. Liegt es nur an den Erdölreserven und der möglichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit beim Transport von Erdöl und Erdgas nach Europa oder verfolgen die Israelis noch andere Ziele? Das Abkommen wurde in der Absicht geschlossen, 50.000 israelische Staatsbürger auf der Insel anzusiedeln. Diese sollten dann in den Raffinerien und auf den Transportwegen im Einsatz sein. 20.000 davon gehören zu einer Spezialeinheit der israelischen Armee. Betrachtet man die Fakten näher, sind Israelis und Amerikaner bestrebt, unter dem Deckmantel einer „Wirtschaftsbeziehung“ die Transportwege von Erdöl und Erdgas nach Europa sicherzustellen. Dadurch wird auf der Insel aber ein kleiner „Staat im Staat“ mit israelischen Staatsbürgern entstehen. So gesehen ist hier das „großer-Mittlerer-Osten-Projekt“ nicht weit. Vom amerikanischen und vom israelischen Standpunkt betrachtet, profitieren diese zwei Staaten von einem Andauern des Konflikts. Der Konflikt gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Präsenz auf der Insel auszuweiten.

Aus Sicht der EU ist ein Garantie-Staat Türkei unangenehm. Er stört die positive Beziehung zu den USA und erschwert die EU-Politik im Mittelmeerraum. Andererseits ist die Insel wegen ihrer geopolitischen Lage für die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA enorm wichtig. Diese strategische Vision einer Machtstellung ist auch für England, Frankreich, Deutschland oder Griechenland von Bedeutung. Die Türken auf der Insel sind ihnen ein Dorn im Auge. Aus Sicht

der EU wird die Türkei in Zukunft ihren Status als Garantie-Staat verlieren und der griechisch-zypriotische Staat wird seine Macht ausbauen (Yilmaz, 2015). Die EU möchte in Zukunft als Beschützer der christlich-römischen Kultur auftreten und die türkische Minderheit durch die Assimilierungspolitik der griechischen Zyprioten zur Gänze vertreiben. Zur Unterstützung dieser Politik versucht die EU, den EU-Beitritt der Türkei mit dem Zypern-Konflikt zu junktimieren, und betonte mehrmals, dass eine Lösung des Zypern-Konflikts Vorbedingung für einen Beitritt ist. Laut Plan soll die Insel zunächst komplett unter griechisch-zypriotische Kontrolle gebracht werden, anschließend soll die Vertreibung der Türken von der Insel erfolgen und danach sollen die Beziehungen zu Ankara vollständig gekappt werden. Zum Schluss kann dann die Insel zur Gänze assimiliert werden (Tan, 2006:1-4). Die Absichten von den USA und der EU betreffend Zypern sind praktisch deckungsgleich – man möchte sowohl lokal als auch weiträumig den ganzen Mittelmeerraum unter Kontrolle bringen.

Auch Russland macht sich Gedanken über Zypern, aber eine Stationierung im Mittelmeerraum gehört nicht zu seiner momentanen Politik. Der Zugang zu warmen, das ganze Jahr eisfreien Häfen war jahrhundertlang ein wichtiges Thema der russischen Politik, das heute auch noch existiert. Auch Zypern geriet immer wieder in den Fokus des Interesses, doch Russland wollte ein gutes Einvernehmen mit Griechenland. Die Griechen stellen die Südflanke der NATO dar, aber die Russen haben durch die gemeinsame Religion – beide Staaten sind christlich-orthodox dominiert – ihre Beziehung zu den Griechen und den griechischen Zyprioten immer aufrechterhalten können. Auch zu Zeiten des Kalten Krieges bestanden kulturelle, ja sogar militärische Beziehungen. Während des Kalten Krieges wurden die griechischen Zyprioten und sogar die Syrer in die russische Mittelmeer-Politik eingegliedert (İşik, 2003:121). Nach dem Kalten Krieg, insbesondere ab dem Jahr 2000, begann in Russland eine Aufholjagd. Für die russische Mafia war Zypern ein Paradies für illegale Geschäfte (Melek, 2012:471-472). Im Jahr 1996 schloss Moskau mit den griechischen Zyprioten ein Waffen-Abkommen. 1997 bekam Russland von den griechischen Zyprioten ein Stück Land, um eine Kirche zu bauen. Diese beiden Beispiele zeigen uns die engen

Beziehungen zwischen den griechischen Zyprioten und Russen. Während die Russen ihre Beziehungen zu den griechischen Zyprioten aufrechterhielten, begannen die Verhandlungsgespräche mit der EU. Die Russen glaubten, die Mitgliedschaft der griechischen Zyprioten werde sich auf die Beziehungen positiv auswirken. Das war jedoch nicht der Fall, im Gegenteil: Die EU stärkte ihre Beziehungen und ihre Macht im Ägäischen Raum und auch im östlichen Mittelmeer. Die Russen verloren im Ägäischen Meer und im östlichen Mittelmeer an Einfluss. Um die Region nicht zu verlieren, versuchte Russland, diesmal mehr Kontakt zu Syrien aufzubauen (Öztürk, 2015). Die Alternative bedeutete, Beziehungen zur Assad-Regierung zu knüpfen. Der seit 2010 andauernde Krieg gab Russland Gelegenheit, in der Region präsent zu sein. Russland versuchte, Assad zu unterstützen. Es war den Russen bewusst, dass Syrien geteilt wird. Und der Krieg in Syrien geht bis heute, 2019, weiter. Die Regierung kontrolliert aber nur mehr die im Zentrum gelegenen Städte und Dörfer. Wenn Assad verliert, bedeutet das, dass die Russen im Nahen Osten einen Partner weniger haben. Die Russen sagten finanzielle Hilfe zu, unter anderen einen Wirtschaftsbeitrag für das notleidende Griechenland; auch den griechischen Zyprioten versprachen sie Investitionen. Die schlechte Wirtschaftslage in Griechenland war für Russland eine Chance, die Beziehungen wieder zu vertiefen. Außenpolitisch wird viel im Mittleren Osten, im Kaukasus, in Asien und natürlich auch im mittleren und östlichen Mittelmeerraum investiert, um die Beziehungen zu diesen Staaten aufrechtzuerhalten (Öztürk, 2015). Die Kontrahenten im Mittelmeerraum sind für die Russen aber besonders wichtig. Die USA betonen, dass es wichtig wäre, die Energie-Transportrouten zu sichern. Die Russen ihrerseits betonen, dass es für sie wichtig wäre, einen Teil der von ihnen benötigten Energie in diesem Gebiet zu gewinnen, und dafür wäre eine Kontrolle dieser Ressourcen unerlässlich. Über Zypern hätten die Russen auch die Möglichkeit, ihren Handel im Mittelmeerraum auszuweiten und mehr Einfluss im Mittleren Osten zu gewinnen. Welche Bedeutung fossile Energiequellen für die russische Wirtschaft haben, zeigt auch die Okkupation der Krim durch die Russen. Das daraufhin verhängte Wirtschaftsembargo führte zu chaotischen Zuständen in der russischen Wirtschaft

und brachte das russische Volk an den Rand einer Rebellion gegen Putin. Bei Berücksichtigung dieser Umstände ist es nachvollziehbar, dass die Russen die Kontrolle über diese Region keinesfalls den Amerikanern, der EU oder Israel überlassen wollen. Für die Einheit von Russland ist der Mittelmeerraum von großer Bedeutung. Für den russischen Einfluss in dieser wichtigen Weltregion ist jedoch auch Syrien nicht unerheblich. Im russischen Szenario kann ein zweiter Akteur nicht geduldet werden. Auch dann, wenn verschiedene Verträge unterzeichnet werden sollten, wird Russland Möglichkeiten finden, das Areal weiter zu kontrollieren.

Auch die griechischen Zyprioten haben bereits einige Abkommen mit den USA, den Israelis, aber auch mit Russland unterzeichnet. Da diese Abkommen für die türkische Minderheit auf der Insel nur Nachteile bringen, bleibt der Konflikt weiterhin ungelöst. Nach Ansicht der griechischen Zyprioten kann er ohnehin nur gelöst werden, wenn der letzte Türke die Insel verlassen hat. Den Türken sind die Nachteile dieser Abkommen durchaus bewusst, sie haben mit solchen Abkommen in der Vergangenheit schon mehrmals schlechte Erfahrungen gemacht und sind Repressalien ausgesetzt gewesen. Die Türkei war nicht gegen das Parzellieren der Insel, sie pochte nur auf die beiden Abkommen von 1959 und 1960, in denen die Verfassung der Zypern-Republik festgelegt worden war. Nur bei einer Rückkehr zu diesen Bedingungen könnte auf der Insel wieder Frieden einkehren. Die Türkei vertritt noch immer die Ansicht, dass es nicht legitim ist, Abkommen mit dritten Staaten abzuschließen, bei denen aus der Nutzung der Energiequellen Gewinne erzielt werden, bevor man mit den anderen Inselbewohnern, den türkischen Zyprioten, ein Friedensabkommen erzielt hat. Die Verfassung von 1959/1960 ist schließlich noch in Kraft, weshalb man sich mit den türkischen Zyprioten absprechen müsse, bevor man durch die Förderung von Erdöl und Erdgas Gewinne erzielt (Katman, 2015). Das internationale Seerecht in der Fassung von 1982 bietet hier eine wichtige Hilfestellung. Ihm zufolge haben bei der Nutzung dieser exklusiven Wirtschaftsgebiete sogar Nachbarländer ein Mitspracherecht bzw. es müssen deren Rechte an den Ressourcen berücksichtigt werden (Gündüz, 2003:375). Anrainerstaaten, die angehört werden müssten, wären in diesem Fall die

Türkische Republik Nordzypern, Griechenland, Ägypten, Libanon, Syrien, Israel und Palästina. Sie alle hätten hier ein Mitspracherecht bzw. einen Anspruch auf einen Anteil an den Energiequellen. Weder die griechischen Zyprioten noch die anderen Anrainerstaaten berücksichtigen dieses Abkommen, nur die Türkei und die türkischen Zyprioten berufen sich darauf. Das Problem dabei ist, dass die griechischen Zyprioten keinerlei Informationen über die Verteilung der Ressourcen gegeben haben und sie die türkischen Zyprioten nicht als gleichberechtigte Inselbewohner ansehen. Gegen diese Situation wurde zwischen der Türkei und den türkischen Zyprioten ein begrenztes Festlandsockel-Abkommen abgeschlossen. Dadurch hat sich die Lage zwischen der Türkei und den griechischen Zyprioten noch einmal verschlechtert. Die Europäische Union hat daraufhin die Initiative ergriffen (IKV, 2015). Die Kommission für europäische Sicherheitspolitik behandelte den Fall und veröffentlichte einen Bericht über den Vorfall, der festhält, dass man erst nach Lösung des Konflikts zwischen der Türkei und den griechischen Zyprioten im östlichen Mittelmeer nach Energiequellen suchen kann. In diesem Bericht geht es aber um die Interessen der EU, nicht um die der Türkei, denn der EU sind die Pläne der anderen Mächte durchaus bewusst.

Schlussfolgerung

Bis kurzer Zeit involvierte der Zypern-Konflikt nur England, Griechenland und die Türkei. Im 21. Jahrhundert kamen weitere Akteure dazu, wie z. B. Israel, die USA, die EU, der Libanon, Russland und der Iran, die jetzt zwangsläufig an Zypern interessiert sind, wofür die Änderung des geopolitischen Status der Insel maßgebend ist. Grund dafür sind die Kohlenwasserstoffquellen, die in unmittelbarer Nähe vermutet werden, die Sicherung der Energie-Transportrouten und der misslungene Arabische Frühling in Syrien sowie die weiterhin andauernden Sicherheitsprobleme in Syrien. Auch das von den USA geplante „große Mittlerer-Osten-Projekt“ und die bisherigen gut gemeinten, aber eher misslungenen Versuche seiner Umsetzung spielen eine Rolle. Die zwei Großmächte USA und Russland gerieten wegen des östlichen Mittelmeers aneinan-

der, weil die Russen sich die Energiereserven dieser Region sichern, die Energie-Transportwege kontrollieren und auch den jahrhundertealten Traum vom Zugang zu ganzjährig eisfreien Häfen erfüllen wollten. Die Russen wollten in diesen Gewässern keine anderen Nationen dulden und forderten durch diese Politik alle Nationen, inklusive die USA, heraus.

Aus Sicht der Türkischen Republik haben weder die Türkei selbst noch die Zypern-Türken eine Lösung für diesen Konflikt gefunden. Auch die EU-Mitgliedschaft konnte nicht realisiert werden. Grund dafür ist die harte Zypern-Politik von Griechen und griechischen Zyprioten gegenüber der Türkei. Ein weiterer Grund liegt darin, dass die griechischen Zyprioten die türkische Minderheit auf der Insel einfach ignorieren und ohne Absprache mit ihnen Abkommen mit Drittstaaten schließen, denen zum Teil auch gestattet wird, Militär auf der Insel zu stationieren. Zu den Abkommen zählen die EU-Mitgliedschaft sowie einige Abkommen mit den USA, den Israelis und den Russen. Diese wurden, wie schon oben erwähnt, gegen den Willen und gegen die bestehenden Gesetze der Verfassung von 1959/1960 abgeschlossen. Statt eine Lösung anzustreben, wird auf diese Weise der Konflikt noch angeheizt. Die Einstellung der internationalen Gemeinschaft muss sich ändern, Zypern muss in ihre Zukunftsperspektive miteinbezogen werden. Denn mit dem bisherigen Vorgehen ist die türkische Zypern-Politik benachteiligt und die Rechte der Zypern-Türken wurden sogar mehrfach verletzt. Das sehen wir anhand des Mitgliedsersuchens der Zypern-Griechen von 1990, das 2004 in der vollen Mitgliedschaft geendet hat. Wie Professor Erol berichtete, wollte die EU nach dem Beitritt des griechischen Teils der Insel unter dem Vorwand einer politischen Lösung die Anwesenheit der türkischen Minderheit auf der Insel beenden. Die EU-Mitgliedschaft der Türkei sollte erst dann möglich sein, wenn die Zypern-Türken ihre Ansprüche auf die Insel aufgeben (Erol, 2015). Auch die auf der Insel stationierte türkische Armee war unerwünscht. Aber es wurde versucht, einen Keil zwischen Türken und Zypern-Türken zu treiben, und zwar mit großem Erfolg. Wenn die Türkei auf diese Argumentation eingeht und ihre Soldaten von der Insel abzieht, ist die südliche Küste ungeschützt. Das Erbe der Ahnen könnte verloren gehen.

Was könnte ein mögliches Ergebnis dieser Aktionen der Türkei sein? In erster Linie ein Bewusstsein für diese Täuschungsmanöver. In diesem Integrationsprozess sollten keine Zugeständnisse gemacht werden. Die Türkische Republik Nordzypern ist eine Sicherheitszone für die südliche Grenze der Türkei. Darüber hinaus sollte man keinerlei dauerhafte Lösungsvorschläge für die Insel akzeptieren, bevor die EU-Mitgliedschaft nicht unter Dach und Fach ist. Nicht nur für den Zypern-Konflikt, sondern auch für andere Konflikte gilt: Man sollte nicht versuchen, solche Konflikte im Alleingang zu beseitigen. Der Zypern-Konflikt ist ein Konflikt, der zwei Nationen betrifft. Wenn die EU eine endgültige Lösung haben möchte, muss sie auf die Griechen und die Zypern-Griechen ebenso Druck ausüben, nicht nur auf die türkische Seite. Und sie darf die Lösung des Zypern-Konflikts nicht zur Vorbedingung eines türkischen EU-Beitritts machen. Beide türkischen Staaten in der EU zu akzeptieren, wäre eine mögliche Lösung für den Konflikt. Die Türkei darf zum jetzigen Zeitpunkt auf keinen Fall Zugeständnisse machen. Sowohl ein auf labilen Grundlagen beruhendes Konföderations-Modell als auch ein Modell, das auf einem „einzigen Zypern“ basiert, sollte die Türkei strikt ablehnen. Der Grund dafür ist, dass die EU auf kurze Sicht zuerst die griechischen Zyprioten, mittelfristig den türkischen Teil integrieren und dann aber beide Teile assimilieren möchte. Somit könnte sie ganz Zypern kontrollieren. In diesem Fall würde die EU davon profitieren und die Türkei wäre auf der Verliererseite. Die Türkei sollte alle möglichen Szenarien durchspielen und zum Schluss das erfolgversprechendste in einem exklusiven Wirtschaftsgebiet umsetzen.

Zusammenfassend kann man zum Schluss sagen, dass die Insel seit Jahrhunderten ein strategisch wichtiger Stützpunkt ist und auch heute noch für beide beteiligten Staaten (Türkei und Griechenland) und die Großmächte eine wichtige Lage hat. Die Interessen der Großmächte sorgen dafür, dass der Konflikt bis heute ungelöst bleibt, weil jede ihre eigenen Pläne für die Insel hat. Die EU hätte die Insel gern assimiliert. Die USA haben den Plan, zwei Staaten durch eine Konföderation zu verbinden. Russland würde gern die ganze Insel für sich beanspruchen. Die Machtpolitik der Türkei sieht, ähnlich den Plänen der USA, einen flexiblen Konföderations-Staat vor.

Wenn man sich die bisherigen Lösungsvorschläge der Großmächte ansieht, stellt man fest, dass sie den Inselbewohnern bisher nichts gebracht, sondern im Gegenteil ihre Lage sogar verschlechtert hat. Die Inselbewohner wollen nicht mehr als in Frieden zu leben. Dafür brauchen sie den jetzigen Status. In anderen Worten: Man sollte, unter Beibehaltung des jetzigen Status, die Beziehungen zwischen den Volksgruppen vor Ort vertiefen. Die EU sollte das flexible Konföderations-System bewahren und die Türkische Republik in das System einbeziehen. Die Türkei wird auf keinen Fall Lösungsmodelle von der EU oder den USA akzeptieren, die die Sicherheit der türkischen Zypern-Bewohner nicht garantieren.

Literaturverzeichnis

- Aksu, F. (2015): „Ege ve Kıbrıs Sorunlarının Çözümünde Avrupa Birliği'nin Tutumu“, Stratejik Araştırmalar Dergisi, Yıl 2, Sayı 3, 2004, S. 103–132. http://www.sbu.yildiz.edu.tr/~faksu/Fuat yayinlar/egevekibris.htm#_ftnref20, (Zugriff: 14 Aralık 2015).
- Aksu, Ö. (2015): „Avrasya'nın 19. Yüzyila Kadar Üstünlük Mücadele sindeki Yeri ve Önemi“, Kasım 2011 - Yıl 100 - Sayı 291, <http://turkyuru.com.tr/1729/avrasya-da-ustunluk-mucadelesi- ve-turkler.html>, (Zugriff: 28 Aralık 2015).
- Albayrak, M. (2015): „Türkiye'nin Kıbrıs Politikaları (1950–1960)“, Atatürk araştırmaları Merkezi, <http://www.atam.gov.tr/dergi/sayi-46/turkiyenin-kibris-politikaları-1950-1960>. (Zugriff: 13 Kasım 2015).
- Armaoğlu, F. (2005): 20.Yüzyıl Siyasi Tarihi 1914–1995, İstanbul, Alkim Yay.
- Bulut, N. (1998): Zypernkonflikt: Griechische und türkische Aspekte und Lösungsansätze, Wien.
- Değerli, Esra S. (2012): „Demokrat Parti Döneminde Türkiye'nin Kıbrıs Politikası (1950–1960)“, Gazi Akademik Bakış Dergisi, Cilt 6, Sayı 11.
- Ercan, M. (2009): „Der Zypernkonflikt: Europäisierung des Zypernkonflikts; Geschichte, Reaktionen und Lösungsperspektiven“, Berlin, Dissertation.de.
- Erol, M. S. (2015): „Kıbrıs Kaybediliyor mu?“, <http://www.usgam.com/tr/index.php?l=807&cid=2622&konu=0&bolge=14>, (Zugriff: 10 Aralık 2015).
- Gülbeyaz, H. (2004): Zypern: Insel der Liebe, Friedhof der Diplomatie, Parthas Verlag, Berlin.

- Gündüz, A. (2003): Milletlerarası Hukuk, Temel Belgeler ve Örnek Olaylar, İstanbul, Beta Yay.
- İKV (2015): „Doğu Akdeniz'de Petrol Arama Krizi Sürüyor“, E-Bülten 19-25 Eylül, 2011. http://www.ikv.org.tr/ima ges/upload/data/files/dogu_ak_deniz%E2%80%99de_pet rol_arama_krizi_suruyor.pdf, (Zugriff: 29 Aralık 2015)
- İsmail, I. (2003): „Dünya'daki Güç Odakları ve Uluslararası Örgütlerin Kıbrıs Konusunda İzledikleri Politikalar“, Türk Tarihi Dergisi, Sayı 81.
- Kapçı, H. Z. (2014): „Kıbrıs Sorununun Çözümünde Nihat Erim Raporu“, Journal Of Modern Turkish History Studies, Sayı, XIV/29.
- Karluk, S. R. (2011): Avrupa Birliği, Kuruluşu Gelişmesi genişlemesi kurumları, İstanbul, Beta Yay.
- Karluk, S. R. (2015): „Avrupa Birliği Türkiye İlişkileri Çıkma Sokakta mı?“, 6 Kasım 2014, <http://akademik.perspektif.com/2014/11/06/avrupa-birligi-turkiye-iliskileri-cikmaz-sokakta-mi/>, (Zugriff: 15 Aralık 2015).
- Katman, F. (2015): „Doğu Akdeniz'de Paradigma değiştiren Enerji Satrancı“, http://etkinlik.aydin.edu.tr/dosyalar/34D_dogu_paradigma.pdf (Zugriff: 28 Aralık 2015).
- Kızılırek, N. (2005): Doğmamış Bir Devletin Tarihi. Birleşik Kıbrıs Cumhuriyeti, İstanbul, İletişim Yay.
- Koç, E. (2015): „Doğu Akdeniz'de sular Isınıyor: Güney Kıbrıs Rum Yönetimi ve İsrail arasında tehlikeli Yakınlaşma“, [http://tasep.org/default.asp?s=yd&id=254&basl ik=Do-gu_Akdeniz_de _Sular_Isiniyor:_Guney-Kibris_Rum_Yonetimi_ve_Israel_Arasinda_Tehlikeli_Yakinlasma#.Vo5d7VLmoaw](http://tasep.org/default.asp?s=yd&id=254&basl ik=Do-gu_Akdeniz_de _Sular_Isiniyor:_Guney-Kibris_Rum_Yonetimi_ve_Israil_Arasinda_Tehlikeli_Yakinlasma#.Vo5d7VLmoaw), (Zugriff: 29 Aralık 2015).
- Melek, F. (2012): „1990–2001 Yunanistan'la İlişkiler“, Baskın Oran (ed.), Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler Yorumlar, Cilt: 1, 1919–1980, İstanbul, İletişim Yayıncıları.
- Öztürk, O. M. (2015): „Rusya'nın Doğu Akdeniz ve Kıbrıs Politikası“, <http://www.uiportal.net/rusyanin-dogu-akdeniz-ve-kibris-politikasi.html>, (Zugriff: 28 Aralık 2015).
- Sakin, S. (2014): „Kıbrıs'ın Geleceği Konusunda Menderes Boyd Görüşmeleri“, Turkish Studies, Sayı, 9/1.
- Savvidov, T. (1997): Die Republik Zypern mit besonderer Berücksichtigung der UNO-Initiative in der Zypernfrage, unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien.
- Steinbach, U. (2004): „Die Türkei und die EU. Die Geschichte richtig lesen“, Aus Politik und Zeitgeschichte, S.3-5.

- Tan, Ç. (2006): „International Crisis Group Kıbrıs Raporu Üzerine Bir Değerlendirme Notu“, Ekonomi Politikalari Araştırma Enstitüsü.
- Toluner, S. (2017): Kıbrıs, Uyuşmazlığı ve Milletlerarası Hukuk, İstanbul, İstanbul Üniversitesi Hukuk Fakültesi Yayınları.
- Vatansever, M. (2012): „Kıbrıs Sorununun Tarihi Gelişimi“, Dokuz Eylül Üniversitesi Hukuk Fakültesi Dergisi, Cilt, 12.
- Witt, C. (1998): Zypern – Belegarbeit, München, Grin Verlag.
- Yenigün, C. (2010): „Türk Dış Politikasında Üçüncü Dalga“, (Ed.) Cüneyt Yenigün /Ertan Efegil, Türkiye'nin Değişen Dış Politikası, Ankara, Nobel Yay.
- Yılmaz, S. (2015): „Büyük Güçler ve Kıbrıs“, S. 1-2, <http://ees2.beykent.edu.tr/Web%20Projects/Uploads/saityilmaz-turkce-kasim.pdf>, (Zugriff: 19 Kasım 2015).
- Zand, B. (2015): „Türkei, Stille Revolution“, 1.9.2003, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-28471080.html>, (Zugriff: 2 Aralık 2015).

Der Krieg in Syrien und sein Einfluss auf die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland⁵

Einleitung

Bereits im 17. Jahrhundert gab es Beziehungen zwischen dem damaligen Russischen und dem Osmanischen Reich, und sie waren auch damals nicht unbedingt friedlicher Natur: Zar Peter der Große träumte vom Zugang zu einem das ganzen Jahr eisfreien Hafen. Um seine Visionen zu verwirklichen, griff er die am Schwarzen Meer liegenden osmanischen Festungen an und konnte im zweiten Versuch die Festung von Asow erobern. Ende des 17. Jahrhunderts hatte er weitere Festungen und Städte eingenommen. Doch das Kriegsglück sollte sich wieder wenden. Der von den Russen ebenfalls bedrängte schwedische König Karl XII. floh nach einer Niederlage zu den Osmanen und zog sie dadurch in den Krieg hinein. Bei der Schlacht von Pruth (Juli 1711) verlor Zar Peter gegen die Osmanen, wurde gefangen genommen, kam aber im Zuge des Friedensabkommens von Pruth wieder frei.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Russischen und dem Osmanischen Reich setzten sich im 18. Jahrhundert fort: Russland, das sich als Schutzherr der christlich-orthodoxen Bewohner des Osmanischen Reiches und als Nachfolger von Byzanz sah, war bestrebt, Konstantinopel für das Christentum zurückzuerobern. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts gehörte dann die Halbinsel Krim zu Russland, wodurch über den Bosphorus der Zugang zum Mittelmeer gesichert war. Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zwischen den Kriegen gegen Napoleon und dem Ersten Weltkrieg zur größten militärischen Auseinandersetzung in Europa. Im Zuge des Krimkrieges stellten sich die europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Österreich auf die Seite des Osmanischen Reiches, um zu verhindern, dass sich Russland Teile des Osmanischen Reiches einverleibte. Im Ersten Weltkrieg stand das Osmanische Reich auf der Seite der Verlierer und wurde zerschlagen, vom vorzeitigen Ausscheiden Russlands aus dem Kriegsschehen konnte es somit nicht profitieren.

⁵ Dr. Birol Yilmaz

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Türkei außenpolitisch zunächst neutral. Erst die versuchte Einflussnahme der Sowjetunion und der sich abzeichnende Konflikt zwischen Ost und West bewog die Türkei dazu, sich mit dem Eintritt in die NATO (1952) auf die Seite des Westens zu stellen. In den Jahrzehnten danach hat sich die Türkei als wichtiges Mitglied der NATO gezeigt. Mit dem zweitgrößten militärischen Heer nach den USA diente sie der wichtigen Aufgabe, eine Sicherung der Grenze im Osten zu bieten. Die türkisch-russischen Beziehungen waren in der Zeit des Kalten Krieges folglich auch ziemlich kühl.

Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion kam es wieder zu einer langsamem Annäherung, deren Grund in der Wirtschaft lag. Russland wurde zum wichtigsten Energielieferanten der Türkei (beispielsweise über die 2015 eröffnete Blue Stream-Pipeline) und zum zweitwichtigsten Handelspartner. Die Russen wurden zu gern gesehenen Gästen der türkischen Tourismusbetriebe. Trotz wirtschaftlicher Verflechtungen kam und kommt es aber auf dem politischen Parkett immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten. In den letzten Jahren betrafen diese vor allem Syrien, wie es die nachfolgenden Schilderungen zeigen werden. Denn Russland unterstützt Assad, die Türkei steht hingegen auf der Seite der Opposition.

Der Beginn des Syrien-Konflikts

Die Ereignisse des Arabischen Frühlings führten im Januar und Februar 2011 auch in Syrien zu Demonstrationen, die im März 2011 gewaltsam niedergeschlagen wurden. Bei weiteren Protesten in den folgenden Tagen kamen weitere Demonstranten ums Leben. Im April eskalierte die Gewalt. Einige Städte wie Homs, Daraa und auch ein Teil von Damaskus wurden abgeriegelt, die Regierung kappte die Strom- und Wasserversorgung. Das Militär rückte mit Panzern gegen die Demonstranten vor. Menschenrechtsorganisationen schätzten die Anzahl der Toten in den ersten Monaten auf mehrere Hundert, Tausende wurden hingegen verhaftet. Die erste Flüchtlingswelle Richtung Türkei und Libanon begann, weitere Städte wie Aleppo und Hama erlebten Proteste. Dass Assad jetzt weitere Parteien zulassen wollte, spielte keine Rolle mehr, die Protest-

bewegung forderte seinen Rücktritt. Ab Mai wurde die Regierung von Spezialeinheiten aus dem Iran und Mitgliedern der Hisbollah (einer schiitischen Islamistengruppe) aus dem Libanon unterstützt. Hier sieht man, dass die religiösen Unterschiede innerhalb des syrischen Volkes den Konflikt begünstigt haben und dann sogar anheizten: Assad ist Alawit. Die Alawiten sind eine religiöse Richtung, die den Schiiten nahesteht, weshalb Assad auch vom schiitischen Regime im Iran unterstützt wird. Die sunnitische Bevölkerungsmehrheit in Syrien steht deshalb Assad, seiner ebenfalls von Alawiten beherrschten Baath-Partei und der Armee (deren Führungskräfte auch größtenteils Alawiten sind) eher reserviert gegenüber.

Im Juli 2011 kam es schließlich zur Bildung der FSA (Freie Syrische Armee), die ihre Mitglieder aus desertierten Armeeangehörigen und Zivilisten rekrutierte. Exil-Syrer gründeten in Istanbul den „Syrischen Nationalrat“, im Versuch, die oppositionellen Gruppen um sich zu scharen. Sie waren bei diesem Unterfangen jedoch nicht sehr erfolgreich. Die Zahl der Flüchtlinge stieg, die Türkei sah sich gezwungen, Flüchtlingslager zu errichten, um die Flüchtlinge zu kanalisieren. Mittlerweile waren auch Jordanien und der Libanon von Flüchtlingsströmen betroffen. Frankreich, Deutschland, Portugal und Großbritannien brachten eine Resolution im UN-Sicherheitsrat ein, in den Maßnahmen gegen den Diktator vorgeschlagen wurden, eine Verabschiedung derselben wurde aber durch das russische und das chinesische Veto verhindert.

Die Opposition zerfiel inzwischen in kleinere Gruppen, die sich durch Herkunft und Religion unterschieden. In Nordsyrien organisierten sich die Kurden und brachten das Gebiet unter ihre Kontrolle. Im Oktober 2011 wurde die sunnitische Rebellenmiliz Ahrar al Scham gegründet. Nach Entstehen weiterer islamistischer Gruppierungen wurde der Ruf nach einem Syrien, das nach islamischen Gesetzen organisiert wird, immer lauter. Die Demokratie als Ziel hatte an Strahlkraft verloren, der Bürgerkrieg war mittlerweile voll im Gange.

Der Bürgerkrieg von 2012 bis 2014

Im Januar 2012 erschien die Al Nusra-Front auf der Bildfläche, ein Ableger der al-Qaida im Irak, und sorgte gleich mit Anschlägen gegen die syrischen Streitkräfte, aber auch gegen Christen für Schlagzeilen. Russland verhinderte wieder einmal eine UN-Resolution gegen Syrien. Im März 2012 wurde ein Waffenstillstand vereinbart, aber nicht eingehalten. Sowohl Soldaten der Regierung als auch Rebellen waren Urheber von Massakern an Zivilisten. Eine erste Friedenskonferenz fand im Juni 2012 in Genf statt. Teilnehmer waren die fünf Vetomächte des UN-Sicherheitsrats, die Türkei und einige Staaten der Arabischen Liga. Die Konferenz forderte eine Übergangsregierung, an der sowohl Rebellen als auch Assad beteiligt sein sollten (Süddeutsche Zeitung, 2018). Im Juli 2012 griffen die Regierungstruppen Aleppo an, mehr als 100.000 Syrer waren bereits aus dem Land geflohen, noch mehr waren innerhalb des Landes auf der Flucht. Im August 2012 trat Kofi Annan als UN-Sondergesandter für Syrien zurück, weil seine Vermittlungsversuche zu keinem Ergebnis geführt hatten. Der Wechsel von Ministerpräsident Hijab zur Opposition schwächte die Position von Assad, doch er blieb im Amt. Der Bürgerkrieg ging weiter. Die Rebellen warfen dem Regime vor, Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Im Dezember 2012 wurde der „Syrische Nationalrat“ durch die Nationalkoalition für Oppositions- und Revolutionskräfte abgelöst, doch auch die neue Organisation blieb ziemlich einflusslos. Ende des Jahres 2012 war eine halbe Million Syrer auf der Flucht, größtenteils aufgeteilt auf die Ziele Türkei, Libanon, Jordanien und den kurdischen Teil des Irak. Immer mehr Syrer wollten nach Europa weiterreisen, vor allem in die EU-Länder.

2013 stellten die Vereinten Nationen fest, dass seit Beginn der Proteste mehr als 60.000 Syrer umgekommen waren. NGOs warfen allen Seiten Kriegsverbrechen vor. Bis April 2013 waren bereits eine Million Syrer aus ihrem Land geflohen, mehrere Millionen innerhalb des Landes auf der Flucht. Die terroristischen Gruppierungen teilten sich weiter auf. Al Nusra blieb Teil der al-Qaida, der „Islamische Staat im Irak“ wurde zum „Islamischen Staat im Irak und der Levante“ (ISIS/ISIL). ISIS bestand aus Irakern, aber auch aus ausländischen Is-

lamisten – Freiwilligen, die aus verschiedenen Ländern anreisen, um gegen Assad zu kämpfen. ISIS kämpfte aber nicht nur gegen das Regime, sondern auch gegen andere Rebellengruppen. Diese Gruppierung zeichnete sich durch besondere Grausamkeit aus. Sie eroberte 2013 einige Städte, in denen es dann zu Massakern kam, vor allem an Alawiten und Christen. So fiel im August die Stadt Raqqa in ihre Hände, sie wurde zu einem der Hauptquartiere der Gruppe (Ercan, 2014:29).

Die Giftgasangriffe in Ghouta von August 2013 führten mit zahlreichen zivilen Opfern zu internationaler Empörung, eine NATO-Intervention kam dennoch nicht zustande. Ein amerikanischer Alleingang wurde durch russisches Eingreifen abgewendet: Russland konnte die syrische Regierung dazu bringen, ihre Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht zerstören zu lassen und das dazugehörige Programm einzustellen. Im Sommer 2013 gelang Tausenden Syrern die Flucht nach Europa. Die europäischen Staaten reagierten: Deutschland beschloss schon im Juni, 5.000 besonders schutzbedürftige Syrer einreisen zu lassen. Schweden gewährte allen bereits im Land befindlichen Syrern Asyl und gab ihnen auch die Möglichkeit, die Familie nachreisen zu lassen. Italien begann mit „Mare Nostrum“, um die Zahl der Menschen, die bei der Flucht im Mittelmeer ertrinken, zu senken. Im November 2013 bildete sich aus mehreren Islamistengruppen die Islamische Front, die danach die größte Rebellengruppe darstellte. Es spricht viel dafür, dass sie von Ländern der Golfregion finanziert wird. Zum Jahresende wurde intensiv um Aleppo gekämpft, wobei das Regime schon mehr mit Islamisten kämpfte als mit der Freien Syrischen Armee. Die ISIS wurde durch einen Zustrom von internationalen Dschihadisten gestärkt und konnte so ihre Kontrolle über große Teile von Syrien behalten. Im Dezember waren mittlerweile 2,3 Millionen Syrer im Ausland, 50.000 davon in Europa, im Land selbst waren schon vier Millionen auf der Flucht.

Im Februar 2014 gab es eine weitere Friedenskonferenz in Genf, die jedoch ebenfalls scheiterte. In Syrien selbst wurde weitergekämpft. Mittlerweile kämpften gemäßigte Rebellengruppen nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Terrorgruppen, wie z. B. ISIS. Die Regierung zögerte nicht, im Kampf gegen die Rebellen auch Zivilisten beispielsweise

mit den besonders gefährlichen Fassbomben zu bombardieren. In einem UN-Bericht wurde ihr vorgeworfen, sogar Kinder zu foltern. Im April 2014 waren bereits 2,6 Millionen Syrer aus dem Land geflohen. Am stärksten belastet war der Libanon, der bei einer Bevölkerung von 4 Millionen eine Million Flüchtlinge verkraften musste. Im Mai 2014 gab der nächste Sondergesandte für Syrien, Lakhdar Brahimi, auf. Human Rights Watch legte Hinweise vor, dass die Armee bei Angriffen Chlor-gas eingesetzt hatte. Am 29. Juni 2014 erklärte der Führer von ISIS, Abu-Bakr al-Baghdadi, die von ihm beherrschten Gebiete, die ca. ein Drittel von Syrien umfassten, zum Kalifat (Süddeutsche Zeitung, 2018). Die jetzt nur noch als „Islamischer Staat“ bezeichnete Organisation errichtete ein Terrorregime, in dem Gegner entthauptet oder gekreuzigt wurden. Alle, die sich ihnen nicht unterwarfen und ihre strengen Regeln befolgten, waren von diesen Strafen bedroht, auch Kämpfer anderer Rebellengruppen. Die Zahl der syrischen Flüchtlinge stieg weiter. Von dieser Entwicklung offensichtlich unberührt, ließ sich Assad für eine dritte Amtszeit vereidigen. Im September 2014 waren es dann bereits 3 Millionen Syrer, die auf der Flucht waren. Im selben Monat schlossen sich mehrere arabische Staaten (Jordanien, Bahrain, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) zu einer Militärkoalition zusammen, die unter amerikanischer Führung den IS in Syrien und im Irak aus der Luft angriff, um dessen weitere Ausbreitung zu verhindern. Ebenfalls im September verteidigten sich kurdische Milizen in der Stadt Kobane, nahe der türkischen Grenze, gegen IS-Terroristen. Der IS konnte die Stadt einnehmen, die Kurden schafften es jedoch, einen Teil der Stadt wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Oktober waren laut Amnesty International in Syrien selbst 6,5 Millionen Syrer auf der Flucht, mehr als 3 Millionen hatten das Land verlassen. Die steigende Anzahl der syrischen Flüchtlinge führte mittlerweile auch in Europa zu Problemen. Die UN schätzte die Kosten für humanitäre Hilfe auf 3,7 Milliarden Dollar. Die Türkei benötigte aber allein schon vier Milliarden, von denen sie bis dahin erst 250 Millionen bekommen hatte (Ercan, 2013:257).

Die Entwicklung 2015

Im Januar 2015 beobachtete das türkische Militär, ohne einzugreifen, wie kurdische Milizen den IS aus Kobane vertrieben. 220.000 Tote, 3,8 Millionen Syrer im Ausland und 7,6 Millionen in Syrien auf der Flucht meldete die UN. Die ständigen Kämpfe führten zu rasch wechselnden Erfolgen aller Seiten. Freie Syrische Armee und Al Nusra-Front erzielten gemeinsam militärische Erfolge gegen Soldaten des Regimes. Im Mai konnten islamistische Gruppierungen, zu denen Ahrar al Scham und die Al Nusra-Front gehören, die Provinz Idlib vollständig einnehmen. Zu diesem Zeitpunkt kontrollierte die Terrormiliz etwa die Hälfte des syrischen Territoriums. Im selben Monat erreichte der IS die antike Stadt Palmyra und richtete in der Folge Verwüstungen an, bei denen einmalige Kulturgüter zerstört wurden.

Nach einem im Juli 2015 verübten Selbstmordattentat des IS in der überwiegend von Kurden bewohnten türkischen Stadt Suruc warfen die Kurden der Regierung vor, nicht ausreichend gegen den IS vorzugehen. Es kam zu Vergeltungsaktionen der PKK, denen einige Polizisten zum Opfer fielen, wodurch einerseits der Waffenstillstand mit der PKK beendet wurde, andererseits das türkische Militär erstmals offen gegen den IS vorging.

Bis August erreichten 150.000 Flüchtlinge Ungarn, die meisten unter ihnen Syrer. Sie wollten das Land vor Fertigstellung des ungarischen Grenzzauns erreichen. Ungarn, das von den Flüchtlingen regelrecht überrollt wurde, ließ diese mangels Unterbringungsmöglichkeiten einfach mit dem Zug weiterfahren. Viele Syrer entschlossen sich, über Ungarn und Österreich nach Deutschland weiterzureisen, das verkündet hatte, es würde syrische Flüchtlinge nicht mehr zurückschicken. Die zehntausenden Flüchtlinge, die daraufhin innerhalb weniger Tage in Deutschland und Österreich eintrafen, veranlassten diese Länder dazu, vorübergehend wieder Grenzkontrollen einzuführen, um die Flüchtlinge geordnet aufnehmen zu können. Zu diesem Zeitpunkt entschied sich Russland, direkt in den Konflikt einzugreifen, und begann im August 2015 in Latakia mit dem Aufbau einer Basis für die Luftstreitkräfte. Auch Frankreich und Großbritannien dachten laut darüber nach, sich an Luftangriffen gegen den IS zu beteiligen. Erste

Flüge der Franzosen fanden im September 2015 statt. Zu diesem Zeitpunkt begannen auch russische Kampfflugzeuge damit, den IS, aber auch andere Gruppierungen der Opposition anzugreifen, weil das mit dem Regime verbündete Russland vor allem Assad schützen wollte.

Im Oktober 2015 schloss Ungarn seine Grenzen. Die Flüchtlinge fanden sofort Ausweichrouten über Kroatien und Slowenien und reisten so wieder über Österreich nach Deutschland. Das syrische Regime konnte trotz russischer Unterstützung keine Bodengewinne verzeichnen. Die Bewaffnung der Rebellen wurde zunehmend besser. Es stellte sich heraus, dass sie über amerikanische Panzerabwehraketen verfügten, die vermutlich aus dem arabischen Raum stammten. Es zeigte sich ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und den USA ab.

Ende Oktober 2015 fand der nächste Versuch statt, den Krieg in Syrien zu beenden. Bei einem Treffen der Außenminister in Wien sollte ein Friedensplan entwickelt werden. Teilnehmer waren die USA, die EU, Russland, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Jordanien, Türkei, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Iran. Nach zwei Anschlägen des IS am 31. Oktober auf ein russisches Passagierflugzeug beim Flug über die Sinai-Halbinsel und am 13. November in Paris verstärkte Frankreich seine Luftangriffe auf den IS und bemühte sich, auch Russland ins Boot zu holen. Die Konferenz in Wien wurde am 14. November beendet und führte nur zu einer prinzipiellen Einigung auf eine politische Lösung des Konflikts, die weitere Rolle von Assad blieb hingegen offen.

In der Folge kam es dann im November 2015 zum Bruch der russisch-türkischen Beziehungen, nachdem die türkische Luftwaffe am 24. November ein russisches Militärflugzeug abgeschossen hatte, das den türkischen Luftraum verletzt hatte. Diese Information der Türken wurde durch die USA bestätigt. Ende November 2015 verhandelte die EU mit der Türkei über die Sicherung der türkischen Grenze, um die Anzahl der illegalen Flüchtlinge, die über die türkische Grenze Griechenland und damit die EU erreichten, einzudämmen. Die EU stellte der Türkei für die Versorgung der Flüchtlinge im Land zwar nur 3

Milliarden Euro (von den lt. Türkei erforderlichen 4 Milliarden) in Aussicht, dafür zusätzlich eine Aufhebung der Visumspflicht und eine Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen.

Anfang Dezember 2015 beteiligten sich erstmals auch britische Soldaten an Flügen gegen den IS, auch Deutschland beschloss die Unterstützung der Militärkoalition gegen den IS. Am 9. und 10. Dezember trafen sich in Saudi-Arabien Vertreter der wichtigsten Oppositionsgruppen, um für die internationalen Friedensgespräche eine gemeinsame Position zu finden. Die Rebellen verließen Homs. Bei Anschlägen in Homs durch den IS starben am 28. Dezember fast 40 Menschen. Von den 4,6 Millionen registrierten syrischen Flüchtlingen hielten sich 2,5 Millionen in der Türkei auf.

Die Entwicklung 2016

Im Januar 2016 schaffte es die UN, Lebensmittel in von Aufständischen abgeriegelte, vom Hunger bedrohte Ortschaften zu liefern. Das Abkommen der EU mit der Türkei schien noch keine Wirkung zu zeigen, da in Griechenland noch immer zahlreiche Flüchtlinge ankamen (Süddeutsche Zeitung, 2018). Ende Januar 2016 begannen die Friedensgespräche zwischen Regierung und Verhandlungskomitee der Opposition in Genf. Da die Regierung durch russische und iranische Unterstützung militärische Erfolge vorweisen konnte, gestalteten sich die Gespräche schwierig. Anfang Februar 2016 wurden sie schließlich unterbrochen, weil die Regierungstruppen mit russischer Unterstützung mit der Eroberung von Aleppo begannen. Die dadurch ausgelöste Flüchtlingswelle strandete an der türkischen Grenze, die Türkei war aber bemüht, die Flüchtlinge auf syrischem Gebiet zu versorgen. In Europa sorgte der Rückstau an Flüchtlingen für Chaos und Gewalt. Die Syrien-Kontakt-Gruppe (ISSG, International Syria Support Group; Mitglieder: UN, USA, EU, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland, China, Türkei, Arabische Liga, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Katar, Libanon, Jordanien, Ägypten, Iran, Irak) traf sich am 11. Februar in München und vereinbarte die Lieferung von Hilfsgütern unter UN-Leitung. Weitere Verhandlungen sollten durch eine Waffenruhe ermöglicht werden. Der Kampf gegen IS und Al Nusra sollte aber trotzdem fortgeführt werden.

Mitte Februar 2016 ging die Türkei im Südwesten von Syrien mit Artillerie gegen kurdische Milizen vor, die davor andere Aufständische mithilfe russischer Unterstützung vertrieben hatten. Bei Luftangriffen auf medizinische Einrichtungen und Schulen in von Rebellen kontrollierten Gebieten starben etwa 50 Menschen. Die Türkei machte Moskau verantwortlich, dass jedoch jede Verantwortung von sich wies. Am 21. Februar kamen bei IS-Anschlägen in Damaskus und Homs ca. 120 Menschen ums Leben. Am 27. Februar konnte die Syrien-Kontaktgruppe endlich eine Waffenruhe erreichen, die weitgehend eingehalten wurde, wenn auch die Kämpfe gegen IS und Al Nusra weitergingen.

Bei einem EU-Türkei-Gipfel am 7. März in Brüssel wurden Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise diskutiert. Syrische Flüchtlinge sollten von Griechenland wieder in die Türkei zurückgeschickt, legal einreisende Flüchtlinge dafür aufgenommen werden. Die Türkei forderte eine schnellere Auszahlung der zugesagten 3 Milliarden Euro Flüchtlingshilfe und die Einhaltung der Zusagen betreffend Visumspflicht und Beitragsverhandlungen.

Mitte März kündigte Putin den Rückzug aus Syrien an, trotzdem gingen die russischen Luftangriffe zur Unterstützung des Regimes weiter. Palmyra wurde am 27. März durch Regierungstruppen vom IS befreit. Am 18. April kündigten Rebellen den brüchigen Waffenstillstand mit dem Regime auf und die syrische Opposition verließ die Friedensgespräche in Genf. Am 27. April wurde ein Krankenhaus in einem von Rebellen kontrollierten Viertel von Aleppo bombardiert, die USA beschuldigten die syrische Regierung, die genauso wie Moskau jede Beteiligung daran leugnete.

Dafür beschossen Rebellen Anfang Mai von der Regierung kontrollierte Wohngebiete. Großbritannien brachte eine Resolution in den UN-Sicherheitsrat ein, der Gewalt gegen Zivilisten in Aleppo verurteilen sollte, doch Russland legte sein Veto ein. Mitte Mai 2016 kam es in Deir ez-Zor im Osten Syriens zu schweren Kämpfen zwischen Regierungstruppen und IS-Kämpfern, bei Anschlägen des IS in Dschabla und Tartus, die unter Regierungskontrolle standen, wurden über hundert Menschen getötet.

Regierungstruppen starteten Anfang Juni eine Offensive auf Raqqa, den Hauptsitz des IS. Mitte Juni griffen russische Bomber eine Garnison der „Neuen Syrischen Armee“ an, die von den USA unterstützt wurde, worauf sie von US-Fliegern abgedrängt wurden. Den Russen gelang es jedoch trotzdem, den Angriff fortzusetzen. Sie entschuldigten sich danach mit der Erklärung, sie hätten von den USA falsche Informationen über die Standorte gemäßigter Rebellen bekommen.

Ab 17. Juli 2016 war der Osten von Aleppo vom Nachschub abgeschnitten. Die Rebellen versuchten immer wieder, den Belagerungsring der syrischen Armee zu durchbrechen. Ende Juli erhielten die Rebellen das Angebot, amnestiert zu werden, wenn sie sich ergeben und die Stadt verlassen. Sie kämpften jedoch weiter. Anfang August kam es in der Altstadt von Aleppo und südwestlich der Stadt zu Giftgasangriffen. Beide Seiten beschuldigten die jeweils andere. Die Kämpfe um die Stadt wurden noch heftiger. Mitte August konnte die SDF (Demokratische Kräfte Syriens) den am 19. Juli begonnenen Kampf um Manbidsch gegen den IS mithilfe amerikanischer Luftunterstützung erfolgreich beenden. Die Türkei griff daraufhin Stellungen der kurdischen YPG (die zur SDF gehört und eine Schwesternorganisation der PKK darstellt) mit Artillerie an. Am 24. August startete die Türkei eine Offensive in Nordsyrien, um den IS (aber auch kurdische Kämpfer) zurückzudrängen. Sie erhielt dabei Unterstützung von syrischen Rebellen.

Am 10. September 2016 vereinbarten USA und Russland in Genf eine Waffenruhe ab 12. September, die jedoch für IS und Al Nusra-Front (die sich in der Zwischenzeit in „Dschabhat Fatah asch-Scham“ umbenannt hatte) nicht gelten sollte. Die Waffenruhe hatte jedoch keine Auswirkungen. Hilfslieferungen wurden von Regierungstruppen aufgehalten und bald wurde wieder an verschiedenen Orten in Syrien gekämpft, weswegen der Waffenstillstand bereits am 19. September vom syrischen Regime für beendet erklärt wurde. Am 22. September ergaben sich die Aufständischen in Homs. Um Aleppo wurde weiter erbittert gekämpft.

Ein weiteres Friedensgespräch am 15. Oktober zwischen Russland und den USA brachte ebenfalls keinen Erfolg. Tags darauf gelang es Rebellen, die von der Türkei unterstützt wurden, die Stadt Dabiq vom IS zurückzuerobern. In Dabiq sollte

der islamischen Überlieferung zufolge die letzte Schlacht Gut gegen Böse, Muslime gegen Ungläubige geschlagen werden, worauf nach Rückkehr des Messias das Jüngste Gericht stattfindet. In den folgenden Tagen kämpfte die Türkei im Norden Syriens wieder gegen kurdische Kämpfer. Die von der syrischen Armee ausgerufene Waffenruhe vom 20. Oktober wurde bereits am 22. Oktober wieder beendet. Die Rebellen hatten sie nicht genutzt, um Aleppo zu verlassen, und sie wurden von der Regierungsarmee immer stärker bedrängt. Ihre Versuche, den Belagerungsring zu durchbrechen, scheiterten.

Die SDF startete Anfang November mit US-Unterstützung eine Offensive auf Raqqa, die IS-Hochburg. Am 13. November unterbrach Russland die Luftangriffe auf Aleppo und forderte die Bewohner der von Rebellen kontrollierten Viertel auf, die Stadt innerhalb von 24 Stunden zu verlassen. Nach folgenlosem Verstrecken des Ultimatums wurden die Angriffe auf Aleppo wiederaufgenommen, auch Rebellen und IS-Kämpfer in Homs und Idlib waren wieder Ziel von Angriffen. In den folgenden Wochen wurden die Rebellenviertel von Aleppo in Schutt und Asche gebombt, die Menschen flohen in die von der Regierung kontrollierten Viertel. Eine Resolution für eine einwöchige Feuerpause in Aleppo, die die Versorgung der hungerleidenden Bevölkerung ermöglichen sollte, wurde am 5. Dezember von Russland und China blockiert. Am 9. Dezember verkündete Russland eine Waffenruhe, doch die Kämpfe gingen weiter.

Am 10. Dezember kündigte die EU an, weitere Sanktionen gegen Syrien vorzubereiten. Der Westen forderte die syrische Regierung und Russland auf, den Zivilisten ein Verlassen der Kampfzone zu ermöglichen. Dem IS gelang eine Wiedereroberrung von Palmyra, gegen den Widerstand von russischer und syrischer Luftwaffe. Am 13. Dezember war Aleppo komplett unter Kontrolle von Regierungstruppen und es mehrten sich Hinweise auf Gräueltaten. Die für 14. Dezember geplante Evakuierung der Stadt scheiterte an mangelnder Einigung darüber, wer tatsächlich das Recht auf Evakuierung hat. Tags darauf begann eine schleppende Evakuierung, die erst am 22. Dezember als abgeschlossen galt.

Am selben Tag beschloss die UN die Dokumentation von Kriegsverbrechen in Syrien, gegen den Einspruch von Russland, Iran und China. Russland und die Türkei konnten dann gemeinsam einen Waffenstillstand aushandeln, der am 30. Dezember in Kraft trat. Die beiden Staaten planten zudem eine Syrien-Friedenskonferenz, die Anfang 2017 in Astana (Kasachstan) stattfinden sollte. Obwohl die Waffenruhe größtenteils eingehalten wurde, kam es immer wieder zu vereinzelten Gefechten, vor allem im Wadi Barada, aus dem der Großteil des Wassers für die Hauptstadt kommt. In der Folge kam es in Damaskus zu Wasserknappheit.

Das Jahr 2017

Nachdem Aleppo komplett von Aufständischen befreit worden war, reduzierte Russland seine Truppen in Syrien, und zwar schon ab dem 6. Januar 2017. Am 23. und 24. Januar fand in Astana eine Friedenskonferenz statt. Anfang Februar 2017 musste sich das Assad-Regime schweren Vorwürfen von Amnesty International stellen: Zwischen 2011 und 2015 soll es Tausende Menschen im berüchtigten Militärgefängnis Saydnaya (in der Nähe von Damaskus) ohne rechtsstaatliche Verhandlungen gehängt haben, die meisten davon sollen Zivilisten gewesen sein. Zur selben Zeit wie die Friedenskonferenz in Astana fand auch die Münchner Sicherheitskonferenz statt, auf der der neue US-Präsident Trump die Möglichkeit ansprach, gegen den IS auch Bodentruppen einzusetzen. Adel al-Jubeir, der saudische Außenminister, konnte sich vorstellen, sich mit Spezialkräften an solchen Einsätzen zu beteiligen, ließ aber nicht unerwähnt, dass Assad seine Machtposition aufgeben müsse.

Anfang März konnten Regierungstruppen mit russischer Unterstützung Palmyra erneut befreien. Am 7. April 2017 fielen auf Befehl von US-Präsident Trump 59 Raketen auf die Luftwaffenbasis Al-Shairat. Die dort stationierten Regierungstruppen mussten Tote und Verletzte beklagen. Grund für den Angriff war ein mutmaßlicher Giftgasangriff der Regierungstruppen in Chan Scheichun ein paar Tage zuvor, bei dem ca. 70 Menschen, darunter viele Kinder, getötet worden waren. In der Rechtfertigung der Regierung waren es die Rebellen selbst, die

das Giftgas hergestellt hätten, das als Folge eines konventionellen Bombenangriffes freigesetzt worden wäre. Ebenfalls im April kam es zu einem Bombardement von Stellungen der kurdischen YPG durch die Türkei, obwohl die YPG als Verbündete der USA gegen den IS kämpften.

Nach einer Vereinbarung zwischen Russland, der Türkei und dem Iran richtete Russland am 6. Mai in Teilen Syriens Schutzzonen ein, in denen Waffenruhe herrschte und die auch Flugzeuge der Koalition gegen den IS nicht mehr überfliegen durften. Nur humanitäre Hilfsorganisationen sollten freien Zugang zu diesen Gebieten haben. Während die UN diese Vereinbarung begrüßte, lehnten die Rebellen sie ab. Die Rebellen befanden sich in Damaskus weiter auf dem Rückzug, die Hauptstadt wurde mittlerweile fast vollständig von Regierungstruppen kontrolliert.

Als die USA ankündigten, dass sie die syrischen Kurden der YPG mit Waffen versorgen wollten, war der NATO-Partner Türkei verärgert, da man befürchtete, dass diese Waffen ihren Weg zur türkischen PKK finden könnten, die mit der YPG zusammenarbeitete. Ende Mai hatte sich die SDF in Richtung Raqqa vorgearbeitet, während Homs wieder unter Kontrolle der Regierung stand. Anfang Juni wurden Regierungssoldaten von der US-Luftwaffe angegriffen, nachdem sie sich einer US-Basis mit Spezialeinheiten genähert hatten. Die russische Luftwaffe bekämpfte in der Zwischenzeit den IS in der Enklave Deir Ez-Zor, während die SDF direkt vor Raqqa stand. Am 18. Juni wurde ein syrischer Bomber von der US-Luftwaffe abgeschossen, weil er Kämpfer der SDF angegriffen haben sollte. Die syrische Regierung betonte, dass der Angriff dem IS gegolten habe, Russland drohte den USA mit Vergeltungsangriffen im syrischen Luftraum.

Der vom russischen und vom amerikanischen Präsidenten am 7. und 8. Juli auf dem G20-Gipfel in Hamburg vereinbarte Waffenstillstand zeigte keine Wirkung, die Kämpfe gingen weiter, wobei die syrische Armee weiter an Boden gewann. In Ost-Ghouta, einer von Rebellen beherrschten Provinz, soll es Giftgasangriffe gegeben haben.

Die syrische Regierung und die Hisbollah vereinbarten Mitte August eine Waffenruhe mit dem IS, die von IS-Kämpfern zum Rückzug genutzt wurde. Die brüchige Waffenruhe

wurde immer wieder von Kämpfen unterbrochen, bis Mitte September wurde Raqqa, die Hauptstadt des IS, fast vollständig vom IS zurückerobert. Mitte September wurde zwischen Russland, der Türkei und dem Iran bei Gesprächen in Astana vereinbart, in Idlib eine „Deeskalationszone“ einzurichten, und zwar für die Dauer von 6 Monaten.

Der IS war jetzt überall auf dem Rückzug. Dadurch kamen Truppen des syrischen Regimes und ihre Verbündeten den von den USA unterstützten Rebellengruppen immer näher, was zu Spannungen zwischen den zwei Großmächten USA und Russland führte. Flugzeuge der russischen und der syrischen Luftwaffe flogen immer mehr Angriffe gegen Aleppo, Hama und Idlib.

Anfang Oktober kämpften Soldaten der türkischen Armee gemeinsam mit pro-türkischen Milizen in Idlib gegen IS-Kämpfer. Erst Mitte Oktober wurde Raqqa vollständig von der SDF kontrolliert. Auch die israelische Luftwaffe griff jetzt in den Kampf ein, an der libanesischen Grenze wurden Angriffe gegen syrische Flugabwehrstellungen geflogen.

Anfang November war es laut syrischer Regierung gelungen, den IS mithilfe des russischen Militärs und schiitischer Milizen aus Deir ez-Zor zu vertreiben. In Afrin, einer Stadt im Norden Syriens, kam es am 20. November zu Kämpfen zwischen der türkischen Armee und der YPG. Bald darauf flog die syrische Luftwaffe in Ost-Ghouta Angriffe auf die Rebellen, wobei auch Giftgas eingesetzt worden sein soll.

Nachdem Putin am 7. Dezember verkündet hatte, dass der IS aus Syrien vertrieben worden sei, erklärte er nur wenige Tage später, dass die russischen Truppen Syrien verlassen würden. In der Folge gelang es den syrischen Truppen gemeinsam mit ihren Verbündeten, die islamistischen Kämpfer in der Region Hama zu besiegen. Mit dem Vorrücken der Regierungstruppen zogen sich die Rebellen aus dieser Region zurück in Richtung Idlib. Die Regierungstruppen folgten ihnen und flogen auch in Idlib Luftangriffe, bei denen auch vor Krankenhäusern nicht Halt gemacht wurde. Hilfsorganisationen waren dem Regime vor, diese sogar gezielt anzugreifen.

2018 und noch immer kein Ende

Am 14. Januar 2018 griff die türkische Artillerie, wie bereits einige Tage zuvor angekündigt, völkerrechtswidrig Dörfer bei der syrischen Stadt Afrin an (Süddeutsche Zeitung, 2018). Afrin wurde von Kurden kontrolliert und die Türkei wollte verhindern, dass diese Kurden kurdische Rebellen in der Türkei unterstützten. Am 20. Januar folgten dann massive Luftangriffe auf Afrin selbst. Im Anschluss folgten Kämpfe türkischer Bodentruppen gegen kurdische Milizen auf syrischem Gebiet, obwohl die YPG von den USA unterstützt wurden. Russland hielt sich heraus.

Am 30. Januar begann wieder einmal eine Friedenskonferenz zum syrischen Bürgerkrieg, diesmal in Sotschi, der russischen Stadt, die Schauplatz der Olympischen Winterspiele von 2014 gewesen war. Einberufen wurde sie von Russland, der Türkei und dem Iran, von der syrischen Opposition wurde sie jedoch boykottiert.

Am 3. Februar wurde der Pilot eines abgestürzten russischen Kampfflugzeugs von Rebellen getötet mit der Begründung, er hätte auf sie geschossen. Syrische Truppen begannen gemeinsam mit ihren Verbündeten im Osten von Syrien einen Angriff auf die SDF. Die USA töteten daraufhin bei einem Luftangriff ca. 100 syrische Soldaten. Am 10. Februar stürzte ein israelisches Kampfflugzeug nach einem Angriff auf eine syrische Drohnenkontrollstation über israelischem Gebiet ab, nachdem es von einer syrischen Flugabwehrakete getroffen wurde. Am selben Tag starben die zwei Piloten eines türkischen Kampfhubschraubers, der von der SDF abgeschossen wurde. Ab dem 19. Februar kam es in der Deeskalationszone Ost-Ghouta zu massiven Angriffen, denen auch Krankenhäuser zum Opfer fielen. Zu diesem Zeitpunkt fingen schiitische Milizen auch an, die Kurden bei Afrin gegen die türkische Armee zu unterstützen. Trotz einer Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 24. Februar, die eine 30-tägige Waffenruhe forderte, gingen die Angriffe weiter. Erst ab 26. Februar gab Russland den Bewohnern Gelegenheit, die Stadt zu verlassen, indem es einige Stunden täglich die Waffen ruhen ließ.

Die Bodenoffensive syrischer Truppen gegen Ost-Ghouta startete am 18. März. Ab da gab es keine Möglichkeit mehr, den Bewohnern humanitäre Hilfe zu leisten – trotz dringlicher

Aufforderung des UN-Generalsekretärs, diese Hilfe zuzulassen. Am 18. März hatten türkische Truppen Afrin vollständig erobert. Für den Erfolg entscheidend war die russische Freigabe des Luftraums über Afrin für die türkische Luftwaffe. Es wird vermutet, dass Erdogan nicht beabsichtigt, das Gebiet selbst zu beanspruchen, da es nur schwer zu verteidigen wäre und Anschläge und Aufstände der YPG einen hohen Blutzoll unter den türkischen Soldaten fordern würden, was vor der eigenen Bevölkerung nur schwer zu rechtfertigen wäre. Eine plausible Variante wäre eine Übernahme durch die Russen, die Erdogan vermutlich trotzdem als türkischen Sieg über die Kurden darstellen würde. Nach weiteren Angriffen der Regierung und ihrer Verbündeten in Ost-Ghouta strebten Tausende Flüchtlinge Richtung Damaskus, auch die Rebellen konnten nach einer Vereinbarung zwischen ihnen und der syrischen Armee ab 24. März die Stadt verlassen. Ende März sprach Trump von einem baldigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Syrien, ohne sich auf einen Termin festzulegen.

Am 4. April wurde von den Präsidenten Russlands, der Türkei und des Irans ein Treffen in Ankara zur Beendigung des Syrien-Kriegs angekündigt. Erdogan, der türkische Präsident, wollte jedoch, dass in jedem Fall trotzdem die kurdischen Milizen in Syrien bekämpft werden. Rouhani, der iranische Präsident, stellte sich eher vor, dass die türkische Armee die von ihr kontrollierten Gebiete der syrischen Armee übergebe. Am 8. April wurde bekannt, dass es in Ost-Ghouta einen Angriff mit Chemiewaffen gegeben habe, der mehr als 150 Tote und 1000 Verletzte gefordert haben soll. Deutschland und Frankreich verurteilten den Angriff, Syrien bestritt die Vorwürfe. Ein Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrats, der eine Untersuchung durch die Organisation für ein Verbot von Chemiewaffen vorsieht, wurde von Russland blockiert, dafür blockierten die USA die russischen Vorschläge. Ein Ende des Konflikts ist noch immer nicht in Sicht.

Die schwierige Lage der Türkei

Der auch 2018 noch immer andauernde Krieg in Syrien hat seine Natur mittlerweile verändert. Nun stehen nicht mehr nur Assad und sein Regime gegen die Rebellen, der Konflikt ist zu

einem Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland geworden. Dadurch befindet sich die Türkei in einer schwierigen Position: Für den Sieg über die Kurdenmiliz YPG benötigt die Türkei russische Unterstützung (Focus, 2018). Nominell steht das NATO-Mitglied Türkei aber auf der Seite der USA. Sollte sich die Krise zwischen den USA und Russland aufgrund der Lage in Syrien (auch bedingt durch den Hardliner Trump) weiter verschärfen, wird Erdoğan sich für eine Seite entscheiden müssen. Eine schwierige Entscheidung. Russland ist wichtiger Handelspartner und unterstützt die Türkei beim Kampf gegen die YPG. Die USA sind der führende NATO-Staat, von dem die Türkei militärische Ausrüstung bezieht (z. B. ihre Abfangjäger), die EU ist der Verband, dem die Türkei aus wirtschaftlichen Gründen gerne beitreten würde.

Bisher hat Erdoğan es geschafft, einen Bruch mit einer der beiden Parteien zu vermeiden. Der türkische Außenminister versicherte bei einer Pressekonferenz mit Jens Stoltenberg, dem NATO-Generalsekretär, dass das Verhältnis zwischen Moskau und Ankara unverändert stark sei. Gleichzeitig beeilte er sich zu betonen, dass die Beziehungen zu Russland keine Alternative zur NATO darstellten.

Die Rolle der Türkei in diesem Konflikt

Die Türkei ist als Nachbarstaat von Syrien von diesem Konflikt besonders betroffen. Sie muss zahlreiche Flüchtlinge verkraften, soll die EU-Außengrenze schützen und das Einsickern weiterer Kämpfer über die türkisch-syrische Grenze verhindern – und wird dabei von einem Übergreifen der Kampfhandlungen auf türkischen Boden bedroht.

Die Türkei hat sich während des seit 2011 andauernden Bürgerkriegs mehrmals bemüht, zur Beilegung des Konflikts beizutragen – so bei Gesprächen in Astana, Sotschi und Ankara. Die Beziehung zu Russland hat sich während dieser Zeit immer wieder verändert. Beide Aspekte sollen angeschnitten werden.

Gespräche in Astana

Die für Anfang 2017 geplante Friedenskonferenz fand dann am 23. und 24. Januar in Astana, der Hauptstadt von Kasachstan, statt. Organisiert wurde sie von Russland, der Türkei und dem

Iran. Erfolg der Konferenz war, dass sich Vertreter der syrischen Regierung und Vertreter der Oppositionsgruppen wieder einmal an einem Tisch befanden. Leider führte die Konferenz nicht zu einem Friedensvertrag, aber man gab zumindest die Erklärung ab, die Waffenruhe fortsetzen zu wollen.

Die bisher letzten Gespräche in Astana betreffend den Syrien-Konflikt fanden im Dezember 2017 statt. Es war schon die achte Gesprächsrunde in dieser Stadt (Der Standard, 2018). Gemeinsam mit Russland und dem Iran bemühte sich die Türkei seit über einem Jahr, die syrische Regierung und die Opposition an einen Tisch zu bekommen und bei konstruktiven Gesprächen über die Zukunft Syriens zu unterstützen. Die Verhandlungen führten unter anderem zur Einrichtung von vier Deeskalationszonen in Syrien, konnten die Gewalt aber bisher nicht beenden. Bei der bisher letzten Gesprächsrunde wurde über eine Konferenz zur Nachkriegsordnung in Syrien verhandelt.

Russland hat dabei eine Teilnehmerliste für eine solche Konferenz vorgelegt, die allerdings noch mit den Gesprächsteilnehmern von Astana abgestimmt werden muss. Darunter wären auch Vertreter der syrischen Regierung und der Opposition. Russland schlägt vor, einen Kongress der Völker Syriens zu bilden, was bei der Opposition auf Skepsis stößt, da Russland auf der Seite der syrischen Regierung steht. Die Einladung von Vertretern der Kurden stößt weder in der Türkei noch im Iran auf Zustimmung. Beide Staaten haben Probleme mit ihren kurdischen Minderheiten.

Treffen in Sotschi

Beim Treffen in Sotschi im November 2017 verhandelten die Türkei, Russland und der Iran untereinander über die Zukunft Syriens. Vertreter der syrischen Regierung oder der Opposition waren nicht dabei. Der russische Präsident Putin als Gastgeber betonte, dass es ihre drei Länder gewesen wären, die durch ihr Eingreifen einen Zerfall Syriens und die Übernahme des Landes durch islamistische Terrorgruppen verhindert hätten. Putin verlieh der Hoffnung Ausdruck, mit der Türkei und dem Iran zu Vereinbarungen zu kommen, die helfen, die territoriale Integrität von Syrien zu stärken.

Vor diesem Treffen hatte Putin noch ein vierstündiges Gespräch mit Assad, in dem er abklärte, dass dieser einem Friedensplan zustimmen würde. Erdoğan betrachtete das Treffen in Sotschi danach als wichtigen ersten Schritt für eine weitere Zusammenarbeit, wenn auch der Erfolg dieser Bemühungen von der Haltung der im Syrien-Konflikt zentralen Parteien Regierung und Opposition abhängen würde. Rouhani hob das Modell des Volkskongresses, das Russland entwickelt hatte, als Möglichkeit hervor, in Syrien endlich Frieden zu erreichen.

Jedoch wurden bei diesem Treffen nicht alle Gesprächspunkte erfolgreich abgehakt: Erdoğan sah keine Möglichkeit, seine Position betreffend YPG zu ändern: Die Türkei könne nicht mit einer Terrorgruppe, die ihre Sicherheit bedrohe, zusammenarbeiten (Die Zeit, 2018). Wenn man für den Frieden, die Sicherheit und politische Einheit in Syrien verhandle, könne man nicht eine Terrororganisation als Verhandlungspartner ansehen, die eben diese Ziele torpediert hätte. Russland stellte sich hingegen demonstrativ auf die Seite der Kurden. Putin, Erdoğan und Rouhani sprachen sich jedoch geschlossen für eine Fortsetzung der Astana-Gespräche aus.

Ankara-Gipfel

Das bisher letzte Treffen zum Syrien-Konflikt fand am 4. April 2018 in Ankara statt. Auch in Ankara kam es zu einem „Dreier-Treffen“. Erdoğan, Putin und Rouhani verfolgen zwar weiterhin unterschiedliche Interessen in Syrien, bekannten sich nach dem Treffen aber in einer gemeinsamen Erklärung trotzdem zu dem übergeordneten Ziel, der Gewalt ein Ende zu machen. Man wolle die Zivilisten in Syrien besser schützen und darauf hinarbeiten, dass die humanitäre Hilfe auch die darauf angewiesenen Menschen in den Deeskalationszonen erreiche (Der Tagesspiegel, 2018).

Leider konnten die drei Staatschefs nicht mit konkreten Plänen aufwarten, wie diese Ziele zu erreichen wären. So hat die syrische Regierung mit russischer und iranischer Unterstützung erst vor Kurzem die Region Ost-Ghouta zurückeroberiert, ohne auch nur die geringste Rücksicht auf die dort lebenden Menschen zu nehmen.

Und die Türkei, für die die territoriale Integrität Syriens so wichtig ist, ist erst im Januar 2018 in Afrin einmarschiert, um

die Kurdenmiliz YPG zu bekämpfen. In ihrer gemeinsamen Erklärung versicherten die Staatschefs ihre Ablehnung aller Versuche, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Tatsachen zu schaffen. Kritiker werfen Erdoğan vor, mit dem Einmarsch in Afrin genau das getan zu haben. Erdoğan verteidigt sich mit der Begründung, die lange gemeinsame Grenze mit Syrien verleihe der Türkei einen Sonderstatus.

Trotz aller Bemühungen, Geschlossenheit zu demonstrieren, zeigten sich gerade in Bezug auf Afrin Differenzen zwischen den drei Staatschefs: So forderte der iranische Präsident eine Übergabe der eroberten Region Afrin an die syrische Regierung und obwohl er die Türkei nicht namentlich nannte, war die Aufforderung eindeutig an sie gerichtet. Bemerkenswert ist auch, dass alle drei Präsidenten in der Abschlusserklärung betonten, wie wichtig der Kampf gegen die islamistischen Terrororganisationen wäre. Dieser Kampf gegen die islamistischen Terrororganisationen diente ihnen auch immer als gute Begründung, wenn sie entgegen den Vereinbarungen in den Deeskalationszonen kämpften.

Bei Putin lag der Schwerpunkt auf dem Wiederaufbau des Landes, für den die drei Staaten dieses Gipfels sich besonders einsetzen würden. Rouhani betonte in seiner Schlusserklärung, dass die Zukunft Syriens von der syrischen Bevölkerung bestimmt werden müsse, nicht von den Regierungen anderer Staaten. Ein weiteres Gipfeltreffen im Iran, noch ohne Termin, wurde vereinbart.

Die Bedeutung der Wirtschaft

Die Beziehungen der modernen Türkei zu Russland entwickelten sich gleich ab der Gründung der Türkischen Republik (<http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/aussenpolitik/russland.php>, Stand 20.4.2018). Schon im Sommer 1920, noch bevor die Republik ausgerufen wurden, anerkannten sich die beiden Staaten gegenseitig. Die Türkei hatte nach Vertreibung ihrer europäischen Besatzer nicht mehr sehr viele mögliche Bündnispartner, die noch junge Sowjetunion (die Oktoberrevolution datiert ja auf den 25. Oktober bzw. 7. November 1917) bot sich hier an. Die Beziehung der beiden Staaten entwickelte sich in den Jahren danach durchaus positiv, mit einem Freundschaftsvertrag 1921 und einem Nichtangriffspakt 1925.

Die Sowjetunion unterstützte die Türkei auch bei der Aufnahme in den Völkerbund (1932). Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kühlte das Verhältnis merklich ab, vor allem wegen territorialer Forderungen der Russen, die die Türkei veranlassten, sich mehr dem Westen zuzuwenden.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verbesserten sich die Beziehungen wieder und die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Russland und der Türkei nahmen über die Jahrzehnte stetig zu. So umfasste der bilaterale Handel 2008 38 Milliarden Dollar (Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 2016). Im Dezember 2014 kam es in der Türkei zu einem Treffen zwischen Putin und türkischen Wirtschaftsdelegationen. Obwohl die Wirtschaft im Vordergrund stand, wurde auch über den Kaukasuskonflikt und die Beziehungen zwischen der Türkei, Armenien und Aserbaidschan gesprochen. Die Türkei bezog 60 Prozent des Erdgases aus Russland und gehörte damit zu den größten Kunden der russischen Gazprom. Zusätzlich war geplant, dass russische Firmen im türkischen Akkuyu ein Atomkraftwerk errichten, das 2023 fertig werden soll. Umgekehrt genossen türkische Baufirmen in Russland Vorrang vor denen anderer Staaten: Mehr als 30 türkische Unternehmen hatten ungefähr 700 Filialen in russischen Städten. Auch der Tourismus der Türkei florierte: Rund 3,3 Millionen russische Touristen besuchten jährlich die Türkei. Bei diesem Treffen erreichte die türkische Regierung von der russischen Regierung einen Preisnachlass von 6 Prozent für das Erdgas (Salzburger Nachrichten, 2014), während die Menge auf 3 Mrd. m³ erhöht werden sollte. Damit lieferte Russland mehr Erdgas in die Türkei als je zuvor. Möglich war das durch die Pipeline Blue Stream. Diese positive Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen wurde auch durch die nach der im März 2014 erfolgten russischen Besetzung der Krim von den USA und der EU gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen gefördert. Russland hatte seinerseits mit Wirtschaftssanktionen gegen den Westen reagiert. China und die Türkei, die sich nicht beteiligten, hatten dadurch Vorteile.

Der schon erwähnte Vorfall vom 24. November 2015, bei dem ein russischer Kampfjet (SU 24) von türkischen Streitkräften abgeschossen worden war, führte dann jedoch nicht

nur zu einer politischen, sondern auch zu einer wirtschaftlichen Eiszeit. Die Wirtschaftssanktionen (Die Presse, 2015), die Russland daraufhin über die Türkei verhängte, belasteten die Türkei ein halbes Jahr lang sehr stark. Viele Sportmannschaften sagten ihr Wintercamp in der Türkei ab. Der Tourismus litt allgemein unter einem Ausbleiben der russischen Gäste. Auch der Energiesektor bekam Probleme, die Exporte der Nahrungsmittelindustrie brachen ebenfalls ein.

Ein offizielles Entschuldigungsschreiben Erdogans im Juni 2016 führte zu einer Lockerung der Sanktionen, der bilaterale Handel konnte wieder anlaufen. Beide Länder arbeiteten danach an einer Verbesserung ihrer Beziehung. Putin und Erdogan einigten sich darauf, als Zielwert für den bilateralen Handel 100 Milliarden Dollar festzulegen (Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 2016). Von besonderer Bedeutung ist dabei der Bausektor. Zeichen dafür ist auch die Vereinbarung über den Bau des Atomkraftwerks Akkuyu, für das unlängst der Startschuss erfolgte. Auch an der Pipeline Turkish Stream soll gearbeitet werden. Beim Tourismus wird die Wiederbelebung noch dauern, da zuerst daran gearbeitet werden müsse, die Sicherheit der russischen Gäste gewährleisten zu können.

Trotz dieser intensiven Bemühungen, die bilaterale Wirtschaft anzukurbeln, gab es keine Fortschritte bei der unterschiedlichen Meinung betreffend die Syrien-Krise. Beide Staatschefs wollten der Presse gegenüber keine näheren Angaben machen. Man sprach einfach nur darüber, dass man ja dasselbe Ziel habe: den Syrien-Konflikt zu lösen. Putin vertrat den pragmatischen Standpunkt, dass wirtschaftliche Fragen nicht politisiert werden sollten. Beide Seiten, Türkei und Russland, hätten trotz Krise immer am Turkish Stream gearbeitet. Dieses Projekt könne schnell umgesetzt werden, wäre aber kein Alternative für South Stream, da Turkish Stream in erster Linie den türkischen Markt beliefern soll. Die zweite Pipeline von Turkish Stream würde aber Richtung Europa zeigen und könnte auch den europäischen Markt beliefern – wenn alle Seiten ihre Zustimmung geben.

2017 war die Beziehung zwischen Russland und der Türkei trotz der Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Syrien-Konflikts enger denn je: Der Handel mit Russland nahm um

30 Prozent zu. Im Dezember wurde zwischen Türkei und Russland der Kauf des modernsten russischen Raketen- und Flugabwehrsystems, des S-400, finalisiert, was innerhalb der NATO für Irritationen sorgte (Spiegel Online, 2017).

Das Verhalten des amerikanischen Präsidenten Trump stärkt diese Allianz zwischen Türkei und Russland noch, wenn gleich Politikwissenschaftler eher von einer taktischen Allianz als einer strategischen Annäherung sprechen (Der Standard, 2017). Denn die Streithemen zwischen den zwei Staaten sind noch immer nicht gelöst: Die Türkei anerkennt die Krimannexion nicht, Russland unterstützt Armenien militärisch, steht in Syrien noch immer auf der Seite Assads und arbeitet in Syrien auch mit der kurdischen YPG zusammen, die von der Türkei als Ableger der PKK betrachtet wird. Und trotz der taktischen Allianz mit Russland sieht die Türkei keinen Grund, die NATO zu verlassen. Die Türkei möchte sich so sowohl politisch als auch wirtschaftlich alle Möglichkeiten offenhalten – eine durchaus pragmatische Strategie.

Der April 2018 sah ein Treffen der Staatschefs von Türkei, Russland und Iran in Ankara (siehe auch oben). Vor dem Hintergrund von Anfeindungen von außen – die Russen stehen wegen eines ihnen zugeschriebenen Giftgasanschlags auf einen ehemaligen Doppelagenten in der Kritik, die Türken wegen ihrer Militäroffensive gegen kurdische Milizen in Syrien – sind die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland so gut wie kaum je in der Geschichte. Putin und Erdoğan feierten die Grundsteinlegung des von Russland zu erbauenden AKWs im türkischen Akkuyu aus der Ferne (Die Welt, 2018). Bei einem anschließenden gemeinsamen Treffen mit dem iranischen Präsidenten Rouhani wurde dann über die Zukunft Syriens diskutiert.

Diese Trennung von Politik und Wirtschaft, die momentan beiden Staaten recht gut gelingt, sorgt dafür, dass die Wirtschaft beider Staaten durch die Umsetzung diverser gemeinsamer Projekte stark profitiert. Die Abkühlung des Verhältnisses zwischen Türkei und EU – die Gespräche über eine mögliche EU-Mitgliedschaft sind schon seit einiger Zeit ausgesetzt, nachdem sich EU-Staaten über die zunehmend autoritäre Regierung der Türkei besorgt geäußert hatten – führte fast zwangsläufig zu einer Annäherung an einen anderen Partner:

Russland. Und die Türkei und Russland werden kooperieren, solange die wirtschaftlichen Vorteile für beide Staaten die gegensätzlichen politischen Ansichten überbrücken können. Für die Bevölkerung beider Staaten wäre es wünschenswert, wenn dies noch sehr lange der Fall ist.

Literaturverzeichnis

Der Standard: Erdogan preist Bündnis der Türkei mit Russland, 12.

Dezember 2017, Stand 20.4.2018,

<https://derstandard.at/2000070064338/Erdogan-preist-Buendnis-der-Tuerkei-mit-Russland>

Der Standard: Russland, Türkei und Iran berufen Syriengespräche in Astana ein, 20. Dezember 2017, Stand 20.4.2018,

<https://derstandard.at/2000070793434/Russland-Tuerkei-und-Iran-berufen-Syriengespraechen-in-Astana-ein>

Der Tagesspiegel: Syrien-Gipfel in Ankara, 4. April 2018, Stand 20.4.2018,
<https://www.tagesspiegel.de/politik/syrien-gipfel-in-ankara-tuerkei-iran-und-russland-fuer-ende-der-gewalt/21142920.html>

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: Putin und Erdogan halten sich bei Aussagen zu Syrien bedeckt, 9. August 2016, Stand 20.4.2018,
<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/08/09/putin-und-Erdogan-halten-sich-bei-aussagen-zu-syrien-bedeckt/>

Die Presse: Nach Abschuss: Putin verhängt massive Sanktionen gegen Türkei, 29. November 2015, Stand 20.4.2018,
https://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4876459/Nach-Abschuss_Putin-verhaengt-massive-Sanktionen-gegen-Tuerkei

Die Zeit: Russland, Türkei und Iran wollen syrische Konferenz der Völker, 22. November 2017, Stand 20.4.2018,
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/sotschi-russland-tuerkei-iran-syrische-konferenz-der-voelker>

Ercan, M.: "Ortadoğu'da Değişim Rüzgârları Tunus, Mısır, Libya örneğinden sonra Suriye'deki gelişmelerin analizi" edit. Turan Yıldırım, Alaeddin Yalçınkaya, Ertan Efegil, Uyuşmazlık Çözümü, İşbirliği ve Demokratikleşme, İstanbul, Gündoğan Yay.2013, ss. 249-259

Ercan, M.: "Ortadoğu'nun Kanayan Yarası Suriye Krizi; Nedenleri ve Sonuçları" Beynelmilel, yil.2, S. 3, 2014, SS. 28-32.

Focus: Die Türkei zwischen den Fronten, 17. April 2018, Stand 20.4.2018,
https://www.focus.de/politik/ausland/die-tuerkei-zwischen-den-fronten-Erdogans-machtspieler-in-syrien-warum-ihm-der-trumpf-putin-konflikt-zum-verhaengnis-wird_id_8775810.html

- Centrum für angewandte Politikforschung: Die Beziehungen Türkei Russland, 24. April 2018, Stand 20.4.2018, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/aussenpolitik/russland.php>, Stand 20.4.2018
- Salzburger Nachrichten: Erdogan will Handel mit Russland verdreifachen, 2. Dezember 2014, Stand 20.4.2018,
<https://www.sn.at/wirtschaft/welt/Erdogan-will-handel-mit-russland-verdreifachen-2953465>
- Spiegel Online: Russland liefert Raketenabwehrsystem an Türkei, 27. Dezember 2017, Stand 20.4.2018,
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-russland-liefert-raketenabwehrsystem-s-400-a-1185168.html>
- Süddeutsche Zeitung: Chronologie – der syrische Bürgerkrieg im Überblick, 21. Dezember 2018, Stand 21.12.2018,
<http://www.sueddeutsche.de/politik/chronologie-der-syrische-buergerkrieg-im-ueberblick-1.2652348>
- Welt, 3. April 2018, Putin besucht Erdogan: Türkei will Handel mit Russland stärker ausbauen, Stand 20.4.2018,
<https://www.welt.de/politik/ausland/article175136391/Putin-besucht-Erdogan-Tuerkei-will-Handel-mit-Russland-staerker-ausbauen.html>

Die Pipeline-Politik der Türkei auf dem Weg zur Regionalmacht⁶

Einleitung

Energie ist eine der wichtigsten Ressourcen für das Überleben der Menschheit. Für eine nachhaltige sozioökonomische und wirtschaftspolitische Entwicklung müssen die Energie-Förderländer ihre Reserven exportieren, für denselben Zweck müssen die Energie-Verbraucherländer ihren Bedarf an Energie importieren. Europa deckt über mehr als die Hälfte seines Energiebedarfs durch Import. Etwa ein Drittel des europäischen Bedarfs an Erdgas und Erdöl kommt aus Russland. Die Türkei befindet sich zwischen den wichtigsten Energie-Förderländern und -Verbraucherländern. Dies bedeutet, dass die Türkei wegen ihrer geografischen Lage ein wichtigste Energietransit-Land in dem Schwarzmeer-region für Zentralasien, den Nahen und Mittleren Osten ist. Die Türkei versucht seit den 2000er-Jahren, ein Energie-Zentrum zwischen Orient und Okzident zu werden. In diesem Artikel wird analysiert, wie die Türkei durch Verfolgung ihrer nationalen Interessen im Energiebereich eine Regionalmacht werden kann und ob und welche Chancen die Türkei hat, dieses Ziel zu erreichen. In diesem Artikel wird erwähnt, welche Beiträge die Realisierung der geplanten und bestehenden Pipeline-Projekte (wie BTC und TANAP) auf dem Weg zur Regionalmacht leisten.

Die Türkei, deren Territorium ungefähr 780.000 km² umfasst, liegt zwischen Osten und Westen. Das türkische Territorium ist mehr als doppelt so groß wie Deutschland. Die Ost-West-Ausdehnung der Türkei beträgt ungefähr 1.600 km², die Nord-Süd-Ausdehnung hingegen ungefähr 650 km². Die Nachbarn der Türkei sind sehr vielfältig und unterschiedlich. Sie grenzt im Westen an die Ägäis und Griechenland, im Osten an Georgien, Armenien und Iran, im Süden an Irak, Syrien, Zypern und das Mittelmeer, im Norden an Bulgarien und das Schwarze Meer. Die Anzahl der Einwohner nähert sich der 80-Millionen-Grenze. Deswegen hat die Türkei aufgrund ihrer geografischen Lage viele Chancen und Möglichkeiten, sowohl in

⁶ Assist. Prof. Dr. Mustafa Özalp

der Wirtschaftspolitik als auch sozioökonomisch noch mehr davon zu profitieren.

Geografie, Geschichte, Kultur und Religion bestimmen die Politik der Länder. Die Türkei versucht nach wie vor, mithilfe ihrer geopolitischen und geostrategischen Lage zwischen Osten und Westen eine größere Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Die türkischen Spitzengenossen, wie der ehemalige Präsident Turgut Özal und der ehemalige Premierminister Prof. Dr. Ahmet Davutoğlu, haben mehr als einmal davon gesprochen, dass die Einflussssphäre der Türkei von Zentralasien bis zur Adria reichen wird. Für dieses Ziel verfolgt die Türkei:

- Erstens die Vision, mit allen Turkvölkern, die in Zentralasien leben, sowohl wirtschaftspolitisch als auch sozioökonomisch kooperieren zu können. Für diese Strategie spielt der Begriff „Pantürkismus“ (die Zusammengehörigkeit der Turks) vorübergehend eine wichtige Rolle.
- Zweitens wird an eine Kooperation gedacht, alle Staaten, die früher unter osmanischer Herrschaft waren, unter Führung der Türkei zu bringen. Hier spielt der Begriff des „Neo-Osmanismus“ eine wesentliche Rolle.

Die Türkei hat in ihrer Region auf politischer, ökonomischer, geschichtlicher und religiöser Ebene Großmachtambitionen. Ein Beispiel des türkischen Gestaltungswillens im Nahen und Mittleren Osten ist die Anfang 2011 von Präsident Recep Tayyip Erdogan gehaltene Rede im Kuwait:

„Heute gilt es, die alte 1000jährige Brüderlichkeit‘ zu neuem Leben zu erwecken, eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Union zu werden. Wir sind Angehörige derselben Zivilisation. Wir haben eine gemeinsame Geschichte. Wenn man zueinander hält und stärker zusammenarbeitet, dann hat diese Region das Potenzial, die ganze Welt zu gestalten‘ (...) Wir bestimmen unsere eigene Außenpolitik. Wir machen unsere eigene Agenda. Die Araber sind unsere Brüder und Schwestern.“ (Brill, 2013)

Westlich von der Türkei liegen die wichtigsten Energie-Verbraucherländer der Welt, wie zum Beispiel die europäischen Staaten und die USA. Die Energiereserven dieser Staaten, insbesondere die der EU-Länder, werden zunehmend mehr aufgebraucht. Auf der anderen Seite der Türkei, im Norden und im Nahen und Mittleren Osten, liegen die wichtigsten Energie-

Förderländer der Welt, wie beispielsweise Russland, Iran, Katar und Saudi-Arabien. Die Türkei befindet sich also zwischen den wichtigsten Energie-Förderländern und den wichtigsten Verbraucherländern. Das heißt, die geografische Lage der Türkei ist sehr dazu geeignet, zum Energiekorridor (und oder auch die Energiedrehscheibe) zwischen Ost und West zu werden. Dazu schreibt Jan Senkyr in seiner Länderstudie „Türkei“:

„Im Einklang mit der neuen Doktrin einer multidimensionalen Außenpolitik verfolgt die Regierung in Ankara das Ziel, die Türkei als ein Energie-Drehkreuz zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Zentralasien zu etablieren.“ (Brill, 2010:22)

Die bestehenden und geplanten Pipeline-Projekte, die über die Türkei laufen, stärken die türkische Position, zum Energiezentrum zu werden. So will die Türkei eine Brücke zwischen Orient und Okzident werden. Dabei betrachtet die Türkei ihre Energiepolitik als regionalen Integrationsmechanismus. Treffend formuliert Heinz Brill der, Politikwissenschaftler und ständiger Mitarbeiter der Österreichischen Militärischen Zeitschrift in seinem Artikel zu der türkischen Vision:

„Um ihre Bedeutung als Transitland für Europas Gasversorgung und die Ölversorgung der USA zu festigen, unterstützt die Türkei im internationalen Verbund Pipeline-Projekte in die Fördergebiete Nahost- und Zentralasiens. Tendenz steigend! Aufgrund ihrer geopolitischen Lage ist die Türkei an fast allen Pipeline-Projekten mittelbar oder unmittelbar beteiligt, ob amerikanisch, europäisch oder russisch.“ (Brill, 2010:22)

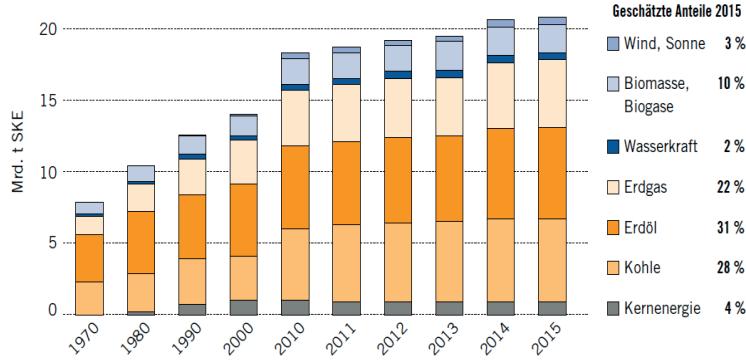
Zahlen und Fakten zum Energiemarkt in der Welt

Die steigende ökonomische Entwicklung, die zunehmende Industrialisierung und Digitalisierung haben die weltpolitische Situation Anfang des 21. Jahrhunderts auf verschiedene Arten geprägt. Die Länder brauchen ab nun viel mehr Reserven, Pipeline-Projekte etc., um einerseits überleben, andererseits ihre wirtschaftspolitische und sozioökonomische Entwicklung dauerhaft festigen zu können (Özalp, 2015:13). Die Energiereserven stellen den wichtigsten Indikator für die wirtschaftliche und sozioökonomische Entwicklung dar. Ohne Energiereserven gibt es auch kein nachhaltiges Wachstum. Deswegen ist

Energie eine unbedingt erforderliche Ressource für das Überleben der Menschheit. Erdöl, Erdgas und Kohle sind weltweit die wichtigsten Energierohstoffe, davon ist Erdgas die sauberste und qualitativ hochwertigste.

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich, deckte die Welt im Jahre 2015 ihren Energiebedarf zu 81 % durch fossile Energiereserven ab. Davon entfielen 31 % auf Erdöl, 22 % auf Erdgas und 28 % auf Kohle. Das heißt, dass der überwiegende Teil des Welt-Primärenergieverbrauchs auf fossile Energieträger entfällt. Mit 15 % lag die erneuerbare Energie auf dem zweiten Platz, wobei 10 % auf Biogas, 3 % auf Wind- und Sonnenergie und 2 % auf Wasserkraft entfielen. Die fehlenden 4 % des Welt-Primärenergieverbrauchs wurden von der Kernenergie beigeleistet.

Abbildung 1: Welt-Primärenergieverbrauch nach Energieträgern



Quelle: Rolle, 2016, S. 37

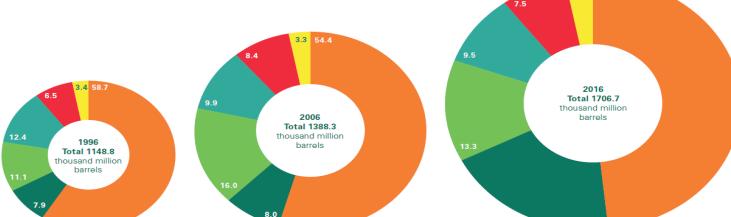
Die fossilen Energieträger werden ihre Bedeutung im gesamten Welt-Energieverbrauch noch längere Jahre hinweg beibehalten, da der Energieverbrauch stetig im Steigen ist. Die Entwicklungen bei den alternativen Energiequellen geschehen nicht so schnell, weswegen auch die Energieträger Erdöl, Erdgas und Kohle ihre Bedeutung für die nächsten 50 Jahre mit Sicherheit beibehalten werden. Wie aus der Abbildung 1 ersichtlich, ist der Verbrauch von fossilen Energieträgern zwischen 1970 und 2015 ständig gestiegen. Die wichtigsten Ursachen

chen des zunehmenden Energieverbrauchs stellen die steigende Bevölkerungszahl und die in der Folge zunehmende Industrialisierung sowie die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in früheren Agrarländern stark steigende Anzahl von Autos auf den Straßen dar.

Durch neue technologische und wissenschaftliche Entwicklungen sowie den steigenden Bedarf, der auch früher noch als unergiebig angesehene Lagerstätten interessant macht, werden noch mehr Energiereserven entdeckt. Laut BP Statistical Review of World Energy, June 2017, nehmen die Erdölreserven der Welt immer noch zu. Wie auf Abbildung 2 zu sehen, betrug 1996 die Summe der Welt-Ölreserven 1.148,8 Tausend Mio. Barrel (tmb). 2006 und 2016 wurde ein Wert von 1.388,3 tmb bzw. 1.706,7 tmb erreicht. Diese Ölreserven sind jedoch sehr ungleich verteilt. Laut Prognosen von BP aus dem Jahre 2016 verfügen der Mittlere Osten über 47,7 %, Zentral- und Südamerika über 19,2 %, Nordamerika über 13,3 %, Europa-Asien über 9,5 %, Afrika über 7,5 % und Asien-Pazifik über 2,8 % der Welt-Ölreserven.

Abbildung 2: Die Verteilung der nachgewiesenen Erdölreserven der Welt auf die Regionen in den Jahren 1996, 2006 und 2016
(in Tausend Mio. Barrels und in Prozent)

Middle East
S. & Cent. America
North America
Europe & Eurasia
Africa
Asia Pacific

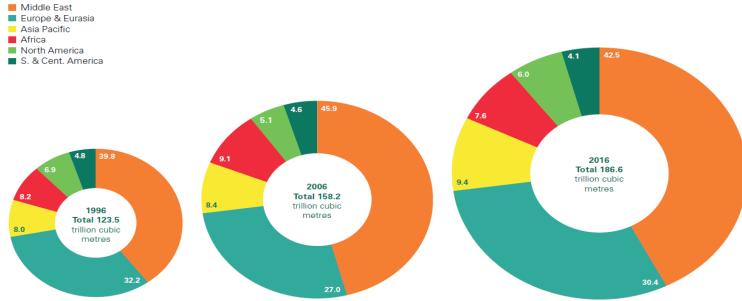


Quelle: BP, 2017: S. 13

Wenn wir die Abbildung 3 analysieren, sind auch die nachgewiesenen Erdgasreserven der Welt nicht gleichmäßig auf die Regionen der Welt verteilt. Laut BP-Prognosen vom Jahre 2016 befinden sich die Erdgasreserven der Welt zu 42,5 % im

Mittleren Osten, zu 30,4 % in Europa-Asien, zu 9,4 % in Asien-Pazifik, zu 7,6 % in Afrika, zu 6,0 % in Nordamerika und zu 4,1 % in Zentral- und Südamerika. Die neu entdeckten Erdgasreserven sind im Vergleich zu den Erdölreserven viel häufiger. Erdgas ist von den fossilen Energieträgern die umweltfreundlichste und sauberste Energie. Bei der Stromproduktion werden beispielsweise aus Kohle für 1 kWh Strom 1000 g Kohlenstoff in die Umwelt emittiert. Bei Erdöl beträgt dieser Wert 840 g und bei Erdgas 470 g (ETKB, 2016:2). Zwischen 2006 und 2016 haben die nachgewiesenen Erdgasreserven der Welt von 158,2 Milliarden Kubikmeter (mkm) auf 186,6 mkm zugenommen.

Abbildung 3: Die Verteilung der nachgewiesenen Erdgasreserven der Welt auf die Regionen in den Jahren 1996, 2006 und 2016 (in Billionen Kubikmeter und in Prozent)

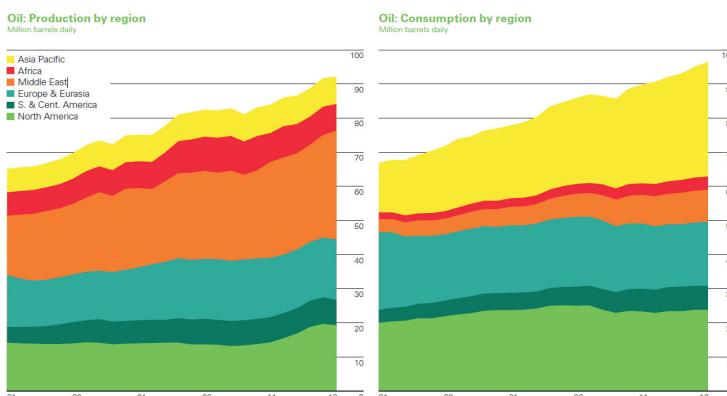


Quelle: BP Statistical Review of World Energy, June 2017, S. 27

Laut den BP-Daten kann man zusammenfassend sagen, dass sich über 70 % der weltweiten Erdöl- und Erdgasreserven in der Umgebung der Türkei befinden. Der Nahe und Mittlere Osten, Iran, Irak, Katar, Saudi-Arabien etc. und zentralasiatische Staaten wie Russland, Kasachstan, Usbekistan, Aserbaidschan u. a. haben enorme Energiereserven. Diese Staaten müssen für ihr wirtschaftliches Wachstum ihre Energiereserven unbedingt in die westlichen Staaten exportieren. Die Bruttoinlandsproduktion dieser Staaten hängen überwiegend von den Energie-Export-Einnahmen ab. So ist z. B. der Anteil der Energieexporte an den Gesamtexporten in den letzten zehn Jahren von

64 % auf 70 % gestiegen (Özalp, 2015:13). Ein anhaltend niedriger Energiepreis, der seit der Ukraine-Krise (2014 annektierte Russland die Krim) zu beobachten ist, würde die Wirtschaft der Energie-Förderländer empfindlich schwächen. Die Unterbrechung der Energieimporte würde auch auf die Energie-Verbraucherländer erhebliche Auswirkungen haben, weil die Verbraucherländer für ihr nachhaltiges Wirtschaftswachstum ununterbrochen Energie importieren müssen.

Abbildung 4: Welt-Erdölproduktion und -verbrauch nach Regionen
2016 in Mio. Barrel täglich



Quelle: BP. 2017: S. 18

Im Jahre 2016 stieg die tägliche Erdölproduktion in der Welt um 0,4 Mio. Barrel. Dies war das schwächste Wachstum seit 2013. Im Jahre 2016 betrug die Produktion im Nahen Osten ca. 1,7 Mio. Barrel pro Tag, getrieben durch Iran, Irak und Saudi-Arabien. Im selben Jahre wurde jedoch die Erdölproduktion durch Rückgänge in Nordamerika, Afrika, Asien-Pazifik und Süd- und Mittelamerika weitgehend ausgeglichen (BP, 2017:18). Das heißt, dass die Erdölreserven in Europa, Afrika und Amerika knapper werden. Wie in Abbildung 4 zu sehen, ist die Region Naher und Mittlerer Osten einer der größten Erdölproduzenten weltweit, sie gehört jedoch nicht wie Asien-Pazifik, Nordamerika und Europa zu den großen Erdölverbrauchern. Es ist hier wichtig zu betonen, dass die Mehrheit

des weltweiten Erdöls im Nahen und Mittleren Osten produziert wird und dann zum Verbrauch in die Regionen Asien-Pazifik, Nordamerika und Europa transportiert wird. Das gilt ebenso für Erdgas. Die erdgasreichsten Länder wie Russland, Iran, Katar und Turkmenistan transportieren den Großteil ihrer Erdgasreserven durch Pipelines in den Westen bzw. in die westlichen Staaten.

Die geografische Lage der Türkei macht sie zum günstigsten, billigsten und aus Sicherheitserwägungen heraus auch zum vernünftigsten Weg, Energiereserven des Nahen und Mittleren Ostens und auch Russlands/Zentralasiens in die westlichen Staaten zu transportieren. Die Türkei arbeitet seit den 2000er-Jahren daran, dieses Ziel zu erreichen. Bisher hat die Türkei viele Projekte wie die Baku-Tiflis-Ceyhan-Ölpipe-line (im Jahre 2006) und die Baku-Tiflis-Erzurum-Gas-Pipe-line (2007) realisiert. Es gibt aber noch etliche Pipeline-Projekte wie TANAP und Turk Stream, die noch frisch (2018) fertig gestellt sind, um die Energiereserven aus Zentralasien, aus dem Kaspischen Becken und auch aus Russland über die Türkei nach Europa transportieren zu können. Durch die Umsetzung dieser Pläne könnte auch die europäische Energieversorgungssicherheit gewährleistet werden.

Zahlen und Fakten zum Energiemarkt in der Türkei

Die Türkei ist ein Entwicklungsland wie China und auch wie Zentralasiatische Turkstaaten. Deswegen hat das Wachstum der türkischen Wirtschaft steigt jährlich immer höher. Dabei die Anzahl der türkischen Bevölkerung ist auch jährlich immer steigend. Aus dieser Grunde hat sich der Energieverbrauch in der Türkei in den letzten 15 Jahren verdoppelt, was mit einem enormen Wachstumspfad einhergeht. Prognosen gehen davon aus, dass der Energieverbrauch der Türkei sich von heute bis 2023 nochmals fast verdoppeln wird (Rolle, 2016:3). Der Energieverbrauch ist direkt proportional zu Entwicklung und Wachstum der Länder. Je mehr Energie ein Land verbraucht, desto größer ist die wirtschaftspolitische und sozioökonomische Entwicklung.

Die Türkei ist aber ein armes Land in Bezug auf die fossilen Energieträger wie Erdöl und Erdgas, deswegen deckt das Land 75 % seines Energiebedarfs durch Importe ab. Über 99 % des

türkischen Gasbedarfs und über 92 % des Ölbedarfs jährlich stammen aus dem Import. Die Türkei verbrauchte im Jahre 2015 38,8 Mio. Tonnen Erdöl, 43,6 Mrd. Kubikmeter Erdgas und 34,4 Mio. Tonnen Öläquivalent Kohle (Karagöl u. a., 2016:6). Deswegen benötigt das Land jährlich viel zu viele Devisen für den Energieimport, und zwar in solchem Ausmaß, dass es in einigen Jahren ungefähr 50 Mrd. Dollar für Energieimport bezahlt haben wird. Das verursacht ein großes Leistungsbilanzdefizit, das 2014 43,6 Mrd. Dollar betrug, 2015 32,1 Mrd. Dollar und 2016 32,6 Mrd. Dollar (Özalp, 2019: 547). Wie viel die Türkei jährlich für Energieimporte zahlt und wie groß das jährliche Leistungsbilanzdefizit in der Türkei ist, hängt von den schwankenden Energiepreisen ab. Seit 2014 sinken die Energiepreise. Im Juni 2014 betrug der Erdölprix pro Barrel 113 Dollar. Infolge der Sanktionskrise (März 2014) wegen des Ukraine-Konflikts zwischen EU/USA und Russland sanken die Erdölprix 2015 auf 52,3 Dollar pro Barrel, im Jahr 2016 sanken die Preise folglich weiter (Karagöl u. a., 2016: 12). Laut türkischem Statistikamt bezahlte die Türkei 2016 für die gesamten Energieimporte ca. 27,155 Mrd. Dollar, was bedeutet, dass sie ca. 30 % weniger für Energieimporte bezahlte als 2015 (Özvez, 2017: 22). Deshalb ist der Rückgang des Leistungsbilanzdefizits in den Vordergrund getreten.

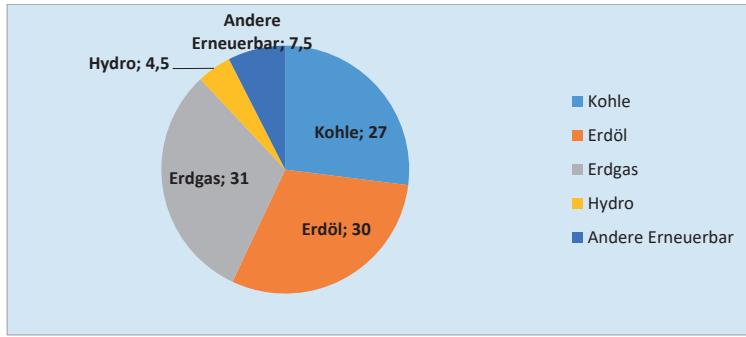
Abbildung 5: Die türkische Energieabhängigkeit – Verhältnis zwischen 1990 und 2015 in Prozent



Quelle: TP, 2017, S. 31

Laut Prognosen des staatlichen türkischen Energieunternehmens TPAO nimmt die Energieimportabhängigkeit der Türkei immer weiter zu. Diese steigende Abhängigkeit in den Jahren 1990 bis 2015 ist in Abbildung 5 zu sehen. Die Abhängigkeit ist im Jahre 2009 im Zuge der weltweit entstandenen Wirtschaftskrise nur kurz zurückgegangen. Seitdem steigt sie wieder permanent.

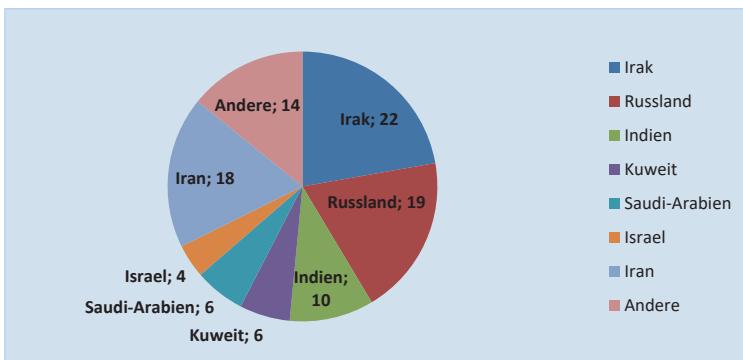
Abbildung 6: Verteilung des türkischen Energieverbrauchs nach Primärenergien im Jahr 2015 in Prozent



Quelle: TP, 2017: s. 30

Die fossilen Energieträger spielen im gesamten türkischen Energieverbrauch eine wesentliche Rolle. 2015 deckte die Türkei ihren Energiebedarf zu 88 % durch fossile Energieträger. Wie Abbildung 6 zu entnehmen ist, entfielen dabei auf Erdgas 31 %, auf Erdöl 30 % und auf Kohle 27 %. Der Anteil der erneuerbaren Energie betrug nur 12 %. Die Türkei ist in Bezug auf fossile Energiereserven ein energiearmes Land. Deswegen sollte die Türkei noch mehr Anstrengungen darauf verwenden, „alternative Träger“ (wie Sonne, Wasserkraft, Windkraft, Biomasse und Nuklearenergie) weiterzuentwickeln.

Abbildung 7: Verteilung der türkischen Erdölimporte nach Ländern 2016



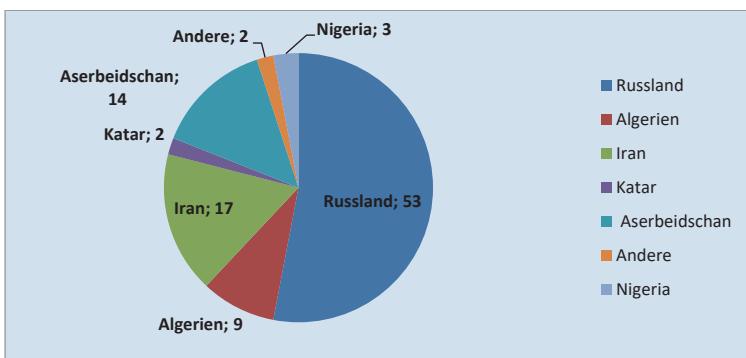
Quelle: TP, 2017: s. 33

Abbildung 7 zeigt die Verteilung der türkischen Erdölimporte im Jahr 2016 nach Ländern in Prozentangaben. Die Türkei importiert über 90 % ihres Ölverbrauchs aus verschiedenen Staaten. 2016 kam der türkische Ölimport zu 22 % aus dem Irak, zu 19 % aus Russland, zu 18 % aus dem Iran, zu 10 % aus Indien, zu 6 % aus Kuwait, zu 6 % aus Saudi-Arabien, zu 4 % aus Israel und zu 14 % aus anderen Staaten.

Beim Erdölexport der Türkei gibt es eine enorme Diversifizierung. Die Diversifizierung der Energiepipeline-Routen und -Bezugsquellen leistet einen großen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit der Staaten und sorgt für Stabilität. Falls es in einer Krisensituation zwischen den Staaten zu einer

Unterbrechung der Energielieferung kommt, könnte der Energie importierende Staat sich entschließen, andere Energielieferanten und -lieferrouten zu finden, weil die Energiesicherheit eine wichtige Säule für die Sicherheit des Staates ist.

Abbildung 8: Verteilung der türkischen Erdgasimporte nach Ländern 2016



Quelle: TP, 2017: s. 33

Der Erdgasverbrauch spielt eine herausragende Rolle im Gesamtenergieverbrauch der Türkei. Auch in Bezug auf ihre Erdgasreserven ist die Türkei ein armes Land. Deswegen deckt sie über 99 % ihres Bedarfs durch Importe ab. Abbildung 8 zeigt die Verteilung der türkischen Erdgasimporte 2016 in Prozent. Beim Erdgas ist der Diversifizierungsgrad wesentlich geringer als beim Erdöl. Die Türkei importiert mehr als Hälfte ihres Bedarfs aus Russland. 2016 bezog die Türkei ihr Erdgas zu 53 % aus Russland, zu 17 % aus dem Iran, zu 14 % aus Aserbaidschan, zu 9 % aus Algerien, zu 3 % aus Nigeria, zu 2 % aus Katar und zu 2 % aus anderen Staaten. Beim Erdgas sollte die Türkei ihre Bezugsquellen und Pipeline-Routen noch mehr diversifizieren.

Tabelle 1: Ausbauziele der erneuerbaren Energien in der Türkei bis zum Jahr 2023, in MW

Wasserkraft	34.000 MW
Windkraft	20.000 MW

Geothermie	1.000 MWe ⁷
Photovoltaik und CSP (Sonne)	5.000 MW
Biomasse	1.000 MW
Anteil install. Kapazitäten	49 % (61.000 MW)
Anteil an Stromerzeugung	38 % (159.433 GWh)

Quelle: Rolle, 2016, S. 22

Die Energiewende und die Energieeffizienz leisten einen enorm hohen Beitrag zur Energiesicherheit. Auf dem Weg zur Energiesicherheit ist die Nutzung alternativer Energieträger sehr wichtig. Andernfalls muss die Türkei für den Energieimport vermehrt Devisen aufbringen und bekommt ihr steigendes Leistungsbilanzdefizit nicht in den Griff. Das türkische Energieministerium äußerte sich über das Ziel betreffend die erneuerbaren Energiequellen bis zum Jahr 2023 folgendermaßen:

„Die installierten Kapazitäten erneuerbarer Energiequellen (Wind, Sonne und Geothermie) im Jahr 2015 betragen 5.375,9 MW (8,4 % der Gesamtkapazität) und sie trugen mit ca. 6,3 % zur Stromproduktion bei. Mit der Wasserkraft kommt man auf 31.243,7 MW (42 % der installierten Gesamtkapazität) und der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion lag im selben Zeitraum bei 31,9 %. Damit ist das Ziel eines mindestens 38 %igen Anteils erneuerbarer Energien an der Stromproduktion bis zum Jahr 2023 schon erreicht.“ (Rolle, 2016: 22)

Die erneuerbaren Energien sind die saubersten und umweltfreundlichsten Energiequellen. Daher sollte die internationale Staatengemeinschaft noch mehr Investitionen in die wissenschaftliche Erforschung und technologische Umsetzung der Nutzung dieser Energiequellen tätigen. Ein Beispiel für die Umweltfreundlichkeit erneuerbarer Energiequellen ist folgendes:

⁷ MWe Megawatt elektrisch ist eine Leistungsangabe. Sie bezeichnet die elektrische Leistung des Generators einer Energieumwandlungsanlage.

Wenn man mit Sonnenenergie 1 kWh Strom produziert, werden 46 g Kohlenstoff emittiert. Bei Windkraft beträgt dieser Wert 12 g und bei Wasserkraft 4 g. Bei fossilen Energieträgern stellt sich das ganz anders dar. Wenn man mit Kohle 1 kWh Strom produzieren will, werden 1.000 g Kohlenstoff emittiert. Für dieselbe Strommenge (1 kWh), wie oben auch erwähnt wurde, beträgt der Wert bei Erdöl 840 g und bei Erdgas 470 g (ETKB, 2016:2).

Der Verbrauch der erneuerbaren Energien ist in den letzten 5 Jahren weltweit deutlich angestiegen. In der Folge wurde in den letzten Jahren die Nutzung von Wind, Sonne und Geothermie billiger. Bei weiteren wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen ist mit weiteren Verbilligungen zu rechnen.

Als alternative Energiequellen gibt es zudem noch die Nuklearenergie, die die Türkei bis zum Jahr 2023 unbedingt für sich erschließen will. Die Türkei hat das Ziel, zur Regionalmacht zu werden und zu den Top-10-Wirtschaftsstaaten der Welt zu gehören. In der aktuellen Lage gehört sie zu den 16 größten. Die Türkei wächst schneller als der internationale Durchschnitt. Deswegen braucht die Türkei die Nuklearenergie – nicht nur einfach, um Strom zu erzeugen, sondern auch, um sich weiter zu industrialisieren (Sammann, 2015).

Der Atomphysiker Professor Yilmaz Kaptan der Kemerburgaz-Universität aus Istanbul betont, wie wichtig die Nuklearenergie für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei ist:

„Wenn man davon ausgeht, dass der Energiebedarf der Türkei jährlich um weitere sechs bis sieben Prozent wächst, dann wird unser Defizit schon bald von gut 70 auf bis zu 85 Prozent ansteigen. Und all das müssen wir durch Importe decken. Der schnellste Weg, um diese wachsende Energielücke zu schließen, ist die Atomkraft. Die Investitionskosten dafür mögen immens sein, aber die laufenden Kosten danach sind gering.“ (Sammann, 2015)

Die Türkei plant seit 2010, eine Nuklearanlage mit Russland aufzubauen. Die Kosten für dieses Kraftwerk sollen bei 20 Mrd. Dollar liegen. Die Lebenserwartung dieser Anlage soll 60 Jahre betragen. Das Kraftwerk soll aus vier Einheiten bestehen, wobei jede Einheit eine Leistung von 1.200 MW haben soll. Das Atomkraftwerk wird im südlichen Teil der türkischen Provinz Mersin Akkuyu aufgebaut und soll bis zum Jahre 2023

fertiggestellt werden (ETKB, 2017). Im Rahmen dieses Projekts wurde bereits ein Abkommen zwischen der Türkei und Russland unterzeichnet. Gemäß diesem Abkommen wurden bis 2017 über 300 türkische Studenten zur nukleartechnischen Ausbildung nach Russland geschickt (Akkuyu Nükleer, 2019).

Die Türkei arbeitet seit 2013 mit Japan an ihrem zweiten Atomkraftwerksprojekt. Dieses Projekt wird im nördlichen Teil der Türkei in Sinop angesiedelt und soll bis 2028 fertig sein. Auch dieses Kraftwerk soll aus vier Einheiten bestehen, von denen jede eine Leistung von 1.120 MW erreichen soll (ETKB, 2017).

Der Gesamtenergiebedarf der Türkei betrug 2015 269 Mrd. kWh. Wenn die in Mersin Akkuyu (35 Mrd. kWh jährlich) und in Sinop geplanten Projekte (34 Mrd. kWh jährlich) fertig sind, werden in der Türkei allein von diesen beiden Kernkraftwerken jährlich insgesamt 69 Mrd. kWh Strom erzeugt. Das hätte 2015 25 % des gesamten Strombedarfs der Türkei gedeckt (ETKB, 2016:1). Auf diese Weise könnte die Türkei beim Energieimport Milliarden Dollar sparen.

Zusammenfassend beruht die Energiestrategie der Türkei hauptsächlich auf zwei Säulen (Martyna-David, 2013:44):

- Sicherstellung einer diversifizierten, zuverlässigen und kostengünstigen Versorgung für den Inlandsverbrauch,
- Position als Schlüssel-Transitland für Energie (Energie-drehscheibe und/oder Energiehub).

Geplante und bestehende Pipeline-Projekte, die über die Türkei führen

Die Türkei versucht seit den 90er Jahren, die Erdöl- und Erdgasreserven aus Zentralasien und dem Kaspischen Becken über türkisches Territorium nach Westen zu transportieren. Zu diesem Zweck wurden mehrere Pipeline-Projekte entwickelt: Nabucco-Gaspipeline, Baku-Tiflis-Ceyhan-Ölipeline (BTC), Baku-Tiflis-Erzurum-Gaspipeline (BTE) und Trans-Anatolien-Gaspipeline (TANAP). Von diesen Projekten sind BTC im Jahr 2006 und BTE im Jahr 2007 fertiggestellt worden (Ayata, 2010:60). Leider konnte das in den Jahren 2002–2011 im Gespräch gewesene Nabucco-Projekt nicht fertiggestellt werden (Ercan, 2011: 7). In den letzten Jahren wurde über die Realisierung dieses Projekt fast nie gesprochen. Nun ist die

Nabucco Pipeline offenbar gestorben. Aber statt dieser Pipeline, wird die Verhandlungen zu Verwirklichung der Trans Adriatic Pipeline (TAP) zwischen Türkei, Italien, Griechenland und Albanien läuft (TAP, 2019).

Durch die BTC-Pipeline werden jährlich 50 Mio. Tonnen Erdöl aus Aserbaidschan/Kasachstan über die georgische Hauptstadt Tiflis bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan und von dort nach Europa transportiert. 2014 wurden durch diese Pipeline mithilfe von 361 Tankern 259 Mio. Barrel Erdöl nach Europa gebracht. Die Unternehmenspartner des BTC-Konsortiums haben 2016 388,92 Mio. US-Dollar Gewinn erwirtschaftet. Davon gingen 43,09 Mio. Dollar an den staatlichen Energie-Konzern (TPAO) der Türkei (TP, 2019).

Bei enorm steigenden Bedarf hat die Türkei eine Möglichkeit aus Aserbaidschan über Tiflis bis zur türkischen Provinz Erzurum (liegt im Norden der Türkei) jährlich mit einer Kapazität über die BTE Pipeline 20 Milliarden Kubikmeter Erdgas importieren zu können (Özev, 2017:53).

Die über die Türkei geplanten und bestehenden Pipelines, die von Osten nach Westen verlaufen, werden als südlicher Korridor bezeichnet. Wie z. B. auf Karte 1 ersichtlich, wurde die Trans Anatolia Natural Gas Pipeline (TANAP) beziehungsweise die South Caucasus Pipeline (SCP) gebaut. Und die Trans Adriatic Gas pipeline (TAP) ist weiter geplant. Dadurch möchte die Türkei ihre Stellung als Energiehub festigen. Das hat zwei Gründe: Die Türkei beabsichtigt einerseits, ihre Energieversorgung und andererseits ihren politischen Einfluss in Europa und auch in der gesamten Region zu sichern (Martyna-David, 2013:47). Mit dieser Strategie könnte die Türkei in der Zukunft eine "Regional Player" und oder auch eine Regionale Macht werden.

Das Konsortium der SCP wird Erdgas aus den aserbaidschanischen Gasfeldern Schah Deniz I und II bis zur nordöstlichen Grenze der Türkei liefern. Zum Konsortium der SCP gehören folgende Energie Konzern aus verschiedenen Staaten (mit Prozentangabe): England/BP (28,83 %), Norwegen/Statoil (15,20 %), Aserbaidschan/SOCAR (16,67 %), Russland/Lukoil (10,00), Iran/NIOC (10,00 %), Türkei/TPAO (19,99 %) (TP, 2019).

Wie auf Karte 1 zu sehen, wird das Gas, wenn es aus Aserbaidschan durch SCP bis zur nordöstlichen Grenze der Türkei kommt, durch TANAP bis zur nordwestlichen Grenze der Türkei transportiert und dann durch TAP nach Europa. Die Gesamtlänge dieser drei Projekte beträgt 3.500 km, die Gesamtkosten betragen 45 Mrd. Dollar (Erdoğan, 2017: 11).

Karte 1: Die Transit-Routen der Pipelines SCP, TANAP und TAP



Quelle: BP, https://www.bp.com/tr_tr/turkey/hakk_m_zda/bptuerkiye/shah_deniz_turkey.html, abgerufen am 15.1.2018.

Durch TANAP werden jährlich 31 Mrd. Kubikmeter Gas aus Zentralasien über die Türkei nach Westen transportiert werden. Diese Pipeline wurde im Jahre 2018 fertiggestellt und also bis Jahre 2026 wird TANAP mit Gas voll ausgebaut sein. In der ersten Stufe werden zunächst nur 16 Mrd. Kubikmeter Gas transportiert, wovon der Türkei 6 Mrd. Kubikmeter für ihren Inlandsverbrauch zur Verfügung stehen (Erdoğan, 2017:17).

Die Anteile der Partner am TANAP-Pipeline-Konsortium sind wie folgt: Aserbaidschan/SOCAR (58 %), Türkei/BOTAS (30 %) und England/BP (12 %) (TANAP, 2018). Die Realisierung der Energiepipeline-Projekte (wie BTC, BTE und TANAP) zwischen Aserbaidschan und der Türkei verstärkte die sozio-ökonomischen und wirtschaftspolitischen Beziehungen der beiden Länder. Aserbaidschans Energiekonzern SOCAR hat beispielsweise die türkische petrochemische Firma PETKIM erworben. So hat Aserbaidschan sein finanzielles Engagement auf dem türkischen Energiemarkt erhöht (Martyna-David, 2013:49). Die Kosten für das Projekt TANAP belaufen sich auf

10 Mrd. Dollar, die Gesamtlänge beträgt 1.850 km (Erdoğan, 2017:17).

Die TAP-Pipeline, der dritte und letzte Teil des südlichen Korridors, wird sich von Edirne nach Griechenland, weiter nach Albanien und unter der Adria bis nach Italien erstrecken. Aserbeidschans Gas wird mit dieser Pipeline über die Türkei nach Europa transportiert. Die Gesamtlänge der TAP-Pipeline beträgt 870 km und die Kosten betragen 4,5 Mrd. Euro (Erdoğan, 2017:18).

Auf dem Weg zur Energiedrehscheibe der Türkei gibt es noch eine Pipeline, die Turk Stream heißt. Sie soll zwischen der Türkei und Russland realisiert werden. Zum Bau dieser Pipeline wurde 2014 ein erstes Abkommen zwischen der Türkei und Russland unterzeichnet. Von Russland bis zur Türkei (İstanbul) werden unter dem Schwarzen Meer zwei parallel zueinander verlaufende Pipelines realisiert. Die Kapazität jeder Pipeline beträgt 15,75 Mrd. Kubikmeter, insgesamt macht dies zusammen 31,5 Mrd. Kubikmeter. Eine Linie der Turk Stream Pipeline ist fast fertiggestellt. Die Türkei wird durch Turk Stream 15,75 Mrd. Kubikmeter Gas für ihren Inlandsverbrauch erhalten, der Rest (aus der Zeiten Linie) wird weitertransportiert nach Europa (Turkstream, 2018).

Die Türkei hat wegen ihrer geopolitische und geostrategische Lage genug Chancen und Möglichkeiten, durch die bestehenden und geplanten Pipeline-Projekte, eine Energie-Handels Zentrum zu werden. Deswegen, soll die Türkei hier ihre Kräfte nützlich machen, die sich durch ihre geopolitische und geostrategische Lage ergeben zu können. Die bestehenden und geplanten Pipeline-Projekte, die von Russland, dem Kaspiischen Meer und dem Nahen und Mittleren Osten über die Türkei nach Westen verlaufen, könnten der Türkei den Aufstieg zur Regionalmacht ermöglichen.

Ewa Martyna-David formuliert dazu wie folgt:

„Die Erfüllung dieser Strategie soll der Türkei den Aufstieg zu einer regionalen Macht ermöglichen. Diese Position würde auch Ankara helfen, sein außenpolitisches Ziel, »Null-Probleme mit den Nachbarn« zu erreichen. Energie spielt dabei insofern eine bedeutsame Rolle, als in vielen Fällen die Nachbarn fossile Energieträger liefern (z. B. Aserbaidschan) oder kaufen und die Türkei

als Partner brauchen. Wegen des Eigentums einer Schlüsselinfrastruktur für den Energietransit wird Ankara aus heutiger Sicht in der Lage sein, diesen Umstand in politischen Einfluss über die Region hinaus transformieren zu können ... Die Möglichkeit der Entwicklung zu einer regionalen geopolitischen Macht liegt hauptsächlich in der Kontrolle der Pipelines.“ (Martyna-David, 2013:49)

Schlusswort

Die türkische und europäische Energienachfrage steigt stetig. Auch die Importabhängigkeit im Zusammenhang mit der Energie nimmt auf beiden Seiten zu. Die gesamten Gasimporte von der Türkei und EU betragen 2014 202 Mrd. Kubikmeter. Im selben Jahr betrug die gesamte Gasproduktion von beiden Seiten 260 Mrd. Kubikmeter. Die Prognosen zeigen eine weiter steigende Gasnachfrage von Türkei und EU bis 2030. Laut IEA wird der Gasbedarf von der Türkei und EU von 2014 bis 2030 von 262 Mrd. Kubikmeter auf 521 Mrd. Kubikmeter zunehmen, während die interne Produktion beider Seiten bis 2030 auf 194 Mrd. Kubikmeter zurückfallen soll. Das bedingt, dass die Gasimporte von der Türkei und Europa im Jahr 2030 327 Mrd. Kubikmeter betragen werden (TurkStream, 2018).

Die EU und die Türkei versuchen, diese steigende Energieabhängigkeit durch alternative Energieträger auszugleichen. Aber die immer weiter steigende Energienachfrage bleibt nach wie vor bestehen. Auf der einen Seite muss Europa für seine Energieversorgungssicherheit seine Energiebezugsquellen und -pipe-linerouten diversifizieren. Auf der anderen Seite müssen die Staaten wie Russland, die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres und der Nahe Osten (wie Iran, Irak, Katar und Saudi-Arabien usw.), die Energieproduzenten sind, für ihr Wachstum ihre Energiereserven zu den Endverbrauchermärkten in Europa exportieren.

In diesem Zusammenhang unternimmt und auch Versuche die Türkei, zwischen Osten und Westen ihre Rolle als Schlüsseltransitland auszubauen und sich zu einem Energiezentrum zu entwickeln. Die Türkei zählt wegen ihrer geografischen und geostrategischen Lage zu den zuverlässigsten und begehrtesten Partnern sowohl für die Energieproduzenten als auch für

die Endverbrauchermärkte. Im Rahmen dieser Strategie könnte die Türkei zur Regionalmacht werden.

Literaturverzeichnis

- Ayata Ali, 2010, Die geostrategische Positionierung Turkmenistans als Erdgas- und Erdölleiferant im 21. Jahrhundert, Cumhuriyet Üniversitesi Sosyal Bilimler Dergisi, Aralık 2010, Cilt: 34, Sayı: 2, 87-93,
- Akkuyu Nükleer, Projekt zeite Rusya'da Egitim
<http://www.akkunpp.com/rusyada-egitim>, abgerufen, 1.11.2017.
- Brill Heinz, 2010, Die Bedeutung von Ferngasleitungen für die europäische Energiesicherheit. Der Streit um die Pipeline-Projekte, Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), April, http://www.bundesheer.at/pdf_pool/omz/oemz2010_04.pdf
- Brill Heinz, 2013, Die neue geopolitische Rolle der Türkei. „Strategische Tiefe“ als außenpolitisches Konzept? Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), April <https://www.oemz-online.at/pages/viewpage.action?pageId=8421384>
- Rolle Carsten, 2016 Energie für Deutschland 2016. Fakten, Perspektiven und Positionen im globalen Kontext, Herausgeber: Weltenergierat – Deutschland e.V. Mai, S. 37.
- BP, 2017, British Petroleum, Statistical Review of World Energy June 2017.
- BP, British Petroleum,
https://www.bp.com/tr_tr/turkey/hakk_m_zda/bp-tuerkiye/shah_deniz_turkey.html, abgerufen am 15.1.2018
- ETKB, 2016, Türkiye'nin Nükleer Santral Projeleri: Soru-Cevap, T.C. Enerji ve Tabii Kaynaklar Bakanlığı. Nükleer Enerji Proje Uygulama Dairesi Yayın Serisi, 11 Ocak.
- ETKB, 2017, Ülkemizde Planlanan Nükleer Santral Projeleri, T.C. Enerji ve Tabii Kaynaklar Bakanlığı <http://www.enerji.gov.tr/tr-TR/Sayfalar/Ulkemizde-Planlanan-Nukleer-Santral-Projeleri> erişim tarihi, 1.11.2017.
- Erdoğan Nuray, 2017, Tanap Projesinin Türkiye ve Azerbaycan Enerji Politikalarındaki Yeri ve Önemi, Ömer Halisdemir Üniversitesi İktisadi ve İdari Bilimler Fakültesi Dergisi.
- Ercan Murat, 2011, Avrupa Birliği Nin Enerji Politikasında Türkiye'nin Önemi, Akademik Bakış, Sayı 25, Temmuz – Ağustos.
- Karagöl, Erdal Tanas, Kaya Salih, Koç Yusuf Emre, 2016, 2016'da Enerji, SETA Raporu, <https://www.setav.org/2016da-enerji/>.

- Martyna-David Ewa 2013, Energiepolitik als regionaler Integrationsmechanismus am Beispiel der Türkei, Kurswechsel 3/2013: 42-52 www.kurswechsel.at
- Sammann Luise, 2015, Die Türkei wagt den Atomeinstieg, Deutschlandfunk, <https://www.deutschlandfunk.de/verfassungsreferendum-tuerkei.2952.de.html> abgerufen am 15.03.2019
- Özalp Mustafa, 2015, Die Sanktionskrise der Weltgroßmächte – Die Hintergründe der gegenseitigen Sanktionen zwischen der EU, den USA und Russland und deren Auswirkungen auf zukünftige Beziehungen, Asosjournal (The Journal of Academic Social Science) Yıl: 3, Sayı: 13, Haziran, S. 404-415.
- Özalp Mustafa, 2019, Küresel Ölekte Türkiye'nin Enerji Arz ve Talep Güvenliği, Turkish Studies, Volume 14, Issue 1, Doi Number: 10.7827/TurkishStudies.14140
- Özev Muhammed Hilmi, 2017, Küresel Denklemde Türkiye'nin Enerji Güvenliği SETA raporu, SETA.
- TP, 2017, Türkiye Petrolleri Strateji Geliştirme Daire Başkanlığı, Ham Petrol ve Doğal Gaz Sektör Raporu Mayıs.
- TAP, 2019, TAP (Trans Adriatic Pipeline) at a glance, <https://www.tap-ag.com/the-pipeline>, abgerufen am 15.03.2019
- TP, 2019, Projektseite, Türkiye Petrolleri Anonim Ortaklığı, <http://www.tpaov.gov.tr/tp5/?tp=m&id=30>
- TurkStream, 2018, Projektseite, <http://turkstream.info/tr/>
- TANAP, 2018, Projektseite, <http://www.tanap.com/> – abgerufen am 18.1.2018.

Kann der kranke Mann wieder aufstehen?⁸

Einleitung

Gesellschaften weisen ähnliche Aspekte im Vergleich zu den physischen Gesetzen auf. Wenn das soziale Gebilde als Foto einer Gesellschaft nach Ort und Zeit definiert werden sollte, merkt man bei den Institutionen den Bedarf nach Änderungen. Nach einigen Änderungsmodellen werden die Gesellschaften wie Organismen einer Betrachtung unterzogen. Spengler definiert die Zivilisationen als „Organismen, welche gemeinsam die Geschichte bestimmen“ (Spengler, 1998:104). Nach Toynbee werden auch die Gesellschaften wie „die physischen Organismen größer, stärker und leistungsfähiger“ (Toynbee, 1971:37). Eine Kindheit, Jugend, Reifezeit und eine Alterzeit bestimmen ihre eigene Zivilisation in der Kultur. Wie jedes Lebewesen, erleben auch die Gesellschaften diese Phasen. Charismatische Persönlichkeiten spielen in solchen Fällen besonders aber beim Altern der Zivilisationen eine enorme Rolle. Wenn die kulturellen Entwicklungen Änderungen erzwingen, welche durch die traditionellen Autoritäten verhindert werden, gewinnen die charismatischen Leader in solchen Zeiten an Wichtigkeit. Prinzipien, Traditionen und Organisationen der Leader werden institutionalisiert (Breuer, 1994; Weber, 2002).

Gegen Ende des Osmanischen Reiches hat der Ausspruch „Kranker Mann am Bosporus“ Verwendung gefunden. Die Linie Atatürks als ein charismatischer Leader ermöglichte ihm, das Land aus dem kläglichen Zustand herauszuführen. In Ländern mit orientalischem Verständnis wie der Türkei wird Charisma weiterhin eine bestimmende Rolle spielen. Fast ein Jahrhundert ist seit der Gründung der Republik vergangen. Die Diskussion der Modernisierung im Sinne einer Europäisierung geht wie vor hundert Jahren weiter. Die Frage ist, ob die Geschichte sich wiederholt und ein charismatischer Leader die Lage des Landes wieder verändern kann. Ist die Türkei wieder als kranker Mann zu betrachten? Besteht die Möglichkeit das

⁸ Dr. Mustafa Yıldız

Land zu einer Regionalmacht geschweige denn zum Global-player zu machen oder wird die Türkei weiterhin zu keinem der beiden Kontinente gehören und auf sie zugeschriebene Rolle einer Brücke spielen, ohne dabei Einfluss auf die Politik in der Region zu nehmen? Wird sie sich im internationalen Bereich vom „Objekt“ zum „Subjekt“ entwickeln können? (Brill, 2013). Im Folgenden wird versucht, die Lage des Landes unter diesen Aspekten zu analysieren.

Der Anfang

Die Geschichte der Türken auf dem Gebiet beginnt mit dem 11. Jahrhundert. Die sogenannten Berittenen (Dönmez, 2001: 213) bevorzugten für ihre Einwanderung das Kleinasien als Ziel. Der Sieg gegen die Byzantiner bei Malazgirt im Osten Anatoliens 1071 gab den Türken die Möglichkeit, das Gebiet zu besiedeln. Mit dem schnellen Sesshaftwerden der Turkstämme änderte für die einheimische (griechisch- oder armenischsprachige) Bevölkerung nur die Oberherrschaft. An der christlichen und islamischen Lebensweise änderte sich nichts und die Menschen blieben in ihren Lebensformen frei.

Die Seldschuken waren es, die vom 11. bis 13. Jahrhundert über ganz Anatolien ihre Macht ausbreiteten. Konya als Hauptstadt der Seldschuken bildete den Mittelpunkt. Die Einwanderung der Turkstämme aus Zentralasien hielt während der Herrschaft der Seldschuken nicht an.

Nach dem Zerfall der Seldschuken Mitte 13. Jahrhunderts vereinigte der Stammesführer Osman die kleinen Stammesfürstentümer zu einem Staatsgebilde. Die jahrelangen Auseinandersetzungen mit Byzanz öffneten den Osmanen die Toren des Reiches. Der Fall von Bursa und Nikäa (Iznik) machte das Fürstentum zu einem Reich. Ab Mitte des 15. Jahrhunderts konnten Balkan, Ägäis und Anatolien als osmanisches Gebiet bezeichnet werden. Mit der Eroberung Konstantinopels 1453 verlagerte Mehmet der Eroberer die Sultans-Residenz von Edirne nach Istanbul. In den ersten Dekaden des 16. Jahrhunderts standen die Osmanen vor Wien.

Die militärische Überlegenheit und der Glanz des Reiches bis zu den Niederlagen gegen Ende des 17. Jahrhunderts und dem Friedensvertrag von Karlowitz (1699) (T. Tarihi, C. 3,

1992:45) ließen es nicht zu, europäisch zu werden. Das Verständnis des „Östlers“ (Ülken, 1992:23) war gewählt worden. Anfang des 18. Jahrhunderts kam aber die Zeit der Nachahmung des Westens. Obwohl eine Zeit lang die Europäisierung (die Übernahme der militärischen Technik und Modernisierung) seitens des Sultans abgelehnt wurde, begann die Elite Anfang des 19. Jahrhunderts sich durchzusetzen, um den Verfall zu stoppen (Steinbach, 1996:36). Es wurden ernsthafte strukturelle Reformen unternommen. Das 19. Jahrhundert kann man deswegen als Jahrhundert der Reformen bezeichneten (Steinbach, 1996:38). Die Organisation von Regierung und Verwaltung (Tanör, 1996:38; Saribay, 1986:9), Rechtspflege und die Beachtung von Menschenrechten (Ülken, 1992:36), die Organisation des Militärs (Matuz, 1985:225) und das Erziehungswesen (Ülken, 1992:48) können als einige wichtige davon hier erwähnt werden. Die der Tanzimat (Neuordnung 1839) und Islahat Fermani (Edikt des Ediktes 1856) zuzuschreibenden Reformen brachten in Wahrheit jedoch eine Zerteilung des Osmanischen Reiches, denn diese waren aufgrund des Drucks von Europa durchgeführt worden (Ülken, 1992:40).

Gehört das Land dem Osten oder dem Westen? Soll man das Alte oder das Neue bevorzugen? Zählt man zu Europa oder zu Asien? Das sind Fragen, die man durch eine Synthese der beiden Pole zu lösen versucht hat (Ülken, 1992:42). In der türkischen Gesellschaft erlebt man seit jeher diese Dualität der Zugehörigkeit sogar bei den Gedanken, die nie zur Ruhe kamen.

Da durch die Revolutionen von 1830 und 1848 in Europa das Demokratieverständnis allgemeine Zustimmung fand, wurde das Osmanische Reich Richtung Konstitutionalismus unter Druck gesetzt (Yıldız, 2005:83). Nach der Besteigung des Throns durch den Konstitutionalisten Abdulhamid II. und der Verkündung des Grundgesetzes (Kanun-ı Esasi) 1876 wurde das Vielvölkerreich formell in eine konstitutionelle Monarchie umgewandelt. Der Sultan löste aber das Parlament nach elf Monaten auf und schickte die Abgeordneten in ihre Provinzen (Matuz, 1985:236). Erst nach 30 Jahren wurde es aufgrund des Drucks von unten noch einmal zusammengerufen (Tanör, 1996:96).

Das Komitee für Einheit und Fortschritt (Ittihat ve Terakki Cemiyeti) - im Ausland als Jungtürken bekannt - begann ab 1908 die Politik des Landes zu prägen (Tunaya, 1960:51). Die Jahre nach der Absetzung des Sultans waren von Krisen gekennzeichnet. Der Erste Weltkrieg wurde verloren. Man musste mit den Siegermächten Verträge (Waffenstillstand von Mudros (1918) und Vertrag von Sevres (1920)) unterzeichnen, welche den Zerfall des Reiches bedeuteten und es zum Spielball der Siegermächte machten (Neumann-Adrian & Neumann 1990:284).

Der Unabhängigkeitskrieg (1919-1920) ermöglichte es, Anatolien gegen Entete-Staaten zu verteidigen. 1919 ging Mustafa Kemal mit dem Auftrag nach Samsun und sorgte durch die Kongresse (Erzurum und Sivas) für die Wiedervereinigung des Landes. Da Istanbul unter fremder Besatzung war, berief Mustafa Kemal ein Parlament nach Ankara ein, die *Große Türkische Nationalversammlung* (TBMM), die sich als Stimme des Volkes sah und das Recht beanspruchte, Gesetze zu geben und das Land zu regieren (Neumann-Adrian & Neumann, 1990: 296).

Das Land, das jahrhundertelang islamisch geprägt war, sollte nun wie aus den Reden Mustafa Kemal Atatürks hervorgeht, eine andere Richtung, nämlich die Richtung des Westens, nehmen. Um die Gleichwertigkeit zu erlangen, sollte das Traditionelle und Islamische aufgegeben werden (Kündig-Steiner, 1977:370). Die Souveränität ging von nun an vom Volk aus und dieses Volk sollte nicht mehr als Ümmet (religiöse Gemeinschaft), sondern als Millet (Nation) betrachtet werden.

Die Republik

Die Türkei, die aus der Asche eines großen Imperiums entstand, etablierte sich zu einem modernen und nationalen Staat in der Region. Ankara wurde zur Hauptstadt und Mustafa Kemal wurde zum ersten Präsidenten der Republik Türkei. Der Islam wurde als Hindernis auf dem Wege zur Modernisierung gesehen. Die Annahme, dass die Trennung von Religion und Staat den Siegermächten Stärke gab, bewirkte, dass der Laizismus im Lande durchgesetzt wurde. Es wurde keine Staatsreligion zugebilligt. Sultanat und Kalifat wurden abgeschafft. Die Scharia wurde vom modernen europäischen Recht abgelöst.

Schweizer Zivilrecht und italienisches Strafrecht wurden übernommen. Das arabische Alphabet überließ seinen Platz dem lateinischen. All diese Maßnahmen waren ein Zeichen dessen, dass Atatürk das Land nicht mehr nach den religiösen Prinzipien lenken wollte. Der Staat sollte nun mehr die Religion kontrollieren. Er wurde 1927 lebenslänglich zum Parteiführer gewählt.

Der Versuch, eine oppositionelle Partei zu gründen, ist fehlgeschlagen. Die sechs Prinzipien der Republikanischen Volkspartei, die auch ein Bestandteil der Verfassung wurden, wurden als Kemalismus bekannt. Laizismus, Republikanismus, Populismus, Nationalismus, Reformismus und Ettatismus sind fast zu einer Ersatzreligion geworden (Adanir, 1995:43).

Ismet İnönü übernahm die Regierung nach dem Tod Atatürks und verhinderte die türkische Beteiligung am Zweiten Weltkrieg. Es waren keine leichten Jahre. Die politische Situation in der Region und Veränderungen in Europa zwangen dazu, einige Maßnahmen zu ergreifen. Als Erstes wurde eine oppositionelle Partei zugelassen. Durch die Truman-Doktrin wurde eine Annäherung zum Westen gesucht. 1952 wurde die Türkei Mitglied der NATO (Riemer, 1998:27).

1950 trat ein Bruch in der kurzen republikanischen Geschichte ein auf. Die oppositionelle Demokratische Partei erhielt eine große Mehrheit. Es kann von mehreren Gründen gesprochen werden. Als einer der wichtigsten Gründe dieses revolutionsartigen Sieges kann aber das leichte Erscheinen des Islams (Gebetsruf in arabisch) in der Öffentlichkeit betrachtet werden (Yücekök, 1976:89). Die wirtschaftlichen Probleme, Auslandsverschuldung, steigende Arbeitslosigkeit, Abwertung der türkischen Währung und Preissteigerung verschlechterten die Lage der Türkei und veranlassten die Übernahme der Regierung im Mai 1960 durch das Militär (Kündig-Steiner, 1977:374). Alle Minister wurden festgenommen. Der Ministerpräsident zwei Minister und 12 weitere wurden am 15. September 1961 gehängt (Adanir, 1995:89). Die Armee präsentierte sich als Hüterin von Atatürks Ideen. Nach einer neuen Verfassung (7. September 1961) und der Parlamentswahl (15. Oktober 1961) zog sich das Militär zurück (Dartan, 1990:80). Dieser erste Umbruchversuch brachte keine Wendung.

Die Volkspartei gewann die Wahlen und blieb auf dem Kurs der Europäisierung. Das Assoziierungsabkommen mit der EWG wurde unterzeichnet (1963). Es sah den Beitritt der Türkei in die Gemeinschaft (EG) vor (Şen, 1996:92). Die politischen und wirtschaftlichen Probleme ließen nicht nach. Die Verfassung von 1961 wurde fast zur Hälfte revidiert. Am 12. März 1971 trat Ministerpräsident Süleyman Demirel aufgrund eines Ultimatums der Armee zurück. 1971 bis 1973 wurde die Türkei von einer überparteilichen Regierung geführt (Babataş, 1996:50).

Mit den Parlamentswahlen 1973 begann die Zeit der Koalitionen in der Türkei. Die islamisch gerichtete Partei MSP unter Necmettin Erbakan konsolidierte mit der sozialdemokratischen CHP Ecevits (Adanır, 1995:96). Diese Koalition überließ ihren Platz der „Nationalistischen Frontkoalition“ (1974), wegen der Annahme, dass die MSP „eine islamische Ordnung“ propagierte. Regierungen mit wechselnden Mehrheiten, nicht durchgeführte Sanierungsprogramme, steigende Arbeitslosigkeit und Inflationsrate und Auslandsverschuldung waren Gründe für Neuwahlen (1977). Die neuen Regierungen konnten für die Probleme keine Lösungen bieten. Preiserhöhungen und ein Einfrieren der Löhne führten zu Unruhen. Weil das Militär die Sicherheit und Ordnung des Landes in Gefahr sah, übernahm es die Verwaltung des Landes (12. September 1980), rief das Kriegsrecht aus, verbot den politischen Parteien und Gewerkschaften die Tätigkeit und nahm viele Politiker fest (Weitz, 1987:27).

Eine neue Verfassung (1982) wurde ausgearbeitet. Im Vordergrund stand die Stabilität des Landes. Die Einschränkung der Grundrechte und zentrale Kontrolle kennzeichneten aber diese. Ein Jahr danach wurden die nächsten Wahlen durchgeführt. Die „Mutterlandspartei“ (Anavatan Partisi, ANAP) war die Siegerin, denn sie sammelte alle politischen Richtungen in sich. Turgut Özal war der neue Mann (Steinbach, 2000:54), der das Land aus dem Etatismus heraus zu einer freien Marktwirtschaft lenken sollte. Die Politik der 80er Jahre war von ihm geprägt. Aufgrund seines Charismas beeinflusste er fast alle Bereiche. 1987 stellte er den Antrag zur endgültigen Aufnahme als Mitglied in die EU. Dies kennzeichnete die Richtung seiner Politik. Turgut Özal wurde durch seine Fraktion zum

Präsidenten gewählt (1989). In den 90er Jahren nahm seine Politik auch eine andere Richtung. Vetternwirtschaft, Bereicherung Nahestehender, Arbeitslosigkeit und steigende Inflation drehten das Rad um. Obwohl seine Zeit als Zeit der Liberalisierung betrachtet wird, kann von keiner Stabilität und Wohlstand die Rede sein. Nach dem Tod Özals 17. April 1993 wurde Süleyman Demirel zum Präsidenten gewählt.

Eine Frau (Tansu Çiller), die zunächst als Hoffnung gesehen wurde, wurde an Stelle Demirels Ministerpräsidentin. Ihre Politik begeisterte die Menschen nicht. 1994 verlor sie die Kommunalwahlen an Erbakans Wohlfahrtspartei. Sie schaffte aber, dass das Europäische Parlament am 13. Dezember 1995 mit mehr als Zwei-Drittel-Mehrheit für die Errichtung der Zollunion EU-Türkei, welche ab 1996 in Kraft treten sollte, zustimmte. 1995 zerbrach die Koalition und die Wahlen wurden vorgezogen (24. Dezember 1995). Erbakan gewann die Wahlen mit relativer Mehrheit (21,5 Prozent), die „Fundamentalisten“ waren die Sieger (Moser/Weithmann, 2002:270).

Erbakan bildete eine Koalitionsregierung mit Çiller (Juli 1996). Es wurde propagiert, dass das Ende der kemalistischen Ära gekommen sei. Einen zweiten Bruch erlebte man in der türkischen Geschichte. Die Stunde der „Islamisten“ begann. Hüter des Kemalismus (das Militär) machten Druck und Erbakan musste nach elf Monaten gehen (18. Juni 1997). Der Rücktritt Erbakans ließ der türkischen Politik ein neues Verständnis gewinnen. Der Präsident Demirel sollte die Tansu Çiller um die Regierungsbildung beauftragen. Obwohl beide Parteien die Mehrheit hatten, meinte Demirel, dass ‘nicht die Mehrheit, sondern die politische Überlegenheit für ihn zählt’ und beauftragte den Mesut Yilmaz mit der Regierungsbildung (Yıldız, 2005:126). Er bildete eine Mehrparteienkoalition, welche zu einem Minderheitenkabinett reichte. Bei seiner Regierungserklärung am 15. Juli 1997 berief er sich auf die Reformen des Republikgründers Atatürk und bekräftigte die Westbindung des Landes. Sein Vize und Außenminister Ecevit erklärte der internationalen Presse: „Die Türkei ist laizistisch und bleibt laizistisch und Herr Erbakan wird das eines Tages begreifen“ (Moser/Weithmann, 2002:300). Der zweite Bruchs Versuch ging auch somit schief.

Das neue Millennium

16. Januar 1998 wurde die Wohlfahrtspartei verboten. Die vor dem Verbot gegründete Tugend-Partei (Fazilet Partisi) war der Hafen vieler Abgeordneten und Kommunalpolitiker. Neue Gesichter waren an der Front der Tugend-Partei. Einer dieser Personen war Recep Tayyip Erdoğan, Bürgermeister der Metropole Istanbul, der aufgrund einer Rede zu zehn Monaten Haft verurteilt wurde. Mit ihm wäre ein gemäßigter, EU-freundlicher und konsensbereiter Politiker an die Spitze der Tugendpartei gelangt, der fähig wäre radikalen Strömungen entgegenzutreten (Moser/Weithmann, 2002:304-305).

Ende 1998 stürzten Ecevit und Baykal die Regierung Yilmaz. Am 18. April 1999 gewann Ecevit die einberufenen Neuwahlen und bildete eine 3-Parteien-Koalition. Die Festnahme Abdullah Öcalans und das katastrophale Erdbeben (17. August 1999) verwandelten das Jahr 1999 zu einem der dramatischsten Epochen der neuen türkischen Geschichte (Moser/Weithmann, 2002:322). Innenpolitisch änderte sich aber kaum etwas. Die alten Probleme waren wieder an der Tagesordnung.

Oktober 1999 sprach sich das europäische Parlament für eine Kandidatur der Türkei als EU-Mitglied aus und lud sie offiziell zum EU-Gipfeltreffen nach Helsinki. Im Dezember wurde sie in den Kreis der EU-Kandidaten aufgenommen. Mit den Verhandlungen musste man aber warten.

Nach sieben jähriger Amtsperiode endete die Präsidentschaft von Süleyman Demirel und Ahmet Necdet Sezer wurde am 5. Mai 2000 von der Nationalversammlung zum Präsidenten gewählt. Die Verfassungserneuerung durch die Nationalversammlung Ende September 2001, die bei allen Parteien Zustimmung fand, ist dem neuen Präsidenten gutzuschreiben.

Auf Antrag des Staatsanwaltes vom Mai 1999 wurde die Tugendpartei wiederum am 22. Juni 2001 verboten. Der eine Teil sammelte sich mit Erbakan in der gegründeten ‘Glückspartei’ (Saadet Partisi). Die Reformer riefen die ‘Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei’ (Adalet ve Kalkinma Partisi, AKP) aus (14. August 2001). Der Gründer war Recep Tayyip Erdoğan. Die Grundsätze sind als religiös wertorientiert, aber demokratisch im westlichen Sinne vorgestellt. Am 3. November 2002 gewann die Partei ihre erste Wahl und setzte die Anfang August

2002 eingeleitete Europäisierungspolitik fort. In dem Nationalen Programm vom Juli 2003 wurde dies nochmal als Aufgabe erklärt. Trotz all der Reformen seit der kemalistischen Revolution etablierte sich gegen den Beitritt der Türkei eine Skepsis in der EU. Sie sei zu groß, arm und zu islamisch und würde nicht in die EU passen.

Die Beitragsverhandlungen vom Oktober 2005 lieferten keine Aussicht, ganz im Gegenteil sprach die Bundeskanzlerin Merkel von einer ‘privilegierten Partnerschaft’, welche vom Sarkozy auch unterstützt wurde. Man versuchte aber einen Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden. Der Wille des Westens wurde nach dem Scheitern des Annan-Plans seitens der Türkei in Frage gestellt. Man weigerte den Verpflichtungen in Sachen Zollunion nachzukommen. Die EU fror diesbezüglich im Dezember 2006 acht der 33 Kapitel. Franzosen gaben weitere fünf Kapitel nicht frei (2007) und Zypern blockierte (2009) weitere sechs Kapitel wegen andauernder Verweigerung in Sachen Zollunion. 2011 waren nur noch drei Kapitel für die Verhandlungen offen. Die Verhandlungen landeten in eine Sackgasse.

2015 war ein Jahr, in dem die Verhandlungen wieder den Lauf fanden. Die Flüchtlingskrise sollte zum Anlass genommen werden, um weitere Kapitel zu öffnen. Im Dezember 2015 und Juni 2016 wurde das mit Kapitel 17 (Wirtschafts- und Währungspolitik) und Kapitel 33 (Finanz- und Haushaltvorschriften) verwirklicht. Der gescheiterte Putschversuch vom 15. Juni 2016 und die Diskussionen über die Einführung der Todesstrafe lässt die Europäer über das Einfrieren der Verhandlungen laut denken. Das Hin und Her der Beitragsbeziehungen verursacht sowohl in der türkischen Bevölkerung eine abnehmende Zustimmung wie auch den Verlust der Glaubwürdigkeit der Europäer gegenüber den Türken.

Der Putschversuch brachte mit sich einige Neuigkeiten. Der Ausnahmezustand wurde ausgerufen. Es kam zu tausenden Entlassungen. Die politischen Unruhen hörten nicht auf. Die Regierungspartei machte den Versuch, einen Kurswechsel in der Republik herbeizuführen. Das 95-jährige Parlamentssystem sollte nun mehr seinen Platz dem Präsidialsystem übergeben. Da für Verfassungsänderungen 2/3 Mehrheit notwendig ist, stimmte die Nationalversammlung am 21. Januar

2017 für eine Verfassungsänderung, in der die notendige Mehrheit eine Volksabstimmung ermöglichte. In dieser Volksabstimmung sollten Artikel geändert werden, in denen die Einführung des Präsidialsystems auch beabsichtigt wurde. Am 16. April 2017 brachte das Referendum (mit 51,41 %) ein Ergebnis in Richtung Präsidialsystem, welches 2019 in Kraft treten sollte (<http://ysk.gov.tr/tr/16-nisan-2017-anayasa-degisikligi-halkoylamasi/5002>).

Die Diskussionen über die Vorgehensweise des Präsidenten durch Dekrete und der permanente Ausnahmezustand veranlassten die Regierungspartei mit der MHP die Wahlen vorzuziehen. Die für den 03. November 2019 geplanten Wahlen wurden somit aus geopolitischen und Sicherheitsgründen auf den 24. Juni 2018 vorgezogen.

Mit der Wahl Erdogans zum Präsidenten am 24. Juni 2018 und seinem Kurs danach treten viele Fragen auf, die die Zukunft des Landes betreffend richtig beantwortet werden sollen. Die Farbe der Zukunft von nun zu bestimmen wird schwierig sein.

Regionalmacht oder Brücke

Die Rolle der Geopolitik nimmt in der internationalen Politik ständig zu. Obwohl die Großmächte die Richtung bestimmen, ergreifen die sogenannten Schwellenländer (eventuell auch Entwicklungsländer zu nennen) ihre Chancen um in der internationalen Politik eine Stellung zu ergattern. Die Tendenz von G-7 zu G-20 kann als solches verstanden werden. Die seit 1999 durch die G-7 ins Leben gerufene G-20 gibt der Türkei den Schwung, sich unter den wirtschaftlich entwickelten Ländern zu etablieren. Ob die Bestrebung vom Objekt (Südflanke der NATO) zum Subjekt in der eurasischen Zentralregion (Brill, ÖMZ, 4/2013) der Türkei den Weg einer Regionalmacht öffnen wird, braucht analysiert zu werden.

In seinem Paper untersucht Detlef Nolte die Macht und ihre Hierarchien im internationalen System (GIGA-WP-29/2006). Als Supermacht bezeichnet er die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts und definiert die Macht auf unterschiedliche Weise, entweder über Eigenschaften oder Ressourcen

von Staaten, oder als eine Beziehung zwischen Akteuren /Staaten, in dem ein Akteur/Staat das Verhalten eines anderen Akteurs/Staates beeinflusst oder verändert (Nolte, 2006:10).

Wenn es um die regionalen Führungsmächte geht, kann von der Unipolarität und Multipolarität die Rede sein. Obwohl die USA militärisch als Hegemonialmacht in einer unipolaren Welt an der obersten Stelle ihren Platz nimmt, handelt es sich auf der mittleren Ebene um wirtschaftliche Dinge und um eine multipolare Machtverteilung. Auf der untersten Ebene geht es sogar um die Einbeziehung von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren, denn es kommen hier Probleme wie Terrorismus, Klimawandel Verbreitung von Krankheiten und Seuchen vor (Nolte, 2006:18).

Auf welcher Ebene soll nun die Türkei betrachtet werden. Wenn der Unterschied einer globalen Macht zu einer regionalen Macht mit der Möglichkeit militärische Macht in unterschiedlichen Weltregionen zu projizieren und politischen Einfluss ausüben zu können beschrieben wird, kann in Bezug auf die Türkei von keiner Globalität gesprochen werden. Um als eine Regionalmacht bezeichnet werden zu können, bedarf es einer großen Bevölkerungszahl und einem hohen BIP. Außerdem muss eine Regionalmacht über starke konventionelle Streitkräfte und in einigen Fällen auch über Atomwaffen verfügen (Nolte, 2006:23).

Nolte listet nach Diskussionen einige Eigenschaften auf, die eine regionale Führungskraft als einen Staat definieren:

- Er ist Teil einer geographisch, wirtschaftlich und nach ihrem politischen Verständnis abgegrenzten Region;
- Er erhebt den Anspruch auf eine Führungsrolle in der Region (Selbstverständnis);
- Er übt entscheidenden Einfluss auf die geopolitische Abgrenzung und politisch-ideelle Konstruktion der Region aus;
- Er besitzt die materiellen (militärischen, wirtschaftlichen, demographischen), organisatorischen (politischen) und ideologischen Ressourcen für eine regionale Machtposition;
- Er ist mit der Region vernetzt, d.h. der relative Anteil am regionalen BIP reicht als Indikator nicht aus, notwendig ist

auch die wirtschaftliche, politische und kulturelle Vernetzung mit der Region;

- Er übt tatsächlich großen Einfluss in regionalen Fragen/Angelegenheiten aus (Aktivitäten und Ergebnisse),
- Übt diesen Einfluss auch und verstärkt über Gouvernanz-Strukturen aus,
- Definiert die regionale Sicherheitsagenda maßgeblich;
- Dessen regionale Führungsrolle wird durch andere Akteure/Staaten innerhalb und außerhalb der Region, vor allem auch durch andere regionale Führungsmächte, anerkannt oder zumindest respektiert;
- Er ist in interregionale und globale Foren und Institutionen eingebunden und agiert dort neben der Vertretung eigener Interessen zumindest ansatzweise auch als Sachwalter regionaler Interessen.

Ein Blick in die Liste der Eigenschaften, die eine Regionalmacht beschreiben, erübrigt diese einzeln zu untersuchen. Man merkt, dass ein Großteil der hier erwähnten Faktoren um als Regionalmacht agieren zu können in Bezug auf die Türkei fehlt. Die Anzahl der Bevölkerung bildet auf dem Wege einen wesentlichen Faktor. Das Wachstum in dieser Hinsicht kann positiv gesehen werden. Der Einfluss auf die regionale Politik bedarf auch eines langen Prozesses.

Fazit

Das Land, das aus den Aschen eines Reiches entstanden ist, hat den Schritt der Modernisierung noch nicht vervollkommen. Der Übergang vom Absolutismus zur Republik und die Phasen in der Republik (vom Ein-Parteien- zum Mehrparteiensystem) verliefen nicht ohne Probleme. Die Eingriffe des Militärs in das politische Leben, die sich fast alle zehn Jahre ereigneten und die dadurch verursachte Verfassungsänderungen waren ein Hindernis auf dem Weg der Demokratisierung. Man hat in dieser Hinsicht immer noch keine Ruhe gefunden. Die Verfassungsversuche, die von oben diktieren und Systemänderungen (Präsidialsystem) die mit knapper Mehrheit durgesetzt wurden, deuten, dass die politische Landschaft noch nicht stabil ist.

Die Zeit während des Kalten Krieges bescherte dem Land eine wichtige Stellung. Es bildete die Ostgrenze der NATO und war die Mauer gegen die Gefahren vom kommunistischen Osten. Obwohl sie beim Kampf der Kulturen (Huntington, 1998) als Gegenseite gesehen wurde, verhinderte man auf sie zu verzichten. Man brauchte an der Front ein Land, das zu allem bereit sein sollte. Das war die Türkei.

Die Bestrebungen zur EU-Mitgliedschaft seit über fünfzig Jahren brachten immer noch keine konkreten Schritte. Die Verhandlungen gehen weiter. Das gegenseitige Misstrauen hält an. Die Türkei beklagt die Unwilligkeit der EU für ihre Mitgliedschaft und die EU fordert greifbarere Schritte in Richtung Demokratisierung und Menschenrechte. Eine Nostalgie, die nie aufzuhören scheint. Die Türkei ist unverzichtbar für die EU, denn sie bildet die Brücke für ihre Energieversorgung (Özalp, 2018).

Die hohe Staatsverschuldung, die niedrigen Löhne, die Arbeitslosigkeit und ähnliche wirtschaftlich wichtige Themen, die auf eine Lösung warten, zeigen, dass das Land noch viel zu tun hat.

Die Außenpolitik, die in der Wahrheit auf „Frieden im Lande, Frieden auf der Welt“ basieren sollte (Inan, 1994), brachte das Land in den letzten Jahren zu einem Stand, dass sogar mit Nachbarstaaten kein Frieden herrscht, geschweige denn auf der Welt.

Alles Gute beginnt im Lande selbst. Die Instabilität in der inneren politischen Landschaft, die erniedrigende Annäherung an die oppositionellen Parteien und der Wirrwarr-Kurs der Regierenden ist für die Ablehnung derer, seitens der Opposition Grund genug.

Ein Land, das selbst noch auf der Suche nach Demokratisierung ist, keine wirtschaftliche Stabilität erreicht hat, sowohl bei der Innen- als auch bei der Außenpolitik keine feste Linie bestimmt hat, wird es schwierig haben, als Regionalmacht zu agieren. So lange die Worte nicht in Taten umgesetzt werden, wird die Türkei weiterhin eine Brücke bleiben.

Literaturverzeichnis

- Adanır, Fikret (1995). Geschichte der Republik Türkei, Mannheim,
Leipzig, Wien, Zürich
- Atatürk, M. Kemal (1996). Söylev, Çağdaş Yay., Basıma hazırlayan:
Velidedeoğlu V. Hifzi, 29. Aufl., Istanbul
- Avrupa Günlüğü/Euro Agenda (2001). Halbjährliche Zeitschrift für
Sozialwissenschaften, Nr.1, 2 und 5, Berlin-Wien-Istanbul
- Babataş, Gönül Mag. (1996). (Diss.) Das Bild der Türkei in der
Österreichischen und Deutschen Presse, Salzburg
- Başgil, Ali Fuad (1991). Din ve Laiklik, Yağmur Yayınları, 6.Aufl., Istanbul
- Breuer, Stefan (1994). Bürokratie und Charisma: zur politischen Soziologie
Max Webers, Darmstadt
- Max Weber (2002). Schriften 1894-1922, Ausgewählt von Dirk Kaesler,
Stuttgart
- Brill, Heinz (2013), Die neu geopolitische Rolle der Türkei, ÖMZ
- Dartan, Muzaffer (1990). (Diss.) Die Arbeitsgesellschaften in der Türkei –
Ein Modell für Arbeiterselbsthilfe oder für Kapitalbildung? Merhaba
Publikationen, Bremen
- Huntington, P. Samuel (1998). Kampf der Kulturen, Die Neugestaltung der
Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Siedler Taschenbuch, (Aus dem
Amerikanischen von Holger Fliessbach), München
- İnan, Kamran (1994). Dış Politika, Ötüken, İstanbul
- Kündig-Steiner Werner (1977). Die Türkei: Raum u. Mensch, Kultur u.
Wirtschaft in Gegenwart u. Vergangenheit, -2. rev. u. erg. Aufl.-
Erdmann, Tübingen, Basel
- Matuz, Josef (1985). Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner
Geschichte, Darmstadt
- Moser, Brigitte/Weithmann, W. Michael (2002). Die Türkei, Nation
zwischen Europa und dem Nahen Osten, Verlag Friedrich Pustet,
Regensburg
- Neumann-Adrian, Michael/ NEUMANN, Christoph K. (1990). Die Türkei,
ein Land und 9000 Jahre Geschichte, List Verlag, München
- Nolte Detlef, Macht und Machthierarchien in den internationalen
Beziehungen: Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale
Führungs mächte, GIGA-WP-29/2006
- Özalp Mustafa (2018). Küresel Enerji Denkleminde Merkez Ülke: Türkiye,
Seçkin, Ankara

- Riemer, Andrea K. (1998). Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Die Schöne oder der Kranke Mann am Bosporus, Peter Lang Frankfurt am Main; Berlin; Bern; New York; Paris; Wien
- Rüstow, Dankwart A. (1990). Die Türkei: Brücke zwischen Orient und Okzident, [übers. aus d. Amerikan. von Barbara Paulsen. Hrsg. Vom Zentrum für Türkeistudien, Bonn]. Göttingen
- Sarıbay, Ali Yasar (1995). Postmodernite, Sivil Toplum ve İslam, İletişim Yayıncıları, 2.Baskı. İstanbul
- Şen, Faruk (1996). Türkei, orig. Ausg. 4. Neu bearbeitete und erw. Aufl., Beck, München
- Shaw, Stanford J./ SHAW, Ezel Kural (1983). Osmanlı İmparatorluğu ve Modern Türkiye, İlkinci Cilt, e Yayıncıları, İstanbul
- Soysal, Mümtaz (1968). Anayasaya Giriş, Ankara
- Spengler, Oswald (1998). Der Untergang des Abendlandes, Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, mit einem Nachwort von Detlef Felken, ungekürzte Sonderausg. in einem Band, Verlag C:H: Beck, München
- Steinbach, Udo (1996). Die Türkei im 20. Jahrhundert, schwieriger Partner Europas, Gustav Lübbe Verlag
- Steinbach, Udo (2000). Geschichte der Türkei, orig. Ausg., Beck München
- Tanör, Bülent (1996). Osmanlı-Türk Anayasal Gelişmeleri 1789-1980, 3.Baskı, Afa Yay., İstanbul
- Toynbee, Arnold (1971). Türkiye, (çev.) Kasım Yargıcı, Milliyet Yay. İstanbul
- Tunaya, Z. Tarık (1960). Türkiyenin Siyasi Hayatında Batılılaşma Hareketleri, Arba Yayıncıları, İstanbul
- Türkiye Tarihi (1992). 3., Osmanlı Devleti 1600-1908, Metin Kunt- Sina Akşin, Ayla Ödekan, Zafer Toprak, Hüseyin G. Yuraydin, Cem Yayinevi, İstanbul
- Türkiye Tarihi (1995). 4., Çağdaş Türkiye 1908-1980, Mete Tuncay, Cemil Kocak, Hikmet Özdemir, Korkut Boratav, Selahattin Hilav, Murat Katoğlu, Ayla Ödekan, Cem Yayinevi, İstanbul
- Türkiye Tarihi (1995). 5., Bugünkü Türkiye 1980-1995, Bülent Tanör, Korkut Boratav, Sina Akşin, Cem Yayinevi, İstanbul
- Ülken, Hilmi Ziya (1992). Türkiye'de Çağdaş Düşünce Tarihi, Ülken Yayıncıları, 3.Baskı, İstanbul
- Weitz, Bern O. (1987). Die Türkei – soziale, ökonomische und politische Strukturen: e. Handreichung zum besseren Verständnis türk. Mitbürger –Verlag die Blaue Eule, Essen

Yıldız, Mustafa (1994). Die Türkische Verfassung und ihre inneren
Widersprüche, (Diplomarbeit), Wien

Yıldız, Mustafa (2017). Die Türkei im Übergang zum 21. Jahrhundert,
SVH, Saarbrücken

Yücekok, Ahmet (1976). 100 Soruda Türkiye'de Din ve Siyaset, Gerçek
Yayinevi, 2.Aufl. Istanbul

<http://ysk.gov.tr/tr/16-nisan-2017-anayasa-degisikligi-halkoylamasi/>
5002

Die Autoren

Prof. Dr. Ali AYATA

Er wurde am 16.05.1978 in Ankara, in der Türkei geboren. Er arbeitet an der Karamanaoglu Mehmetbey Universität, Fakultät für Wirtschafts- und Veraltungswissenschaften, Abteilung für Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen. 1998-2003 studierte er ana der Universität Wien. 2003-2007 schrieb er seine Dissertation mit dem Titel „1970-2005 Außen und Sicherheitspolitik der Türkei“ an der gleichen Universität. Seine Forschungsfelder sind Türkei-EU Beziehungen, Türkische Außenpolitik, Theorien der Internationalen Beziehungen, Türkei-USA Beziehungen und Internationale Konflikte.

Assoc. Prof. Dr. Murat ERCAN

Geboren 1980 in Aksaray. In den Jahren 1999-2006 erhielt er seinen Bachelor-Abschluss, Master und Doktorgrad an der Universität Wien, Fakultät für Politikwissenschaften, Abteilung Internationale Beziehungen. Murat Ercan hat verschiedene wissenschaftliche Artikel und Bücher in der Türkei und im Ausland veröffentlicht. Seine Felder sind vielfältig. Hauptsächlich schreibt er über die EU, Terrorismus, Türkische Außenpolitik, Zypern, die USA und Naher Osten. Derzeit arbeitet er als Associate Professor an der Bilecik Seyh Edebali Universität und der Fakultät für Wirtschafts- und Veraltungswissenschaften, Abteilung für Politikwissenschaften und Öffentliche Verwaltung.

Assist. Prof. Dr. Mustafa ÖZALP

Geboren am 25.12.1983 in der Türkei. Er besuchte die Grundschule in Yozgat und das Gymnasium in Ankara. Er studierte Politikwissenschaften an der Universität Wien/Austria und diplomierte an der gleichen Universität in Internationaler Entwicklung. Derzeit ist er als Assist. Prof. an der Bozok Universität, Wirtschafts- und Veraltungswissenschaftliche Fakultät, bei Internationalen Beziehungen als leitender Direktor der Akdagmadeni Fachhochschule tätig. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind: Energie-Politik, Pipeline-Politik, Türkisch-EU Beziehungen und Migration. Er ist verheiratet und hat eine Tochter.

Mag. Phil. Hasan ŞAHİNGÖZ

Er wurde 1984 in Tokat/Türkei geboren. Nach der Grund- und Mittelschule besuchte er das Gymnasium in Yozgat. 1999 zog er nach Wien und studierte Politikwissenschaften (2006-2011) an der Universität Wien. Zurzeit schreibt er seine Doktorarbeit „Die Türkei als Regionalplayer“ an der Universität Wien. Er gab und gibt weiterhin viele Seminare über die Türkei und ihre internationale Politik. Er war auch an Jugendorganisationen als Obmann tätig.

Assist. Prof. Dr. Mehmet SOYTÜRK

Mehmet Soytürk studierte und promovierte an der Universität Wien in Politikwissenschaft. Während und nach dem Studium arbeitete er in der Privatwirtschaft und beim Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) im Bereich der Migration und MigrantInnen. Zurzeit ist er als Assist. Prof. Dr. an der Karadeniz Teknik Üniversitesi in der Türkei tätig. Seine Themen schwerpunkte sind Migration, Europäische Union, Türkische Außenpolitik und Sicherheitspolitik.

Assist. Prof. Dr. Mustafa YILDIZ

Geboren am 05.06.1968 in der Türkei. Verheiratet, hat vier Kinder. Er lebte zws. 1986 und 2017 in Wien. Studierte und promovierte in den Politikwissenschaften an der Wiener Universität. Arbeitet als Assist. Prof. Dr. an der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftlicher Fakultät in den Internatioanlen Beziehungen, an der Yozgat Bozok Universität.

Dr. Birol YILMAZ

Er wurde in Konya geboren und lebt seit langem in Wien. Er studierte an der Wiener Universität Politikwissenschaften und diplomierte auch an der gleichen Fakultät. Er war Kammerrat bei der Arbeiterkammer Wien und Vorstandsmitglied bei einigen NGO's. Er hatte zwei Fotoausstellungen in Wien. Kaukasus ist sein Schwergebiets.

